

Xingwei Bai

Parteien und ihre Evolution im Licht des Evolutorischen Institutionalismus:

Theorietest am Fallbeispiel der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands und der Kommunistischen Partei Chinas

Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
an der
Philosophischen Fakultät
der
Technischen Universität Dresden

vorgelegt von

Xingwei Bai
geb. am 26. August 1987 in Chongqing

Betreuer: **Prof. Dr. Werner J. Patzelt**
Technische Universität Dresden

Gutachter: **Prof. Dr. Jakob Lempp**
Hochschule Rhein-Waal

Datum der Verteidigung: 27.05.2019

für Jianing

Vorbemerkungen

Diese Dissertation will zwei Leserkreise ansprechen: die Partieforscher und die evolutorischen institutionellen Theoretiker. Wer sich für eine einheitliche Theorie, mit der sich langfristige Parteiwandlungen sowohl im demokratischen als auch im autokratischen System beschreiben sowie erklären lassen, interessiert, der kann in dieser Arbeit einen neuen theoretischen Ansatz kennenlernen. Wer sich für die Anwendbarkeit des Evolutorischen Institutionalismus interessiert, der kann eine theoretische Konkretisierung und deren empirische Prüfungen erfahren. Außerdem kann diese Dissertation die Leser interessieren, denen ein politisch-kultureller Vergleich zwischen Deutschland und China als interessant erscheint.

Damit diese Dissertation gut gelingen konnte, bedurfte es neben dem eigenen Durchhaltevermögen auch einer guten fachlichen Betreuung, eines freundschaftlichen Arbeitsumfelds und der Unterstützung durch Familie, Freunde und Stiftung. All dies war in meinem Fall glücklicherweise gegeben!

Ein ganz besonderer Dank gebührt daher meinem Doktorvater Prof. Dr. Werner J. Patzelt, der mir seit dem Masterstudium einen faszinierenden akademischen Weg aufzeigte und insbesondere das Interesse für den Evolutorischen Institutionalismus heranbildete, der mich in vielen Diskussionen und Beratungsgesprächen unterstützt und in meiner wissenschaftlichen Entwicklung ganz entscheidend geprägt hat. Dankbar bin ich auch Prof. Dr. Jakob Lempp für die Bereitschaft, als Gutachter meine Arbeit zu lesen und kritisch zu werten. Für hilfreiche Fachdiskussionen bedanke ich mich bei Dr. Christoph Meißelbach, Dr. Cathleen Bochmann und Frau Jingxue Chen.

Für das Korrekturlesen und die sprachliche Diskussion danke ich Frau Deike Burkhardt, Herrn Matthias Göckert und Herrn Peter-Daniel Müller-Lüneschloß. Als ein ausländischer Student, dessen Muttersprache nicht Deutsch ist, kann ich ohne ihre hilfreiche Unterstützung keine Dissertation fertigstellen.

Für die finanzielle Unterstützung bedanke ich mich bei China Scholarship Council, der Gesellschaft von Freunden und Förderern der TU Dresden e.V. und bei der Graduierten Akademie der TU Dresden.

Und schließlich möchte ich mich bei meiner Familie für die große Unterstützung bedanken, die mir die innere Kraft gegeben hat, dieses mutige und arbeitsintensive Projekt anzugehen, durchzusetzen und zu vollenden.

Dresden, 16.12.2018

Xingwei Bai

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	6
1. Parteien und ihre Evolution – Aufriss eines Forschungsthemas	9
1.1 Parteienevolution als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung	9
1.2 Überblick über die Parteienforschung	11
1.2.1 Entwicklung der Parteienforschung	15
1.2.2 Theorien politischer Parteien	19
1.2.2.1 Entstehung politischer Parteien	20
1.2.2.2 Struktur, Funktion und Identität	22
1.2.2.3 Zum Wandel politischer Parteien	23
Theoretische Auseinandersetzung um Robert Michels	23
Parteientypologien und vergleichende Forschungen	27
Party Change-Forschung	30
1.2.3 Paradigmatische Defizit und ein Ausweg	33
1.3 Forschungsdesign und Methodik	35
2. Parteien und ihr Wandel im Licht des Evolutorischen Institutionalismus	38
2.1 Hintergrund, Aufbau und Anschlussstellen des EI	38
2.2 Ansatz des EI über politische Parteien und ihren Wandel	49
2.2.1 Leitideen politischer Parteien	53
2.2.2 Nische und äußere Selektionsfaktoren	56
2.2.2.1 Nische einer Institution – Darlegung der analytischen Kategorie	56
2.2.2.2 Nische politischer Parteien – eine theoretische Konkretisierung	59
2.2.2.2.1 Ressourcen politischer Parteien in Demokratien	59
2.2.2.2.2 Ressourcen politischer Parteien in Autokratien	63
2.2.2.2.3 Weitere Ressourcen einer Partei	67
2.2.3 Die institutionelle „Architektur“ und innere Selektionsfaktoren	68
2.2.3.1 Die funktionelle Bebürdungsstruktur	70
2.2.3.2 Memetik und memetische Bebürdungsstruktur	71
2.2.4 Verlaufsmuster der institutionellen Evolution	76
2.2.4.1 Wandel durch Generationswechsel	76
2.2.4.2 Wandel durch institutionelles Lernen angesichts Nischenwandels	79
2.2.5 Kernthesen des EI über Parteienwandel	81
3. Theorietest durch Fallstudien	83
3.1 Fallauswahl – Leitfaden und Vorgehen	83
3.1.1 Fallbeispiel aus den Parteien in Demokratien	84
3.1.2 Fallbeispiel aus den Parteien in Autokratien	87
3.1.3 Die SPD und die KPCh als die zielführende Fälle	92
3.2 Ideenwandel der KPCh und ihre Evolutionsmuster	94
3.2.1. Genese der KPCh	94
Einführung des Marxismus-Leninismus in China	94
Sozialwandel und Wandel der KPCh am Anfang des 20. Jahrhunderts	95
Sozialwandel durch den 2. Weltkrieg und Wandel der KPCh	97

Neue Lage nach der Entstehung der Volksrepublik und ihre Herausforderungen	99
Der Wandel der KPCh nach der Mao-Ära.....	101
3.2.2. Evolutionsmuster der KPCh	104
3.2.2.1 Generationswechsel.....	104
3.2.2.2 Institutionelles Lernen durch Nischenanpassung.....	107
3.2.2.3 Sonderweg der KPCh.....	111
3.3 Genese der SPD und die Evolutionsmuster.....	113
3.3.1 Genese der Ideen der SPD	113
Arbeiterbewegung und Revolution	113
Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins	114
Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei von Eisenachern	117
Einigung in Gotha	118
Verbot und Sozialistengesetz.....	119
Vom Erfurter Programm bis zur Parteispaltung im 1. Weltkrieg	121
Die Niederlagen des 1. Weltkriegs und die Weimarer Republik.....	123
Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus	127
Nachkriegszeit und Wiederaufbau der SPD	128
Reform und Godesberger Programm	129
Agenda-Politik und Parteispaltung.....	132
3.3.2 Wandel der SPD nach Evolutionsmustern	133
3.3.2.1 Generationswechsel.....	133
3.3.2.2 Institutionelle Krise und ihre Restabilisierung durch Nischenanpassung und institutionelles Lernen	138
3.3.2.3 Verdichtung institutioneller Wandlungsprozesse	143
3.4 Nähere Prüfungen der theoretischen Aussagen	145
3.4.1 Weiterführung des alten Kurses Schumachers vor dem Godesberger Programm	145
3.4.2 Die Akzeptanz der Reform und des Godesberger Programms durch Ollenhauer	153
3.4.3 Die Aufrechterhaltung der Kulturrevolution.....	159
3.4.4 Weiterführung des „Rotbootes“ durch Xi Jinping	174
4. Anwendbarkeit des EI in der Parteienforschung	191
4.1 Anwendbarkeit des EI bei den Fallstudien	191
4.2 Hauptbefunde und Mehrwert des EI-Ansatzes bei der Parteienanalyse.....	193
4.3 Beschränktheit des Theorietestes.....	196
4.4 Weiterer Forschungsbedarf am EI und am Parteienwandel.....	197
5. Anhang.....	199
5.1 Chronologie der Geschichte der SPD	199
5.2 Chronologie der Geschichte der KPCh	204
5.3 Die chinesische Bevölkerung*	211
Literaturverzeichnis.....	213

1. Parteien und ihre Evolution – Aufriss eines Forschungsthemas

1.1 Parteienevolution als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung

Moderne politische Parteien agieren schon seit Jahrhunderten – etwa seit dem Erscheinen der Whig und Tories in Großbritannien – auf der politischen Bühne, vor allem in den westlichen Demokratien. Infolge der Konsolidierung des parlamentarischen demokratischen Systems in demokratischen Staaten spielen politische Parteien heutzutage in den Westdemokratien unentbehrliche Rollen. Einerseits stellen sie einen notwendigen Bestandteil des demokratischen Systems dar. Andererseits ermöglichen sie die Funktionstüchtigkeit der demokratischen Politik durch demokratische Willens- und Regierungsbildung – etwa durch freie Parlamentswahlen, Fraktion und Koalition. Heutzutage wird diese „normative“ Vorstellung über politische Parteien von vielen als selbstverständlich oder sogar als das einzig legitime Muster betrachtet. In historischer Perspektive lebte jedoch die große Mehrheit der Menschen in nichtdemokratischen Regimen: „[Noch heute] lebt [...] rund ein Drittel der Menschheit in Autokratien verschiedenster Art.“¹ Heutzutage beteiligen sich auch Parteien in autokratischen Systemen an der Politik, indem sie entweder als die Regierungspartei bzw. Führungspartei, zum Beispiel die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), oder als „Willensbildungspartei“ – wie beispielsweise andere demokratische Parteien in der *Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes* – gelten.

Hinsichtlich der Vergangenheit vieler Parteien lässt sich feststellen, dass einige Parteien, wie zum Beispiel die SED in der DDR und die NSDAP im Nationalsozialismus, verschwanden, obwohl sie einst wichtige Rollen gespielt hatten. Bei anderen Parteien, wie der SPD und der KPCh, lässt sich hingegen erkennen, dass ihre Institutionen vor allem Leitideen oder Organisationsformen änderten, so dass sie neue politische Herausforderungen immer wieder überwinden konnten, um sich aufrechtzuerhalten. Einzelne Parteien haben Staaten und ihre politischen Systeme geprägt. Beispielsweise hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (damalige MSPD und USPD) nach dem Ersten Weltkrieg die Weimarer Republik ins Leben

¹ Kailitz, Steffen 2009: Varianten der Autokratie im 20. und 21. Jahrhundert, S.209. In: Totalitarismus und Demokratie, (6) 2009, S. 209-251.

gerufen, indem sie den Rat der Volksbeauftragten als provisorische Reichsregierung bildete und die Weimarer Verfassung zum Großteil formulierte. Ein weiteres Beispiel repräsentiert die Kommunistische Partei Chinas, welche durch Bürgerkrieg und „Diktatur des Volkes“ die Volksrepublik etablierte, in der sie bis heute noch als Führungspartei agiert. Jedoch sind Parteien, die einen vergleichbaren Ursprung wie die KPCh hatten, vor allem diejenigen in der ehemaligen DDR und Sowjetischen Union, entweder vollständig verschwunden oder heute kaum mehr in Besitz von Macht. Dementsprechend sind zwei Parteien besonders zu betrachten, und zwar die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Chinas. Die beiden Parteien zählen zu den Parteien, die mehrere gesellschaftliche bzw. politische Transformationen überwunden haben und bis heute – im Gegensatz zu jenen verschwundenen Parteien – noch in den jeweiligen politischen Systemen sowie in den weltpolitischen Feldern Einfluss nehmen. Warum gehen die beiden Parteien im Lauf der Zeit auf verschiedene politische Laufbahnen, obwohl sie ursprünglich und lange Zeit zu derselben ideologischen Familie gehören? Warum verzichtete die SPD auf ihre ursprüngliche Identität (als eine Klassenpartei) sowie ihre ursprüngliche Leitidee (den Marxismus), während die KPCh ihre Identität (als eine proletarische Partei) und die Leitideen (u. a. den Marxismus-Leninismus) offiziell aufrechterhalten? Warum überlebte die SPD, während die Kommunistische Partei Deutschlands nicht mehr vorhanden ist? Warum ist die KPCh nicht in den siebziger/achtziger Jahren aufgrund der politischen sowie wirtschaftlichen Krisen zu Fall gebracht worden, wie jene sozialistischen/kommunistischen Parteien in Osteuropa? Der Werdegang der verschiedenen politischen Parteien war sehr unterschiedlich. Es ist relevant, eine Theorie zu finden, damit solche interessanten Phänomene erklärt werden können. Von einer solchen Theorie wird nicht nur erwartet, dass sie den Entwicklungsprozess einer bestimmten Partei erklärt, sondern auch, dass sich die Entwicklungsprozesse verschiedener Parteien mit einer einheitlichen Theorie erfassen lassen. Des Weiteren sollen die folgenden Fragen mit einer solchen Theorie beantwortet werden: Wie bilden sich verschiedene Wandlungsformen und gibt es (in tieferem Sinn) generelle Muster von Parteiwandlung und -stabilität? Wie oder warum wandelt sich eine bestimmte Partei beziehungsweise eine bestimmte Kategorie von Parteien in diese oder jene Richtung? Wie müsste oder sollte sich eine bestimmte Partei oder eine Art von

Partei in der Zukunft entwickeln? Welche Erfahrungen lassen sich auf welche Weise von anderen Parteien nutzen?

Aus diesem Anlass wird sich diese Dissertation darum bemühen, eine einheitliche Theorie zur Erklärung von Parteiwandlungen zu finden und diese mithilfe einer Analyse der Parteiengeschichte der SPD und der KPCh empirisch zu testen. Um eine solche Theorie zu finden, muss auf vorhandene Partieforschungen, insbesondere auf vorhandene Parteientheorien, zurückgegriffen werden.

1.2 Überblick über die Parteienforschung

Zunächst soll die Literatur, die die langfristige Geschichtsentwicklung der SPD sowie der KPCh behandelt, betrachtet werden, da sie sich direkt auf jene zu diskutierende Phänomene des Parteienwandels bezieht. Einige Bücher boten zwar präzise geschichtliche Beschreibungen der Wandlungen der SPD sowie der KPCh an, aber die Literatur behandelte kaum die Ursachen der Wandlungen jener Parteien mittels einer elaborierten sozialwissenschaftlichen Theorie und auf einem abstrakteren Niveau. Franz Walter, Heinrich Potthoff/Susanne Miller, Peter Lösche und Peter Grafe zählen zu den wichtigsten Autoren der SPD-Geschichte. Jedoch keiner von ihnen hat den andauernden Wandel der SPD aus einer institutionellen Perspektive analysiert und erklärt, obwohl sie sich darum bemühten, bei den wichtigen „Wenden“ der SPD jene relevanten geschichtlichen Zusammenhänge zu interpretieren.

In der von Potthoff und Miller erschienenen „Kleinen Geschichte der SPD 1848-2002“ wurden die wichtigsten geschichtlichen Ereignisse der SPD von deren Entstehung bis zum Anfang des neuen Jahrtausends chronologisch wiedergegeben. Außerdem wurden wichtige politische Figuren, wichtige zeitliche politische Themen, wichtige gesellschaftliche Hintergründe sowie wichtige Interaktionspartner der SPD vorgestellt. Franz Walter beschrieb in seinem Werk „Die SPD – Biographie einer Partei“ auch chronologisch die wichtigen geschichtlichen Entwicklungen der SPD. Im Vergleich zur „Kleinen Geschichte der SPD“ interessiert er sich in diesem Buch viel mehr für den Generationswechsel der Parteispitze. Außerdem illustriert er die geschichtlichen Entwicklungen, Persönlichkeiten und ideellen

Vorstellungen mit vielen Bildern und Fotos.² In der von Peter Lösche und Franz Walter publizierten Monografie „Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei“ wurde die Genese der SPD nicht nur mittels einer geschichtlichen Beschreibung, sondern auch mit einer gewissen Typologisierung behandelt. Darin wurde die SPD in den verschiedenen Entwicklungsphasen jeweils in „Klassenpartei“, „Volkspartei“ und „Quotenpartei“ typisiert.³ Peter Grafe hat in seiner Monografie „Tradition und Konfusion – SPD“ die inneren Widersprüche der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt. In diesem Buch wurde die Geschichte der SPD nicht chronologisch vorgestellt, sondern es orientiert sich vielmehr an den Problemen der SPD.⁴ Die Vorträge „Die ‚wahre Geschichte‘ der SPD – zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms“ bieten besonders sinnvolle Erklärungen des Godesberger Programms aus der Perspektive einer ehemaligen Führung.⁵

Die oben erwähnten Autoren und deren Werke haben zwar die Entwicklungsgeschichte der SPD mehr oder weniger zu erklären versucht, trotzdem bleiben sie überwiegend auf der Beschreibungsebene. So konnte man in dieser Literatur überhaupt keine zufriedenstellende allgemeine Theorie für Parteienwandel – insbesondere Parteienwandel in einem autokratischen System – herausfinden. Allerdings boten diese Autoren sehr präzise geschichtliche Details, und zwar sehr umfangreiche empirische Daten an, die bei einem Theorietest hilfreich sind.

Über den Wandel der KPCh kann man auch nicht wenige Bücher mit einem starken Beschreibungscharakter finden. Dazu zählen „Cadres, Bureaucracy, and Political Power in Communist China“⁶, „Resistance and Revolution in China: The Communists and the Second United Front“⁷ und „Politics In China: An Introduction“⁸. Allerdings gilt keines davon als zielführend.

Die von Alan Lawrance publizierte Monografie „China since 1919“⁹ beschrieb die

² Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

³ Lösche, Peter/Walter, Franz 1992: Die SPD. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

⁴ Grafe, Peter 1991: Tradition & Konfusion – SPD, Frankfurt am Main: Eichborn.

⁵ Oertzen, Peter von 1996: Die „wahre Geschichte“ der SPD – Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms. Pankower Vorträge Heft 4. Berlin.

⁶ Fischer, Barnett, A. Doak 1967: Cadres, Bureaucracy, and Political Power in Communist China, Columbia University Press.

⁷ Kataoka, Tetsuya 1974: Resistance and Revolution in China: The Communists and the Second United Front. Berkeley u.a.: University of California Press.

⁸ Joseph William A. 2010: Politics In China: An Introduction, Oxford: Oxford University Press.

⁹ Lawrance, Alan 2004: China since 1919: revolution and reform; a sourcebook, London; New York: Routledge.

allgemeine Geschichte Chinas ca. seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts. In diesem Buch wurden nicht nur die Daten über den Wandel der KPCh eingeschlossen, sondern auch viele allgemeine Daten über das Land. „Geschichte Chinas von 1800 bis zur Gegenwart“¹⁰ von Thoralf Klein und „Resistance and Revolution in China: The Communists and the Second United Front“¹¹ spielen vergleichbare Rollen wie diese. Der Band „China: Gesellschaft, Politik, Staat, Wirtschaft“¹², der im Bertelsmann Universitätsverlag erschienen ist, berichtet über die chinesische Lage in der Gesellschaft, der Politik, dem Staat und der Wirtschaft seit dem 19. Jahrhundert. Dieses Werk wurde nicht chronologisch gegliedert, sondern an den Themen (Agrarreform, Arbeiter, Ausrichtungsbewegung, Bauern, Bevölkerung, Familie, Industrie, Mao Tse-tungs Gedanken, Parteien etc.) orientiert. Ebenso gilt dies ähnlich für den „Länderbericht China“¹³. „Political leader of modern China: a biographical dictionary“¹⁴ dokumentiert Biographien von den meisten wichtigen politischen Führungspersonlichkeiten in der modernen chinesischen Geschichte. In all diesen Werken wurden die wichtigsten geschichtlichen Ereignisse bzw. Persönlichkeiten der KPCh mit verschiedenen Schwerpunkten vorgestellt. Keins von ihnen hat jedoch eine allgemeine Theorie über den Wandel der KPCh geliefert. „Politics in China Since 1949“ hat die Entwicklung der KPCh mit *Theories of legitimacy* analysiert, die Analyse beschränkt sich aber nur auf die Makroebenen. Die Pfadabhängigkeit und Handlungsmuster von Persönlichkeiten (nämlich jenen Faktoren auf der Mikroebene) werden kaum betrachtet.¹⁵ In einer naheliegenden Richtung versuchte Zheng Yongnian in seinem einflussreichen Werk „Chinese Communist Party as Organizational Emperor“¹⁶ die Entwicklung der KPCh durch Anknüpfung an die chinesische traditionelle Kultur (in der Kaiserzeit) zu erklären. Seine im kulturellen chinesischen Hintergrund verankerte Theorie lässt sich jedoch kaum generalisieren.

¹⁰ Klein, Thoralf. Geschichte Chinas von 1800 bis zur Gegenwart. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh GmbH 2007.

¹¹ Kataoka, Tetsuya 1974: Resistance and Revolution in China: The Communists and the Second United Front. Berkeley u.a.: University of California Press.

¹² Franke, Wolfgang (Hrsg.) 1973: China: Gesellschaft, Politik, Staat, Wirtschaft. Düsseldorf: Verlagsgruppe Bertelsmann GmbH/Bertelsmann Universitätsverlag.

¹³ Herrmann-Pillath, Carsten/Lackner, Michael (Hrsg.) 1998: Länderbericht China, Bundeszentrale für politische Bildung.

¹⁴ Leung, Edwin Pak-wah (edit) 2002: Political leaders of modern China: a biographical dictionary, Westport CT: Greenwood Press.

¹⁵ Weatherley, Robert 2006: Politics in China since 1949: legitimizing authoritarian rule. London [u.a.]: Routledge.

¹⁶ Zheng, Yongnian 2009: Chinese Communist Party as Organizational Emperor. London: Routledge.

Im chinesischen Sprachraum lassen sich zahlreiche Literaturen finden, die die Entwicklung der KPCh behandelt haben. „Die kleine Geschichte der KPCh“¹⁷ gilt beispielsweise als ein offizielles geschichtliches Dokument der KPCh. In diesem Dokument wurden die allerwichtigsten geschichtlichen Ereignisse der KPCh chronologisch protokolliert. In diesem Dokument können einige Erklärungen der Entwicklung der KPCh gefunden werden. Allerdings basierten diese Erklärungen einseitig auf der offiziellen Perspektive. Die von Chongji Jin erschienene Biographie von Mao Zedong bietet sehr fruchtbare persönliche Daten über Mao Zedong an. Anhand deren lassen sich die Prägung und ideelle Entwicklung von Mao Zedong präzise erkennen.¹⁸ Genauso bietet das Buch „Der großartige Mann Deng Xiaoping“ vergleichbare Daten über Deng Xiaoping.¹⁹ „Vom 1. bis zum 18. Parteitag“²⁰ dokumentierte den wichtigsten Hintergrund, Inhalt sowie Einfluss des jeweiligen Parteitags der KPCh. „Persönlichkeiten und Ereignisse bei den Wenden in der Geschichte der KPCh“²¹ hat die wichtigsten geschichtlichen Wenden der KPCh (inkl. der maßgeblichen Persönlichkeiten und Ereignisse) beschrieben. „Die Kraft der Sprache von Xi Jinping“²² hat Teile von Reden Xi Jinpings zitiert und kommentiert sowie ihren Einfluss geschätzt. Von allen diesen Büchern wurde keine zielführende Theorie für den Parteienwandel (in einem autokratischen System) etabliert, obwohl sie umfassendes empirisches Material sowohl auf der Mikroebene als auch auf der Makroebene liefern.

Bei den vorhandenen einschlägigen Literaturen über den Wandel der beiden Parteien sind nebeneinander die folgenden Unzufriedenheiten zu nennen: Erstens ist die behandelte Wandlung zu kurzfristig²³; zweitens ist das die Erklärungsvorgehen zu narrativ oder zu

¹⁷ Kleine Geschichte der KPCh (Original in Chinesisch: 中国共产党简史), <http://www.zgdsw.org.cn/GB/218994/219014/220527/index.html>, Abruf am 12.06.2016.

¹⁸ Jin, Chongji 2004: Biographie Mao Zedongs. Beijing: Zentrale Literatur Verlag. (Original in Chinesisch: 金冲及. 毛泽东传. 北京: 中央文献出版社. 2004).

¹⁹ People News Redaktion 1997: Der großartige Mann Deng Xiaoping. Hong Kong: Minpo Press Ltd, S. 14. (Original in Chinesisch: 明报出版社编辑部. 一代伟人邓小平. 香港: 明报出版社有限公司. 1997年).

²⁰ Kong, Jing 2014: Von 1. bis zum 18. Parteitag, Beijing: Yanshi Verlag. (Original in Chinesisch: 孔静 2014: 从一大到十八大. 北京: 言实出版社. 2014).

²¹ Li, Haiwen 2013: Persönlichkeiten und Ereignisse bei den Wenden in der Geschichte der KPCh, Beijing: China Youth Press. (李海文: 中共历史拐点中的人物于事件, 北京: 中国青年出版社, 2013).

²² Chen, Xixi (Hrsg.) 2014: Die Kraft der Sprache von Xi Jinping, Shanghai: Shanghai Jiao Tong Universität Verlag. (Original in Chinesisch: 陈锡喜: 平易近人-习近平语言的力量, 上海: 上海交通大学出版社, 2014).

²³ Die Aufsatzliteraturen behandeln meistens nur kurzfristige Themen. Zudem siehe exemplarisch: Paterson, William 1975: The SPD after Brandt's Fall—Change or Continuity? In: Government and Opposition, 10 (1975), S. 167-188; Hohmann, Johannes-Berthold/ Hurwitz, Harold/Kuckhahn, Götz 1986: Continuity and change in

abhängig von konkreten Fällen;²⁴ drittens lagen die Erklärungen entweder nur auf der Makroebene oder bloß auf der Mikroebene;²⁵ viertens liefert keiner eine allgemeine einheitliche Theorie für den Wandel der beiden Parteien(typen). Aus diesem Grund ist es unerlässlich, aus jenen konkreten Geschichten herauszugehen und sich an die allgemeine Parteienforschung zu wenden, um eine einheitliche Theorie zur Erklärung von Parteiwandlungen zu finden.

1.2.1 Entwicklung der Parteienforschung

Die Parteienforschung hat eine lange Tradition, da es sie etwa seit dem 18. Jahrhundert gibt. Es ist sinnvoll, zunächst auf vorhandene Forschungsberichte einzugehen, wenn das Gesamtbild und die Entwicklung der Parteienforschung schnell vor Augen geführt werden soll.

Ein sehr fruchtbarer Forschungsbericht der modernen Parteienforschung stammt aus dem von Richard Stöss und Oskar Niedermayer herausgegebenen Band „Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland“. Sie behaupten: Mit politischen Parteien werden heutzutage Kritik und Verdrossenheit assoziiert.²⁶ Die Politikwissenschaft befasst sich schon seit einiger Zeit ernsthaft mit der „Krise der Partei“, d.h. mit dem Wandel oder dem Umbruch des Parteiensystems. Die Krise der Parteiendemokratie zeigt sich in dem engen Zusammenhang von Parteiensystem, politischem System und gesellschaftlichen Strukturen. Die globale Rolle der Partei als „Mittel und Mittler politischer Herrschaft“ wird hierbei wieder betrachtet.²⁷ Die Parteienforschung ist dennoch kein Neugeborenes. Im 19. Jahrhundert wurde sich mit Parteien

the recruitment of SPD members in a Berlin district between 1945 and 1973. In: Historical Social Research: Quantum-Information, H. 39 / 1986; S.3-35; Nielauf, Karlheinz 2011: SPD-Fraktion und Reformpolitik: Wie viel Mitsteuerung war möglich bei der Vorbereitung der Agenda 2010? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 42 (2011), S. 166-185.

²⁴ Zudem siehe exemplarisch: Held, Michael 1982: Sozialdemokratie und Keynesianismus: Von der Weltwirtschaftskrise bis zum Godesberger Programm. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag; Wang, Chunyan 2001: Ein historischer Rückblick auf die Kommunistische Partei Chinas im Hinblick auf ihren Umgang mit ethnischen und religiösen Problemen. In: Universitätsjournal der Zentralen Universität der Nationalitäten, 28. Jg., 2001, Heft 5, S.6-13. (Original in Chinesisch: 汪春燕 2001: 中国共产党处理民族宗教问题的历史回顾. In: 中央民族大学学报(社会科学版), 2001(5), 6-13 页).

²⁵ Zudem siehe exemplarisch: Weatherley, Robert 2006: Politics in China since 1949: legitimizing authoritarian rule. London [u.a.]: Routledge; Held, Michael 1982: Sozialdemokratie und Keynesianismus: von der Weltwirtschaftskrise bis zum Godesberger Programm. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag.

²⁶ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.7.

²⁷ Lange, G. Max 1964: politische Soziologie. Eine Einführung, 2. Aufl., Berlin/Frankfurt a. M.: Vahlen, S.63.

zunächst noch im Rahmen der allgemeinen Staatslehre beschäftigt, die freilich auch immer das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und somit die gesellschaftlich-staatlichen Existenzbedingungen der Parteien behandelte. Diese Beschäftigung wurde etwa Anfang der 1920er Jahre infolge der politischen und sozialen Umwälzungen, während und nach dem Ersten Weltkrieg, zunehmend zum festen Bestandteil der wissenschaftlichen Politikanalyse. In dieser Phase versteht sich die Parteienforschung ebenfalls noch als gesamtgesellschaftlich orientierte Wissenschaft. Seit den 1950er Jahren konzentrierte sie sich zunehmend auf die formale Analyse politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie auf formale Prozesse der Machtbildung und -ausübung. Die politische Wissenschaft bzw. die politische Soziologie entwickelte sich zu einer „vorwiegend beschreibenden Institutionen- und Prozeßlehre“²⁸. Dabei wurde der Gegenstandsbereich in viele eigenständige Forschungsfelder segmentiert. Aufgrund dieser Segmentierung begann die Parteienforschung bald ein wissenschaftliches Eigenleben zu führen. Demzufolge wurden die Fragestellungen und Methoden verfeinert. Richard Stöss und Oskar Niedermayer haben vielfältige zeitgenössische Parteienforschungen verallgemeinert und wie folgt dargestellt:²⁹ *Durch Reader mit Klassikertexten*³⁰ *Durch Gesamtdarstellungen*³¹ *Durch entwicklungsgeschichtlich orientierte Überblicksdarstellungen*³² *Durch problemorientierte Überblicksdarstellungen und Forschungsbilanzen*³³ *Zwischenzeitlich*

²⁸ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.9.

²⁹ Ebd., S.10f.

³⁰ Lenk, Kurt /Neumann Franz (Hrsg.) 1974: Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuauflage, 2 Bde., Darmstadt /NEUWIED. Luchterhand (1. Aufl.); Ziebur, Gilbert (Hrsg.) 1969: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Wege der Forschung, Bd. CVI); Ritter, Gerhard A. (Hrsg.) 1973: Die deutschen Parteien vor 1918, Köln: Kiepenheuer & Witsch (Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 61). Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.10.

³¹ Kaack, Heino 1971: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen: Westdeutscher Verlag; Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.) 1992: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 2.Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, Bd. 282); Buchhandelsausg.: Leske + Budrich, Opladen 1992. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.10.

³² Bergsträsser, Ludwig 1965: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 11. Aufl., München: Olzog; Tormin, Walter 1966: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart usw.: Kohlhammer; Treue, Wolfgang 1975: Die deutschen Parteien. Vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. usw.: Ullstein (Deutsche Geschichte – Ereignisse und Probleme); Staritz, Dietrich (Hrsg.) 1980: Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Eine Einführung, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich (1.Aufl. 1976); Schlangen, Walter (Hrsg.) 1979: Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute, Königstein: Athenäum (Athenäum-Droste-Taschenbücher, Bd. 2717); Stöss, Richard 1983/84: Parteien-Handbuch (Anm. 13), 2 Bde, Opladen: Westdeutscher Verlag 1983/84. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.10.

³³ August, Friedrich Frhr. V.d. Heydte/Sacherl, Karl 1955: Soziologie der deutschen Parteien, München: Isar Verlag; Jäger, Wolfgang (Hrsg.) 1973: Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung,

*durch Jahrbücher*³⁴ *Durch kritische Literaturberichte*³⁵ *Durch mehr oder weniger komparative, problemorientierte bzw. entwicklungsgeschichtlich angelegte oder auch ehe lexikalische Darstellungen der Parteien(systeme) in den westlichen Demokratien*³⁶ *Und schließlich durch besonders für die politische Bildung konzipierte Einführungen*³⁷.

Um zu vermeiden, in dem literarischen Meer zu ertrinken, sollte man eine minimale wissenschaftliche Landkarte über die Entwicklung der Parteienforschung anbieten, in der die bekanntesten Thesen, Antithesen, Hypothesen samt deren Forschungsmethoden sowie wichtigen Anregungen bzw. Vorwissen über den Parteienwandel zur Kenntnis genommen werden. Aus diesem Grund sollten vor allem die Arbeiten der frühen und modernen Klassiker betrachtet werden. Dazu zählen u.a. Robert Michels und Max Weber. Mit ihnen wird deutlich, dass der modernen Parteienforschung vergleichende Betrachtungen zugrunde liegen: „zumeist

Stuttgart usw.: Kohlhammer; Hartmann, Jürgen (1979): Parteienforschung, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Erträge der Forschung, Bd. 126); Wiesendahl, Elmar 1980: Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung, Opladen: Leske + Budrich; Mintzel, Alf 1983: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen: Westdeutscher Verlag. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.10.

³⁴ Kaack, Heino/Kaack, Ursula (Hrsg.) 1977: Parteien-Jahrbuch 1973/74, Meisenheim: Hain; dies. (Hrsg.) 1978: Parteien-Jahrbuch 1976, Meisenheim: Hain; Kaack, Heino/Roth, Reinhold (Hrsg.) 1979: Parteien-Jahrbuch 1976, Meisenheim: Hain; dies. (Hrsg.) 1980: Handbuch des deutschen Parteiensystems. Struktur und Politik in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre, 2 Bde., Opladen: Leske + Budrich 1980. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.10.

³⁵ Dittberner, Jürgen 1972: Neuere deutschsprachige Parteienliteratur. In: Politische Vierteljahresschrift, 13. Jg., H. 1, S.130-147; Klotzbach, Kurt 1973: Parteien und Gesellschaft. Zu Tendenzen und Problemen der Parteienforschung nach 1945. In: Archiv für Sozialgeschichte, 13. Bd., Bonn-Bad Godesberg: Neue Gesellschaft, S.1-21; Haungs, Peter 1977: Über politische Parteien in westlichen Demokratien. Bemerkungen zur neueren Literatur. In: ders. (Hrsg.), Res Publica. Studien zum Verfassungswesen. Dolf Sternberger zum 70. Geburtstag, München: Frink, S. 141-169; Mintzel, Alf 1987: Hauptaufgaben der Parteienforschung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 16. Jg., H. 3, S. 211-240; Immerfall, Stefan 1992: Die letzte Dekade westdeutscher Parteienforschung – zur Analogie der Defizite von Parteien und Parteienforschung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 23. Jg., H. 1, S. 172-189. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.11.

³⁶ Stammen, Theo 1997: Parteien in Europa. Nationale Parteiensystems – Transnationale Parteienbeziehungen – Konturen eines europäischen Parteiensystems, München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; Raschke, Joachim (Hrsg.) 1978: Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch, Reinbek: Rowohlt (rororo aktuell, 4269); Wende, Frank (Hrsg.) 1981: Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart: Kröner; Beyme, v. Klaus 1984: Parteien in westlichen Demokratien, 2. Aufl. München: Piper. – Auf die Literatur zu einzelnen Partiefamilien und Partieföderationen kann hier nicht eingegangen werden. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.11.

³⁷ Olzog, Günter/Liese, Hans-J. 1985: Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 15. Aufl., München: Olzog; Parteien, Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, Ausg. Sek. II, 36. Jg. (1985), Nr. 2; Tempel, Karl G. 1990: Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Überarb. Aufl., Berlin: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; Bakkes, Uwe/Jesse, Eckhard 1990: Parteidemokratie, Informationen zur politischen Bildung 207, Neudruck, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1990. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.11.

Krisendiagnosen darstellen und, zumindest für westliche Demokratien, allgemeine Gültigkeit beanspruchen.“³⁸ Sigmund Neumann initiierte die umfassende Analyse des deutschen Parteiensystems am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung. Diese hat zweifellos die vergleichende Parteienforschung möglich gemacht. Otto Kirchheimer entstammt derselben zeitlichen Strömung und begründete mit seinen Aufsätzen „Parteistruktur und Massendemokratie in Europa“³⁹ und „Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems“⁴⁰ die Theorie der Volkspartei. Nach Meinung von Stöss und Niedermayer gilt das von Duverger im Jahr 1951 erschienene Buch „Les partis politiques“ (Die politischen Parteien)⁴¹ als die Wurzel der modernen systematisch-komparativen Parteienforschung. Dieses Werk steht in der Tradition der Arbeiten von Ostrogorski und Michels und befruchtete die späteren Meilensteine der vergleichenden Parteienforschung von Neumann, Kirchheimer, Lapalombara/Weiner, Lipset/Rokkan, Rokkan, Sartori, Daalder/Mair und Mair/Smith.⁴² Hierbei ist anzumerken, dass es bislang nur ein deutscher Autor, nämlich Klaus von Beyme, gewagt hat, eine Analyse in der Tradition von Duverger vorzulegen. Die genannten Zwischenbilanzen und „Standardwerke“ der Parteienforschung erfüllen zumeist einen doppelten Zweck: „Sie resümieren die empirischen und gegebenenfalls theoretischen Erträge der Forschung in systematisch verdichteter Form und zeigen gleichzeitig Defizite und Desiderate auf und entwickeln Perspektiven für weitere Forschungen.“ Allerdings gibt es nach der Meinung von Stöss und Niedermayer bei den vorhandenen Parteienforschungen zumeist die folgenden fünf Probleme: mehr oder weniger gravierende Lücken bei der empirischen Erschließung des

³⁸ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.12. Das gilt für Michels' „ehernes Gesetz der Oligarchie“ ebenso wie für Ostrogorskis Kritische Analyse der Entwicklung moderner Massenparteien um die Jahrhundertwende in Großbritannien und den USA.

³⁹ Archiv des öffentlichen Rechts, 79 Jg. (1954), H. 3, S.301-325. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.11.

⁴⁰ Kirchheimer, Otto 1965: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg. (1965), H. 1, S. 20-41. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.11.

⁴¹ Dt.: Duverger, Maurice 1959: Die politischen Parteien, hrsg. u. übersetzt v. Siegfried Landshut, Tübingen: Mohr.

⁴² Lapalombara, Joseph/Weiner, Myron (Hrsg.) 1966: Political Parties and Political Development, Princeton: Princeton University Press; Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hrsg.) 1967: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, London/New York: Collier-Macmillan/Free Press; Rokkan, Stein 1970: Citizens, Elections, Parties: Approaches to the Comparative Study of Political Development, Oslo: Universitetsforlaget; Sartori, Giovanni 1976: Parties and Party Systems: A framework for Analysis, Bd. 1, Cambridge: Cambridge University Press; Daalder, Hans/Mair Peter (Hrsg.) 1983: Western European Party Systems. Continuity and Change, London: Sage; Mair, Peter/Smith, Godon (Hrsg.) 1990: Understanding Party System Change. The West European Experience, London: Cass. Zitiert nach Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, S.12.

Gegenstandes, ein Mangel an elaborierten Methoden, kaum komparative Fragestellungen und Analysen, ein erhebliches Theoriedefizit und schließlich die unzureichende Kommunikation der Wissenschaftler untereinander.

Der von Oskar Niedermayer und Richard Stöss herausgegebene Band „Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland“ hat eine fruchtbare Entwicklungsgeschichte der Parteienforschung systematisch eingeführt und auf Forschungslücken, fehlende Fragestellungen und mangelnde elaborierende Forschungsmethoden bzw. Theorien hingewiesen. Bei den von ihnen erwähnten Arbeiten lässt sich nicht einfach feststellen, welche forschungsleitenden Theorien der Sozialwissenschaften die meisten Autoren in ihren Forschungen (insbesondere bei der Forschung des Parteienwandels), bis auf die „Standardwerke“, angewendet haben.

1.2.2 Theorien politischer Parteien

Um die von Niedermayer und Stöss vorangestellte Einschätzung des jüngsten Standes der Parteienforschung zu prüfen bzw. zu bestätigen oder zu ergänzen, bevor ihre Aussagen als Basis eigener Fragestellungen in dieser Dissertation angenommen werden, sollten klassische Parteientheorien zumindest global betrachtet werden. Zielführend bietet der von Kurt Lenk und Franz Neumann herausgegebene Band „Theorie und Soziologie der politischen Parteien“⁴³ eine sehr fruchtbare Textsammlung. Bei diesem Band handelt es sich nicht um die Parteiengeschichte im engeren Sinn, sondern um die theoretisch-soziologischen Abhandlungen zur Parteienforschung. Vor allem wurden die Werke, die als politische Wissenschaft entscheidende Impulse gelten, im Band aufgenommen. Die meisten Beiträge in diesem Band befassen sich nicht mit konkretisierten Parteien, sondern mit dem Versuch, allgemeine Phänomene von politischen Parteien darzustellen und synthetische Aussagen – Theorie durch empirische Induktionen – zu etablieren. Dies liegt unserem Forschungsinteresse sehr nah. In den folgenden Kapiteln werden Parteientheorien, entlang des Leitfadens dieses Bandes,

⁴³ Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH.

vorgestellt und diese bezüglich unseres Themas diskutiert.

1.2.2.1 Entstehung politischer Parteien

Es ist unerlässlich, die Entstehung einer Partei zu betrachten, wenn man die gesamte Entwicklung der Partei verstehen will. Im 18. Jahrhundert traten erstmals Parteien in modernem Sinn auf. Die Parteienforschungen dieser Zeit fokussierten sich auf die Ursache der Entstehung von Parteien. Es handelte sich um das Thema „Faktion und Partei“. David Hume⁴⁴ begründete die Ursache der Entstehung von Parteien und Faktionen durch *Meinungs- und Interessenverschiedenheit*, da sich ein politisches System selten in Faktionen aufteile, wenn es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen seinen tonangebenden Gliedern gebe. Darüber hinaus ergeben sich aus den tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten meist *persönliche Feindschaft* oder *Sympathie*. Wirkliche Faktionen können unterteilt werden in solche, die auf Interessen, auf Prinzipien oder auf Sympathien beruhen. Die verschiedenen Interessen beruhen auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ständen: Adel und Volk, Soldaten und Kaufleute. Parteien auf Basis von Prinzipien („parties from principle“) seien das außergewöhnlichste und sonderbarste Phänomen.⁴⁵ Edmund Burke⁴⁶ sieht in einer politischen Partei dennoch etwas anderes. Er betont vor allem die kollektive Eigenschaft der politischen Partei. Er definiert eine Partei als eine Vereinigung von Männern, die auf der Grundlage besonderer Prinzipien, in denen sie alle übereinstimmen, mit vereinten Kräften das *nationale Interesse* zu fördern bestrebt seien. Dennoch erkennt er die repräsentative Funktion einer Partei an, die seiner Meinung nach jedoch als sekundäres Prinzip – „sollten die lokalen Wähler ein Sonderinteresse oder eine flüchtig gefaßte Meinung haben, die offensichtlich dem wahren Wohl der gesamten übrigen Gemeinschaft zuwiderlaufen, dann sollte der Abgeordnete dieses Wahlkreises ebensowenig wie

⁴⁴ Hume, David 1882: Of Parties in General. In: The Philosophical Works, 4 Vol., Vol.3: Essays, Moral, Political, and Literary, herausgegeben von Thomas Hill Green und Thomas Hodge Grose, London 1882, Neudruck Aalen 1964, S.127f., 130ff. Text steht auch in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.3ff.

⁴⁵ Zu Humes Zeit war dieses Phänomen noch ungewöhnlich, allerdings ist es seit dem 19. Jh. schon normal.

⁴⁶ Burke, Edmund 1886: Thoughts on the Cause the Present Discontents (1770). In: The Works of the Rt. Hon. Edmund Burke. Bohn Edition. London 1886, I. Bd., S.375f. Text steht auch in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.6f.

jeder andere ihre Verwirklichung betreiben“ – gelten soll, wenn Abgeordnete einer Partei im Parlament sitzen. Darüber hinaus hat er die virtuelle („virtual“) und buchstabengetreue („literal“) Repräsentation durch die Analyse des Wahlverhaltens und die Interaktion zwischen Wählern und Partei – vor allem in einem republikanischen Staat – konzipiert. Karl Rosenkranz leitete die Entstehung der Partei aus dem Begriff der Entwicklung des Staates ab, indem er die westliche Clique-Gestaltung mit der Staatsentwicklung analysierte. Kurt Lenk und Franz Neumann gehen davon aus, dass sich die Parteienlehren des 19. Jahrhunderts im Kern auf die alternative Einteilung politischer Gruppen in Konservative und Fortschrittliche reduzieren lassen. Friedrich Rohmer hat beispielsweise der Parteienforschung aus dieser spezifischen Perspektive eine neue Betrachtungsweise geliefert: Die Parteien der Lebensstufen des menschlichen Geistes. Er führte die politischen Parteien auf die geistigen Gegensätze, etwa zwischen dem Liberalismus, Radikalismus und Konservatismus, zurück. Diese Kategorisierung wies anscheinend eine ideologische Differenzierung von politischen Parteien auf.⁴⁷ Zu dieser Richtung zählen auch Georg Jellinek, Bluntschli, Stahl und andere. Sie haben entsprechend der Meinung von Lenk und Neumann die Parteien nicht nach ideologischen Kriterien differenziert, sondern die Partei in ihrem Verhältnis zu einer konkreten Herrschaftsform in reaktionäre – von der Macht verdrängte –, in konservative – an der Macht befindliche – und fortschrittliche oder radikale – nach der Macht drängende – Gruppen eingeteilt.

Mit verschiedenen Schwerpunkten und aus unterschiedlichen Perspektiven erörterten die obengenannten Theorien die Ursachen der Entstehung politischer Parteien. Jene Theorien boten zusammen ein Gesamtbild der Ursache der Entstehung von Parteien an. Daraufhin lässt sich feststellen, dass politische Parteien durch Klassifizierung – d. h. Integration und Differenzierung – von Meinungen, Ideologien, Interessen und Prinzipien von Menschen und über persönliche sowie gemeinschaftliche Feindschaft oder Sympathie entstehen. Dies erklärte zwar, warum politischen Parteien entstehen, kann aber den Wandel einer Partei nur schwer beschreiben sowie begreiflich machen. Der Grund liegt darin, dass jene Theorien sehr stark von dieser Zeit beschränkt wurden. Die Parteien wurden nur noch im Rahmen der Staatslehre

⁴⁷ Die vier Parteien, durch Theodor Rohmer, Zürich und Frauenfeld 1844, S. 3-12, 16-18,20, 24-26, 30-34, 299-308. Siehe auch in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.22-60.

behandelt. Die Typen der Parteien, die entsprechenden Ideologien, die Identität, die Funktionen und die Sozialbasis der verschiedenen Parteien konnten nicht spezifisch behandelt werden, da das damalige deutsche politische System noch nicht parametrisiert war und die Parteien somit noch nicht in der Lage waren, ihre Identität, Strukturen und Funktionen wie später erfolgt zu entfalten.

1.2.2.2 Struktur, Funktion und Identität

Seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts begann sich allerdings die Parteienforschung mit der Funktion, der Struktur und dem Begriff (Identität) der Parteien zu befassen. Seither zeigte die Parteienforschung ein besonders breites Spektrum. Sie kommt schrittweise von der Mischung der Staatsrechtslehre heraus.

In Richard Schmidts Staatsrechtslehre erkannte er schon den Parteienkampf als staatsbildenden Vorgang. Er sprach davon zwar nicht unter ausgesprochen demokratischem Aspekt, aber die staatliche Willensbildung sei de facto in der von ihm beschriebenen Form ein demokratischer Prozess: Politik und Recht entstehen „aus dem Kompromiß der Interessen der verschiedenen organisierten sozialen Gruppen und Schichten“. ⁴⁸ Es gab jedoch konservatoristische Autoren wie Heinrich Triepel, die behaupten, dass die Partei eine extrakonstitutionelle Erscheinung sei. Er lehnt die Behauptung ab, dass der moderne Staat – bis auf den Bolschewismus und den Faschismus – auf den Parteien „aufgebaut“ sei. Er meint hingegen, dass der moderne (demokratische) Staat auf Verfassungsrecht beruhe und das Parteienverfahren ein Teil der Verfassungswirklichkeit wäre. Allerdings sei das Verhältnis der politischen Parteien zum Staat durch die Revolution von 1918 grundsätzlich verändert worden, da es in Deutschland durch die volle Parlamentarisierung (in der Weimarer Republik) nun möglich wäre, „daß die Parteien nicht nur in einem weithin ohnmächtigen Reichstag diskutieren durften, sondern real als Kurationsorgane aller anderen staatlichen Organe und als direkte Vermittler zwischen Gesellschaft und Staat fungierten.“⁴⁹ Hans Kelsen bemerkt dazu richtig,

⁴⁸ Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.XLV.

⁴⁹ Ebd., S. XLVI.

dass Demokratie ohne politische Parteien unmöglich ist und die Demokratie notwendig und unvermeidlich ein *Parteistaat* ist. Mit dem Wandel der politischen Wirklichkeit im Sinne der Tendenz zu Massenparteien, der Parlamentarisierung und Demokratisierung des Verfassungsstaates wandelten sich politische Parteien sowie Parteientheorien. Seither wurde die politische Partei mit mehr eigenem Sinn als je zuvor (immer abhängig vom Machtverhältnis zum Staat und Sozialfaktion) behandelt. Die Identität und Funktionen politischer Parteien wurden besonders betrachtet. Zu den Funktionen der politischen Parteien wurden zumindest die Willensbildungsfunktion, Repräsentationsfunktion und Vermittlungsfunktion diskutiert. Immer mehr haben sich die Identität, die Struktur und die Funktionen politischer Parteien aufgrund der Entwicklung des politischen Systems schnell und weit entfaltet. Infolgedessen konnten die Diskussionen über die Identität, die Struktur und die Funktion der Parteien die Parteiforscher zur Diskussion einer Parteiwandlung (vor allem der Wandlung der Parteienorganisationen) inspirieren.

1.2.2.3 Zum Wandel politischer Parteien

Theoretische Auseinandersetzung um Robert Michels

Robert Michels zählt zu den wichtigsten Parteiforschern, dessen Biographie „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“⁵⁰ sehr tief Einfluss auf die nachherigen Parteienforschungen nimmt. Dieses Werk verursacht ebenfalls heftige Kontroverse. Die verschiedenen Autoren entwickelten ihre Theorien auf unterschiedlicher empirischer Basis. Durch folgende theoretische Auseinandersetzungen wurde das Thema Parteiwandlungen – vor allem in Deutschland (vor dem Zweiten Weltkrieg) – zum ersten Mal heftig diskutiert. Anhand seiner Organisations- und psychischen Analyse erklärte Robert Michels eine innerparteiliche oligarchische Tendenz zum Problem der innerparteilichen Demokratie. Seiner Meinung nach kreiert die technische Spezialisierung bei ausgedehnten Organisationen die Notwendigkeit der sogenannten geschäftsmäßigen Leitung und übertrage alle entscheidenden Eigenschaften der Masse als spezifische Führerqualitäten auf die Führer allein. So werden die Führer, die zunächst

⁵⁰ Michels, Robert 1978: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 4. Aufl., Stuttgart: Kröner.

nur Vollzugsorgane des Willens der Masse repräsentieren, selbständig. Sein Kritiker Alexander Schiffrin behauptet hingegen, dass es keine Oligarchie in der Arbeiterbewegung, wie von Michels dargestellt, gebe. Jedoch betont Schiffrins Kritik eine weitere Entwicklung der Parteienorganisation und des Parteienapparates in (innerparteilich) demokratischer Form aufgrund des ökonomischen und politischen Fortschritts nach dem Ersten Weltkrieg. Dies wurde und konnte von Michels vor ca. 20 Jahren nicht besonders zur Kenntnis genommen werden.⁵¹ Er hielt fest, dass diese Schmälerung der Parteidemokratie (Sozialdemokratie) keine Folge der von Michels gepredigten Oligarchischen Tendenz bzw. „Ehernes Gesetz der Oligarchie“ – eines allgemeinen soziologischen Gesetzes – sei, sondern von konkreten deutschen Bedingungen – nämlich (welt-)politischen und ökonomischen Bedingungen der Stabilisierungsperiode nach dem Ersten Weltkrieg – abhängig ist. Die Parteispitze soll einerseits die Interessen ihrer Organisation vertreten, andererseits müsse sie aber auch Kompromittierung agieren, wenn sie eine Koalitionspolitik unter allen Umständen gefügig erreichen möchte. Aus diesem Grund hat die Parteispitze unvermeidlich von ihrer Organisation mehr oder weniger abzuweichen.⁵² Die Verengung und der Stillstand der innerparteilichen Demokratie sind dabei nicht unvermeidlich. Schiffrin hat darüber hinaus drei in der Partei gegebene Ausgangspunkte der Demokratie genannt: die Meinungsfreiheit, ein starkes Eigenleben und die Autonomie der lokalen Organisationen und die demokratische Parteiverfassung. Seine Schlussfolgerung ist folgende: Die Massengrundlage der Partei, der Funktionärskörper, der Parteiapparat, die Parteispitze – sie alle sind Bestandteile des riesigen Parteiorganismus. Sie stehen in engstem Zusammenhang miteinander. Bei den Entscheidungen der Partei sowie im Prozess ihrer Willensbildung beeinflussen sie sich gegenseitig, wobei jeder von diesen Faktoren sein besonderes Gewicht hat. Schiffrins wies einerseits die Lücke der Theorie Michels hin, wies aber andererseits auch auf die ideale Struktur, die Funktionen, die Funktionsmechanismen für eine demokratische Massenpartei hin.

Otto Stammer erkannte Tendenzen der Oligarchisierung in jeder, auch der vorbildlich

⁵¹ Schiffrin, Alexander 1930: Parteiapparat und Parteidemokratie. In: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik, herausgegeben von Rudolf Hilferding, Berlin, 7. Jg., 1930, S.505-528. Siehe auch in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.262-288.

⁵² Ebd., S.280.

demokratischen Organisation an. Er vertritt die Ansicht, dass die Bürokratisierung vor allem der großen Massenparteien und in der Folge davon die relative Isolierung der Mitglieder vom politischen Geschehen in den oberen Parteirängen viel zur Bestärkung der Oligarchisierungstendenz beigetragen hat. Außerdem hat Stammer noch zwei Bedingungen für die Gefahr der Herausbildung von Oligarchien erörtert: a) die Führungsgruppen der Verbände ergänzen sich in der Regel mehr durch Kooptation und Patronage als durch Delegation und b) die für die Arbeitsfähigkeit einer demokratischen Organisation entscheidend wichtige Mittelgruppe der sogenannten „Funktionäre“ verhasche wegen Mitgliederapathie und organisatorischer Gewöhnung in ihrer Zusammensetzung. Nach Stammer ist das, was als Oligarchisierungserscheinung angesehen und als Beweis der Michelsschen Hypothesen ausgelegt wird, nur Reflex einer weit verbreiteten Apathie unter den Mitgliedern, die nicht unüberwindbar ist. Ebenso sei die politische Wachsamkeit und Beweglichkeit der unteren und mittleren Führungsränge („Funktionäre“) oft fähig, den Druck des Parteiapparates und den Einfluss der obersten Führungsgremien auszugleichen. Eine gute strukturelle Aufgliederung der Parteien und Verbände trägt auch zur innerverbandlichen Demokratie bei. Eine ausreichende *Ventilation des Parteikörpers* durch eine gesunde politische Meinungsbildung auf allen Stufen der Organisation könne die innerverbandliche Demokratie gewährleisten. Fehlt eine derartige Ventilation, so könne die Parteiführung ihrer Aufgabe, Entscheidungen im Einverständnis mit der Mehrheit der Parteimitglieder zu treffen, nicht gerecht werden.⁵³ Stammer ergänzte die Theorie Michels und diskutierte über die Ursachen einer eventuellen Oligarchisierung einer demokratischen Partei durch die Analyse innerparteilicher Strukturen. Noch schärfer unterschied Sigmund Neumann die demokratische Parteiführung, die im Rahmen der Institution bestimmt wird, von der diktatorischen Parteiführung, die persönlichkeitsorientiert bestimmt wird. Er hat auch die Qualität und die Machtbildungsprozesse der beiden Typen der Parteiführung analysiert. Die demokratische Parteiführung werde durch die demokratische Wahl der Mitglieder legitimiert. Der Anspruch auf ihre Fähigkeiten, Autorität und Qualifikation

⁵³ Stammer, Otto 1955: Die Demokratisierung der Organisation. Aus: Politische Soziologie. In: Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, herausgegeben von Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, Düsseldorf 1955, S.312-315. Siehe auch in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.289-293.

werde durch die Institution bestimmt. Ihre Fluktuation sei nach unten offen. Allerdings monopolisiere autokratische Parteiführung die Einflussnahme auf Mandatzugang innerparteilicher Positionen durch persönliche Verbindlichkeit und die Einflussnahme auf die Jugend durch staatlich kontrollierte Jugendbewegungen und ein völlig gleichgeschaltetes Erziehungssystem, um ihre Nachfolger zu sichern.⁵⁴ Er hat zweifellos sehr beeindruckende sowie präzise Erklärungen sozialer Beziehungen innerhalb moderner Parteien nicht nur im demokratischen System, sondern auch im autokratischen System geliefert, wobei er sich auf wichtige Begriffe, Probleme und Hypothesen von Michels sowie seiner Kritiker bezieht. Dazu zählen Führer und Anhängerschaft, Teilnahme an politischer Willensbildung und Apparat.⁵⁵ Dies ist schon zu einer vergleichenden Parteienforschung zu zählen.

An dieser Diskussion haben sich nicht wenige Autoren beteiligt. Aus heutiger Sicht bestehen die Leistungen jener Autoren nicht mehr in deren Thesen bzw. Hypothesen des Parteienwandels, sondern vielmehr in der Darlegung und Analyse der Struktur, Funktionen und Mechanismen der demokratischen (Massen-)Partei, insbesondere wie die Führung, der Apparat, die örtlichen Organisationen und die Mitglieder aufeinander Einfluss nehmen. Die in diesem Zeitraum entwickelten Theorien bzw. Hypothesen über den Parteienwandel beschränkten sich leider nur auf den Diskurs der „Demokratisierung oder Oligarchisierung“. Eine Theorie über kompliziertere Parteiwandlungen wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch nicht wesentlich thematisiert. Michels Thesen wurden stark kritisiert, weil die empirische Grundlage seiner Theorie sehr einseitig (in Sinne des Samples sowie des Zeitrahmens) schien. Man geht davon aus, dass verschiedene Parteien unter unterschiedlichen zeitlichen Bedingungen unterschiedliche Entwicklungspfade und -prozesse haben können. Dann werden die Fragen immer wichtiger, welche Typen politischer Parteien es gibt und welche soziale Struktur hinter ihnen existieren; wie die jeweiligen Parteien innerlich funktionieren und wie sie mit entsprechenden Interaktionspartnern agieren. Angesichts dieser Fragen traten die Parteientypologien und die vergleichende Forschung in der Parteienforschung auf.

⁵⁴ Neumann, Sigmund 1956: Führung in der Demokratie. Aus: *Toward a Comparative Study of Political Parties*. In: *Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics*, herausgegeben von Sigmund Neumann, Chicago 1956, S. 405-411. Siehe auch in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.294-303.

⁵⁵ Vgl. Ebd.

Parteientypologien und vergleichende Forschungen

Max Weber gehört zu den einflussreichsten Wissenschaftlern im Hinblick auf die Parteientypologien. Er hat durch die Analyse der Vergesellschaftungen mit verschiedenen Zwecken und *Interessenbetriebe* die Parteien in Patronage-Parteien, ständische bzw. Klassen-Parteien und Weltanschauungs-Parteien sowie *charismatische* Parteien, *traditionalistische* Parteien, *Glaubensparteien* (auch als *Weltanschauungsparteien*) und *Appropriations-Parteien* klassifiziert. Er spricht von einer Honoratiorenherrschaft des Parteigebildes, indem er den eigentümlichen Zusammenhang zwischen den beruflichen-gesellschaftlichen Stellungen von „Honoratioren“ und der bürokratischen Bildung einer Herrschaftsstruktur (auch von politischen Parteien) interpretiert. Außerdem seien politische Parteien im Rahmen des Parlamentes berufliche Interessenvertretungen, wobei sie im Kompromiss zwischen ihren Wählern und ihren Wahlgeldgebern handeln. Jedoch käme nicht der politische Führer, sondern der geriebene Geschäftsmann im Parlament ganz unmittelbar auf seine Rechnung, während für die Lösung politischer Fragen nach politischen Gesichtspunkten eine solche sogenannte „Volksvertretung“ wahrlich die ungeeignetste Stätte wäre. Er hat viele parteisozilogische Begriffe geliefert, wie zum Beispiel Gefolgschaft, Honoratioren, Ämterpatronage, Amtspatronage-Organisation, Subalternpatronage, charismatischer Führer, Parteibeamte, Interessenbetrieb, plebiszitäre Demokratie, Mäzenaten, etc.⁵⁶ Webers Parteitypologie hat zwar sehr fruchtbar zur soziologischen Begrifflichkeit im Parteienfeld und zur soziologischen Erklärung der Parteienmachtverhältnisse durch Sozialanalyse und seine Bürokratie-Modi, sogar eine allgemeine Entwicklungsphase der politischen Partei von aristokratischen Cliques über die Honoratiorenpartei zur plebiszitären Demokratie, beigetragen, hat aber trotzdem keine ausreichende bzw. klare explizierte mikro-makro-kategorische Unterscheidung und durchgängige institutionelle Theorie, die nicht bloß damalige angelsächsische und europäische Erfahrungen umfasst und sich mit Wandlungsursachen der Leitideen politischer Parteien besonders befasst, geliefert. Die Parteientypologie (/soziologie) Webers hat zwar nicht eine

⁵⁶ Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.314-319.

zufriedenstellende Theorie über allgemeinere Parteiwandlungen geliefert, bot aber trotzdem eine sehr fruchtbare typologische Grundlage für die Entwicklung einer solchen Theorie an. Mit Hilfe der verschiedenen Begriffe sowie der sozialen Verhältnisse von Parteien, die Weber definierte und konzipierte, lassen sich die Variablen des Parteienwandels erarbeiten bzw. operationalisieren. Durch diese Typologie konnten zum Beispiel die jeweiligen Funktionen und Ressourcen der verschiedenen Parteien erfasst werden. Zu bedeutenden Autoren zählen diesbezüglich auch Heinz Marr und Sigmund Neumann.

Heinz Marr hat zwar nicht so vielfältige Typen von Parteien wie Max Weber konzipiert, doch ist seine Einteilung in Repräsentations- und Integrationsparteien sehr anregend. Diese einfache Typologie weist jedoch auf die beiden wichtigen Seiten bzw. Richtungen des Parteifunktionierens sowie verschiedene Tendenzen, nämlich Demokratisierung und Bürokratisierung, hin.⁵⁷ Die Repräsentationsfunktion und die Integrationsfunktion politischer Parteien sowie deren Mechanismen wurden von ihm differenziert und dargestellt. Dadurch wird es überzeugend, dass die Variation des Verhältnisses der beiden Funktionen einer Partei den Wandel der Partei verursachen können.

In Vergleich dazu hat Sigmund Neumann eine Parteientypologie in Bezug auf das politische System entwickelt. Er hat die politische Partei in „in-group“ (auch als Patronagepartei) und „out-group“ (auch als Prinzipienpartei) eingeteilt. Die Regel bzw. der Mechanismus zwischen den Herrschenden und Opponierenden wurden von ihm entdeckt: der Vordere möge den Status quo erhalten und würde mithin konservativ sowie korrupt werden, während der Letztere verantwortungslosen Dogmatismus ausspiele. Weiterhin bietet er auch eine simple Einteilung in Interessenparteien und Prinzipienparteien, in Pragmatismus und Weltanschauung, nach Persönlichkeiten und Programmen. Jedoch bekennt Neumann selbst, dass die oben genannte Einteilung die innere Dynamik und die Spannungen einer funktionierenden Demokratie nicht aufdecken kann, da sich die Elemente in der Wirklichkeit vielfältig vermischen.⁵⁸ Trotzdem

⁵⁷ Vgl. Marr, Heinz 1924: Klasse und Partei in der modernen Demokratie. In: Die Massenwelt im Kampf um ihre Form. Zur Soziologie der deutschen Gegenwart. Hamburg 1934, S.313-316; Großstadtgeist und politische Lebensformen (1927), a. a. O., S.393-396. (zitiert nach Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968). Siehe auch in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.330-334.

⁵⁸ Neumann, Sigmund 1956: Parteiensysteme und Integrationsstufen. Aus: Toward a Comparative Study of Political Parties. In: Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics, herausgegeben von Sigmund Neumann, Chicago 1956, S.400-405. (zitiert nach Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968). Siehe auch in:

scheinen Neumanns Thesen sehr sinnvoll zu sein, um eine allgemeine soziologische Gestaltung politischer Parteien(-systeme) zu beschreiben. Darüber hinaus analysiert Neumann die strukturellen Ursachen verschiedener Parteiensysteme, in denen sich politische Interessen und Persönlichkeiten integrieren sowie spezielle Wahlmechanismen und Entscheidungsprinzipien entstehen.

Alan Ware zählt zu den aktuell am einflussreichsten Partieforschern im englischen Sprachraum. In seinem bekannten Werk „Political Parties and Party Systems“ wurden verschiedene politische Parteien in Demokratien im Vergleich typisiert. Die Forschungsgegenstände bestehen aus der Ideologie, den Anhängern, den Mitgliedern, den Aktivisten, der Parteienorganisation, der Wahl, den Wählern und der Bildung der Regierung. Sogar die Parteien in Autokratien wurden etwas vorgestellt, auch wenn sie nicht so ausführlich wie diejenigen in Demokratien. Er hat zwar auf Basis aktualisierten empirischen Materials neue Typologien politischer Parteien entwickelt, konnte trotzdem die Paradigmen Webers und Duvergers nicht überschreiten.⁵⁹ An diese Grenzen stießen auch Autoren wie Leon D. Epstein⁶⁰, Changjiang Wang⁶¹ und Shuzhen Zhou⁶².

Bisher wurden bereits wichtige Klassiker der Parteienforschung erwähnt. Sie entsprachen durchaus den Behauptungen von Stöss und Niedermayer über die klassische Parteienforschung. Die zahlreichen segmentierten parteisozziologischen bzw. -typologischen Arbeiten, die bereits sehr breite Fragestellungen der Parteienforschung umfassten, haben zwar mit vielfältigen Begriffen und Kategorien versucht, die politischen Parteien (ihre Struktur, Funktion, Mechanismen sowie ihre Machtverhältnisse und gesellschaftliche Grundlage) darzustellen und zu analysieren, dennoch fehlen ihnen aber meistens methodologische bzw. theoretische Fundamente im Sinne eines Standardwerks. In jenen Forschungen ließ sich zudem kaum eine

Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.335-344.

⁵⁹ Ware, Alan 1996: Political Parties and Party Systems. Oxford University Press.

⁶⁰ Epstein, Leon D. 2000: Political Parties in Western Democracies. 4. Ed. New Brunswick, New Jersey: Transaction.

⁶¹ Wang, Changjiang 2009: Grundlage der Parteipolitik. Beijing: KPCh-Zentral-Parteischule Verlag. (Original in Chinesisch: 王长江 2009: 政党政治原理. 北京: 中共中央党校出版社); Wang, Changjiang 2009: Zur Politischen Partei. Beijing: Volksverlag. (Original in Chinesisch: 王长江 2009: 政党论. 北京: 人民出版社).

⁶² Zhou, Shuzhen 2011: Politikwissenschaft der politischen Partei. Beijing: Volksverlag. (Original in Chinesisch: 周淑真 2011: 政党政治学. 北京: 人民出版社.).

Fragestellung über die Ursachen langfristigen Parteienwandels finden. Diese Forschungslücken wurden in gegenwärtigen Parteienforschungen bis zu einem gewissen Grad gefüllt. Diesbezüglich sind vor allem die Autoren Maurice Duverger, Klaus von Beyme und Thomas Poguntke zu nennen.

Party Change-Forschung

Maurice Duverger und sein Meisterwerk, das auch als Standardwerk zählt, werden am häufigsten von heutigen Parteiforschern erwähnt und zitiert. Dieser französische Parteienwissenschaftler versucht in seinem „*Les Partis politiques*“ (Die Politischen Parteien)⁶³ eine allgemeine Partientheorie zu schreiben, da es bis dahin kaum Monographien gab, die sich gründlich mit einer solchen allgemeinen Theorie befassten.⁶⁴ Dies symbolisiert den Anfang einer neuen Epoche der Parteienforschung. Er hat die Entstehung der Parteien in „im Zusammenhang mit Wahlen und Parlament“ und „Äußerer Ursprung“ eingeteilt.⁶⁵ Diese Feststellung hat nicht nur das gesamte Werk geleitet, sondern auch die heutigen Parteienforschungen sehr tief beeinflusst. Duverger hat außerdem die Strukturen verschiedener politischer Parteien systematisch vorgestellt und ihre Grundelemente dargestellt, indem er sie in verschiedene Kategorien klassifizierte, wie zum Beispiel mittelbare-unmittelbare Struktur, Zentralisation und Dezentralisation; Komitees, Ortsgruppen, Miliz; Rahmenpartei und Massenpartei; usw. Seine Strukturdarstellung umfasst auch die Parteimitglieder verschiedener Parteisorten, Stufen der Zugehörigkeit (in Wähler, Sympathisierende sowie Aktivisten), die Art der Teilnahme und die Leitung der Parteien. Im zweiten Buch desselben Werks hat Duverger die Parteiensysteme behandelt, indem er das Zweiparteiensystem, Vielparteiensystem und Einheitsparteien(-system) sowie die Größe der Parteien und das Verhältnis zwischen Parteien und politischen Regimen darstellte. Obwohl dieses Buch versucht, Hypothesen aufzustellen, die geeignet sind, zukünftigen Untersuchungen den Weg zu weisen, und es eines Tages ermöglichen sollen, echte „soziologische Gesetze“ zu formulieren, indem diese von möglichst

⁶³ Duverger, Maurice 1951: Die Politischen Parteien. 3. Aufl. 1958, Librairie Armand Colin, Paris. Herausgegeben und übersetzt von Siegfried Landshut 1959, Tübingen: Mohr.

⁶⁴ Ebd., S. IX.

⁶⁵ Ebd., S. 2-12.

ausgedehnten Beobachtungen ausgehen, wie Duverger selbst in der Vorbemerkung des Werks schrieb⁶⁶, war seine Theorie wegen mangelnder Methodologie dennoch nicht vollkommen. Unter seiner Theorie- bzw. Modellbildung könnte eine Induktionsarbeit bzw. synthetische Schlussfolgerung verstanden werden. Aber wenn es als „grounded theory“ gilt, wäre sein Gedankengang vom empirischen Ausgangspunkt zu den abstrahierten und verallgemeinerten Kategorien nicht anschaulich; auf der anderen Seite, wenn es als Theoriebildung durch empirische Prüfung der Hypothesen gilt, hätte ihm eine ausreichende metaphysische Behandlung bei der Hypothesenformulierung – nämlich eine deduktive Ableitung von vorhandenen (soziologischen bzw. institutionellen) Theorien – gefehlt. Duverger ist somit bei der Theoriebildung nicht viel gelungen. Seine Leistung besteht dennoch besonders darin, dass er die Parteitypologie so umfangreich wie nie zuvor systematisch entfaltete und zum ersten Mal den Versuch wagte, eine allgemeine Parteientheorie zu etablieren. Seine Forschungsmethode hat Max Weber und Michels leider nicht grundsätzlich überschritten. Seine theoretischen Aussagen trugen nur wenig bzw. nur indirekt zur Party Change-Forschung bei.

Der statisch charakterisierte Strukturfunktionalismus und der *Rational Choice*-Ansatz beherrschte die Parteienforschung bis zum Ende des 20. Jahrhundert. Zu den gegenwärtig einflussreichsten Parteienforschern zählt Klaus von Beyme als bahnbrechender Autor. Er kritisierte in seiner Monographie „Parteien im Wandel“ die bisherigen Parteienforschungen, da sich die von Klassikern, wie etwa Ostrogorski sowie Michels bis hin zu Duverger, aufgeworfenen Hypothesen mit vorgenommenen Generalisierungen aufgrund fehlender Methoden als falsch erwiesen. Er kritisierte auch den Rational Choice-Ansatz, da sich dieser mehr für die Prognose der „Choice“ der Spieler und Gegenspieler interessiere, als die Realität mit empirischem Ansatz zu entdecken. Er beschreibt die Anlage dieser Studie als das Schema „Sozialer Wandel und Wandel der Parteien“.⁶⁷ Die Parteien wandeln sich bei dem sozialen Wandel, beispielsweise in Form von Entideologisierung, Individualisierung, Abnahme sozialer Bindungen, Abnahme der Parteiidentifikation, Zunahme der Wahlenthaltung etc., infolgedessen werden alle vorherigen Typologien überholt. Beyme bekennt: „Ein Autor, der sich der historischen Betrachtungsweise unter systematischen Fragestellungen verpflichtet weiß, muß

⁶⁶ Ebd., S. X.

⁶⁷ Beyme, Klaus v. 2000: Parteien im Wandel. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S.10.

zur Kenntnis nehmen: Je deskriptiver die Darstellung, umso schneller wird sie vom Wandel überholt – und dient nur noch als Material der Geschichtswissenschaft.“ Indem Beyme die europäischen Parteien aus Perspektive des typologischen Wandels in Elitenparteien (bis ca. 1918), Massenparteien (1918 – Ende der 50er Jahre), Volksparteien (Ende der 50er Jahre – Ende der 70er Jahre) und professionalisierte Wählerparteien einteilte, kam Beyme auf eine höhere theoretische Ebene. Seine Fragestellung besteht nicht nur darin, die Entwicklungsphase mit einer neuen Typologie darzustellen, sondern auch die Wandlungsursachen zu finden. Jedoch, wie Beyme selbst behauptet, sei Party Change-Forschung ein Feld mit vielen Hypothesen und wenigen gesicherten Ergebnissen. Es ist zu betrachten, dass gewiss der Historische Institutionalismus und Soziologische Institutionalismus der Methode von Beyme zugrunde lagen. Zu diesem zählen auch Larry Diamond, Ricard Gunther⁶⁸ und Angelo Panebianco⁶⁹, Jingqing Zhou, Dapeng Zhao und Guiping Lü⁷⁰. Allerdings scheint das von Beyme illustrierte Schema des *Sozialen Wandels* folgendes Problem zu haben: wenn die einzelnen Variablen in dem Sozial-Wandel-Schema betrachtet werden, wären sie zu sehr von konkreten Fällen abhängig, so dass es ihnen passieren könnte, dass sie schnell von weitergehendem Wandel überholt werden; wenn bloß das Paradigma „Parteienwandel und Sozialer Wandel“ betrachtet wird, wäre es als ein Erklärungsmodell zu einfach und zu nüchtern für die Erklärung des Parteienwandels, obwohl seine Forschungsinteressen uns naheliegend sind. Er hat zwar das Paradigma „Sozialer Wandel und Parteienwandel“ sowie ihre kausalen Zusammenhänge durch empirische Forschungen – insbesondere auf der Makroebene – erklärt, hat aber die Kausalkette des Parteienwandels auf der Mikroebene nicht besonders ausführlich behandelt.

„Parteiorganisation im Wandel“ von Thomas Poguntke zählt ebenfalls zu den aktuellsten Standardwerken zum Thema des Parteienwandels. Dieses Werk zielt darauf, die Forschungslücke, dass „die Parteienforschung hinsichtlich des Zustandes der *organisatorischen Linkages* politischer Parteien in Westeuropa weitgehend auf Vermutungen angewiesen“ sei, zu schließen. In dieser Arbeit befasst er sich damit, die von der *Linkage*-Theorie sowie der

⁶⁸ Diamond, Larry/Gunther, Richard (ed.) 2001: *Political Parties and Democracy*. The Johns Hopkins University Press and the National Endowment for Democracy 2001.

⁶⁹ Panebianco, Angelo 1982: *Political Parties: Organization and Power*. Bologna: Società editrice il Mulino.

⁷⁰ Zhou, Jingqing (Hrsg.) 2014: *Moderne Parteiengovernance: eine vergleichende Forschung*. Beijing: China Sozialwissenschaften Verlag. (Original in Chinesisch: 周敬青 (主编) 2014: *现代政党治理比较研究*.北京: 中国社会科学出版社).

Parteitypologie abgeleiteten Hypothesen mittels vergleichendem Ansatz empirisch zu überprüfen,⁷¹ sodass am Ende der Wandel von Parteiorganisationen in Westeuropa seit 1960 im Licht des Wandels der *Linkage* und der organisatorischen Anpassung erklärt werden kann. Diese Arbeit hat sich an einem sehr klaren Forschungsdesign mit elaborierter allgemeiner soziologischer „*Linkage*“-Theorie⁷² – schon anders als die meisten Klassiker – orientiert. Diese Forschung hat zweifellos sehr fruchtbar zur Erklärung des Wandels von Parteienorganisationen in Westeuropa beigetragen. Dennoch hat sie ihren Forschungsgegenstand in der Parteiorganisation eingeschränkt. Beim Wandel der Leitideen politischer Parteien existieren noch Forschungslücken. Der „*Linkage*“-Ansatz hat darüber hinaus einen auffälligen, sachlichen sowie struktur-funktionalistischen Charakter, der sich spontan auf die Struktur - in diesem Fall auf die Parteiorganisation und die Funktion bzw. Anpassung bezieht. Das heißt, dass er bei der Darstellung und Erklärung geistigen Wandels nicht nützlich zu sein scheint. Außerdem mangelt es seinem Theorietest noch an einem breiteren empirischen Umfang. Es ist nämlich noch offen, ob sich die „*Linkage*“-Theorie beim Wandel einer Partei in autokratischen Systemen ebenfalls bestätigt. Des Weiteren schienen der „*Linkage*“-Ansatz und der Anpassungs-Ansatz, die Poguntke in dem Buch integrierte, nicht einheitlich, sondern er integrierte die beiden Ansätze mit kaum interner Konsistenz in das Werk.

1.2.3 Paradigmatische Defizit und ein Ausweg

Die Entwicklung der Parteienforschung begleitet einerseits die Entwicklung politischer Parteien und andererseits den Wandel der Gesellschaft. Die Forschungsgegenstände akkumulierten sich im Lauf der Entwicklung des Status bzw. der Identität der Parteien und der modernen Demokratie. Seit dem 18. Jahrhundert wurden sehr fruchtbare Darstellungen, Thesen und Hypothesen über Parteien von zahlreichen Autoren angeboten. Zu diesen zählen die Parteitypen, das Machtverhältnis zwischen Parteien und Staat, das innerparteiliche Machtverhältnis (etwa zwischen Demokratie und Oligarchie), die Identität, Struktur, Funktion,

⁷¹ Poguntke, Thomas 2000. Parteiorganisation im Wandel: gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich, Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 101.

⁷² Ebd., S. 23-48.

Organisation, Ideologie, Finanzierung, Programme, Parteiensysteme und Parteienwandel. Jedoch entwickelten sich die Forschungsmethoden im Vergleich zu den Forschungsgegenständen relativ langsam, da der Wandel (von Leitideen) politischer Parteien und der Gesellschaft – insbesondere in der postmodernen Zeit – sehr schnell verlief. Wie etwa Niedermayer und Stöss resümierten, entwickelten sich die Forschungsparadigmen hingegen nur langsam. Dazu zählen die Literaturberichte bzw. Reader von Klassikern, Gesamtdarstellungen, entwicklungsgeschichtlich orientierte Überblicksdarstellungen, mehr oder weniger komparative, problemorientierte bzw. entwicklungsgeschichtlich angelegte oder auch eher lexikalische Darstellungen. Nur wenige Parteienforscher befassten sich mit dem allgemeinen Modell des (langfristigen) Parteienwandels. Zu diesen zählen Michels, Beyme und Poguntko. Diese Modelle ergaben sich zum Großteil aus der empirischen Parteienanalyse, was bedeutet, dass sie die Vergangenheit der politischen Parteien(-systeme) zeigen, aber die zukünftige Parteientwicklung nur schwer erklären oder darstellen können. Folglich lassen sich die Parteientheorien leicht vom Parteienwandel überholen oder falsifizieren. Um zu probieren, dieses paradigmatische Problem zu lösen, bietet Beyme neben seinen empirischen Thesen des Parteienwandels – die einen sehr starken Beschreibungscharakter zeigen – auch das Sozialwandel-Schema, während sich Poguntko am soziologischen Linkage- und Anpassungsschema zur Erklärung des Wandels von Parteienorganisationen – welches einen sehr starken Charakter des Struktur-Funktionalismus und Rational-Choice (soziologische Institutionalismus?) widerspiegelt – orientiert. In diesen Schemen lässt sich kaum ein Brückenschlag zwischen Mikro-Makro und zwischen Sachlichen-Geistigen Dimensionen von Institutionen finden. Des Weiteren stellt sich bei diesen Schemen noch die Frage, ob sie bei der Erklärung des Wandels politischer Parteien außerhalb des westlichen demokratischen Systems verwendbar sind. An dieser Stelle scheint der Evolutorische Institutionalismus⁷³ als einer der jüngsten sozialwissenschaftlichen Paradigmen die Forschungslücken theoretisch schließen zu können. Jedoch ist es vor seiner allgemeinen Akzeptanz in der Parteienforschung noch notwendig, ihn durch Fallstudien des Parteienwandels empirisch zu prüfen. In diesem

⁷³ Der Evolutorische Institutionalismus (seine theoretische Herkunft, Grundannahme, Schnittstellen, Bibliographie, Kernaussagen, wichtigste Begriffe sowie Kategorien) werden in Kap. 2 dieser Dissertation präzise vorgestellt und dargelegt sowie ggf. ergänzt.

Zusammenhang könnten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Chinas als ideale Fallbeispiele für den Theorietest gelten, da diese beiden relative andauernde und spezifische Wandlungen erlebten und reichliche Geschichtsliteratur über diese Wandlungen zur Verfügung steht.⁷⁴

1.3 Forschungsdesign und Methodik

Bei der Betrachtung des Forschungsstandes hat diese Dissertation grundsätzlich zwei relevante Forschungsfragen zu beantworten:

- Wie und warum wandeln sich politische Parteien im Licht des Evolutorischen Institutionalismus?
- Stimmt der Evolutorische Institutionalismus bei Beschreibung und Erklärung des Wandels politischer Parteien?

Wenn diese Dissertation vom (Theorietest des) Evolutorischen Institutionalismus ausgeht, ist die Herangehensweise nicht mehr eine Theoriebildung durch empirische Induktionsarbeit, sondern eine Ableitung mittels Deduktionsarbeit auf Basis einer vorhandenen Theorie – des Evolutorischen Institutionalismus – und anschließend eine empirische Prüfung der abgeleiteten theoretischen Aussagen. Im zweiten Kapitel werden die grundlegenden Terminologien des Evolutorischen Institutionalismus dargestellt. Darüber hinaus werden dessen basale Aussagen und analytische Kategorien entsprechend des Parteienkontextes abgeleitet. Das heißt, dass die analytischen Kategorien durch Begriffe aus dem politischen Alltag sowie aus der klassischen Literatur der Parteienforschung operationalisiert werden. Angesichts der Forschungslücke, dass kaum eine einheitliche große Parteientheorie den Ideenwandel politischer Parteien sowohl in Demokratien als auch in Autokratien auffassen und erklären kann, werden zwei Einzelfallstudien am Beispiel einer Partei im demokratischen System und einer Partei im autokratischen System im dritten Kapitel durchgeführt. In diesen werden wichtige geschichtliche Wandlungsprozesse (vor allem der Ideenwandlung) der jeweiligen Parteien

⁷⁴ Eine detaillierte Begründung der Fallauswahl siehe in Kapitel 3.1.

durch die Kategorien, die der Evolutorische Institutionalismus anbietet, analysiert, dargestellt sowie erklärt. Auf Basis der allgemeinen Analysen könnte dann vorläufig ausgewertet werden, wie fruchtbar beziehungsweise anwendbar sich der Evolutorische Institutionalismus in der Parteienforschung erweist. Im selben Kapitel, nach der „Vorspeise“ der allgemeinen Analysen des (Ideen-)Wandels der jeweiligen Parteien, werden die grundlegenden theoretischen Aussagen durch die tiefere und präzise Analyse von Fällen, die anscheinend die Theorie falsifizieren können, geprüft. Die Vorgehensweise dieses Kapitels ist halb-narrativ und halb-theoretisch und enthält einen Vergleich zwischen Empirie und Theorie. Die Plausibilität der Theorie lässt sich folglich anhand der Kovarianz zwischen der abhängigen Variable „Änderung der Leitidee“ und den von der Theorie abgeleiteten unabhängigen Variablen einschätzen. Mittlerweile lässt sich durch die analytische Bemühung die Einfachheit, Sparsamkeit, Tiefe, Produktivität, interne Konsistenz sowie Genauigkeit der Evolutorischen Institutionalismus bewerten.

Vor der Theorieableitung werden die Hauptaussagen des Evolutorischen Institutionalismus vor allem vom Band „Evolutorischer Institutionalismus“ (Patzelt [Hrsg.] 2007) und vom Band „Parlamente und ihre Evolution“ (Patzelt [Hrsg.] 2012) sowie von der Monographie „Die Evolution des Rats der Europäischen Union“ (Lempp 2009) herauskristallisiert, wobei die in den Aussagen vorkommenden Kategorien und Begriffe mit deren Definitionen behandelt werden. Darüber hinaus wird die Fallauswahl vor dem empirischen Test präzise begründet. Bei der empirischen Prüfung gilt die geschichtliche Literatur über die beiden Parteien als empirische Basis, von welcher die empirischen Daten erhoben werden. Dazu zählen die Parteiengeschichte, Dokumente aus den offiziellen Parteipublikationen sowie aus allgemeinen Publikationen. Bei der Analyse werden die empirischen Daten gemäß den Definitionen jeweils den entsprechenden Kategorien beziehungsweise Variablen zugeordnet. Anschließend werden die von den theoretischen Terminologien beschriebenen geschichtlichen Ereignisse mit den vorgegebenen theoretischen Aussagen verglichen. Sind (anscheinende) Widersprüche vorhanden, werden die diesbezüglichen Daten auf der einen Seite und die Variablen auf der anderen Seite dahingehend überprüft, ob weitere wichtige empirische Einzelheiten zu explizieren sind und ob die Operationalisierung von Variablen zu optimieren ist.

Diese Dissertation könnte die folgenden technischen Schwierigkeiten haben. Erstens ist der Verfasser ein ausländischer Student, für den die deutsche Sprache nicht als Muttersprache gilt, während die deutsche Literatur bei der Forschung die wichtigste Rolle spielt. Infolgedessen könnten sprachliche Missverständnisse sowie eine ungewohnte Ausdrucksweise im Rahmen der Arbeit vorkommen. Zweitens könnten EI-Kategorien, die möglicherweise als wichtig erachtet werden, bei der Ableitung der Theorie des Evolutorischen Institutionalismus in der Parteienforschung vernachlässigt werden, da der Evolutorische Institutionalismus zahlreiche Kategorien, Definitionen sowie Aussagen anbietet, während diese Dissertation nur einen Kernteil davon einbeziehen kann. Drittens wird es schwierig sein, alle relevanten geschichtlichen Daten und zwar die komplette Wahrheit der veröffentlichten Literatur herauszubekommen, sodass die Schlussfolgerungen beziehungsweise die Ergebnisse der Arbeit sich nicht ohne Risiko rechtfertigen lassen.

2. Parteien und ihr Wandel im Licht des Evolutorischen Institutionalismus

Bei diesem Kapitel handelt es sich um eine Vorstellung und Darlegung der Theorie des Evolutorischen Institutionalismus sowie um eine theoretische Ableitung im Kontext der Parteienforschung, demzufolge in der Parteiengeschichte empirisch zu prüfende Aussagen herausgearbeitet werden. In diesem Kapitel folge ich ab und zu eng dem Originaltext.

2.1 Hintergrund, Aufbau und Anschlussstellen des EI

Der Evolutorische Institutionalismus kann als eines der aktuellsten sozialwissenschaftlichen Paradigmen sehr wahrscheinlich die vorher genannten Probleme lösen, da dieser verschiedene theoretische Ansätze in eine einheitliche Theorie integriert. In den von Werner J. Patzelt herausgegebenen Bänden „Evolutorischer Institutionalismus: Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit“ (2007)⁷⁵ und „Parlamente und ihre Evolution: Forschungskontext und Fallstudien“ (2012)⁷⁶ wurde das Paradigma mit theoretischen Diskussionen und Fallstudien vorgestellt, indem Regierungen⁷⁷, insbesondere Parlamente⁷⁸ und sogar Unternehmen⁷⁹, analysiert wurden. Zusammen mit diesen zwei Bänden stellt die Dissertation von Jakob Lempp zum Thema „Die Evolution des Rats der Europäischen Union“⁸⁰ die Produktivität des Evolutorischen Institutionalismus dar. Es ist daher relevant, dieses Paradigma hinsichtlich seiner theoretischen Herkunft, seiner grundlegenden theoretischen Konstruktion, der Schnittstellen mit anderen Theorien sowie seines potenziellen Mehrwertes kurz einzuführen.

⁷⁵ Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2007: Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag.

⁷⁶ Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2012: Parlamente und ihre Evolution: Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos.

⁷⁷ Lempp, Jakob 2007: Ein evolutionstheoretisches Modell zur Analyse institutioneller Reformen. Fallanalyse. Die Reform des Auswärtigen Amts. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), S.599-639.

⁷⁸ Demuth, Christian 2007: Institutionelles Lernen. Der Deutsche Bundestag als Beispiel. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), S.641-687; Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2012: Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos.

⁷⁹ Fäßler, Peter E. 2007: Die Genese global agierender Unternehmen in evolutionstheoretischer Perspektive. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), S.689-706; Sliwka, Manfred 2007: Evolutionäres Management. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), S.707-719.

⁸⁰ Lempp, Jakob 2009: Die Evolution des Rats der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos.

Bei dem Evolutorischen Institutionalismus (EI) geht es weder um eine „Biologisierung“ des Sozialen (biologischen Reduktionismus) noch um Teleologie im evolutionären Gewand, sondern vielmehr darum, dass die vorher am Fall der Evolution der Arten ausgearbeitete Theorie von jenem empirischen Referenten abstrahiert wird und dieser abstrahierten Theorie sodann die Geschichtlichkeit von Institutionen als neuer empirischer Referent unterschoben wird.⁸¹ Die Entstehung des Evolutorischen Institutionalismus hat Professor Patzelt durch die jeweiligen theoretischen Brückenschläge wie folgt dargestellt:

Klassische makrosoziologische Theoriebereiche

Seit dem Zweiten Weltkrieg wird die makroanalytisch interessierte Sozialwissenschaft hauptsächlich vom Strukturfunktionalismus⁸² bzw. Funktionsstrukturalismus⁸³ geprägt.⁸⁴ Dabei werde besonders das Denken in Funktionserfordernissen und strukturellen Funktionserfüllungen, in Gleichgewichten und Gleichgewichtsstörungen vor Augen geführt. Es werden nicht mehr die das System angeblich transzendierenden Finalitäten betrachtet, sondern einerseits die vorhandenen strukturellen Arrangements innerhalb des Systems und andererseits die Austauschprozesse zwischen dem System und seiner Nische. Mit deren Kernkategorie der Analyse und zwar der den Systembegriff tragenden Denkfigur der rekursiven Kausalität in der Formel von „positiven“ und „negativen“ Rückkopplungen schufen die beiden Ansätze eine wirkungsvolle Schnittstelle zur biologischen Analyse der sich ganz natürlich entwickelnden Strukturen. Parsons fasste zwar die Theoreme seines Strukturfunktionalismus durch das AGIL-

⁸¹ Patzelt, Werner J. 2007: Plädoyer für eine Rehistorisierung der Sozialwissenschaften, S.273, in ders (Hrsg.), S.237-283.

⁸² Siehe Parsons, Talcott 1951: *The Social System*. New York/London; siehe auch Bühl, Walter L. (Hrsg.) 1975: *Funktion und Struktur. Soziologie vor der Geschichte*. München; siehe auch Geser, Hans 1983: *Strukturformen und Funktionsleistungen sozialer Systeme. Ein soziologisches Paradigma*. Opladen; siehe auch Staubmann, Helmut/Wenzel, Harald (Hrsg.) 2000: *Talcott Parsons. Zur Aktualität eines Theorieprogramms*. Wiesbaden. (zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S.68).

⁸³ Siehe Marwedel, Peter 1976: *Funktionalismus und Herrschaft. Die Entwicklung eines Theorie-Konzepts von Malinowski zu Luhmann*. Köln; Siehe auch Klimpel, Andreas/Canée, Georg de 1983: *Systemtheoretische Weltbilder. Zur Gesellschaftstheorie bei Parsons und Luhmann*. Berlin; Siehe auch Jetzkowitz, Jens/Stark, Carsten (Hrsg.) 2003: *Soziologischer Funktionalismus. Zur Methodologie einer Theorietradition*. Opladen. (zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S.68).

⁸⁴ Patzelt, Werner J. 2007: *Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme*, S.68, in ders. (Hrsg.), S.59-93.

Schema⁸⁵ zusammen, jedoch ließ es die evolutionsanalytisch zentrale Frage offen, „wie und auf welchen Entwicklungspfaden sich Strukturen mit ihrer Umwelt auseinandersetzen, welche Funktionen sie in ihr und für sie erfüllen, und wie sie dadurch in einer gegebenen Umwelt individuelle Stabilität und kollektiven Reproduktionserfolg erzielen können.“⁸⁶ Im Evolutorischen Institutionalismus könne das Konzept der „memetischen Bürde“⁸⁷ als Schnittstelle zwischen der L-Funktion (*latent pattern maintenance*) des AGIL-Schemas und der Systemtheorie der Evolution dienen, das Konzept der „funktionellen Bürde“⁸⁸ als Schnittstelle zur G-Funktion, jenes der „äußeren Selektionsbedingungen“ als Schnittstelle zur A-Funktion, jenes der „inneren Selektionsbedingungen“ als Schnittstelle zur I-Funktion. Das Wechselspiel von inneren und äußeren Selektionsbedingungen zufallsgetriebener Entwicklungsprozesse werden bei Niklas Luhmann wiederum durch das Konzept der „doppelten Kontingenz“ – Kontingenz im System, Kontingenz in dessen Umwelt – dargestellt. Dieses erlaubt, eine gut begehbare Brücke zwischen der von Luhmann geprägten soziologischen Theorie und dem Evolutorischen Institutionalismus zu schlagen.

Soziobiologie und „biopolitics“

Im Vergleich zu der aus der politischen Ideengeschichte rekonstruierbaren Anthropologie, welche aus ideengeschichtlichen Gründen schon leicht und umfangreich rezipiert wird,⁸⁹ nimmt die naturwissenschaftliche Anthropologie in der Forschung der Politikwissenschaft – über die Grundlage politischen Handelns – heute noch eine nachrangige Stellung ein.⁹⁰ Erst

⁸⁵ Hierzu resümiert Patzelt das AGIL-Schema als folgendes: „Die A-Funktion (*adaptation*) der Sicherung von Umwelthanpassung wurde nämlich gemeinsam mit den Funktionen von Zielsicherung (G-Funktion, *goal attainment*), Systemintegration (I-Funktion, *integration*) und Aufrechterhaltung grundlegender Werte (L-Funktion, *latent pattern maintenance*) als eine ganz unabwiesbare Aufgabe angesehen, die von auf Dauer angelegten sozialen Strukturen unbedingt erfüllt werden müsse.“ Siehe Ebd., S.69.

⁸⁶ Ebd., S.68f.

⁸⁷ Ebd., S.69.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Vgl. Häffner, Gerd 2005: Philosophische Anthropologie. Stuttgart; Thies, Christian 2004: Einführung in die philosophische Anthropologie. Darmstadt. (Zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S.70).

⁹⁰ Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme, S.70, in ders. (Hrsg.), S.59-93. Hierzu Vgl. de Waal Malefijt, Annemarie 1974: Images of man. A history of anthropological thought. New York; Winter, Hermann 2004: Moderne Naturwissenschaften und das menschliche Leben. Frankfurt.

mit dem Aufstieg der Soziobiologie⁹¹ bzw. Biosozologie⁹² und der – eher (human-) ethologisch orientierten – *biopolitics* wurde die Politikwissenschaft evolutionsbiologisch interessanter. Bei beiden geht es in erster Linie um Verwandtschaftsselektion, die evolutionäre Entstehung, Fixierung und routinemäßige Nutzung derartiger Normen, mit denen sich Populationen stabilisieren lassen.⁹³ Weiterhin beinhalten sie die *biopolitics*, die sich an der (human-) Ethologie orientiert und bei der es um das empirische Studium der biologischen Grundlagen politischer Handlungen geht.⁹⁴ Nunmehr gewann die Forschung in den tieferen Schichten politischen Verhaltens, ohne Vorwurf eines kurzschlüssigen und reduktionistischen Biologismus, an Einfluss. Wie Patzelt behauptet, gehen Soziobiologie und (Human-) Ethologie nahtlos in die biologische Evolutionsforschung über, so dass sich die Chance böte, im Konzept eines „Schichtenbaus gesellschaftlicher Wirklichkeit“⁹⁵ die biologische, die kulturelle, die soziale und die politische Evolution in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten zu untersuchen und zu einem komplexen Gesamtverständnis der Entwicklung politischer Strukturen und ihrer gesellschaftlichen wie kreatürlichen Grundlagen zu gelangen.⁹⁶ In dieser Richtung – der biologisch zu ergründenden Tiefenstruktur sozialen und politischen Handelns – haben die „Soziologien des Alltags“, wie die Strukturierungstheorie von Giddens (1988)⁹⁷ oder die Ethnomethodologie (Patzelt 1987)⁹⁸, ohnehin schon lange an den Brücken zwischen Makro-

⁹¹ Ebd. Vgl. auch Wilson, Edward 1975: *Sociobiology*. Cambridge; Koslowski, Peter 1989: *Evolution und Gesellschaft: eine Auseinandersetzung mit der Soziobiologie*, 2., durchges. Aufl., Tübingen; MacDonald, Kevin B. 1988: *Sociobiological Perspectives on Human Development*. New York/Heidelberg; Wukeits, Franz M. 1997: *Soziobiologie: die Macht der Gene und die Evolution sozialen Verhaltens*. Heidelberg; Voland, Eckart 2000: *Grundriß der Soziobiologie*. 2., vollst. Überarb. u. erw. Aufl., Heidelberg; Somit, Albert/Falger, Vincent S. E. 1998: *Sociobiology and Politics*. Stamford, Conn.

⁹² Vgl. Dyke, Charles 1988: *The Evolutionary Dynamics of Complex Systems: A Study in Biosocial Complexity*. New York; Geiger, Gebhard 1990: *Evolutionary Instability: Logical and Material Aspects of a Unified Theory of Biosocial Evolution*. Berlin/Heidelberg; Walsh, Anthony 1995: *Biosociology: An Emerging Paradigm*. Westport, Conn; Boyd, Robert/Richerson, Peter J. 2005: *the origin and evolution of cultures*. Oxford. (zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S.70).

⁹³ Vgl. Gräfrath, Bernd 1997: *Evolutionäre Ethik? Philosophische Programme, Probleme und Perspektiven der Soziobiologie*. Berlin.

⁹⁴ Patzelt, Werner J. 2007: *Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme*, S.70, in ders. (Hrsg.) 2007, S.59-93.

⁹⁵ Siehe hierzu Redl, Rupert 1985: *Die Spaltung des Weltbildes. Biologische Grundlagen des Erklärens und Verstehens*. Berlin/Hamburg, S. 74-77.

⁹⁶ Patzelt, Werner J. 2007: *Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme*, S.70, in ders. (Hrsg.), S.59-93.

⁹⁷ Giddens, Anthony 1988: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt.

⁹⁸ Patzelt, Werner J. 1987: *Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags*. München.

und Mikroforschung weitergebaut.

Evolutionäre Erkenntnistheorie

Die sozial- und politikwissenschaftliche Nutzung der Evolutionären Erkenntnistheorie erlaubt einen weiteren Brückenschlag.⁹⁹ Laut deren Leitgedanken seien stabile soziale Strukturen als Ergebnisse von Lernprozessen in der Auseinandersetzung zwischen Systemen und der für sie relevanten Umwelt aufzufassen sowie stabile Systemstrukturen als genetisch bzw. memetisch fixierte „in-Formationen“, hinsichtlich der überlebenswichtigen Umweltbedingungen dieses Systems, zu verstehen.¹⁰⁰ Die zentralen Untersuchungsgegenstände Evolutionärer Erkenntnistheorie auf den biologischen und philosophischen Arbeitsgebieten seien die Sinnesorgane, Gehirn und Verstand als „Weltbildapparat“, „ratiomorpher Apparat“ bzw. „angeborener Lehrmeister“ von Lebewesen. Das seien in den sozial- und politikwissenschaftlichen Anwendungsgebiete der Evolutionären Erkenntnistheorie die rechtlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Institutionen sowie deren jeweilige „institutionelle Weltbildapparate“.¹⁰¹ Außerdem handle es sich häufig darum, dass nicht nur die menschlichen Möglichkeiten und Praxen des *Erkennens*, sondern auch viele in aller Selbstverständlichkeit verwendeten *Bewertungen* dessen, was in einer gegebenen Situation – oder auch darüber hinaus – gut bzw. schlecht wäre, einen evolutionären Hintergrund in der Stammesgeschichte von Primaten und Menschen besitzen. Dazu hat Patzelt in seinen Werken auf diverse Studien hingewiesen¹⁰², wie zum Beispiel

⁹⁹ Die klassischen Texte sind Lorenz, Konrad 1973: Die Rückseite des Spiegels. Versuch einer Naturgeschichte menschlichen Erkennens. München /Zürich; Riedl, Rupert 1979: Biologie der Erkenntnis. Die stammesgeschichtlichen Grundlagen der Vernunft. Berlin/Hamburg. Zur institutionenanalytischen Anwendung siehe Patzelt, Werner J.,2007: Perspektiven einer evolutionstheoretisch inspirierten Politikwissenschaft, S.119-209. In: ders. (Hrsg.) 2007, S.183-235; Patzelt, Werner J.,2007: Insitutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive, S.348-364. In: ders. (Hrsg.) 2007, S.287-376.

¹⁰⁰ Patzelt, Werner J.,2007: Perspektiven einer evolutionstheoretisch inspirierten Politikwissenschaft, S.210-225. In: ders. (Hrsg.) 2007, S.183-235 (hier wurde in Fußnote Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S.71 fälsch als Kap. 7,2.2.4 angegeben, was Kap. 6,2.2.4 sein sollte); Insitutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive, S.355-364. In: ders. (Hrsg.), S.287-376; Lempp, Jakob 2007: Ein evolutionstheoretisches Modell zur Analyse institutioneller Reformen. Fallanalyse. Die Reform des Auswärtigen Amts. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2007, S.599-639; Demuth, Christian 2007: Institutionelles Lernen. Der Deutsche Bundestag als Beispiel. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2007, S.641-687.

¹⁰¹ Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme, S.71, in ders. (Hrsg.), S.59-93; Siehe hierzu Riedl, Rupert/Delpos, Manuela (Hrsg.) 1996: Die Evolutionäre Erkenntnistheorie im Spiegel der Wissenschaften. Wien; Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2007, Kap. 6, 2.2.3, Kap. 4, Kap. 8,2.4.1 und Kap. 9, 2.4.

¹⁰² Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme, S.72, in ders.

„Biologie der zehn Gebote“¹⁰³ oder allgemein im Forschungsbereich der Evolutionären Ethik¹⁰⁴ oder wichtige Schnittstellen zu klassischen Fragen der Politikwissenschaft: zu Fragen nach der Möglichkeit und nach den Inhalten von „Naturrecht“¹⁰⁵, ebenso wie zu Fragen nach den Regeln einer nachhaltig bestandsfähigen „guten Ordnung“ (in historischer Perspektive)¹⁰⁶. Auch die Forschungen zum evolutionären Ursprung und biologischen Nutzen von Religion¹⁰⁷ seien in diesem Zusammenhang für die Politikwissenschaft höchst einschlägig, insbesondere in Verbindung mit totalitarismusanalytischen Untersuchungen zu „politischen Religionen“¹⁰⁸.

Rational choice-Ansätze und Neuer Institutionalismus

Es wird sich mit den derzeit politikwissenschaftlich sehr populären Rational choice-Ansätzen¹⁰⁹ darum bemüht, aus der Logik sozialen Handelns entspringende funktionale Äquivalente zu jener Fitnesssteigerung zu finden, in welcher biologisch inspirierte Evolutionstheorien schon immer den zentralen Selektionsmechanismus natürlicher Strukturentwicklung erkannt haben.¹¹⁰ Dieser Forschungsweg führe seit der von Downs (1965) etablierten ökonomischen Politikanalyse etwa in die Institutionenökonomie¹¹¹ und in eine

(Hrsg.), S.59-93.

¹⁰³ Wickler, Wolfgang 1991: Die Biologie der zehn Gebote. Warum die Natur für uns ein Vorbild ist. München.

¹⁰⁴ Siehe Gräfrath, Bernd 1997: Evolutionäre Ethik? Philosophische Programme, Probleme und Perspektiven der Soziobiologie. Berlin; Lütterfelds, Wilhelm (Hrsg.) 1993: Evolutionäre Ethik zwischen Naturalismus und Idealismus. Beiträge zu einer modernen Theorie der Moral. Darmstadt; De Waal, Frans 2000: Der gute Affe: der Ursprung von Recht und Unrecht bei Menschen und anderen Tieren. München; Ruckenbauer, Hans-Walter 2002: Moralität zwischen Evolution und Nomen. Eine Kritik biologischer Ansätze in der Ethik. Würzburg.

¹⁰⁵ Vgl. Brückner, Jutta 1977: Staatswissenschaften, Kameralistik und Naturrecht. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen -Wissenschaft im Deutschland des Späten 17. Und 18. Jahrhunderts. München; Detjen, Joachim 1988: Neopluralismus und Naturrecht. Zur politischen Philosophie der Pluralismustheorie. Paderborn; Weiler, Rudolf 1996: Herausforderung Naturrecht: Beiträge zur Erneuerung und Anwendung des Naturrechts in der Ethik. Graz.

¹⁰⁶ Simon, Thomas 2004: „Gute Policy“. Ordnungsleitbilder und Zielvorstellungen politischen Handelns in der Frühen Neuzeit. Frankfurt.

¹⁰⁷ Siehe Daecke, Sigurd Martein/Schnakenberg, Jürgen (Hrsg.) 2000: Gottesglaube – ein Selektionsvorteil? Religion in der Evolution. Natur- und Geisteswissenschaftler im Gespräch. Gütersloh; Broom, Donald M. 2003: The evolution of morality and religion. Cambridge; Lüke, Ulrich/Schnakenberg, Jürgen/Souvignier, Georg (Hrsg.) 2004: Darwin und Gott. Das Verhältnis von Evolution und Religion. Darmstadt.

¹⁰⁸ Maier, Hans/Schäfer, Michael (Hrsg.) 1996-2003: Totalitarismus und politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs. Paderborn.

¹⁰⁹ Diekmann, Andreas/Voss, Thomas (Hrsg.) 2004: Rational-choice-Theorie in den Sozialwissenschaften. Anwendungen und Probleme. München. (zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S.72.)

¹¹⁰ Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme, S.72, in ders. (Hrsg.), S.59-93; Vgl. Weingast, Barry R. 1996: Political Institutions: Rational Choice Perspectives. In: Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), A New Handbook of Political Science. Oxford, 167-190.

¹¹¹ Siehe Edeling, Thomas/Jann, Werner (Hrsg.) 1999: Institutionenökonomie und neuer Institutionalismus: Überlegungen zur Organisationstheorie. Opladen; Leipold, Helmut 2006: Kulturvergleichende Institutionenökonomik. Studien zur kulturellen, institutionellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart.

Theorie der Senkung von Transaktionskosten bei der Erfüllung von Systemaufgaben durch geeignete institutionelle Arrangements.¹¹² Dass strukturfunktionalistische, evolutionärerkenntnistheoretische und die von Strukturentwicklungen ausgehenden Rational choice-Ansätze gemeinsam immer wieder auf *institution* als ihren zentral zu erkennenden und zu erklärenden Gegenstand kommen, lege die Vermutung nahe, dass eine evolutionsanalytische Ausprägung der Politikwissenschaft vor allem für die theoretisch interessierte, vergleichende empirische Institutionenforschung fruchtbar sein dürfte.¹¹³ Da Institutionen nun der harte Kern politischer Strukturen und Prozesse seien, könnte sich die Verbreitung eines „Evolutorischen Institutionalismus“ in der Politikwissenschaft als überaus fruchtbar für diese Disziplin erweisen.¹¹⁴ Nach der Vermutung von Patzelt führen im „New Handbook of Political Science“¹¹⁵ die meisten Registerverweise von *evolution* zu Abschnitten, welche von solchen *Rational choice*-Theoremen handeln die ihrerseits im Bereich des (neuen) Institutionalismus¹¹⁶ angesiedelt seien. Bei der Analyse von Institutionen hätte schon Lewis H. Morgan¹¹⁷ seine evolutionistische Gesellschaftsanalyse verortet. Deren Anliegen lasse sich nun aber unter Vermeidung der mittlerweile bekannten Irrwege aus der ersten Phase evolutionstheoretischer Politikwissenschaft und somit mit besseren Erfolgsaussichten denn je verfolgen. Tatsächlich sei das Ziel jener *Rational choice*-Zugriffe auf Institutionen ein klar evolutionstheoretisches: Es gehe stets um „*a means for understanding the long-term evolution an survival of particular institutional forms*“¹¹⁸. Eine solche Analyse verbinde politikwissenschaftliche Mikro- und Makroanalyse in einem einheitlichen Ansatz und stelle eine Theorie über Stabilität, Form und

(zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S.72).

¹¹² Siehe etwa Löchel, Horst 1995: Institutionen, Transaktionskosten und wirtschaftliche Entwicklung. Ein Beitrag zur neuen Institutionenökonomik und zur Theorie von Douglass C. North. Berlin; Alt, James E./Alesina, Alberto 1996: Political Economy: An Overview, S.650f. In: Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), A New Handbook of Political Science. Oxford, 645-674. (zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S.72).

¹¹³ Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme, S.72, in ders. (Hrsg.), S.59-93.

¹¹⁴ Mehr Details siehe Ebd., S.72f.

¹¹⁵ Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) 1996: A New Handbook of Political Science. Oxford.

¹¹⁶ Vgl. Hall, Peter/Taylor, Rosemary 1996: Political Science and the three new institutionalisms. Köln; Edeling, Thomas/Jann, Werner (Hrsg.) 1999: Institutionenökonomie und neuer Institutionalismus: Überlegungen zur Organisationstheorie. Opladen; Leipold, Helmut 2006: Kulturvergleichende Institutionenökonomik. Studien zur kulturellen, institutionellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart.

¹¹⁷ Morgan Lewis H. 1964 [1877]: Ancient Society. Cambridge, Mass. (zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S. 73).

¹¹⁸ Weingast, Barry R. 1996: Political Institutions: Rational Choice Perspectives, S.167. In: Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), A New Handbook of Political Science. Oxford, S.167-190.

Überleben von Institutionen in Aussicht. Im Gegensatz zu den Ansätzen, welche Institutionen als vorgegeben betrachten, erlaube dieser Ansatz Wissenschaftlern zu studieren, wie Akteure ihrerseits versuchen, die Institutionen zu beeinflussen, wenn Bedingungen sich verändern¹¹⁹. Die forschungsleitende Hypothese sei dabei: „The norm and its validity is the outcome of some evolutionary logic that selects norms according to their efficiency-enhancing potential“¹²⁰. Selbst Normen, welche ein wichtiger Angelpunkt rechtshistorischer, verfassungsanalytischer und politikwissenschaftlicher Untersuchungen seien, sowie Leitideen als Kristallisationspunkte von Institutionenbildung und als Trägerwerk ihrer symbolischen Selbststabilisierung geraten so – und zwar ganz ohne jede teleologische Akzentsetzung – in den Zugriffsbereich evolutionstheoretischer Analysen.¹²¹ Von einer solchen Rational choice-Perspektive aus werde obendrein das Anliegen einer evolutionärerkenntnistheoretischen Institutionenanalyse aufgegriffen und mit Theorien des Lernens von Organisationen verkoppelt.¹²²

Konzept des Evolutorischen Institutionalismus

Durch die oben dargelegte Argumentation, in der zahlreiche theoretische Brückenschläge aufgewiesen wurden, lässt sich erwarten, dass der Evolutorische Institutionalismus in der Politikwissenschaft gar keinen biologischen Reduktionismus und keine Teleologie darstellt, sondern verschiedene sozialwissenschaftliche Theorien – vor allem jene klassische makrosoziologische Theorien, wie zum Beispiel die Systemtheorie, Soziobiologie und „biopolitics“, Evolutionäre Erkenntnistheorie, Rational choice-Ansätze und Neuer Institutionalismus – miteinander verkoppelt und sie integriert. Der Evolutorische

¹¹⁹ Ebd., S.168.

¹²⁰ Offe, Claus 1996: Political Economy: Sociological Perspectives. In: Goodin Robert E./Kingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), A New Handbook of Political Science. Oxford, S.675-690.

¹²¹ Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme, S.73, in ders. (Hrsg.) 2007, S.59-93. Zur einschlägigen „Verfassungsevolutorik“ siehe Kläver, Michael 2002: Verfassungsevolutorik. Bausteine einer evolutorischen Theorie demokratischer Verfassungsentwicklung am Beispiel der grundgesetzlichen Verfassungsordnung. In: Lehmann-Waffenschmidt, Marco (Hrsg.), Perspektiven des Wandels. Evolutorische Ökonomik in der Anwendung. Marburg, S.255-293; Okruch, Stefan 2002: Koreferat zu Michael Kläver. Ist Verfassungsevolutorik nur eine Sache von Transaktionskosten der Gewaltenteilung? In: Lehmann-Waffenschmidt, Marco (Hrsg.), Perspektiven des Wandels. Evolutorische Ökonomik in der Anwendung, Marburg, S.295-311; Bund, Dorothee 1984: Die ökonomische Theorie der Verfassung. J.M. Buchanans Modell des Verfassungsvertrags und evolutionstheoretische Kritik. Baden-Baden. (zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S73).

¹²² Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme, S.73, in ders. (Hrsg.) 2007, S.59-93.

Institutionalismus ermöglicht, dass der „Biologismus“ nicht mehr gegen den „Kulturalismus“ – wie oft in der Vergangenheit – spielt, sondern beide miteinander verbindet. Auf Grund dieser Verbindung lässt sich ein Mehr-Schichten-Modell sozialwissenschaftlicher Forschungsgegenstände verwenden. Somit wird der Schichtenbau von Politikwirklichkeit – d.h. der Bau einer Brücke zwischen der Mikroebene lebensweltlicher Bezüge und der Makroebene nationaler bzw. globaler Strukturen – durch eine einheitliche Theorie gewährt. Mit dieser institutionellen Denkfigur seien Institutionen entweder zum Lernen oder zum Untergang verurteilte Meso-Strukturen, die sowohl von ihren Konstituenten her analysiert werden müssen, welche sich – wie das menschliche Ethogramm, kulturspezifische Wissensbestände und konkrete Einzelpersonen - auf den „niedrigeren“ Schichten sozialer Wirklichkeit befinden, als auch von jenen höherschichtigen Obersystemen her, in welche Institutionen eingebettet sind und für die sie – oft als Bündel von Leitideen fassbare – manifeste oder latente, und dabei eher instrumentelle oder eher symbolische, Funktionen erfüllen.¹²³ Aus dieser Perspektive bleibt eine Institution nur solange erhalten, wie sie ihre Passung zur Umwelt der – im Vergleich mit ihr – niedrigeren und höheren Schichten im Schichtenbau sozialer Wirklichkeit herbeiführen und sichern kann.¹²⁴ Der Evolutorische Institutionalismus fokussiert sich auf zwei Gruppen von Fragen, deren Antworten für ein Verständnis der Evolution sozialer und politischer Strukturen zentral seien:

- Unter welchen Umständen und aufgrund welcher Leistungen wessen haben kommunikative und soziale Strukturen sowie Institutionen die Chance, geformt zu werden, sich zu stabilisieren und über längere Zeiten zu erhalten? Was fördert und was hemmt ihre Anpassungsfähigkeit sowie Kreativität?
- In welcher Weise prägen einmal geformte kommunikative und soziale Strukturen sowie Institutionen das Milieu, in dem sie bestehen, und setzen solchermaßen der weiteren eigenen Strukturbildung in diesem Milieu sowie dessen Weiterentwicklung insgesamt Rahmenbedingungen, d.h. inwieweit entziehen sie künftiger Geschichte Freiheitsgrade, verleihen ihrem eigenen Werdegang eine Richtung sowie ihrer Interaktion mit der Umwelt

¹²³ Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme, S.74, in ders. (Hrsg.), S.59-93.

¹²⁴ Ebd.

eine „Pfadstruktur“¹²⁵, in Gestalt welcher sich die ursprünglich offene Zukunft einengt?¹²⁶ Die Institutionen begrenzen ihre künftigen Entwicklungen mittels ihrer Leitideen und Geltungsansprüche, die durch Symbolisierung zur besonderen Überzeugungskraft gebracht und auch oft machtgestützt durchgesetzt werden. So prägen sie pfadabhängige Prozesse, indem sie sich selbst und anderen bestimmte Planungs- und Handlungshorizonte verhindern, weitere aber erschließen. Institutionen bündeln das Handeln und spitzen seine Zielrichtungen bzw. Formen zu, prägen die sich entfaltende Geschichte dergestalt, dass sie nicht nur Geschöpfe, sondern auch Akteure der Systemevolution sind.

Die vorangestellten Erklärungsmodelle für Institutionenwandel und -stabilität sind für die Forschung zum Parteienwandel sehr interessant. Darüber hinaus hat Patzelt die Morphologie eingeführt, bei der die folgenden Kernfragen gestellt werden:

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen Typen von Umweltbedingungen als äußere Selektionsbedingungen und Typen von einesteils Institutionalisierungsprozessen und andernteils von Institutionen? Welchen „Eigensinn“ und welche pfadabhängige Entwicklungsrichtung haben welche Typen von Institutionen aufgrund ihrer einmal geprägten und dann dauerhaft festgelegten inneren Strukturen, d.h. ihrer „institutionellen Form“, sowie wegen der von dieser Form ins Werk gesetzten „inneren Selektionsbedingung“? Auf welche Weise werden Typen von Institutionen so sehr zum Bestandteil selbstverständlicher Alltagskultur, dass ihre Leitideen und Baupläne weiteren Institutionalisierungsprozessen ganz routinemäßig zugrunde gelegt und dabei zum Kristallisationskern morphologisch verwandter Institutionen werden? Für welche Typen von Institutionen lassen sich überhaupt welche Arten von Gemeinsamkeiten entdecken, etwa auf memetischer Verwandtschaft beruhende homologe Ähnlichkeiten oder auf gleichen Funktionsanforderungen aus ihrer Nische beruhende analoge Ähnlichkeiten? Warum gibt es – im Einzelfall – genau diese Filiation eines Institutionentyps? Inwiefern lassen sich Institutionen als unter

¹²⁵ Vgl. Mahoney, James 2000: Path Dependence in Historical Sociology. In: Theory and Society 29, S.507-548. (zitiert nach Patzelt, Werner J. [Hrsg.] 2007, S.75).

¹²⁶ Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme, S.75. In: ders. (Hrsg.), S.59-93.

evolutivem Anpassungsdruck selektierte Ergebnisse des Lernens sozialer Systeme verstehen? Was genau wurde von jenen Systemen gelernt, stellt also die memetisch verankerte Information, die „in Institutionen gewonnene Intelligenz“, dar?¹²⁷

Die Morphologie bietet ein sehr fruchtbares Konzept für die Erforschung von Systemvergleichen an, wobei sie aber auch plausible sowie wertvolle methodische Lösungen für die vergleichende Parteienforschung erbringen soll. Jedoch interessiert sich diese Dissertation nicht vorrangig für einen Parteienvergleich oder einen konzeptuellen Test für die Morphologie, sondern vor allem für den Parteienwandel und den Test jener Theorien, die Institutionenwandel und -stabilität erklären. Dennoch scheint es sinnvoll zu sein, die Morphologie eventuell als Hilfsmittel bei der Erklärung des Parteienwandels anzuwenden.

Der kurze Überblick über den Evolutorischen Institutionalismus – seine Theoriebildung sowie Anwendungsbereiche – zeigt uns eine sehr positive Hoffnung, dass der Fortschritt der sozialwissenschaftlichen Forschungsparadigma – etwa eine neue Perspektive der Beobachtung des Gegenstandes sowie eine neue Methodologie für die Gestalterfassung und Erklärung von Phänomenen – die moderne Parteienforschung sowohl im Sinne der Fragestellung als auch der Forschungsmethode vorantreiben und die bisher vorgefundenen Forschungslücken schließen könnte. Allerdings konfrontiert der Evolutorische Institutionalismus mit einigen Einwänden. Erstens scheine die allgemeine Evolutionstheorie, gerade in ihrer Rolle als multidisziplinäre Großtheorie, bei konkreten Fragestellungen leicht „empirisch leer“ zu sein. Sie habe zwar einsichtige und inspirierende Grundgedanken; doch die von ihnen abzuleitenden Aussagen mögen mitunter allzu wenig „verbieten“.¹²⁸ Die Konsequenz aus der Wahrnehmung dieser Einwände wird, nach der Meinung von Professor Patzelt, sein, einen solchen Verdacht möglichst gegenstandslos zu machen und im Streben nach empirisch haltvollen und praktisch nützlichen Aussagen, den fruchtbaren Anwendungsbereich politikwissenschaftlicher Evolutionstheorie zu erkunden. Um das zu unternehmen, wurden empirische Fallstudien¹²⁹ durchgeführt. Es fehlen dennoch empirische Fallstudien auf dem Gebiet des Parteienwandels.

¹²⁷ Ebd., S.76f.

¹²⁸ Ebd., S.80.

¹²⁹ Sieh in Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2007: Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag. Teil IV; Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2012: Parlamente und ihre Evolution: Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos.

Bestätigt sich der Evolutorische Institutionalismus auch beim Parteienwandel? Wie fruchtbar ist er bei der Beschreibung und Erklärung des Parteienwandels? Kann er mittels seiner analytischen Kategorien tatsächlich einen Beitrag zur Parteilorschung leisten? Diese Fragestellungen sind besonders relevant und interessant.

2.2 Ansatz des EI über politische Parteien und ihren Wandel

In den Bänden „Evolutorischer Institutionalismus“ und „Parlamente und ihre Evolution“ werden insgesamt zahlreiche analytische Kategorien eingeführt. Dazu zählen Leitidee, Memetik, institutionelle Funktion, institutioneller Mechanismus, historische Verlaufsmuster, institutionelle Bebürdungsstruktur, institutionelle Form, praktizierte Form, institutionelle Morphologie, Nischen etc. Der Evolutorische Institutionalismus stellt die Institutionenevolution wie folgt dar: Institutionelle Evolution sei ein Prozess des Aufbaus und der Weiterentwicklung von gesellschaftlichen Strukturen sowie von ganzen Gefügen sozialer Strukturen, bei dem Informationen über die Baupläne (d.h. kulturelle Muster) der zu schaffenden Strukturen „ausgelesen“, in „Baumaßnahmen“ umgesetzt und dann ihrerseits weitergegeben werden. Dabei komme es immer wieder zu „Fehlern“, auf jeden Fall zu Veränderungen beim „Auslesen“, Anwenden und Weitergeben jener Informationen, wobei zwei Instanzen dafür maßgeblich seien, welche dieser – oft ganz zufällig erfolgenden – Veränderungen Chancen auf Weiterbestand haben: erstens die aus den weitergegebenen Informationen gerade aufgebaute Struktur und zweitens die „Umwelt“ bzw. Nische der neu aufgebauten Struktur. Passt das nunmehr in veränderter Form aufzubauende Bauteil nicht zur schon entstandenen und weiterzubauenden Struktur, werde ein weiterer Strukturaufbau mit der veränderten Form meist abgebrochen, so dass jene Information oft nicht weitergegeben werden können. Passt die mehr oder minder leicht verändert aufgebaute Struktur (weiterhin) nicht in diese Umwelt, d.h. erhält sie oder verarbeitet sie weiterhin keine ausreichenden Ressourcen aus dieser Umwelt bzw. Nische, werde die verändert aufgebaute Struktur verringerte Bestandschancen haben und die Chancen der Weitergabe ihrer Baupläne werden reduziert. Gemäß des Evolutorischen Institutionalismus werden die Informationen über die Baupläne der

zu schaffenden sozialen Struktur als Meme (Sg. Mem) definiert. Die Gesamtheit der „kulturellen Muster“ (Meme) einer Institution ist das Mempoool. Die Weitergabe jener Informationen bezeichnet man somit als memetische Replikation. Die Veränderung jener Informationen nennt man memetische Variation. Die Mutation als eine Form der Variation liegt vor, wenn „Fehler“ beim Auslesen, Anwenden und Weitergeben jener Informationen gemacht werden. Setzt man jene Informationen mit anderen Information(en) zusammen, wird dies als Rekombination definiert.¹³⁰ Die Anpassungsfähigkeit zeigt, wie leicht die Institution Ressourcen in ihrer Umwelt bzw. Nische erhalten kann. Die Kompatibilität drückt sich durch die Verträglichkeit zwischen dem neu verändert aufgebauten Bauteil und der schon entstandenen und weiterzubauenden Struktur aus. Die Begriffe Memotyp und Phänotyp ergeben sich in diesem Zusammenhang aus derselben Logik wie in der Genetik, der Genotyp und der Phänotyp. Die von einem (kompetenten) Mitglied einer Institution weitergegebenen/angeeigneten Baupläne fallen somit in die Kategorie des Memotypes. Werden diese dann von einem Mitglied in der Realität umgesetzt, so spricht man vom Phänotyp.¹³¹ Die zwei „Instanzen“ entsprechen jeweils den internen und externen Selektionsbedingungen. Die zwei Anpassungsprozesse stellen jeweils den internen und externen Selektionsprozess dar. Sofern die Meme bestimmte Selektionsprozesse überleben bzw. weiterbestehen, so spricht man von der Retention. Einige Baupläne begründen andere Baupläne. Wie sich die Baupläne gemäß einer begründenden Logik strukturieren, lässt sich durch die analytische Kategorie der „Memetischen Bebürdungsstruktur“ modellieren. Die Funktionslogik bzw. die Funktionskette der Struktur/Institution wird durch die analytische Kategorie der funktionellen Bebürdungsstruktur beschrieben und erklärt. Der funktionelle Mechanismus stellt die innere Logik der institutionellen Funktion – meistens in Form von Antizipationsschleifen sowie den Regeln der Akteure bzw. Träger der Institution – dar. Die Nischenkultivierung definiert sich dadurch, dass die Institution ihre entsprechende Nische beeinflusst, ändert sowie modifiziert, damit sie ihre benötigten Ressourcen aus der Nische weiter erhält bzw. verarbeitet. Das epimemetische System besteht aus jenen Memen, die bestimmen, welche Baupläne der

¹³⁰ Patzelt, Werner J. 2007: Kulturwissenschaftliche Evolutionstheorie und Evolutorischer Institutionalismus, S.138-145. In: ders. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.121-182.

¹³¹ Mehr Detail siehe in Kapitel 2.3.2 dieser Dissertation.

Institution (im Mempoole) auf welche Weise als Memotyp weitergegeben werden bzw. als Phänotyp gelten.¹³²

Die wesentlichen Aussagen der evolutionären Institutionentheorie wurden von Jakob Lempp wie folgt zusammengefasst:

- *Institutionen reproduzieren sich durch Tradierung und Weitergabe ihrer Leitideen und Geltungsansprüche sowie ihrer Regel- und Wissensbestände. Dabei kann es zu intendierten oder – häufiger – nicht-intendierten Veränderungen all dessen kommen.*

- *Als Generationen sind bei der evolutionären Institutionentheorie nicht aufeinander folgende Institutionen anzusehen [...] Nicht Institutionen sind nämlich jene Individuen, die sich konkret fortpflanzen. Es sind Institutionen vielmehr inter-individuelle Sozialarrangements, in welche Menschen eintreten; in und von denen Menschen sozialisiert werden; welche Menschen während einer mehr oder minder langen Zeitspanne durchlaufen; die von Menschen mitgestaltet und auch verändert werden; und deren Existenz von Menschen dann beendet wird, wenn sich niemand mehr findet, der gemäß den Leitideen der Institution agieren und die Geltungsansprüche der Institution vertreten will [...] Generationen in der institutionellen Evolution sind jene Alterskohorten, die - wie Abgeordnete in ein Parlament oder Religiösen in einen Orden – in eine Institution eintreten, sie tragen, dabei vielleicht auch verändern, und welche nachfolgende Alterskohorten dazu bewegen, es ihnen gleichzutun und während ihrer Aktivitätsspanne die Institution weiterzutragen sowie im Generationswechsel weiterzugeben.*

- *Aufgrund ihrer begrenzter Ressourcen sowie der konkurrierenden Geltungsansprüche anderer Institutionen sind Institutionen grundsätzlich vom Ende ihrer Existenz bedroht.*

- *Diejenigen Institutionen, die aufgrund irgendwelcher Eigenschaften ihre Geltungsansprüche erfolgreicher zum Ausdruck bringen und weitergeben können als*

¹³² Ebd., S.146f.

andere, werden - ceteris paribus – dauerhafter sein als jene anderen.

- Deshalb werden die solche Vorteile stiftenden institutionellen Eigenschaften auch verlässlicher tradiert werden als andere. Die Häufigkeit des Auftretens dieser Eigenschaften wird darum insgesamt zunehmen. Also wird man immer dann, wenn eine bestimmte Eigenschaft bei einem bestimmten Institutionentyp häufig oder sogar immer auftritt, davon ausgehen dürfen, dass diese Eigenschaft eine vorteilhafte Funktion besitzt oder wenigstens zu einem früheren Zeitpunkt gehabt hat. [...]¹³³

Aus der von Lempp zusammengefassten Aussagen der evolutionären Institutionentheorie kristallisieren sich folgende Kernaussagen der Institutionenevolution heraus:

Institutionen evolvieren sich, weil sich ihre Leitideen und Geltungsansprüche sowie ihre Regel- und Wissensbestände beim Generationswechsel auf Grund (intendierter oder unbewusster) Tradierungsfehler im Sozialisations- bzw. Institutionalisierungsprozess verändern oder durch Nischenwandel – d.h., dass sich die der Institution zur Verfügung stehenden Ressourcen bzw. die Funktionsanforderungen an die Institutionen, wandeln – zwanghaft verändert werden oder sich absichtlich über „Lernen“ daran anpassen.

Eine politische Partei ist eine Institution. Daher lässt sich die oben genannte theoretische Aussage wie folgt ableiten: Parteien evolvieren sich durch die Veränderungen ihrer Leitideen und Geltungsansprüche sowie ihrer Regel- und Wissensbestände, die beim Generationswechsel der Parteimitglieder auf Grund (entweder intendierter oder unbewusster) Tradierungsfehler im Sozialisations- bzw. Institutionalisierungsprozess der neuen Mitglieder auftreten oder durch den Nischenwandel, was bedeutet, dass sich die der Institution zur Verfügung stehenden Ressourcen oder die von der Nische nachgefragten Dienstleistungen wandeln, wobei die Parteien schnell in eine Krise geraten können und sich aber durch das Anpassen restabilisieren

¹³³ Lempp, Jakob 2007: Evolutionäre Institutionentheorie. (unter Mitarbeit von Werner J. Patzelt), S. 378f. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.375-413.

können. Die Tradierungsfehler im Sozialisations- bzw. Institutionalierungsprozess entstehen durch Missverständnisse der zu reproduzierenden Ideen und Regeln, durch Abweichungen bei den Geltungsansprüchen der neuen Mitglieder sowie durch das Aufeinandertreffen der Prägungen der neuen Mitglieder auf die zu reproduzierenden Ideen, Regeln und Geltungsansprüche. Der Nischenwandel politischer Parteien fordert neue Funktionen von den Parteien, so dass die Nische den Parteien die notwendigen Ressourcen weiter zur Verfügung stellen kann und will. Im Falle einer heftigen Wandlung jedoch kann die Nische der Partei die erforderlichen Ressourcen nicht mehr zur Verfügung stellen. Dann muss die Partei die eigene Struktur/Leitideen ändern bzw. weitere Ressourcen erschließen, um sich an die neuen Nischenbedingungen anzupassen. Um diese Aussagen deutlich darzulegen, werden nun die wichtigen Kategorien explizit diskutiert.

2.2.1 Leitideen politischer Parteien

Basierend auf der Darlegung der theoretischen Aussagen lässt sich erkennen, dass der Begriff „Leitidee“ eine sehr wichtige Rolle spielt. Daher ist es relevant, diesen Begriff zu definieren. Unter Leitidee versteht man wörtlich die „leitende Idee“. Im Kontext der politischen Praxis bedeutet es, dass sie oft eine fundamentale Idee darstellt, auf deren Basis sich andere Ideen ableiten und entwickeln lassen. Die Leitidee symbolisiert die fundamentale Ordnung einer Institution, wie zum Beispiel die von einem Staat, einer Partei, einem Parlament, einer Regierung und anderen Organisationen sowie die von einer Verfassung, einem Parteiprogramm, einem Gesetz und anderen sachzentrierten Institutionen. Die Leitidee lässt sich allerdings nicht einheitlich definieren. Der Begriff Leitidee wird im Alltag und politischen Kontext überall angewendet. Die offiziell angegebenen Leitideen sind oft in einem Grundsatzprogramm einer Partei bzw. in der Parteiverfassung vorzufinden.

Die Linke hat beispielsweise in ihrem Parteiprogramm, der „Präambel – dafür steht DIE LINKE“, drei Grundideen bzw. Leitideen angegeben:

In unserem Programm werden drei Grundideen verknüpft:

- *Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch*

sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität - das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.

- *Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur - das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.*
- *Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.¹³⁴*

Auf eine ähnliche Weise ist auch in der Parteiverfassung der KPCh (18. Parteitag) bestimmt, dass der Marxismus, der Maoismus, „Deng Xiaopings Theorie“, „Dreifaches Vertreten“ und das „Wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ als die Leitideen der KPCh gelten. In diesem Fall wird ebenfalls von der Terminologie „Leitidee“ Gebrauch gemacht. Genauso gibt es Parteien, die ihre Leitideen in ihren Programmen zwar impliziert ausdrücken, aber den Begriff „Leitidee“ als solchen nicht verwenden, zum Beispiel beim Godesberger Programm der SPD. Statt den Ausdruck „Leitidee“ zu benutzen, werden die Begriffe Grundwerte und Grundförderungen verwendet.¹³⁵ Dies trifft auch bei der CDU/CSU zu.¹³⁶ Damit lässt sich anhand der vorangegangenen Beispiele feststellen, dass verschiedene Parteien ihre Leitideen auf verschiedene Arten und Weisen behandeln, darstellen und begreifen. Allerdings übernimmt diese Dissertation nicht jene einzelnen Definitionen und Anwendungen der Parteien, sondern die vom Evolutorischen Institutionalismus angegebene Definition.

Professor Patzelt definiert die Leitidee als „[...]eine Ordnungsvorstellung und jene

¹³⁴ <https://www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke/praeambel-dafuer-steht-die-linke/> 05.05.2017.

¹³⁵ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf, Abruf am 05.05.2017.

¹³⁶ https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1918, Abruf am 05.05.2017.

Gesamtheit der mit dieser Ordnungsvorstellung verbundenen Geltungsansprüche, die für vielerlei Akteure attraktiv oder evident wirken kann und genau darum zur Richtschnur ihres Handelns, zum Ausgangspunkt ihrer strukturbildenden Anschlusspraxen werden mag¹³⁷. Auf Basis der allgemeinen Definition der Leitidee behandelt er diese weiterhin aus der Perspektive der Evolutionstheorie:

Eine Leitidee ist das zentrale Sinndeutungsmuster eines Sozialverbandes, das bestimmte Sinndeutungen und Praxen – und eben keine anderen – als angebracht erscheinen lässt sowie deren auch ganz persönlichen Vollzug veranlasst, und zwar entweder als Anwenden jener Regeln, welche die Leitidee als befolgenswert nahelegt, oder als – womöglich auch ganz naives – ‚Kopieren‘ jener Verhaltens-, Rede-, Deutungs- und Denkweisen, welche andere Leute in solchen Alltagspraxen an den Tag legen, die an jene Leitidee anschließen.

Die Definition der Leitidee von Professor Patzelt unterscheidet sich von den traditionellen und gebräuchlichen Ansätzen in einem wesentlichen Punkt. Seinem Ermessen nach müsse die Leitidee nicht automatisch mit dem Ausgangspunkt einer Institution gleichgesetzt werden, stattdessen betont er die Bedeutung ihrer Formen und Funktionen. Die Leitidee nach seiner Definition beinhaltet nicht nur die Muster der Verhalts-, Rede-, Deutungs-, und Denkweisen, sondern auch Geltungsansprüche und Prägungsansprüche. Die soziale Wirklichkeit wird durch die Übertragung und den Vollzug der Leitidee konstruiert. Daher stellt die Leitidee nicht unbedingt das Fundament für die memetische Gesamtheit einer Institution dar, vielmehr ist es entscheidend, dass diese unter den Mitgliedern dominiert und die Gesamtheit der Institution leitet. Deshalb kann man sehr schwer alle Leitideen einer Partei erfassen, insbesondere jene, die latent in der Wirklichkeit umgesetzt, aber nicht offiziell angegebenen sind. Jedoch ist es nicht schwierig, die offiziell angegebenen Leitideen (oft auch als die wichtigsten und die aktuellsten) zu erfassen. Auf Grund des umfangreichen Volumens bereits existierender Leitideen ist es weder förderlich noch erforderlich, alle Ideen, die zu Leitideen zählen, in dieser Arbeit zu behandeln, sondern nur jene, die für die Stabilität und Entwicklung der Grundordnung

¹³⁷ Patzelt, Werner J. 2007: Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive. In Patzelt, Werner J. (Hrsg.), *Evolutorischer Institutionalismus*, S.291.

der Partei bzw. des Staates entscheidend sein können. Diese Definition der Leitidee ist besonders von Vorteil, weil sie nicht von Formen und Typen der Institutionen abhängig ist. Das heißt, dass sie sowohl durch demokratische Willensbildung als auch durch autokratische Formulierung mit generellen Geltungsansprüchen gestaltet werden kann. Außerdem hat diese Definition nicht nur die „Ideen“ als Gedanken erfasst, sondern sie umfasst genauso deren Geltungsansprüche. Auf Grundlage dieser Definition lässt sich feststellen, dass die Evolution der Leitidee(n) einer Institution/Partei jene wichtigsten Teile der Evolution der Institution/Partei darstellen kann. So kann man die Leitidee(n) einer Partei in diesem theoretischen Rahmen als die abhängige Variable der Parteienevolution gelten lassen.

2.2.2 Nische und äußere Selektionsfaktoren

Die Nische einer Institution spielt gemäß der vorher dargelegten Aussage auch eine sehr wichtige Rolle. In der Nische bestehen die externen Selektionsbedingungen der institutionellen Evolution. Infolgedessen ist es notwendig, diese Kategorie explizit darzustellen. In diesem Kapitel wird die Kategorie „Nische“ anhand von Zitaten der EI-Fachliteratur explizit darlegt. Anschließend wird die *Nische politischer Parteien* samt ihrer äußeren Selektionsbedingungen durch eine theoretische Deduktion der EI-Konzeption im Anschluss an die allgemeine Parteienpraxis mit Hilfe von Ergebnissen vorhandener Parteienforschungen erläutert.

2.2.2.1 Nische einer Institution – Darlegung der analytischen Kategorie

Im Licht des Evolutorischen Institutionalismus ist die Institution eingebettet in ihre Umwelt. Die Umwelt einer Institution kann allgemein als Gesamtheit aller Elemente der Wirklichkeit, die nicht zu der Institution gehören, definiert werden¹³⁸. Die Nische ist Teil der Umwelt, die für das Überleben oder die Funktionserfüllung einer Institution relevant ist. Insbesondere gehören

¹³⁸ Lempp, Jakob 2007: Evolutionäre Institutionentheorie, S.380. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.375-414.

dazu...¹³⁹

- die finanziellen, personellen, materiellen und informationellen Ressourcen, die die **Institution (A)** für ihre Existenzsicherung und effiziente Funktionserfüllung benötigt, sowie diejenigen Personen oder Institutionen, die bei der Entscheidung über die Zuteilung dieser Ressourcen eine Rolle spielen;

- diejenigen Supra- und Ko-Systeme, für die die **Institution (A)** Leistungen erbringt, die also für die Erfüllung von manifesten und latenten, von instrumentellen und symbolischen Funktionen relevant sind;

- diejenigen Personen oder Institutionen, die mit der **Institution (A)** um gleiche Ressourcen konkurrieren oder ähnliche Funktionen erfüllen wie diese Institution.

Aus der oben zitierten Darlegung der Nische lässt sich ohnehin festlegen, dass die Ressourcen den Hauptgegenstand bzw. den zentralen Bestandteil der Nische darstellen. Im Rahmen des Evolutorischen Institutionalismus wird erörtert, dass eine Institution vergleichbar mit einem Lebewesen sei. Ihre Evolution ergebe sich aus dem inneren Selektionsprozess sowie dem äußeren Selektionsprozess.¹⁴⁰ Bei der äußeren Selektion einer Institution geht es um Folgendes: Wenn die Institution die lebenswichtigen Ressourcen aus ihrer Nische ausreichend und auf Dauer erhalten kann, indem sie die von der Nische nachgefragten Dienstleistungen langfristig anzubieten vermag, dann kann die Institution aufgrund ihrer gesicherten memetischen Weitergabe, leichter stabil bleiben. Andernfalls wird die Institution in eine Krise – hier als Fitnessmangel bezeichnet – geraten. Wenn die Institution durch die sog. Fitnessmängel in die Krise gerät, solle sie ihre unpassenden Teile (der Meme und der entsprechenden Struktur) oder ggf. sich komplett verändern, um sich an die neuen Umweltbedingungen anzupassen und sich somit zu restabilisieren. Falls die Institution aufgrund einer Niscenturbulenz oder einer inneren Erstarrung die veränderten Nischenanforderungen nicht erfüllen kann und nicht in der Lage ist, neue alternative Ressourcen zu erschließen, dann führt sie das in eine Evolutionssackgasse und

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Ebd., S. 395ff.

in der weiteren Folge zur Auflösung. Die Nische als eine Kategorie verfügt über vielerlei äußere Selektionsfaktoren. Diese sind in erster Linie die jeweiligen für die Institution lebenswichtigen Ressourcen. Die von der Nische nachgefragten Dienstleistungen folgen an zweiter Stelle. Der Selektionsprozess stellt sich oft wie folgt dar: Die Institution liefert die von der Nische nachgefragten Dienstleistungen (zum Beispiel politische Willensbildung oder Integration politischer Meinungen durch ein Parlament), anschließend stellt die Nische der Institution die notwendigen Ressourcen (zum Beispiel die Finanzmittel oder die legislative Berechtigung für ein Parlament) zur Verfügung. Somit kann die Institution mit den Ressourcen weiter ihre Funktionen und zwar die für die Nische nachgefragten Dienstleistungen erfüllen. Beispielsweise kann eine Fraktion mit einer Mehrheit der Wählerstimmen (d.h. ausreichenden Ressourcen) zur Regierungspartei werden, so dass die politische Meinung durch die Partei umgesetzt werden kann. So entsteht eine Schleife bzw. ein systemischer Zyklus. Wohingegen es auch möglich ist, dass die Institution gar nicht oder in zu geringem Maße die von der Nische nachgefragten Dienstleistungen liefert, während sie mit Gewalt¹⁴¹ – oft in Form von Faschismus oder Ausbeutung – die notwendigen Ressourcen von der eigenen Nische stiehlt, was jedoch entweder zum Nischenkollaps oder zu einer Reaktion von Seiten der Nische führt. Das bedeutet, dass sie in keinem Fall langfristig die erforderlichen Ressourcen in ausreichendem Maße von der Nische beziehen kann. Folglich wird sie ebenfalls in die Krise geraten. Eine Institution und deren Nische sind gegenseitig voneinander abhängig. Die Institution gilt theoretisch auch als die „Nische ihrer Nische“. Die für die Institution benötigten Ressourcen gelten theoretisch auch als die Dienstleistungen der Nische. Zudem gelten die von der Institution angebotenen Dienstleistungen ebenso als für die Nische benötigte Ressourcen. So lässt sich feststellen, dass eine Nischenanalyse im Kern eine Ressource-Funktions-Analyse ist.

¹⁴¹ Vgl. Weatherley, Robert 2006: Politics in China since 1949: legitimizing authoritarian rule. London [u.a.]: Routledge, S.1.

2.2.2.2 Nische politischer Parteien – eine theoretische Konkretisierung

Diese analytische Kategorie bietet für eine Institutionenanalyse einen sehr fruchtbaren Leitfaden an, welcher es erleichtert, die Funktionen und die Ressourcen der verschiedenen Institutionen sowie ihre Beziehungen zueinander zur Kenntnis zu nehmen.

Die politische Partei zählt als eine Art der Institutionen. Zu beachten ist, dass die Ressourcen der unterschiedlichen Parteien nicht immer gleich sind. Generell zählen die Ideologie, die Theorie, die Ideen, die Verhaltensmuster etc. zu den informationellen Ressourcen. Zu den personellen Ressourcen gehören die Eliten, die Anhänger, die Unterstützer bzw. die Wähler usw. Die Mittelzuweisung von staatlicher Seite, Spenden usw. stellen die finanziellen Ressourcen dar. Bürogebäude, Grundstücke, Schreibwaren usw. bezeichnet man als materielle Ressourcen. Außerdem können auch die Chancen, die sich für eine Partei beim Zugang zum Parlament zur Erfüllung ihrer Funktionen ergeben, als Ressourcen gewertet werden. Im Gegensatz zu den generellen Intuitionen sind die für die verschiedenen Parteien notwendigen Ressourcen selbstverständlich unterschiedlich, da die Parteien sich typisieren lassen und auf Grund der jeweils eigenen Vergangenheit eine entsprechend eigene Prägungen haben.

Angesichts der vorhandenen Forschungslücke bezüglich einer fehlenden einheitlichen Theorie, die den Parteienwandel sowohl im demokratischen System als auch im autokratischen System beschreiben und erklären kann, sollen hier vor allem die notwendigen Ressourcen politischer Parteien in den jeweiligen Typen der politischen Systeme näher betrachtet werden.

2.2.2.2.1 Ressourcen politischer Parteien in Demokratien

Die Parteien in Demokratien benötigen neben jenen allgemeinen für irgendeine Partei benötigten personenzentrierten Ressourcen (z. B. Mitarbeiter) und jenen sachzentrierten Ressourcen (z. B. Gebäude, Schreibwaren, Finanzmittel, Werbemittel etc.) noch die folgenden Ressourcen: Wähler(-stimmen), Beteiligungsmöglichkeiten an den Parlamenten (z. B. die Möglichkeit der Koalitionsbildung), Äußerungsfreiheit, Massenmedien, Spender, Mitglieder (bzw. Anhänger) usw. Allerdings sind diese unterschiedlichen Ressourcen für das

Überleben einer Partei im demokratischen System nicht gleich relevant. Um die Wichtigste(n) herauszuarbeiten, sollte man die jeweiligen Ressourcen tiefer untersuchen. Laut dem Evolutorischen Institutionalismus dienen die jeweiligen Ressourcen zur Erfüllung der institutionellen Funktionen.

Zu den Parteienfunktionen gehören die Interessenartikulationsfunktion, die Interessenaggregationsfunktion, die Interessentransmissionsfunktion, die Partizipationsfunktion, die Integrationsfunktion, die Informationsvermittlungsfunktion, die Mobilisierungsfunktion, die Zielfindungsfunktion, die Sozialisationsfunktion, die Legitimationsfunktion, die Herrschaftsfunktion, die Politikkontrolle und die Personalrekrutierung.¹⁴²

Tabelle 1: Funktion-Ressourcen-Tabelle politischer Parteien (in Deutschland)

Funktion	Darstellung ¹⁴³ der Funktion	Wichtige Ressourcen
Interessenartikulationsfunktion	<i>Im Rahmen des politischen Diskussionsprozesses bringen die Parteien die politischen Positionen, Wünsche und Bedürfnisse ihrer Mitglieder und/oder Wähler zum Ausdruck.</i>	Finanzmittel, Wähler, Mitglieder
Interessenaggregationsfunktion	<i>Je heterogener ihre Mitglied- bzw. Wählerschaft in ihren Interessen ist, desto stärker müssen die Interessen dabei gebündelt, zusammengefasst und auch gewichtet werden.</i>	Finanzmittel, Wähler, Mitglieder
Interessentransmissionsfunktion	<i>In der Interessenaggregation unterscheiden sich die Parteien von Verbänden, die in der Regel einheitlichere Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen artikulieren. Zudem sind die Parteien durch ihre Verankerung im Regierungssystem dazu in der Lage, Interessen nicht nur gegenüber den politischen Entscheidungsträgern zu äußern, sondern direkt in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen.</i>	Finanzmittel, Wähler, Mitwirkung des Regierungssystems, gesellschaftliche Gruppen (d.h. Wählerschaft)

¹⁴² <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42035/rolle-und-funktionen>, Abruf am 31.01.2018.

¹⁴³ Ebd.

Partizipationsfunktion	<i>... die Bürger für ein parteibezogenes politisches Engagement zu motivieren und sich als wirkungsmächtiges Instrument für die politische Teilhabe der Bürger zu präsentieren.</i>	Finanzmittel, Bürger (d.h. Wählerschaft)
Integrationsfunktion	<i>...durch ihren politischen Vertretungsanspruch gegenüber gesellschaftlichen Gruppen und das Angebot an Mitwirkungsmöglichkeiten, diese Gruppen in das politische System einzubinden.</i>	Finanzmittel, Bürger (d.h. Wählerschaft)
Informationsvermittlungsfunktion	<i>Die Parteien sind auch dazu da, den Bürgern die im Rahmen des Regierungssystems getroffenen politischen Entscheidungen direkt oder mit Hilfe der Medien zu vermitteln.</i>	Finanzmittel, Bürger (d.h. Wählerschaft), Werbungsmittel
Mobilisierungsfunktion	<i>... die Bürger durch eine Mischung aus Überzeugung und Überredung für die Partei einzunehmen und damit - vor allem bei Wahlen - parteipolitisch zu mobilisieren.</i>	Finanzmittel, Werbungsmittel, Bürger (d.h. Wählerschaft)
Zielfindungsfunktion	<i>... müssen die Parteien den Bürgern alternative politische Orientierungsrahmen, Deutungsmuster und Lösungsangebote für politische Probleme liefern, indem sie parteiintern Vorstellungen und Ziele entwickeln, politische Programme formulieren und sie den Bürgern kommunizieren.</i>	Finanzmittel, Bürger (d.h. Wählerschaft), Mitglieder, Werbungsmittel
Sozialisationsfunktion	<i>Durch die Erfüllung der vielfältigen Vermittlungsleistungen im Rahmen des politischen Diskussionsprozesses liefern die Parteien einen Beitrag zur politischen Sozialisation der Bürger.</i>	Finanzmittel, Mitglieder, Werbungsmittel, Bürger (d.h. Wählerschaft)
Legitimationsfunktion	<i>Zudem tragen sie auch dazu bei, Unterstützung für demokratische Werte und Prozesse zu generieren und somit die Legitimität des politischen Systems zu gewährleisten.</i>	Finanzmittel, Wählerschaft, Möglichkeit politischer Partizipation
Herrschaftsfunktion	<i>Durch ihre Verankerung im Regierungssystem sind sie es, die unmittelbar politische Entscheidungen treffen, also politische Herrschaft ausüben.</i>	Finanzmittel, Mitwirkung des Regierungssystems

Politikkontrolle	<i>... nehmen die Parteien auch eine direkte, politische Kontrollfunktion wahr.</i>	Finanzmittel, Werbungsmittel, Chance politischer Partizipation
Personalrekrutierung	<i>Die Parteien besitzen faktisch ein Rekrutierungsmonopol für öffentliche Ämter und Mandate auf der regionalen, nationalen und europäischen Ebene.</i>	Finanzmittel, Mitglieder, Anhänger

Aus Tabelle 1 lässt sich erkennen, dass das Finanzmittel für die Erfüllung fast aller Parteienfunktionen notwendig ist. An zweiter Stelle kommen die Bürger bzw. die Wählerschaft. Darauf folgen Mitglieder, gesellschaftliche Gruppen, Werbungsmittel, das Mitwirken am Regierungssystem, die Möglichkeit der politischen Partizipation, Anhänger usw. Die Mitwirkung am Regierungssystem und die Möglichkeit politischer Partizipation sind gewährleistet, insofern das politische System stabil ist. Je nach Situation hingegen kann der Zufluss an Finanzen, die Höhe der Mitgliederzahlen sowie der Wählerschaft relativ leicht variieren. Allerdings ist die Wählerschaft fundamental, da die Wählerstimmen (bzw. der Wähleranteil) einer Partei in Demokratien ihre Mandate im Parlament bestimmen. Je mehr Mandate eine Partei erhält, umso größer ist ihre legislative Macht sowie ihre finanzielle Unterstützung durch den Staat. Heutzutage gilt die Wählerstimme beispielsweise in Deutschland¹⁴⁴ für eine politische Partei schon als das Fundament für andere Ressourcen sowie als eine wichtige Voraussetzung zur Erfüllung vieler entscheidender Funktionen (z.B. die Zielfindungsfunktion, die Herrschaftsfunktion und die Politikkontrolle). Das Streben nach Wählerstimmen stellt sogar schon die Evolutionsrichtung politischer Parteien in Demokratien dar.¹⁴⁵ Jedoch variieren die politischen Parteien im demokratischen System nach verschiedenen Typen: Weltanschauungspartei, Honoratiorenpartei, Patronage-Partei, Klassenpartei, charismatische Partei, traditionalistische Partei, Appropriations-Partei usw.¹⁴⁶

Neben den Wählerstimmen benötigen die verschiedenen Parteien ggf. auch andere ihrem Typ entsprechende Ressourcen, welche oft die Basis für die eigene Existenz, für die Wählerschaft, für andere Finanzierungsquellen sowie für die Mitgliedschaft darstellen. Sie

¹⁴⁴ Vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700630.pdf>, Abruf am 09.05.2017.

¹⁴⁵ Allgemein vgl. Beyme, Klaus v. 2000: Parteien im Wandel. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.

¹⁴⁶ Vgl. Weber, Max 1922: Wirtschaft und Gesellschaft, 1. Auflage, Tübingen 1922, S.167f., 639f., 768-770.

könnten ohnehin am Ende hauptsächlich in Form der durch die **Wählerstimmen** erlangten Mandate Einfluss auf die Politik nehmen. Folglich lässt sich feststellen, dass die **Wählerstimmen** die wichtigste Ressource bzw. den wichtigsten äußeren Selektionsfaktor der Parteevolution im demokratischen System darstellen sollten. Aus diesem Grund gilt die **Wählerstimme** als die unabhängige Variable, mit der die zu testende Aussage der Parteevolution im demokratischen System formuliert werden soll. Um diese Variable zu operationalisieren, werden ausschließlich die Wählerstimmen der Bundestagswahl oder anderer vergleichbarer Wahlen, die jeweils eine zentrale Regierung bilden, herangezogen. Die deutliche Abgrenzung dieser unabhängigen Variablen entspricht damit im Großen und Ganzen der Parteevolution, insbesondere der Evolution der Leitideen der Partei. Sofern es bei der Beschreibung bzw. Auswertung eines gesamten Wahlergebnisses einer Partei hilfreich ist, werden die Wahlen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene ebenfalls mitbetrachtet,

2.2.2.2 Ressourcen politischer Parteien in Autokratien

Der Begriff der Autokratie (abgeleitet vom griech. *autós=selbst und krátein=herrschen*) bezeichnet sich in der Politikwissenschaft als eine Herrschafts- bzw. Staatsform, bei der die Machtausübung an keine Schranken gebunden ist und durch eine Einzelperson oder eine Personengruppe monopolisiert ist.¹⁴⁷ Er beschreibt obendrein politische Systeme bzw. Staaten, in denen nur ein einziger Machtträger vorhanden ist. Das kann „eine Einzelperson (Diktator), eine Versammlung, ein Komitee, eine Junta oder eine Partei sein. Weil es keine weiteren, von ihm unabhängigen Machtträger gibt, ist die Ausübung der Macht nicht geteilt, sondern in einer Hand vereinigt. Es bestehen auch keine wirksamen Kontrollen der Macht [...] seine Macht ist absolut [...] der Wettbewerb anderer Ideologien und der sie vertretenden sozialen Kräfte [ist] ausgeschaltet [...]“¹⁴⁸ Der Begriff der Autokratie, der öfter auch mit dem Begriff der Diktatur identisch gesehen wird, wird häufig als das Gegenteil der Demokratie betrachtet.¹⁴⁹ Aus dieser

¹⁴⁷ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) 2010: Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1 A-M, 4., aktualisierte und ergänzte Auflage, München: Beck, S.57.

¹⁴⁸ Loewenstein, Karl 2000: Verfassungslehre. 4.Aufl., Tübingen: Mohr, S.28.

¹⁴⁹ Vgl. Backes, Uwe 2013: Vier Grundtypen der Autokratie und Legitimierungsstrategie, S.159. in: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.) 2013: Autokratien im Vergleich, S.157-175.

Perspektive betrachtet, präsentiert das Begriffspaar eine Dichotomie des Charakters politischer Systeme („ideale Demokratie“ und „perfektes totalitäres System“ jeweils als die Pole) in einem Kontinuum politischer Systeme.¹⁵⁰ In der Realität kann man ein politisches System nicht so einfach absolut einem dieser Pole automatisch zuordnen, es lässt sich allerdings auf einem Spektrum zwischen diesen Polen verorten. In diesem Spektrum klassifiziert Juan Linz die autokratischen Systeme in autoritäre Regime und totalitäre Regime durch die folgenden Kriterien/Merkmale:

Table A: Varianten der Autokratie

Autoritarismus	Totalitarismus
1. begrenzter Pluralismus	1. Monismus
2. keine umfassend formulierte Ideologie („Mentalitäten“)	2. umfassend formulierte Ideologie
3. keine organisierte Mobilisierung (Tendenz zur Depolitisierung)	3. organisierte Mobilisierung
4. unklar begrenzte Herrschaft (aber relativ vorhersehbare Ausübung der Herrschaft)	4. potenziell unbegrenzte Herrschaft

Quelle: Kailitz, Steffen 2009: Varianten der Autokratie im 20. und 21. Jahrhundert, S.216. In: Totalitarismus und Demokratie, 6 (2), 209-251.

Auf eine nähere Betrachtung der Typologie des Begriffes der Autokratie wird diese Arbeit nicht eingehen, sondern stattdessen die Ressourcen der regierenden Partei in einem Einparteiensystem bzw. einer Einparteienautokratie untersuchen. Die (herrschenden) Parteien in Autokratien interessieren sich, im Kontrast zu Parteien in Demokratien, nicht für die Wählerstimmen, sondern für den Gehorsam ihrer Mitglieder und ihrer Nischenakteure, gegenüber der Partei(-führung), da dieser Gehorsam in der Regel die politische Macht gewährleistet.

¹⁵⁰ Vgl. Merkel, Wolfgang 1999: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen, S.55.

Genauer gesagt, kann eine Partei in einem autokratischen System ihre finanziellen, personellen, materiellen und informationellen Ressourcen dann erhalten (und somit ihre Macht ausüben), wenn die Nischenakteure (ggf. ihre Mitglieder) ihr gehorchen. Wenn die führende Partei den Gehorsam ihrer Nischenakteure nicht ausreichend erhalten kann, wird im leichtesten Fall ihre Durchführungsmacht beeinträchtigt, im schlimmsten Fall die Herrschaft z. B. in Form einer Revolution oder eines Putsches niedergeschlagen.

Table 2: Funktion-Ressourcen-Tabelle politischer Parteien (in China)

Funktion	Darstellung der Funktion	Wichtige Ressourcen
Interessen-artikulations-funktion	<i>Im Rahmen des politischen Diskussionsprozesses bringen die Parteien die politischen Positionen, Wünsche und Bedürfnisse ihrer Mitglieder und/oder Repräsentierten zum Ausdruck.</i>	Finanzmittel, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger
Interessen-aggregations-funktion	<i>Je heterogener ihre Mitglieder bzw. Repräsentierten in ihren Interessen sind, desto stärker müssen die Interessen dabei gebündelt, zusammengefasst und auch gewichtet werden.</i>	Finanzmittel, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger
Interessen-transmissions-funktion	<i>In der Interessenaggregation unterscheidet sich die Partei von Verbänden, die in der Regel einheitlichere Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen artikulieren. Zudem sind die Parteien durch ihre Verankerung im Regierungssystem (als politische Entscheidungsträger) dazu in der Lage, Interessen nicht nur zu äußern, sondern direkt in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen.</i>	Finanzmittel, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger sowie gesellschaftlicher Gruppen, Mitwirkung des Regierungssystems,
Partizipations-funktion	<i>... die Bürger/das Volk für ein parteibezogenes politisches Engagement zu motivieren und sich als wirkungsmächtiges Instrument für die politische Teilhabe der Bürger/des Volkes zu präsentieren.</i>	Finanzmittel, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger
Integrations-funktion	<i>... durch ihre politische Führung in vielerlei Organisationen und das Angebot an Mitwirkungsmöglichkeiten, gesellschaftliche Gruppen in das politische System einzubinden.</i>	Finanzmittel, Parteiorganisation, Treue u. Gehorsamkeit der Bürger/ gesellschaftlichen Gruppen

Informations- vermittlungsfunktion	<i>Die Parteien sind auch dazu da, den Bürgern die im Rahmen des Regierungssystems getroffenen politischen Entscheidungen direkt oder mit Hilfe der Medien zu vermitteln.</i>	Finanzmittel, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger, Presse u. Medien
Mobilisierungsfunktion	<i>die Bürger durch eine Mischung aus Überzeugung und Überredung (ggf. Gewalt) für die Partei einzunehmen und damit - vor allem hinsichtlich Unterstützung bzw. Mitwirkung - parteipolitisch zu mobilisieren.</i>	Finanzmittel, Presse u. Medien, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger
Zielfindungsfunktion	<i>... müssen die Parteien den Bürgern alternative politische Orientierungsrahmen, Deutungsmuster und Lösungsangebote für politische Probleme liefern, indem sie parteiintern Vorstellungen und Ziele entwickeln, politische Programme formulieren und sie den Bürgern/dem Volk kommunizieren.</i>	Finanzmittel, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger, Presse u. Medien
Sozialisationsfunktion	<i>Durch die Erfüllung der vielfältigen Führungsleistungen im Rahmen der Parteiorganisationen sowie in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen liefern die Parteien einen Beitrag zur politischen Sozialisation der Bürger/des Volkes.</i>	Finanzmittel, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger
Legitimationsfunktion	<i>Zudem tragen sie auch dazu bei, Unterstützung für ideologische Werte und Autorität zu generieren und somit die Legitimität des politischen Systems zu gewährleisten.</i>	Finanzmittel, Ideologie, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger
Herrschaftsfunktion	<i>Durch ihre Verankerung im Regierungssystem sind sie es, die unmittelbar politische Entscheidungen treffen, also politische Herrschaft ausüben.</i>	Finanzmittel, Mitwirkung des Regierungssystems
Politikkontrolle	<i>... nehmen die Parteien auch eine direkte, politische Kontrollfunktion wahr.</i>	Finanzmittel, Presse u. Medien, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger bzw. gesellschaftlicher Organisationen
Personalrekrutierung	<i>Die Parteien besitzen faktisch ein Rekrutierungsmonopol für öffentliche Ämter und Mandate auf der regionalen und nationalen Ebene.</i>	Finanzmittel, Treue u. Gehorsamkeit der Parteimitglieder und der Bürger

Eigene Darstellung in Vergleich zur Tabelle 1

Offensichtlich besitzt die *Gehorsamkeit* hier eine viel komplexere und abstraktere Bedeutung

als die *Wählerstimme*. Es ist diffizil, aber relevant, die Gehorsamkeit messbar zu machen, da dieser Begriff im Prinzip eine geistige Einstellung darstellt. In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, dass der nach außen hin an den Tag gelegte Gehorsam der Beherrschten nichts darüber aussagt, in welchem Maße dieser der „echten Überzeugung“ jedes einzelnen Individuums entspricht. Da zuerst einmal die Gewährleistung des Gehorsams für die führende Partei (Parteiführer) an erster Stelle steht und weniger wie genau dieser zu Stande kommt, reicht somit die Betrachtung des äußeren Verhaltens der betroffenen Individuen aus, um die Gehorsamkeit zu messen bzw. zu erfassen. Wenn die *Gehorsamkeit der „Geführten“ gegenüber der Partei(-führer)* als eine unabhängige Variable der Parteevolution in einem autokratischen System gegeben ist, dann kann diese im Einzelfall als „*dafür*“, „*neutral*“ oder „*dagegen*“ bewertet werden. Akteure, deren Verhalten dem Willen der Partei(-führung) entspricht, werden als „*dafür*“ eingestuft. Als „*neutral*“ gilt, wessen Verhalten den Willen der Partei(-führung) weder fördert noch beeinträchtigt. Folglich werden Akteure, deren Verhalten dem Willen der Partei(-führung) widerspricht, als „*dagegen*“ klassifiziert. Eine weitere Schwierigkeit der Operationalisierung der Variable „*Gehorsamkeit*“ liegt darin, dass man klarstellen muss, wer wem gehorcht. Im Kontext einer politischen Partei in einem autokratischen System wird diese Frage auf „Wer gehorcht der Partei(-führung)?“ reduziert. Da laut dem Evolutorischen Institutionalismus *Gehorsamkeit* als Ressource betrachtet wird, sollte sich diese auf die Sphäre außerhalb der Partei beziehen. Dazu können die Regierung, die Zivilgesellschaft, die Armee, die Unternehmen, die öffentlichen Organisationen, sprich jedes Individuum gehören. Dazu ist es allerdings nicht erforderlich, jeden Akteur oder jedes System aus der Umwelt der Partei präzise zu untersuchen, sondern vor allem die Nischenakteure und Co-Systeme der Partei, welche für die notwendigen Ressourcen der Partei sorgen und jene, die die Funktionserfüllung der Partei beeinflussen.

2.2.2.2.3 Weitere Ressourcen einer Partei

Zu beachten ist, dass es in einem politischen System verschiedene Typen politischer Parteien

geben kann. Mit Hilfe der Parteientypologie von Max Weber¹⁵¹ lassen sich die folgenden Ressourcen für entsprechende Parteien aufzählen: Eine Klassenpartei benötigt die Unterstützung ihrer Klasse (wie zum Beispiel der Arbeiterklasse) als ihre notwendige Ressource. Für eine Honoratiorenpartei gelten Honoratioren und deren moralistisches Prestige als notwendige Ressourcen. Für eine charismatische Partei stellt ein charismatischer Herrscher bzw. Führer die notwendige Ressource dar. Eine Patronage-Partei bedarf der Unterstützung der Patronage im Hintergrund. Eine ideologische Partei (auch als Weltanschauungs-Partei oder Glaubens-Partei) erfordert eine Ideologie bzw. überzeugende Theorie(n) (zum Beispiel den Marxismus), mit der bzw. denen sie ihre Mitglieder integrieren und ihre Handlungen regulieren kann. Für eine traditionelle Partei sind eine starke Tradition und eine „beträchtliche“ Vergangenheit als notwendige Ressourcen erforderlich. Nicht zu ignorieren ist, dass es in einem instabilen politischen System auch Revolutions-Partei(en) geben kann. Für eine Revolutions-Partei sind militärische bzw. revolutionäre Kräfte unabdingbar. Die jeweiligen Ressourcen dienen der Erfüllung der institutionellen Funktionen der entsprechenden Parteien. Die obengenannten „Ressourcen“ werden als intervenierende Variablen mit einbezogen, sofern sie bei der Beschreibung und Erklärung der Fälle hilfreich sind.

2.2.3 Die institutionelle „Architektur“ und innere Selektionsfaktoren

„Der [...] erreichte Verfestigungsgrad sozialer Strukturen bedarf darum auch weiterhin und andauernd wirklichkeitskonstruktiver Leistungen in Gestalt kompetenter Praxen, zielführender Interpretationen und überzeugender Darstellungstechniken, wenn er künftig stabil bleiben soll.“¹⁵²

Dazu dient die institutionelle „Architektur“ als eine Denkfigur, die obengenannten Strukturen und Mechanismen zu erkennen. Sie interpretiert die inneren Selektionsfaktoren der institutionellen Evolution und stellt den Schichtenbau der Institution dar, damit der

¹⁵¹ Weber, Max 1922: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 1. Auflage, Tübingen 1922, §18.

¹⁵² Patzelt, Werner J. 2007: *Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive*, S.306. In: ders. (Hrsg.), *Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit*. Würzburg: ERGON Verlag, S.280-374.

Zusammenhang („Bebürdungslogik“) zwischen verschiedenen Bestandteilen der Institution erkannt werden kann. Mittels einer Analyse der institutionellen „Architektur“ lassen sich sowohl die Struktur-Funktion-Mechanismen als auch die Institutionalisierungsprozesse präzise – oft auf der Mikroebene – begreifen.

Aus diesem Grund ist diese Kategorie (neben der *Nische*) zu den wichtigsten analytischen Kategorien des Evolutorischen Institutionalismus zu zählen, welche in dieser Dissertationsarbeit vorgestellt, abgeleitet und geprüft werden sollen. In diesem Kapitel wird die institutionelle „Architektur“ dargelegt und somit im Zusammenhang mit politischen Parteien deduziert.

Unter der institutionellen Architektur versteht man auch den inneren Aufbau der Institution. Ein physisches Gebäude (Haus) wird nach dem typischen Muster errichtet, dass zuerst das Fundament gesetzt wird. Darauf entsteht dann das Untergeschoss, auf dem das Erdgeschoss bzw. das erste Geschoss gebaut wird. Das kann anschließend, abhängig von den Kapazitäten, mit dem Draufsetzen weiterer Stockwerke/Geschosse beliebig oft wiederholt werden. Somit tragen die unteren Schichten die oberen Schichten. Falls die untere Schicht wegbricht, werden die von ihr getragenen oberen Schichten gleichfalls zusammenbrechen. Wenn das Fundament eines Gebäudes zerstört wird, bricht damit das ganze Konstrukt in sich zusammen. Diese Bebürdungslogik kann sich nicht nur auf ein physisches Gebäude, sondern auch auf einen Organismus, ein Argument usw., beziehen. Laut des Evolutorischen Institutionalismus wird auch eine Institution nach dieser Bebürdungslogik aufgebaut.

„Es wird sich nämlich das größere Ganze ... nur solange aufrechterhalten bzw. reproduzieren lassen, wie auch die Träger der zu tragenden Bürden aufrechterhalten bzw. reproduziert werden.“¹⁵³ Das lasse sich auch so ausdrücken: „Ein Strukturelement A als Bebürdenträger wurde einst mit einem anderen Strukturelement B als Bürde verkoppelt; und entfällt dann, oder verändert sich A, so hat das weitreichende Folgen für B.“¹⁵⁴ Jedoch ist nicht jede bebürdete Trägestruktur für das größere Ganze gleich wichtig. Bei Häusern ist etwa das Zerbrechen eines Fensters weniger schlimm als das Abrutschen der Grundmauern; ein gebrochener Finger beeinträchtigt das Überleben viel weniger als ein gebrochener Arm. In

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Ebd.

dieser Weise stellt die institutionelle „Architektur“ den Schichtenbau sozialer Wirklichkeit dar. Wenn man von der Institution spricht, spricht man unerlässlich von der Struktur. Die soziale Struktur umfasst die sachlichen sowie die geistigen Elemente. Eine sachliche Struktur trägt entsprechende sachliche Funktion(en) sowie weitere sachliche Struktur(en). Zum Beispiel trägt der Boden eines Hauses nicht nur das, was im Haus steht, sondern auch die Wände und das Dach des Hauses; das Parlament trägt die legislativen Funktionen sowie das Kabinett. Die geistige Struktur trägt entsprechende ideelle Begründungen und weitere Ideen. Zum Beispiel begründet der marxistische historische Materialismus theoretisch die proletarische Revolution und trägt den Kommunismus (als eine Idee) in sich; der christliche Glauben ist die Grundlage der Ehegebräuche in christlichen Ländern. Die Institutionen werden durch eine solche Logik sachlich und geistig strukturiert. Allerdings wird die geistige Struktur häufig als Muster oder Bauplan erkannt, was aus der Perspektive der Evolutionstheorie als Mem (pl. Meme) bezeichnet wird. Im Lichte des Evolutorischen Institutionalismus wird der Schichtenbau von Memen durch die memetische Bebüdnungsstruktur interpretiert, während der Schichtenbau der sachlichen Strukturen durch funktionelle Bebüdnungsstrukturen interpretiert wird.

2.2.3.1 Die funktionelle Bebüdnungsstruktur

Als eine der wichtigen Kategorien der inneren Selektionsfaktoren wird die funktionelle Bebüdnungsstruktur durch Verwirklichung und In-Kraft-Treten der Meme konstruiert. Aus diesem Grund wird die funktionelle Bebüdnungsstruktur in Gefahr geraten, wenn Probleme bei der memetischen Replikation und Anwendung der funktionserfüllenden Strukturen – oft bei Generationswechsel der die Struktur bzw. ihre Funktionen tragenden Personen –vorkommen. Eine Struktur, welche eine Funktion erfüllt, trägt eine „funktionelle Bürde“¹⁵⁵. Wenn die tieferen Trägerschichten funktioneller Bürden verändert werden und nicht funktionelle Äquivalente zur verlässlichen Erfüllung der bisherigen Trageleistung bereitstehen, wird ihr

¹⁵⁵ Patzelt, Werner J. 2007: *Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive*, S.306f. In: ders. (Hrsg.), *Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit*. Würzburg: ERGON Verlag, S.287-374.

Überbau behindert oder sogar aufgelöst.¹⁵⁶ Zum Beispiel ist es fatal, die Regierungspartei in einer Einparteienautokratie zu stürzen, solange nicht eine alternative Partei bzw. Koalition zur Aufrechterhaltung von Einheit, Solidarität, Sicherheit, Stabilität und Ordnung der Gesellschaft verfügbar ist oder wenigstens verlässlich in Aussicht steht. Ein anderes Beispiel: Es kommt wahrscheinlich zum Wandel einer Partei, wenn ihr starker Führer stirbt, solange kein alternativer Nachfolger verfügbar ist. Außerdem führt die Inkompatibilität der jeweiligen Funktionen die erfüllenden Strukturen zur institutionellen Krise. Zum Beispiel werden die Abgeordneten einer Partei, welche die Interessen ihrer Partei durch den Parlamentarismus geltend machen und ein stabiles aktuelles politisches System wünschen, und die Revolutionsplaner in der selbigen Partei gegeneinander funktionieren. Folglich wird es zu Auseinandersetzungen kommen bzw. zur Parteispaltung führen.

2.2.3.2 Memetik und memetische Bebürdungsstruktur

Die traditionellen Institutionenforscher interessieren sich meistens für die Struktur und die Funktion sowie funktionelle Mechanismen der Institution. Allerdings wurden die tiefere (insbesondere die geistige) Struktur und ihre Entstehungs- und Tradierungsmechanismen selten von ihnen konzeptualisiert, was eigentlich viel interessanter und besonders relevant zu sein scheint. Mit der Memetik lassen sich diese Themen allerdings konzeptualisieren. Der Evolutorische Institutionalismus hat die Memetik mit der Systemtheorie als seine epistemische Grundlage übernommen. Es ist deshalb unerlässlich, den Begriff Mem (Plural Meme) zu definieren. Unter Mem versteht man ein kulturelles Muster bzw. einen Bauplan, gemäß dem soziale Wirklichkeit zustande kommt, gemäß dem soziale Struktur und sozialer Mechanismus konstruiert wird, gemäß dem eine Institution etabliert wird und sich entwickelt. Dessen Kern beinhaltet die geistige Konstruktion und zwar die Idee über die soziale Ordnung des Materials, der Transaktionen, der Kommunikation, der Deutung und der Symbolisierung. Der Träger, nämlich das Vehikel des Mems, kann sich mittelbar durch Erlernen tradieren, wie zum Beispiel

¹⁵⁶ Demuth, Christian 2007: Institutionen und ihre endogenen Systembedingungen, S.424ff, in Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Insitutionalität und Geschichtlichkeit, Würzburg: ERGON Verlag, S.415-448.

Literatur, Musiknoten, Sprache, Bilder, Videos, Musterstücke. Es kann sich auch unmittelbar tradieren, zum Beispiel durch Nachahmung einer Grimasse. Zu den Memen gehören beispielsweise Regeln, Denkmuster oder Verhaltensweisen. Meme sind die Durchführungsmittel sämtlicher Prozesse sozialer Struktur-, Rollen-, Organisations- und Institutionenbildung.¹⁵⁷ Zu beachten ist, dass die Menschen im Zusammenhang mit den Memen eine ganz wichtige Rolle spielen. Eine Institution ist nicht von Himmel gefallen, sondern von Menschen gebaut. Die Menschen lassen die Meme reproduzieren (z. B. durch Mitschreiben), tradieren (z. B. durch Lehren und Lernen bzw. Sozialisation), rekombinieren (z. B. durch Zusammensetzung verschiedener Ideen), mutieren (z. B. durch Fehl-Lernen oder Erfindung), geltend machen oder ungültig machen und sogar vernichten. Die memetische Konzeption setzt daher die menschliche geistige bzw. intellektuelle Leistung voraus.¹⁵⁸ Von daher kann man festlegen, dass sich die Institution durch Variationen ihrer Meme von innen evolviert. Die Evolution einer Partei wird also innerlich durch die Variationen ihrer Meme (oft wegen des Generationswechsels) verursacht.

Ähnlich wie die funktionelle Bebürdungsstruktur konstruiert sich die memetische Bebürdungsstruktur so, dass verschiedene Meme aufeinander gebürdet werden. Das niedrige Mem bzw. die niedrigen Meme trägt bzw. tragen die oberen Meme. Das heißt, dass die niedrigen Meme die oberen Meme begründen und dass die niedrigen Meme die von ihnen getragenen Meme rechtfertigen. Die Änderung oder das Wegbrechen tieferer Schichten von Memen führt zur Änderung oder Wegbrechung oberer Schichten der Meme, solange keine Alternativen der Letzteren existieren. Es ist deswegen leichter, die oberen Schichten der Meme zu ändern und ungleich schwieriger, die unteren Schichten zu ändern. Je weiter oben die veränderten Meme sich befinden, umso weniger müssen noch weiter oben befindliche Meme verändert werden. Je tiefer die veränderten Meme sich befinden, umso mehr müssen weiter oben stehende Meme verändert werden. Die fundamentalen Meme sind am schwierigsten zu ändern. Das ist der Grund, warum die Grundordnung einer Institution, zum Beispiel das Grundgesetz, so schwierig verändert werden kann, während manche praktische Vorgehensweisen, wie zum Beispiel eine Einkaufsliste oder ein Kochrezept, sich einfach

¹⁵⁷ Vgl. Blackmore, Susan 2000: Die Macht der Meme. Heidelberg.

¹⁵⁸ Das gilt vielleicht auch bei Tieren. Diese Arbeit wird die Meme nicht auf der tierischen Ebene behandeln.

verändern können.¹⁵⁹ Am Fall politischer Parteien betrachtet, lässt sich feststellen, dass ihr ideologisches Fundament nur schwer verändert werden kann, während beispielsweise konkrete Werbungsideen relativ leicht geändert werden können. Die Aufgabe der Reform- und Stabilisierungspolitik ist, die erforderliche ‚Architektur‘ an strukturellen/memetischen bzw. funktionellen Bebürdungsstrukturen zu schaffen und zu sichern. Die Kompatibilität der jeweiligen Meme in der memetischen Bebürdungsstruktur dient der Stabilität und Aufrechterhaltung der Institution. Die Inkompatibilität der jeweiligen Meme in der Bebürdungsstruktur führt zum inneren Konflikt und zur Krise der Institution. Die Inkompatibilität der Meme verursacht nämlich strukturelle Widersprüche in der funktionellen Bebürdungsstruktur, weiterhin die Dysfunktion oder sogar eine Gegenwirkung von jenen strukturellen Elementen. Insofern bedrohen die inneren memetischen Konflikte wegen der Dysfunktion bzw. der widersprüchlichen Geltungsansprüche das gesamte System. Dies hat zur Folge, dass entweder die widersprüchlichen Meme verändert (bzw. aufgelöst) werden müssen oder das gesamte System wegen seiner Anpassungslähmung an die Umwelt zusammenbrechen wird, d.h. auf Grund der Unfähigkeit der Funktionserfüllung kann das ganze System die benötigten Ressourcen nicht mehr in ausreichendem Maße von der Umwelt erhalten. Am Beispiel der Partei kann es wegen der memetischen Inkompatibilität (z. B. bei der Entstehung von Leitdifferenzen) in der Folge zur Parteispaltung kommen (z. B. die SPD-Spaltung wegen der Agenda 2010). Zu betrachten ist, dass nicht jeder memetische Konflikt fatal ist: Wenn ein memetischer Konflikt nur auf der ideellen Ebene und zwar nur mit kaum spürbaren Geltungsansprüchen bleibt und das gesamte System wegen des Konfliktes nicht von der Umwelt herausgefordert wird, muss die Situation nicht unbedingt zur Krise führen. In diesem Fall können die in Konflikt stehenden Meme sich einander noch tolerieren oder sogar miteinander kooperieren. Zum Beispiel hat das Erfurter Programm solche widersprüchlichen Bestimmungen – teilweise Revolution und teilweise Reform durch Parlamentarismus – aufgewiesen. Die Ambivalenz zwischen Revolution und Reform durch Parlamentarismus konnte bestehen bleiben, bis die Nischenbedingungen aufgrund des Ersten Weltkriegs sich

¹⁵⁹ Vgl. Patzelt, Werner J. 2007: Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive, S.307-314. In: ders. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.287-374.

änderten und sodann die Geltungsansprüche verstärkt wurden und der Konflikt zugespitzt wurde. Dann ist die Ambivalenz bzw. das Imperfekt der memetischen Bebürdungsstruktur zur wesentlichen Inkompatibilität geworden.

Um dieses Phänomen, welches man in der Alltagssprache nur schwierig zu fassen bekommt, besser zu begreifen, ist es sinnvoll, den „Memotyp“ und den „Phämotyp“ als Darstellungswerkzeug einzuführen. Der Memotyp lässt sich zwar reproduzieren, tradieren oder ausbreiten, muss aber nicht immer mit starken Geltungsansprüchen einhergehen, währenddessen stellt der Phämotyp den konkreten Habitus dar, den – auf der Grundlage seines Memotyps – ein Mitglied einer Institution im Lauf seiner Mitgliedschaft in der Institution unter dem Einfluss seiner Umwelt („Nische“) annimmt.¹⁶⁰ Das lässt sich anhand eines Beispiels aus der Genetik näher verdeutlichen: der Phänotyp stellt die konkrete Gestalt dar, die – der Grundlage seines Genotyps – ein Organismus einer Art im Lauf seines Lebens unter dem Einfluss seiner Umwelt („Nische“) annimmt. Beispielsweise gibt es bei der menschlichen Gestalt „Europäische Augen“ und „Asiatische Augen“. Ein Mensch kann gleichzeitig die Gene der „Europäischen Augen“ (A) und der „Asiatischen Augen“ (a) in sich tragen (AA oder Aa oder aa). Aber er hat vom Aussehen her meistens „Europäische Augen“, weil nur das Merkmal des dominanten Allels (A) ausgeprägt wird. In diesem Fall sind die Gene der „Europäischen Augen“ (A) und der „Asiatischen Augen“ (a) als Allele/Konfiguration von Genen kompatibel. Der Phänotyp „Europäische Augen“ können dem Genotyp „AA“ oder „Aa“ entsprechen. Der Phänotyp „Asiatische Augen“ können nur dem Genotyp „aa“ entsprechen. Ein weiteres Beispiel der Genetik hilft den Sachverhalt noch besser zu begreifen: Nehmen wir zwei Kinder, die Zwillinge sind und damit ursprünglich die gleichen Gene (Genotyp) haben. Im weiteren Verlauf haben sich die beiden unterschiedlich entwickelt, weil einer im Lauf der Zeit reichliche Nahrungsmittel bekommen und häufig Sport getrieben hat, wohingegen der andere wenig Nahrungsmittel erhalten hat und nur selten sportlich aktiv war. Dies führte u.a. zu einem sichtbaren Unterschied in der Körpergröße. Im Lichte des Evolutorischen Institutionalismus

¹⁶⁰ Vgl. Lempp, Jakob/Patzelt, Werner J. 2007: Allgemeine Evolutionstheorie. Quellen und bisherige Anwendungen, S.108. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.97-120 und Lempp, Jakob 2007: Evolutionäre Institutionentheorie, S.383ff. in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.375-413.

betrachtet ist dies bei manchen memetischen Konfigurationen von Institutionen auch der Fall. Wie wird also bestimmt, welche Meme als handlungsprägende Sinndeutungen/ Regeln verwendet werden? Um diese Frage zu beantworten, ist das Konzept des Epimemetischen Systems vorzustellen. Laut Patzelt umfasst das epimemetische System die „machtausübende(n) gesellschaftliche(n) Strukturen, die in Enkulturations- und Sozialisationsprozessen sicherstellen, dass ganz bestimmte Meme/Memplexe, und eben keine anderen, weitergegeben und denk- bzw. handlungsleitend gemacht werden“.¹⁶¹ Im Kontext einer politischen Partei gehören häufig die Parteiverfassung, die Zentralorganisation bzw. der Vorstand sowie die Parteipresse zum epimemetischen System der Partei. Die Parteiverfassung bestimmt ihre (offiziell angegebenen) Leitideen (als *institutionelle Form*¹⁶²). Zum Beispiel wird von der Parteiverfassung einer kommunistischen Partei bestimmt, dass sich nur die sozialistischen Meme, und nicht andere (z. B. Kapitalismus oder Liberalismus), weitergeben und umsetzen lassen. Außerhalb der Parteiverfassung und des Parteitags kontrolliert in der Regel die Zentralorganisation bzw. der Parteivorstand die Normen, welche der konkreten Maßnahmen bzw. welches Personal sich aufrechterhalten lassen sowie welche zu stornieren oder auszutauschen sind. Der propagandistische Apparat bestimmt, welche Meme in welchen Formen in wie weit sich verbreiten lassen. Daher lässt sich feststellen, dass das epimemetische System eine relevante Rolle bei der Wirklichkeitskonstruktion und zwar bei der Pfadabhängigkeit, Stabilität und dem Wandel einer Partei spielt. Daher erscheint wiederum überzeugend, dass der Generationswechsel im epimemetischen System einer Partei, vor allem der Parteivorsitzende, eine der wichtigsten Variablen des Parteienwandels (insbesondere des Wandels der Leitideen) gilt.¹⁶³ Wie sich eine Parteiwandlung aufgrund des

¹⁶¹ Zitiert aus Foliensatz der Vorlesung „Einführung in den Evolutorischen Institutionalismus“ von Prof. Patzelt.

¹⁶² „institutionelle Form“ beschreibt jene einen „institutionelle Bauplan“ darstellenden Regeln (Meme und Memplex, samt Struktur- und Regulatormemen), welche zu einem normativ spezifischen strukturellen Arrangement führen. Die institutionelle Form prägt die individuellen Memotypen der Mitglieder dieser Institution. Siehe Heer, Sebastian 2012: Die Evolution des Deutschen Bundestages. Stabilität als verfassungshistorische Verpflichtung, S.113-123. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Parlamente und ihre Evolution: Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos, S.111-159.

¹⁶³ Zu beachten ist, dass Parteien in verschiedenen politischen Systemen unterschiedliche *epimemetische Systeme* haben können. In einem autokratischen System sind die Führer bzw. Spitze der regierenden Partei jedenfalls das wichtigste Element ihres epimemetischen Systems. Die Parteiführer bzw. Spitze einer demokratischen Partei in einem demokratischen System werden durch demokratische Wahl von ihren Mitgliedern gewählt. Daher sollten ihre Ideen die Mehrheit der gesamten Generationen der Mitglieder repräsentieren. Außerdem können sie auf Grund ihrer Legitimität die ganze Partei sehr tief beeinflussen. Deswegen sind sie sowieso zu den wichtigsten Elementen des epimemetischen Systems zu zählen.

Generationswechsels in ihrem epimemetischen System durch ein Verlaufsmuster darstellen sowie erklären lässt, wird im nächsten Kapitel behandelt.

2.2.4 Verlaufsmuster der institutionellen Evolution

In den vorherigen Kapiteln wurde dargelegt, wie sich eine Institution im Licht des Evolutorischen Institutionalismus aufbaut und wie sie in ihrer Nische eingebettet wird. Auf dieser epistemischen Basis lassen sich nun die Institutionenwandlungen verstehen. Im Lichte des Evolutorischen Institutionalismus wandeln sich Institutionen aus zweierlei Gründen. Zum einen werden memetische Variationen einer Institution wegen des Generationswechsels ihrer Mitglieder in Form von Mutation oder Rekombination eine Veränderung ihrer Struktur, der Funktionen und Regeln verursachen; zum anderen wird die Veränderung der Nischenbedingungen einer Institution – in Form von geänderten Ressourcen-Angeboten und geänderten Dienstleistungs-Anforderungen – die Institution zum Wandel jener Funktionen erfüllenden Struktur zwingen. In diesem Kapitel werden daher die zwei wichtigen Evolutionsmuster „Generationswechsel“ und „Nischenanpassung“ der Institution vorgestellt und die jeweiligen Muster im Kontext politischer Parteien abgeleitet. Damit wird allmählich klar, was konkret in Fallstudien geprüft werden soll.

2.2.4.1 Wandel durch Generationswechsel

Jede Institution könne ihre institutionelle Form nur dann reproduzieren, wenn sie in der Lage sei, immer wieder neue Mitgliedergenerationen an sich zu binden, die ihre Leitideen samt allen damit zusammenhängenden Bestandteilen ihrer institutionellen Form (d. h. Regeln, Normen und Wissensbestände einer Institution) erlernen, durch konkretes Handeln in eine praktizierte Form (d. h. die die Institution konstruierenden Handlungsmuster) umsetzen und schließlich auch an nachfolgende Generationen von Institutionenmitgliedern weitergeben.¹⁶⁴ Der Mensch

¹⁶⁴ Lempp, Jakob 2009: Die Evolution des Rats der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S.128f, 140ff.

ist das Subjekt bzw. der Träger der Institutionen, da Institutionen durch Menschen gemäß ihren geistigen Bauplänen mit Geltungsansprüchen konstruiert werden, die die menschlichen Rollen, Beziehungen, Kommunikations-, Interaktions- bzw. Transaktionsformen, Handlungs- und Denkweisen vorschreiben, regulieren, beinhalten, symbolisieren und darstellen. Die Meme lassen sich durch Sozialisation von Menschen von Generation zu Generation reproduzieren und tradieren. Der Generationswechsel impliziert einerseits den Personenwechsel bzw. Trägerwechsel der Institution, andererseits den memetischen Replikations- und Weitergabeprozess. Wenn die Meme bzw. Memplexe einer Institution beim Generationswechsel durch die neuen Mitglieder zuverlässig reproduziert und geerbt werden, wird die Institution sich wahrscheinlich nicht wandeln. Wenn die Meme bzw. Memplexe einer Institution beim Generationswechsel durch die neuen Mitglieder nicht zuverlässig – das heißt, dass die neuen Mitglieder entweder die Meme missverstehen und fehlerhaft reproduzieren (Mutation) oder sie mit eigenen biografischen Prägungen rekombinieren (Rekombination) – reproduziert und geerbt werden, wird sich die Institution auf Grund der variierten Meme unter bestimmten Umweltbedingungen evolvieren. Die aufgrund des Generationswechsels geänderten Meme bzw. Memplexe können zur Inkompatibilität der memetischen bzw. funktionellen Bebürdungsstruktur führen. In diesem Fall wird die Institution in eine Krise geraten. Das heißt, die geänderten Meme können eine heftige Änderung der Begründungsstruktur der Institution mit heftig auseinandergesetzten Geltungsansprüchen verursachen. Folglich könnte die Institution wegen fehlender Funktionserfüllung nicht mehr ausreichende Ressourcen von der selbigen Nische erhalten ODER sie würde wegen heftiger innerer Auseinandersetzungen zusammenbrechen.

Die politischen Parteien sind Institutionen. Daher könnte aus dem obengenannten Muster Folgendes abgeleitet werden: Eine politische Partei als ein größeres Ganzes wird sich wandeln, wenn ihre neue Generation von Mitgliedern – insbesondere ihre Funktionäre und Führer– bei dem Generationswechsel die ursprünglichen Partei-Leitideen nicht zuverlässig erbt oder gar keine entsprechenden Nachfolger zur Erfüllung wichtiger Funktionen zur Verfügung stehen. Beim Generationswechsel der Parteiführer bzw. -Spitze ist es in der Praxis sehr wahrscheinlich, eine Wandlung der Leitideen zu verursachen, wenn der Nachfolger sich nicht zuverlässig durch

die Meme seines Vorgängers prägt, da der Parteiführer bzw. die -Spitze zu den wichtigsten Elementen des epimematischen Systems gehören. Die Meme seines Vorgängers sind eine komplexe Gesamtheit, zu der nicht nur die Leitideen, sondern auch die Rede- und Verhaltensweisen und ebenso jene nicht durch Sprache zum Ausdruck gebrachten, charakteristischen persönlichen Prägungen sowie die Wissensbestände des Parteiführers gehören. Folglich gibt es noch einen anderen Typ des Parteienwandels wegen des Generationswechsels: Der Vorgänger stirbt plötzlich und keine andere funktionelle Äquivalente steht zur Verfügung. Zum Beispiel kann, nachdem der starke Parteiführer plötzlich gestorben ist, sein Nachfolger gar nicht mehr eine vergleichbare Symbolisierungs- und Integrationsfunktion der Partei erfüllen. Dann wird die Partei instabil sein und sich wandeln müssen, obwohl der Nachfolger zuverlässig die Leitideen des Vorgängers ohne Abweichung geerbt hat. Der Grund kann darin bestehen, dass der Nachfolger nur die Leitideen seines Vorgängers zuverlässig geerbt hat, aber seine Verhaltensweise, Wissensbestände, Mentalität und andere ähnliche persönliche Charaktereigenschaften, die zur Erfüllung wichtiger Partei-Funktionen und zur Aufrechterhaltung der Kompatibilität der institutionellen „Architektur“ relevant sind, nicht reproduziert hat. Dieser Typ des Parteienwandels gehört eigentlich auch zur Wegbrechung wichtiger funktionellen Bürden-Träger, solange der Parteiführer bzw. die Partei-Spitze nicht als eine Person, sondern als die eine wichtige Funktion erfüllende Struktur betrachtet wird. Allerdings sind die Meme dieser Struktur sehr von Personen abhängig. Ebenso sind sie sehr einflussreich auf die ganze Partei, insbesondere auf ihre Leitideen, so dass sich dadurch das Muster „Generationswechsel“ erklären lässt. Zusammengefasst lässt sich dieses Muster wie folgt ausdrücken: Politischen Parteien (insbesondere ihre Leitideen) wandeln sich dergestalt, dass ihre neuen Mitglieder, insbesondere ihre neuen Parteiführer bzw. ihre neue Parteispitze, beim Generationswechsel wegen ihrer andersartigen biografischen Prägungen ursprüngliche kulturelle Muster nicht zuverlässig erben oder eine Rekombination mit anderen Mustern geltend machen. Nun lässt sich feststellen, dass die *Zuverlässigkeit der memetischen Replikation* bzw. die *veränderten biografischen Prägungen der Parteiführer bzw. -spitze bei ihrem Generationswechsel* eine der zu prüfenden sowie messbaren unabhängigen Variablen sein sollen.

2.2.4.2 Wandel durch institutionelles Lernen angesichts Nischenwandels

Außer dem Generationswechsel war das andere wichtige Evolutionsmuster das *institutionelle Lernen angesichts Nischenwandels*. Institutionen können sich evolvieren auch ohne Generationswechsel, das heißt es findet eine Evolution innerhalb der Generation statt. Die Meme bzw. Memplexe einer Institution lassen sich zwar über Generationen zuverlässig weitergeben, sie können jedoch wegen des Nischenwandels (d. h. geänderte Ressourcen-Angebote und Funktionsanforderungen) auch in eine Krise geraten. Der Nischenwandel führt oft dazu, dass eine in der Nische eingebettete Institution ihre notwendigen Ressourcen nicht mehr ausreichend (um zu überleben) von der Nische erhalten bzw. die von der Nische nachgefragten Dienstleistungen nicht ausreichend erfüllen kann. Um die Institution zu restabilisieren, müssen manche Strukturelemente sich mehr oder weniger verändern, damit sich die gesamte Institution wieder an die Umwelt anpassen kann. Konkreter gesagt, muss die Institution durch Veränderung ihrer Struktur neue Ressourcen in der veränderten Nische erschließen oder neue Funktionen für die veränderte Nische anbieten. In beiden Fällen muss die Institution ihre Struktur regulieren, so dass sie ihre notwendigen Ressourcen (langfristig) erhalten kann und neue nachgefragten Funktionen erfüllen kann. Eine solche Anpassung von Institutionen an die veränderten Nischenbedingungen wird im Lichte des Evolutorischen Institutionalismus als „institutionelles Lernen“ beschrieben.

Im Kontext politischer Parteien lässt sich das allgemeine institutionelle Evolutionsmuster wie folgt ableiten: Eine politische Partei ist in ihrem politischen System und in einer Gesellschaft bzw. in einem Kulturkreis eingebettet. Wenn die Wählerschaft eines demokratischen Systems aufgrund des Sozialwandels sich verändert, kann eine politische Partei in dem System nicht mehr ausreichende Wählerstimme an sich ziehen, weil ihre ursprünglichen Leitideen – oft in Form von Parteiprogrammen – ihre Wähler nicht mehr gut repräsentieren, integrieren oder den Willen ihrer Wähler nicht mehr gut artikulieren oder weil die politische Unfähigkeit einer Regierungspartei in der vergangenen Amtszeit ihre Wähler enttäuscht hat. Der Mangel an Wählerstimmen kann oft dazu führen, dass die Partei auch andere von den Wählerstimmen abhängige Ressourcen (z. B. die Mandate im Parlament, Finanzmittel vom Staat, etc.) nicht mehr ausreichend erhält. Dann wird ihre Funktionserfüllung (z. B. Artikulation,

Demonstration, Werbung, Legislative, etc.) wegen der mangelnden Ressourcen verstärkt beeinträchtigt. Die Partei wird auf diese Weise in die Krise geraten. Um sich wieder zur Stabilität zu bringen und die Wähler wieder anzuziehen, muss die Partei ihre Leitideen sowie die wichtige funktionserfüllende Struktur entsprechend verändern. In der Praxis formulierten Parteien angesichts neuer gesellschaftlicher Konstellationen bzw. neuer Willensausprägungen der Wählerschaft häufig neue Wahlprogramme. Das ist eine typische Erscheinung der Nischenanpassung bzw. des institutionellen Lernens. Außerdem machen Parteien Propaganda, um die Wählerschaft zu kultivieren. Sie versuchen, die Gedanken der Wähler im Sinne der Meinung der Partei zu beeinflussen, so dass sie weiterhin mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Wählern der Partei werden. Das institutionelle Lernen spielt eine ganz wichtige Rolle beim Überleben politischer Parteien, da von einer politischen Partei erwartet wird, dass sie aktuellste gesellschaftliche Wandlungen erfassen kann, dementsprechend neue politische Meinungen integrieren und artikulieren kann sowie Problemlösungen finden kann. In der Praxis lassen sich solche Phänomene politischer Parteien erkennen, dass Parteien gesellschaftliche Wandlungen mehr oder weniger wahrnehmen, diskutieren und schließlich neue Programme entwerfen, um im demokratischen System die Wähler anzuziehen oder im autokratischen System Gehorsamkeit und Solidarität zu schaffen. Derartige Anpassungen betonen, dass die Partei bestrebt ist, mit ihrer Meinung der Meinung ihrer Wähler bzw. ihrer Regierten zu entsprechen.

Außer der Anpassung der Partei an die veränderte Umwelt kultiviert die Partei auch mit ihrer Deutungsmacht, Bildungsmacht und Medienmacht ihre Umwelt, so dass die Umwelt sich nicht in einer unerwarteten Richtung entwickelt und folglich auf Grund der Änderung der Ressourcen und der Funktionsanforderungen die Partei herausfordert. In der Praxis verwenden Parteien Kampagnen bzw. Propaganda, um die Wähler (im demokratischen System) oder die Regierten zu kultivieren, damit die Meinungen der letzteren denen der ersteren entsprechen, folglich die Wähler sie (wieder)wählen oder die Regierten (im autokratischen System) ihr gehorchen.

2.2.5 Kernthesen des EI über Parteienwandel

Nach der systematischen und modellierten theoretischen Darstellung sowie der Ableitung des Evolutorischen Institutionalismus in Bezug auf die Parteienpraxis lassen sich im Großen und Ganzen zwei abgeleitete zu testende Thesen formulieren:

- a) Geänderte biografische Prägungen wichtiger (neuer) Parteimitglieder (vor allem der Parteispitze und der Funktionäre) beim Generationswechsel führen zum Wandel der Leitidee(n) A der Partei in Form einer fehlerhaften Replikation des Musters A oder in Form einer Rekombination von Muster A und eigenen Prägungen. (*These 1*)
- b) Wenn Ressource R, die für das Überleben einer Partei notwendig ist, auf Grund des gesellschaftlichen Wandels (Sozialwandels?) – d.h. einer Veränderung von Funktionsanforderungen der Gesellschaft an die Partei (Funktion F wird zur Funktion F') oder einer Änderung der Kapazität von Ressource R in der Gesellschaft selbst – nicht mehr ausreichend zur Verfügung steht, dann muss die Partei (um zu überleben) ihre Leitideen den neuen Nischenbedingungen dahingehend anpassen, dass ihr Ressource R weiterhin ausreichend erhalten bleibt. (*These 2*)

Am Fallbeispiel einer Partei in einem demokratischen System sollten gemäß des Evolutorischen Institutionalismus folgende Phänomene auftreten:

a) Falls die neue Generation der Parteispitze entsprechend der eigenen und im Vergleich zum Vorgänger unterschiedlichen Prägung die ursprüngliche(n) Leitidee(n) A bei der Sozialisation oder bei der Anwendung nicht zuverlässig reproduziert, werden sich die Leitidee(n) A wandeln.

b) Falls die Partei nicht ausreichend Wählerstimmen erhalten kann, wird die Partei ihre Leitidee(n) an die Meinungen der Wähler (Mehrheit) anpassen oder mittels Propaganda oder Kampagnen die Wähler von denselben Leitideen „überzeugen“, um mehr Wählerstimmen zu erhalten.

Am Fallbeispiel einer Partei in einem autokratischen System sollten gemäß des Evolutorischen Institutionalismus folgende Phänomene auftreten:

a) Falls die neue Generation der Parteiführung entsprechend der eigenen und im Vergleich zum Vorgänger unterschiedlichen Prägung die ursprüngliche(n) Leitidee(n) A bei der Sozialisation oder bei der Anwendung nicht zuverlässig reproduziert, werden sich die Leitidee(n) A wandeln.

b) Falls die Partei bzw. die Parteiführung über den Gehorsam der Regierten nicht in ausreichendem Maße verfügt, werden die Leitidee(n) an die Meinungen der regierten Masse angepasst oder die Menschen werden mittels Propaganda/Kampagnen von denselben Leitideen „überzeugt“, um den Gehorsam in größerem Maße zu sichern.

3. Theorietest durch Fallstudien

3.1 Fallauswahl – Leitfaden und Vorgehen

Warum werden welche Fälle in dieser Dissertation für den Theorietest ausgewählt? In diesem Kapitel wird die Auswahl der Fälle begründet. Die Fallstudien dienen in dieser Dissertation als Theorietest. Es ist weniger von Interesse, die Wahrheit der jeweiligen Fälle weiter zu erforschen, als vielmehr die Gültigkeit des Evolutorischen Institutionalismus in der von den Fällen repräsentierten analytischen Einheit¹⁶⁵ und zwar insbesondere beim Wandel politischer Parteien zu prüfen. Die Fallauswahl wird somit gemäß dem repräsentativen Prinzip durchgeführt, da es nicht möglich ist und sich nicht lohnt, alle Parteien in allen Systemen in den Test einzubeziehen. Auf Grund eines eingeschränkten Arbeitsaufwands werden nur zwei Einzelfälle nach den folgenden Kriterien ausgewählt: Erstens sollen die ausgewählten Parteien jeweils wesentlich im Rahmen der Grundordnung ihrer politischen Systeme agieren, so dass sie ihre jeweiligen politischen Systeme repräsentieren können. Die aus einem demokratischen System ausgewählte Partei soll die demokratische Grundordnung ihres politischen Systems anerkennen und tatsächlich gemäß der demokratischen Grundordnung fungieren. Die aus einem autokratischen System ausgewählte Partei soll die autokratische Grundordnung ihres politischen Systems anerkennen und tatsächlich gemäß der autokratischen Grundordnung fungieren. Zweitens sollen die ausgewählten Parteien jeweils in ihren politischen Systemen signifikanten Einfluss auf die politische Entscheidung und Formulierung nehmen, so dass sie als lebendige Vertreter der anderen Parteien in ihren Systemen gelten können. Drittens sollen die politischen Systeme, aus denen die Parteien ausgewählt werden, jeweils typisch sein. Die Systeme sollen jeweils wesentliche Eigenschaften der Demokratie oder Autokratie manifestieren. Viertens sollen die Parteien in ihrer Vergangenheit zahlreiche und grundsätzliche Wandlungen erleben haben, so dass die Gültigkeit, die Tiefe und die Reichweite der zu testenden Theorie geprüft werden können. Fünftens sollen reichliche geschichtliche Dokumentationen über die jeweiligen Parteien, die der Verfasser sprachlich am besten

¹⁶⁵ Gerring, John 2004: What is a Case Study and what is it Good for? In: American Political Science Review, Vol. 98, No.2, 2004, S.341-354.

verstehen kann, vorhanden sein, so dass sich die notwendigen Daten aus verschiedenen analytischen Kategorien erheben lassen.

3.1.1 Fallbeispiel aus den Parteien in Demokratien

Nach den obengenannten Kriterien wird die SPD als Vertreter der Parteien in Demokratien ausgewählt. Der Grund liegt darin, dass sie erstens eine derjenigen Parteien ist, die auf eine über 150-jährige Geschichte zurückblicken und sehr komplizierte gesellschaftliche Wandlungen erlebt haben. Sie hat in ihrer langen Vergangenheit in verschiedenen politischen Systemen agiert. Außerdem hat sie sich innerlich in den Aspekten der Organisationsform, Ideologie, Leitideen, Persönlichkeiten und Machtposition wesentlich gewandelt.¹⁶⁶ Sie nahm in der Geschichte mehrmals als Regierungspartei oder als sehr einflussreiche Opposition auf den deutschen und sogar globalen politischen Bühnen wesentlichen Einfluss auf politische Entscheidungen und Formulierungen.¹⁶⁷ Zweitens fungiert die SPD heutzutage grundsätzlich verfassungsgemäß und nach der deutschen demokratischen Grundordnung. Drittens erweist sich das deutsche politische System als ein typisches demokratisches politisches System auf der Welt.¹⁶⁸ Aus diesen Gründen lässt sich feststellen, dass die SPD in der Lage ist, die Parteien in Demokratien in wesentlichem Maße zu vertreten. Übrigens liegen fruchtbare sowie anwendbare geschichtliche Materialien der SPD – vor allem auf Deutsch – vor, die der Verfasser auf Grund seiner deutschen Sprachkenntnisse gut verstehen kann.

Die Entstehung der SPD ist auf die deutsche Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückzuführen. Sie entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einerseits entlang der marxistischen Theorie und andererseits unter starkem Einfluss von Ferdinand Lassalle. Die Eisenacher und die Lassalleaner wirkten einst gegeneinander, bis sie sich schließlich mit Kompromissen zusammenschlossen. Sie waren bestrebt, in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs das allgemeine Wahlrecht zu fördern sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verbessern. Wegen des Streits über den Ersten Weltkrieg

¹⁶⁶ Vgl. Potthof, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. Bonn: Dietz.

¹⁶⁷ <http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62559/bundestagswahlen-1949-2009>, 06.04.2018.

¹⁶⁸ Vgl. GG Art. 4, 5, 20, 21.

kam es zur Spaltung in die MSPD und die USPD, später auch in die KPD. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahm die MSPD die deutsche Herrschaft und begründete mit anderen Parteien die Weimarer Republik. Seitdem blendete die Mehrheit-SPD ihre revolutionäre Eigenschaft aus. Stattdessen galt sie als eine demokratisch parlamentarische Partei. Sie erlebte anschließend die Diktatur und Unterdrückung durch die Nazis, den zweiten Weltkrieg, die Organisation im Exil sowie den gemeinschaftlichen Kampf gegen die Nazis. Sie baute nach dem Zweiten Weltkrieg in der Westbesatzungszone ihre Organisation wieder auf. Allerdings geriet sie kontinuierlich in Wahlniederlagen. Nach mehrjährigen Debatten entschied sie sich für eine Parteireform. Dabei warf sie ihren ideologischen „Ballast“ ab und wurde von einer (Arbeiter-)Klassenpartei zu einer Volkspartei. Bald entwickelte sie sich wegen ihrer Reform von einer „konstruktiven Opposition“ wieder zu einer Regierungspartei in der BRD. Am Anfang des 21. Jahrhunderts führte der innerparteiliche Konflikt über die wirtschaftliche Entwicklung wieder zur Parteisplaltung. Damit wich die SPD von ihrer linken Tradition ab.¹⁶⁹

Aufgrund ihrer geschichtlichen Fruchtbarkeit präsentiert die SPD sehr verschiedene Wandlungsprozesse und -aspekte, welche ein Spektrum von Parteien sowie Parteiwandlungen in demokratischen Systemen repräsentieren soll. Dies bietet einen breiten empirischen Umfang für den Theorietest des Evolutorischen Institutionalismus in Sinne seiner theoretischen Reichweite an. Gleichzeitig kann die SPD wegen ihrer komplizierten Geschichte sehr anspruchsvoll für eine Theorie sein. Allerdings ist die SPD schon sehr häufig als Forschungsexemplar von vielen Autoren¹⁷⁰ ausgewählt worden. Schon zahlreiche Literatur, die die SPD-Geschichte präzise sowie umfangreich behandelt, liegt vor. Durch die Inhaltsanalyse von jenen Materialien lassen sich reichliche Daten, die der Theorietest braucht, erheben. In dem folgenden Kapitel werden einige einschlägige Autoren sowie deren Beiträge, die die SPD-Geschichte bzw. die Theorie über deren Entwicklung behandelten, kurz erwähnt.

In der von Potthoff und Miller erschienenen „Kleinen Geschichte der SPD 1848-

¹⁶⁹ Vgl. Potthof, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. Bonn: Dietz; Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

¹⁷⁰ Siehe Potthof, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. Bonn: Dietz; Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag; Lösche, Peter/Walter, Franz 1992: Die SPD. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft; Grafe, Peter 1991: Tradition & Konfusion – SPD, Frankfurt am Main: Eichborn; Oertzen, Peter von 1996: Die „wahre Geschichte“ der SPD – Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms. Pankower Vorträge Heft 4. Berlin.

2002“ wurden die wichtigsten geschichtlichen Ereignisse der SPD von deren Entstehung bis zum Anfang des neuen Jahrtausends chronologisch wiedergegeben. Außerdem wurden wichtige politische Figuren, wichtige zeitliche politische Themen, wichtige gesellschaftliche Hintergründe sowie wichtige Interaktionspartner der SPD vorgestellt. Des Weiteren wurden zahlreiche Diagramme über die Wahlergebnisse, über die volkswirtschaftliche Lage und verschiedene wichtige Dokumente bzw. Teile von Dokumenten beigelegt. Dazu zählen Parteiprogramme und Reden von Parteiführungen.¹⁷¹ Diese können als die primären empirischen Materialien und Daten für den Theorietest dienen.

Auch Franz Walter beschrieb in seinem Werk „Die SPD – Biographie einer Partei“ chronologisch die wichtigen geschichtlichen Entwicklungen der SPD. Im Vergleich zur „Kleinen Geschichte der SPD“ interessiert er sich in diesem Buch viel mehr für die Generationswechsel der Parteispitze. Außerdem illustriert er die geschichtlichen Entwicklungen, Persönlichkeiten und ideellen Vorstellungen mit vielen Bildern und Fotos.¹⁷² Anhand dieses Werks lassen sich lebendige politische Persönlichkeiten, ihre Meinungen sowie Stile anschaulich erkennen. Diese können ebenfalls wichtige Daten für den Theorietest anbieten.

In der von Peter Lösche und Franz Walter publizierten Monografie „Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei“ wurde die Genese der SPD nicht nur mittels einer geschichtlichen Beschreibung, sondern auch mit einer gewissen Typologisierung behandelt. In dieser wurde die SPD in den verschiedenen Entwicklungsphasen jeweils in „Klassenpartei“, „Volkspartei“ und „Quotenpartei“ typisiert. Durch diese Typologie lassen sich die Eigenschaften, Besonderheiten und Unterschiede der SPD in verschiedenen Zeitphasen erfassen.¹⁷³ Und zwar können die Wandlungen der Funktionen, Machtpositionen und Ressourcen der SPD damit systematisch erkannt und abgeleitet werden. Dieses Buch bietet sowohl fruchtbare empirische Materialien als auch theoretische Anregungen an.

Peter Grafe hat in seiner Monografie „Tradition und Konfusion – SPD“ die inneren Widersprüche der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt. In diesem Buch wurde die Geschichte der SPD nicht chronologisch vorgestellt, sondern der Autor orientiert sich vielmehr

¹⁷¹ Potthof, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. Bonn: Dietz.

¹⁷² Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

¹⁷³ Lösche, Peter/Walter, Franz 1992: Die SPD. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

an den Problemen der SPD.¹⁷⁴ Die Darstellungen jener Krisen lieferten reichliche empirische Materialien über die (erzwungenen) Wandlungen der SPD, die Wandlung ihrer Umwelt sowie den Wandlungsdruck, die für den Theorietest sehr hilfreich sind.

Die Vorträge „Die „wahre Geschichte“ der SPD – zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms“ bieten besonders sinnvolle Erklärungen des Godesberger Programms aus der Perspektive einer ehemaligen Führung. Damit lassen sich präzise empirische Materialien in Bezug auf die Parteireform und das Godesberger Programm anbieten. Der Autor, Peter von Oertzen (Hannover) selbst hat in der bundesdeutschen SPD als markante Führungspersönlichkeit für LinksozialistInnen über viele Jahre eine bedeutende Rolle gespielt. In diesen Vorträgen wurden innerparteiliche sozial-strukturelle Wandlungen, tiefgreifende organisationspolitische Entscheidungen sowie die Wirkungsgeschichte der Godesberger Beschlüsse beschrieben.¹⁷⁵ Diese Literatur ist besonders von Bedeutung, wenn die Theorie in der Geschichte der SPD-Reform vor und nach dem Godesberger Programm näher getestet wird.

3.1.2 Fallbeispiel aus den Parteien in Autokratien

Gemäß den obengenannten Kriterien für die Fallauswahl wird die KPCh als Vertreter der Parteien in Autokratien gewählt. Die Gründe liegen im Folgenden: Erstens hat die KPCh eine relative lange Geschichte, in der heftige gesellschaftliche Wandlungen auftraten und sich innerlich ihre Leitideen, Organisation, Machtposition, Persönlichkeiten wesentlich wandelten. Die KPCh ist 1921 entstanden. Auch sie hat in ihrer Geschichte verschiedene politische Systeme erlebt, und zwar die Kriegsherren-Diktatur, die Republik China und die Volksrepublik China. Außerdem hat sie sich gleichfalls innerparteilich in Bezug auf die Organisation, die Leitideen, die Persönlichkeiten und die Machtposition gewandelt. Auf dieser Basis sollte ein reichliches empirisches Volumen zum Theorietext vorhanden sein, damit die Reichweite und die Tiefe der Theorie geprüft werden können. Zweitens gilt die KPCh in der Volksrepublik China als die einzige Führungspartei bzw. Regierungspartei, die die autokratische

¹⁷⁴ Grafe, Peter 1991: Tradition & Konfusion – SPD, Frankfurt am Main: Eichborn.

¹⁷⁵ Oertzen, Peter von 1996: Die „wahre Geschichte“ der SPD – Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms. Pankower Vorträge Heft 4. Berlin.

Grundordnung des ganzen politischen Systems gewährleistet.¹⁷⁶ Drittens ist die KPCh auf Basis der Ordnung einer Einparteien-Autokratie ausschließlich maßgeblich. Sie spielt ohne Zweifel die wichtigste Rolle bei politischen Entscheidungen und Formulierungen in ihrem politischen System. Nach der Meinung von Senger stehe die KPCh de facto über der Verfassung und über dem Volk. Die Partei, nicht das Volk, sei der Souverän im Staat der VR China.¹⁷⁷ Die Regierungschefs auf allen Ebenen, die wichtigsten Führungen des Volkskongresses, die wichtigsten Führungen der Gerichte, die wichtigsten Führungen in der Armee und die meisten wichtigsten Führungen in anderen öffentlichen Organisationen (z. B. den Krankenhäusern und den Schulen) bestehen in der Regel aus den wichtigen KPCh-Mitgliedern. Sie sind viel mehr verantwortlich für die Partei, als für die Gesetze. Somit lässt sich feststellen, dass die KPCh über eine unvergleichbare Macht in der Legislative, Exekutive und Judikative des ganzen Landes verfügt. Viertens zeigt die Volksrepublik China typische Eigenschaften der Autokratie.¹⁷⁸ Die Herrschaft der KPCh sei durch keine unabhängigen Kontrollinstanzen gehemmt. Dies lässt sich nicht nur auf die typischen Merkmale kommunistischer Parteidiktaturen zurückführen, sondern stützt sich auch auf Besonderheiten der chinesischen (konfuzianischen) Ordnungstradition. In diesem politischen System entstehe keine unabhängige Gewaltenteilung gemäß dem westlichen Sinne. Die Gesetzgebung wird durch eine Vertretungskörperschaft, die nicht auf demokratischen Parteienfraktionen basiert, durchgeführt. In dieser Vertretungskörperschaft lassen sich keine Oppositionen vorfinden. Anhand all dieser Praxis erweist sich China ohne Zweifel als ein typisches autokratisches politisches System. Man denkt vielleicht bei Parteien in Autokratien auch an die Kommunistische Partei in der UdSSR und der SED in der DDR. Diese wurden deswegen nicht ausgewählt, da sie relativ kurzlebig und nicht mehr vorhanden sind. Man denkt vielleicht auch an „Einiges Russland“. Diese Partei wurde nicht ausgewählt, weil Russland von der institutionellen Form her keine Autokratie, sondern eine Demokratie ist, obwohl sie mit Blick auf die praktizierte Form eine Autokratie zu sein scheint. Aus diesem Grund kann sie nicht als eine Partei aus einem typischen autokratischen System gelten. Somit kann sie auch nicht die Parteien in Autokratien vertreten.

¹⁷⁶ Verfassung der Volksrepublik China: Präambel, Art. 1, 3.

¹⁷⁷ Heilmann, Sebastian 2004: Das politische System der Volksrepublik China, 2., aktualisierte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.80.

¹⁷⁸ Ebd., Art. 1, 3.

Man denkt vielleicht auch an die Parteien in Autokratien in Afrika, Nordkorea, Vietnam, Kuba. Sie wurden nicht ausgewählt, weil sie dem Verfasser nicht so viele Forschungsmaterialien über deren Geschichten wie die KPCh zur Verfügung stellen können, die der Verfasser sprachlich gut verstehen kann. Hingegen ist die KPCh als Fallbeispiel besonders von Vorteil, da der Verfasser als ein Chinesisch-Muttersprachler primäre Materialien im chinesischen Sprachraum verstehen kann.

Die KPCh wurde 1921 unter der Führung der Kommunistischen Internationale gegründet und galt in deren Entstehungsphase als der chinesische Zweig der Kommunistischen Internationale. Die KI missionierte der KPCh ihre Leitideen und (russische) revolutionäre Erfahrungen.¹⁷⁹ Aufgrund der massiven Misserfolge der KI- Führung bei der militärischen Auseinandersetzung mit der GMD¹⁸⁰ kam Mao Zedong an die Macht und entwickelte seinen Maoismus, statt den ursprünglichen Leitideen der KI komplett zu folgen. Die KPCh entwickelte rasch ihre Organisation und die revolutionäre militärische Kraft auf dem Land, als die GMD mit ihren besten Ausrüstungen und der Armee an die Front des Kriegs gegen Japan ziehen musste. Nach dem Zweiten Weltkrieg eroberte die KPCh mit ihrer Befreiungsarmee und der Strategie „Umstellung der Stadt durch das Land“ das Festland Chinas und gründete die Volksrepublik China. Die zu weit gegangene Sozialisierung und Planwirtschaft mit „Leidenschaft“ passte sich jedoch nicht an die damalige chinesische Gesellschaft an. Die landwirtschaftliche Krise bedrohte die Autorität von Mao. Er rief dann zur Kulturrevolution auf, die die chinesische Gesellschaft ca. zehn Jahre in Chaos stürzte.¹⁸¹ Nach dem Tod von Mao kam Deng Xiaoping an die Macht. Er beendete unter anderem die Kulturrevolution und warf die neuen Leitideen „Reform und Öffnung“ auf. Seitdem entwickelte sich die chinesische Wirtschaft so schnell wie nie zuvor. In Folge dieser Entwicklung geriet die KPCh in eine Identitätskrise. Die rasche wirtschaftliche Entwicklung wurde jedoch mittels der neuen Leitideen „Dreifaches Vertreten“, mit denen die Identität der KPCh restabilisiert wurde,

¹⁷⁹ Vgl. Pantsov, Alexander V./Levine, Steven I./Bischoff, Michael [Übersetzer/In] 2013/14: Mao: Die Biographie. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH, S.260.

¹⁸⁰ GMD auch als KMT steht für Kuomintang(国民党). Die Nationale Volkspartei Chinas (Kuomintang, kurz KMT) wurde am 25. August 1912 von Sun Yat-sen aus zahlreichen kleineren politischen Gruppierungen, wie der Huaxinghui und Tongmenghui, in Peking gegründet. Quelle: KMT Home Page: <http://www.kmt.org.tw/p/blog-page.html>, 18.04.2018.

¹⁸¹ Zhang, Shiyi 2017: Prägnantes Buch der KPCh-Geschichte, Beijing: Rote Fahne Verlag, Kpt.9.1. (Original in Chinesisch: 张士义 2017: 中国共产党历史简明读本: 1921–2016. 北京: 红旗出版社, 第九章, 第一节).

weitergeführt. Allerdings traten Probleme wie die politischen Korruptionen, die Umweltverschmutzung, die ungleichmäßigen Entwicklungen, die Kluft zwischen Reich und Arm sowie andere gesellschaftliche Schwierigkeiten auf. Angesichts dessen entwickelte die KPCh weiterhin neue Leitideen, wie zum Beispiel das „Wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ und die „Korruptionsbekämpfung“.

Durch den kurzen Überblick der KPCh-Geschichte lässt sich schon feststellen, dass die KPCh ihre Leitideen wesentlich wandelte. Parallel dazu hat sich auch die chinesische Gesellschaft schnell gewandelt. Die Einzelheiten der KPCh-Geschichte wurden auch von vielen Autoren beschrieben und in vielen Archiven dokumentiert. Zu der wichtigsten Literatur zählt die offizielle Parteigeschichte der KPCh, Arbeitsberichte von Parteitag, in offiziellen Pressen erschienene Aufsätze von Mao und anderen wichtigen Persönlichkeiten in der KPCh-Zentrale. Außerdem stehen wissenschaftliche Monografien¹⁸², Aufsätze und Videos, die verschiedene geschichtliche Phasen der KPCh behandeln, zur Verfügung. Die folgenden Materialien sind besonders zu erwähnen:

„Die kleine Geschichte der KPCh“¹⁸³ gilt als ein offizielles geschichtliches Dokument der KPCh. In diesem Dokument wurden die allerwichtigsten geschichtlichen Ereignisse der KPCh chronologisch protokolliert. Mit dessen Hilfe lässt sich der gesamte Entwicklungsfaden der KPCh in ihrer Geschichte erkennen. Dieses Werk bietet sehr umfangreiche Daten über den Wandel der KPCh bzw. über den Wandel der Leitideen der KPCh sowie über den sozialen Wandel an. Anhand dieser reichlichen empirischen Materialien kann die Reichweite der Theorie

¹⁸² Siehe Fischer, Barnett, A. Doak 1967: *Cadres, Bureaucracy, and Political Power in Communist China*, Columbia University Press; Doris/Müller-Hofstede, Christoph (Hrsg.) 2014: *Länderbericht China*, Bohn: Bundeszentrale für politische Bildung; Franke, Wolfgang (Hrsg.) 1973: *China: Gesellschaft, Politik, Staat, Wirtschaft*. Düsseldorf: Verlagsgruppe Bertelsmann GmbH/Bertelsmann Universitätsverlag; Heilmann, Sebastian 2004: *Das politische System der Volksrepublik China*, 2., aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften; Herrmann-Pillath, Carsten/Lackner, Michael (Hrsg.) 1998: *Länderbericht China*, Bundeszentrale für politische Bildung; Joseph William A. 2010: *Politics In China: An Introduction*, Oxford: Oxford University Press; Kataoka, Tetsuya 1974: *Resistance and Revolution in China: The Communists and the Second United Front*. Berkeley u.a.: University of California Press; Klein, Thoralf 2007: *Geschichte Chinas von 1800 bis zur Gegenwart*. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh GmbH; Krins, Holger/ Ostendorf, Ralf Jürgen/ Konrad Wegmann (Hrsg.) 1999: *Studien zum politischen System der Volksrepublik China I*, Münster: Lit; Krüger, Petra 1991: *Die Intelligenz als Trägerin von Demokratisierungen in der VR China*, Münster/Hamburg: Lit; Leung, Edwin Pak-wah (edit) 2002: *Political leaders of modern China: a biographical dictionary*, Westport CT: Greenwood Press; Liu, Alan P. L. 1986: *How China is Ruled*, Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice Hall.

¹⁸³ *Kleine Geschichte der KPCh (中国共产党简史)*.

<http://www.zgdsw.org.cn/GB/218994/219014/220527/index.html>. 12.06.2016.

des Evolutorischen Institutionalismus geprüft werden.

Die von Chongji Jin erschienene Biographie von Mao Zedong bietet sehr fruchtbare persönliche Daten über Mao Zedong an. Anhand deren lassen sich die Prägung und die ideelle Entwicklung von Mao Zedong präzise erkennen. In dieser Biographie wurden der Familienhintergrund, die Aktivitäten und die Meinungen von Mao seit seiner Jugend beschrieben.¹⁸⁴ Genauso bietet das Buch „Der großartige Mann Deng Xiaoping“ vergleichbare Daten über Deng Xiaoping.¹⁸⁵ Außerdem stehen im chinesischen Sprachraum zahlreiche Aufsätze, die auch andere wichtige Persönlichkeiten der KPCh (in der Geschichte) erforschten oder über sie berichteten, zur Verfügung.

Die von Alan Lawrance publizierte Monografie „China since 1919“¹⁸⁶ beschrieb die allgemeine Geschichte Chinas ca. seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts. In diesem Buch wurden nicht nur die Daten über den Wandel der KPCh eingeschlossen, sondern auch viele allgemeine Daten über das Land. Damit stehen reichliche empirische Materialien sowohl innerhalb der KPCh als auch außerhalb der KPCh zur Verfügung, mit denen sich die Gültigkeit und Genauigkeit der Theorie, insbesondere der *These 2*, prüfen lässt. „Geschichte Chinas von 1800 bis zur Gegenwart“¹⁸⁷ von Thoralf Klein und „Resistance and Revolution in China: The Communists and the Second United Front“¹⁸⁸ spielen weiterhin vergleichbare Rollen. Der Band „China: Gesellschaft, Politik, Staat, Wirtschaft“¹⁸⁹, der vom Bertelsmann Universitätsverlag herausgegeben wurde, berichtet über die chinesische Lage in der Gesellschaft, der Politik, dem Staat und der Wirtschaft seit dem 19. Jahrhundert. Dieses Werk wurde nicht chronologisch verfasst, sondern orientiert sich an den Themen. Zu denen zählen die Agrarreform, Arbeiter, Ausrichtungsbewegung, Bauern, Bevölkerung, Familie, Industrie, Mao Tse-tungs Gedanken, Parteien etc. Durch diese Berichte wurden viele zielführende Daten

¹⁸⁴ Jin, Chongji 2004: Biographie Mao Zedongs. Beijing: Zentrale Literatur Verlag. (Original in Chinesisch: 金冲及. 毛泽东传. 北京: 中央文献出版社. 2004).

¹⁸⁵ People News Redaktion 1997: Der großartige Mann Deng Xiaoping. Hong Kong: Minpo Press Ltd, S. 14. (Original in Chinesisch: 明报出版社编辑部. 一代伟人邓小平. 香港: 明报出版社有限公司. 1997年).

¹⁸⁶ Lawrance, Alan 2004: China since 1919: revolution and reform; a sourcebook, London; New York: Routledge.

¹⁸⁷ Klein, Thoralf. Geschichte Chinas von 1800 bis zur Gegenwart. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh GmbH 2007.

¹⁸⁸ Kataoka, Tetsuya 1974: Resistance and Revolution in China. The Communists and the Second United Front. Berkeley u.a.: University of California Press.

¹⁸⁹ Franke, Wolfgang (Hrsg.) 1973: China: Gesellschaft, Politik, Staat, Wirtschaft. Düsseldorf: Verlagsgruppe Bertelsmann GmbH/Bertelsmann Universitätsverlag.

angeboten, die der Theorietest dieser Dissertation braucht. Einige von jenen thematisierten Stichworten beinhalten schon die „Selektionsfaktoren“ des Ideenwandels der KPCh. Ähnlich dazu gilt der „Länderbericht China“¹⁹⁰ als ein solches wichtiges Material. „Political leader of modern China: a biographical dictionary“¹⁹¹ dokumentierte Biographien von den wichtigsten politischen Führungspersonlichkeiten in der chinesischen modernen Geschichte. Dies umfasst Führungspersonlichkeiten aus der Qing-Dynastie, zum Beispiel Kang Youwei, aus der Republik China, zum Beispiel Sun Yat-Sen, aus der Kriegsherren-Regierung, zum Beispiel Yuan Shikai, aus dem GMD-Regime, zum Beispiel Jiang Jieshi, sowie aus der KPCh, zum Beispiel Mao Zedong, Liu Shaoqi, Deng Xiaoping. Mittels dieses Lexikons wurden jene wichtigen Ereignisse in der Geschichte der KPCh sowie Chinas aus der Perspektive der Persönlichkeiten dargestellt. Damit lassen sich die Daten für die unabhängige Variable „biographische Prägung der Parteispitze“ sammeln.

3.1.3 Die SPD und die KPCh als die zielführende Fälle

Zusammengefasst ist die Fallkombination der SPD und KPCh sehr ideal für die Theorieteste des Evolutorischen Institutionalismus in der Parteienforschung, da 1) die beiden ausgewählten Parteien jeweils wesentlich im Rahmen der Grundordnung ihrer politischen Systeme agieren, womit sie die Parteien in ihren jeweiligen politischen Systemen repräsentieren können; 2) die beiden Parteien jeweils in ihren politischen Systemen signifikanten Einfluss auf die politische Entscheidung und Formulierung nehmen; 3) die beiden politischen Systeme, von denen die Fallbeispiele ausgewählt wurden, jeweils typische Eigenschaften der Demokratie und der Autokratie zeigen; 4) die beiden Parteien in ihrer Vergangenheit zahlreiche und grundsätzliche Wandlungen erlebt haben, so dass die Gültigkeit, die Tiefe und die Reichweite der zu testenden Theorie geprüft werden können; 5) reichliche geschichtliche Dokumentationen über die beiden Parteien, die der Verfasser sprachlich am besten verstehen kann, zur Verfügung stehen, aus

¹⁹⁰ Herrmann-Pillath, Carsten/Lackner, Michael (Hrsg.) 1998: Länderbericht China, Bundeszentrale für politische Bildung.

¹⁹¹ Leung, Edwin Pak-wah (edit) 2002: Political leaders of modern China: a biographical dictionary, Westport CT: Greenwood Press.

denen sich notwendige Daten aus verschiedenen analytischen Kategorien des Evolutorischen Institutionalismus erheben lassen.

3.2 Ideenwandel der KPCh und ihre Evolutionsmuster

3.2.1. Genese der KPCh

Die Kommunistische Partei Chinas hat sich von ihrer Entstehung bis zur Gegenwart wesentlich gewandelt. Besonders wichtig ist es zu erwähnen, dass sie im Laufe der Zeit vor allem ihre Leitideen weiterentwickelt hat. Der Wandel der Leitideen der KPCh lässt sich grundsätzlich in drei Phasen gliedern: Den Marxismus-Leninismus, den Maoismus und den Sozialismus mit chinesischen Eigenheiten. Diese drei Ideen sind nicht unabhängig voneinander, sondern Schritt für Schritt nacheinander entwickelt worden. Sie gehören alle zu den theoretischen Familien des Sozialismus, da jede dieser Ideen vom Marxismus ausgegangen ist und das gleiche Ziel anstrebt, nämlich eine sozialistische und weiterhin kommunistische Gesellschaft zu schaffen. Diese Ideen der Kommunistischen Partei Chinas haben sich entwickelt, weil sich in den verschiedenen geschichtlichen Stadien unterschiedliche „Hauptwidersprüche“ ergaben, die im Lichte des Evolutorischen Institutionalismus als Selektionsfaktoren gelten, mit denen sich die KPCh konfrontiert sah. In dieser Dissertation wird der Wandel kommunistischer und sozialistischer Ideen in der Kommunistischen Partei Chinas mittels des Evolutorischen Institutionalismus analysiert und erläutert, warum sie sich so entwickelten.

Einführung des Marxismus-Leninismus in China

1919 wurde die Kommunistische Internationale in Moskau gegründet. Der Marxismus-Leninismus hatte sich in China rasch verbreitet.¹⁹² Die Kommunistische Partei Chinas wurde im Juli 1921, also zwei Jahre nach der Gründung der Kommunistischen Internationale, etabliert. Sie übernahm die Leitideen der Kommunistischen Internationale. Die Identität der KPCh bestand zu Beginn darin, als chinesischer Zweig der sowjetischen Kommunistischen Internationale angesehen zu werden¹⁹³. Deren finanzielle Unterstützung, Personal sowie

¹⁹² Vgl. Zhang, Shiyi 2017: Prägnantes Buch der KPCh-Geschichte, Beijing: Rote Fahne Verlag, Kpt.1. (Original in Chinesisch: 张士义 2017: 中国共产党历史简明读本: 1921 – 2016. 北京: 红旗出版社, 第一章).

¹⁹³ KPCh Zentralforschungsbüro für Parteiengeschichte 2010: Prägnante Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas. Beijing: KPCh-Parteigeschichte Verlag, Kpt. 1.3. (Original in Chinesisch: 中共中央党史研究室 2010: 中国共产党简史. 北京: 中共党史出版社, 第一章, 第三节.)

Leitideen haben in der Anfangsphase der KPCh wesentlich zur proletarischen Revolution beigetragen. Dazu zählen die organisatorische Form, die Erfahrungen der Arbeiterbewegungen sowie die persönliche Beratung.

Sozialwandel und Wandel der KPCh am Anfang des 20. Jahrhunderts

Anfang des 20. Jahrhunderts stand die chinesische Gesellschaft in der Krise. Die über zweitausend Jahre alte monarchische Herrschaft wurde gerade erst durch die Xinhai-Revolution aufgelöst. Nachdem die einheitliche Republik, die durch einen Kompromiss zwischen den südlichen Revolutionären und den nördlichen Kriegsherren zustande kam, mit dem Parlamentarismus scheiterte, kam es in China zu einer fragmentierten regionalen Militärherrschaft. Die Chinesen lebten wegen des Bürgerkrieges und der Ausbeutung durch den westlichen Imperialismus sowie den Feudalismus in Angst und Schrecken. Infolgedessen wurde nach einem Ausweg, genauer gesagt nach einer Institution gesucht, mit der die folgenden Funktionen erfüllt werden sollten: Stabilität, Einheit und Unabhängigkeit der Nation, Sicherheit, gute Lebensbedingungen sowie die Freiheit des Volkes. Vor diesem Hintergrund sind die kommunistischen Ideen zum idealen Zeitpunkt in China angekommen, weil sie theoretisch die oben genannten Funktionen anbieten konnten.¹⁹⁴

Die KPCh war in ihrer Anfangsphase noch sehr schwach. Sie hat sich an den sowjetischen revolutionären Ideen, die sich auf die Arbeiterbewegung und die Aufstände in Städten konzentrierten, orientiert. Durch sie wurden damals eine geringe Anzahl von Gewerkschaften etabliert und große Streiks initiiert.¹⁹⁵ Gleichzeitig nahm die KPCh den Ratschlag an, mit der GMD zusammenzuwirken. Diese memetische Bebürdungsstruktur¹⁹⁶ war jedoch zum Scheitern verurteilt, da sie einen unüberwindbaren Widerspruch darstellte: Die KPCh wollte gemeinsam

¹⁹⁴ Vgl. Ebd., Kpt.1.1 und Kpt.1.2.

¹⁹⁵ Vgl. Ebd., Kpt. 1.3.

¹⁹⁶ "Meme sind kulturelle Muster bzw. 'Kommunikationspakete', beispielsweise die Leitideen einer Institution oder die deren Praxis prägenden Verhaltensregeln" und "werden von einem Träger an den nächsten einesteils durch Sequenzen von Vormachen, Nachmachen und Einüben übermittelt, also durch Erlernen von Mustererkennung und Musterreproduktion." Siehe in Patzelt, Werner J. 2012a: Quellen und Entstehung des "Evolutorischen Institutionalismus", S.31f. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien, Baden-Baden, S. 9-45. Bei der Memetischen Bebürdungsstruktur geht es darum, dass die Meme einer Institution nicht voneinander unabhängig bestehen, sondern aufeinander bebürdet sind. Die untere Schicht der memetischen Bebürdungsstruktur liegt der oberen Schichte zu Grunde.

mit der GMD die nördlichen Kriegsherren angreifen, aber gleichzeitig müsste sie auch in den Gebieten, die die GMD beherrschte, Arbeiterbewegungen initiieren. Aus anderem Blickwinkel betrachtet wollte die GMD einerseits die KPCh ausnutzen und andererseits unterminieren. Demzufolge wurde die Revolution oft und heftig von Seiten der feudalistischen Kriegsherren sowie vom GMD-Regime¹⁹⁷ unterdrückt.¹⁹⁸ Die KPCh bemerkte diesen Widerspruch rasch. Folglich beendete sie die Zusammenarbeit mit der GMD und organisierte ihre eigene militärische Macht. Zudem wurde die revolutionäre Leitidee dahingehend geändert, zentrale Städte zu erobern.

Die Strategie, zentrale Städte zu erobern, erwies sich jedoch angesichts der Lage in China als ungeeignet, da einerseits die der KPCh zur Verfügung stehenden militärischen beziehungsweise revolutionären Kräfte bei gleichzeitiger Überlegenheit der Feinde der KPCh in der Stadt zu schwach waren,¹⁹⁹ während andererseits die wichtigsten revolutionären Ressourcen (Soldaten und Lebensmittel) nicht in der Stadt, sondern auf dem Land lagen.²⁰⁰ Das GMD-Regime, sprich die damalige Nationalregierung mit ihrer Orthodoxie, verfügte über die meisten Ressourcen Chinas und wurde sehr stark von internationalen Mächten unterstützt, insbesondere von Deutschland und den USA. Es besaß zu diesem Zeitpunkt durch diese Unterstützung die stärksten Truppen in China. Angesichts dessen konnte die Strategie der „Eroberung der zentralen Städte“ das Ziel der „Revolution durch das Proletariat“ nicht erreicht und die eigene Existenz auf Grund der mangelnden Finanzmittel und Militärkraft nicht gesichert werden.²⁰¹

Wenn man die damaligen Bedingungen analysiert, so stellt man fest: Mehr als 80 Prozent²⁰²

¹⁹⁷ GMD auch als KMT steht für Kuomintang(国民党). Die Nationale Volkspartei Chinas (Kuomintang, kurz KMT) wurde am 25. August 1912 von Sun Yat-sen aus zahlreichen kleineren politischen Gruppierungen, wie der Huaxinghui und Tongmenghui, in Peking gegründet. Quelle: KMT Home Page: <http://www.kmt.org.tw/p/blog-page.html>, 18.04.2018.

¹⁹⁸ Vgl. offizielle Geschichte der KPCh: http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-10/17/content_2099820_1.htm 10.02.2016.

¹⁹⁹ Vgl. Kataoka, Tetsuya 1974: Resistance and Revolution in China: The Communists and the Second United Front. Berkeley u.a.: University of California Press, S.13.

²⁰⁰ Vgl. Zhang, Yanxian 2005: Memoiren von Herrn Chen Cheng: Bürgerkrieg zwischen GMD und KPCh. Taipeh: Feiyan Druck Verlag, S.143. (Original in Chinesisch: 張炎憲 2005: 陳誠先生回憶錄——國共戰爭, 臺北: 飛燕印刷有限公司, 143 页).

²⁰¹ Siehe in Abbildung 2.

²⁰² Das ist eine konservative Vermutung, da 1953 immer noch 85% der Bevölkerung auf dem Land lebten. Vgl. Franke, Wolfgang (Hrsg.) 1973: China: Gesellschaft, Politik, Staat, Wirtschaft. Düsseldorf: Verrlagsgruppe Bertelsmann GmbH/Bertelsmann Universitätsverlag, S.45.

der gesamten chinesischen Bevölkerung lebte damals auf dem Land, der größte Teil waren Pächter und Bauern. Sie stellten für die KPCh die größte potentielle revolutionäre Ressource dar, nämlich die militärische und die finanzielle. Mao Zedong galt selbst schon als relevanter Vertreter dieser personenzentrierten Ressourcen, da er zweifellos eine ausgezeichnete militärische sowie politische Begabung hatte. Seine Strategien „Das Land umgibt die Städte“, „Der andauernde Krieg“ und „Die Partei beherrscht die Armee“ wichen zwar von der Strategie der Kommunistischen Internationale und den Marxschen Lehren ab, führten jedoch die Revolution zum Sieg.

Die KPCh ersetzte die Leitung der Kommunistischen Internationale durch die Leitung von Mao Zedong, nachdem die KPCh ihren Zentralsitz (Stützpunkt) in der Stadt *Ruijin* in Südchina durch eine große militärische Niederlage verloren und riesige Verluste an Parteimitgliedern und in der Armee erlitten hatte.²⁰³ Infolgedessen mussten die restlichen Kräfte der KPCh in das tausende Kilometer entfernte strategisch günstigere Nordchina (ländliche Bezirke) umsiedeln.²⁰⁴ Das heißt, dass die Ideen „Eroberung der zentralen Städte“ sich nur schwer weiterführen ließen und durch die neuen Ideen „Das Land umgibt die Städte und andauernde Revolution“ ersetzt wurden.²⁰⁵ So erhielt die KPCh eine neue Umwelt und Interaktionspartner, die ländlichen Bezirke und die (Pacht-)Bauern einbezogen, was in der Folge dazu führte, dass ihr ein riesiges revolutionäres Unterstützungspotenzial zur Verfügung stand.

Sozialwandel durch den 2. Weltkrieg und Wandel der KPCh

Im 2. Weltkrieg förderte die Kommunistische Partei Chinas mit all ihrer Kraft die Anti-Japanische Einheitsfront. Dadurch gewann die KPCh im chinesischen Volk Anerkennung bzw. Legitimität und auch die GMD erkannte sie als legal an.²⁰⁶ Es kam damit zu einem zeitweiligen Frieden zwischen der GMD und der KPCh. Inzwischen brachte die japanische Armee der GMD

²⁰³ KPCh Zentralforschungsbüro für Parteiengeschichte 2010: *Prägnante Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas*. Beijing: KPCh-Parteigeschichte Verlag, Kpt. 2.4. (Original in Chinesisch: 中共中央党史研究室 2010: 中国共产党简史. 北京: 中共党史出版社. 第二张, 第四节).

²⁰⁴ Zhang, Shiyi 2017: *Prägnantes Buch der KPCh-Geschichte*, Beijing: Rote Fahne Verlag, Kpt.3. (Original in Chinesisch: 张士义 2017: 中国共产党历史简明读本: 1921 – 2016. 北京: 红旗出版社, 第三章).

²⁰⁵ Siehe in Abbildung 3.

²⁰⁶ Vgl. offizielle Geschichte der KPCh: http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-10/17/content_2099820_1.htm 10.02.2016.

schwere Verluste bei, während die Armee der KPCh im Hinterland des Feindes im Laufe der Zeit wuchs.²⁰⁷ Es war für die KPCh damals von Vorteil, dass sie hauptsächlich in ländlichen Bezirken regierte, so dass sie die Guerilla-Strategie anwenden konnte, während die GMD die wichtigen Städte vor dem japanischen Angreifer schützen musste. Die Armee der KPCh war nach dem Zweiten Weltkrieg schon auf über eine Million Mann angewachsen.²⁰⁸ Diese unglaublich schnelle Entwicklung liegt nicht nur an der angepassten militärischen Strategie während des Zweiten Weltkriegs, sondern ist auch auf die politische Strategie zurückzuführen. Man kann feststellen, dass der Sieg der KPCh auf dem Festland Chinas nicht nur ein militärischer Sieg, sondern auch ein politisch institutioneller Sieg war, was eine noch größere Rolle spielte. Die KPCh verfolgte ihren eigenen Weg, nämlich den Maoismus, anstatt weiter auf die Anweisungen der Kommunistischen Internationale zu hören. Damit stabilisierte sie ihre Leitideen. Sie konzentrierte sich darauf, die Unterstützung des chinesischen Volks zu gewinnen bzw. immer stärker zu nutzen, indem sie einerseits ihre Ideologie umfangreich und leistungsstark unter dem Volk verbreitete und andererseits die Bodenreform in den ländlichen Bezirken vorantrieb,²⁰⁹ um die Bauern und die Landwirtschaft zu befreien. Die KPCh führte eine selbständige Revolution gegen den Feudalismus und den Imperialismus und schloss die Bauern, Arbeiter, Gesellen, kleine Kapitalisten und andere chinesische demokratische und revolutionäre Kräfte mit ein.

Hingegen verließ sich die GMD nicht grundsätzlich auf die Mehrheit des chinesischen Volkes, sondern vielmehr auf die großen Kapitalisten, Grundherren und auf westliche Unterstützung. Folglich ist die GMD gescheitert, da sie die Unterstützung der Mehrheit des chinesischen Volkes nicht für sich nutzen konnte. Mao Zedong stellte fest, dass die Armee der GMD nicht über die gleiche Stärke wie die Armee der KPCh verfügte. Den Grund dafür sah er in der politischen Übereinstimmung der KPCh mit ihrer Armee. Dies konnte man über das

²⁰⁷ Zhang, Yanxian 2005: Memoiren von Herrn Chen Cheng: Bürgerkrieg zwischen GMD und KPCh. Taipeh: Feiyan Druck Verlag, S.137f. (Original in Chinesisch: 張炎憲 2005: 陳誠先生回憶錄——國共戰爭, 臺北: 飛燕印刷有限公司, 137-138 页).

²⁰⁸ Zhang, Shiyi 2017: Prägnantes Buch der KPCh-Geschichte, Beijing: Rote Fahne Verlag. Kpt. 4.5. (Original in Chinesisch: 张士义 2017: 中国共产党历史简明读本: 1921 – 2016. 北京: 红旗出版社, 第四章, 第五节).

²⁰⁹ Vgl. Chang, Jung/Halliday, Jon 2005: Mao. Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes. Aus dem Englischen von Ursel Schäfer, Heike Schlatterer, Werner Roller. 3. Auflage. München: Karl Blessing Verl., S.314.

Verhältnis der GMD zu deren Armee nicht sagen, obwohl sie über die bessere Ausrüstung verfügte, die sie von Deutschland oder von den USA importiert hatte, beziehungsweise die nach deren technischen Vorgaben hergestellt worden war.²¹⁰ Die bekannte Aussage des konfuzianischen Klassikers Mengzi " Dé qí mín, sī dé tiānxià yǐ; dé qí mín yǒu dào: Dé qí xīn, sī dé mín yě"²¹¹ bestätigt noch einmal diese Geschichte. Die Übersetzung ist sinngemäß: Wer das Volk gewinnt, gewinnt das Reich, der Weg dazu, das Volk zu gewinnen, liegt darin, das Herz des Volks zu gewinnen.

Neue Lage nach der Entstehung der Volksrepublik und ihre Herausforderungen

Der Maoismus hat sich in der neuen demokratischen Revolution als erfolgreich erwiesen. Der Begriff „neue demokratische Revolution“, wie er die von der KPCh geleitete Revolution in der ersten Hälfte des 20. Jh. bezeichnete, wurde von Mao Zedong selbst benutzt.²¹² Er bietet sinnvolle Leitideen und Strategien über die Revolution und die Bekämpfung der Feinde der KPCh sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet. Der Maoismus stand jedoch später angesichts der neuen gesellschaftlichen beziehungsweise ökonomischen Situation vor einer Herausforderung. Die KPCh hatte im Jahr 1949 die GMD erfolgreich auf die Insel Taiwan vertrieben und mit allen revolutionären Bundesgenossen gemeinsam die Volksrepublik China gegründet. Die von der chinesischen Gesellschaft nachgefragte Leistung gegenüber der KPCh hatte sich damals schon gewandelt, nämlich von der Revolution in den Wiederaufbau und zur ökonomischen Entwicklung. Die sowjetisch geprägte Planwirtschaft²¹³ monopolisierte die chinesische Produktion, nachdem die industrielle Umgestaltung und die Bodenreform in nur kurzer Zeit realisiert worden sind.²¹⁴

²¹⁰ Vgl. Zhang, Yanxian 2005: Memoiren von Herrn Chen Cheng: Bürgerkrieg zwischen GMD und KPCh. Taipeh: Feiyan Druck Verlag, S.137-145. (Original in Chinesisch: 張炎憲 2005: 陳誠先生回憶錄——國共戰爭, 臺北: 飛燕印刷有限公司, 137-145 页); Wang, Junchang/Chen, Liangzhou 2010: Vorrücken und Rückzug: Spezialausgabe der militärischen Archiv um 1949. Taipeh: Archivverwaltung, Kapital 2. (Original in Chinesisch: 王俊昌, 陳亮州 2010: 進退存亡: 民國 38 年前後軍事檔案專輯. 台北市: 檔案管理局, 第二章).

²¹¹ 得其民, 斯得天下矣; 得其民有道: 得其心, 斯得民也。《孟子·离娄(上)》(Mengzi Kpt.7).

²¹² Mao, Zedong 1939: Chinesische Revolution und Kommunistische Partei Chinas. (毛泽东 1939: 《中国革命和中国共产党》). <http://www.cctv.com/special/756/1/49705.html>. 24.10.2018.

²¹³ Zagoria, Donald S. 1984: China's quiet Revolution. In: Foreign Affairs. Spring, Jg.62, 1984, H.4, S.879.

²¹⁴ Vgl. Heilmann, Sebastian 2002: Das Politische System der Volksrepublik China. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.

Die Produktivkraft blieb allerdings noch niedrig, weil die Planwirtschaft, also die Staatswirtschaft, im Laufe der Zeit nicht mehr die hohe Energie aufbringen konnte, wie zu den Zeiten, als das Volk gemeinsam gegen den Feind im Krieg kämpfen musste. In der Zentrale der KPCh entstanden zunehmend auch andere Meinungen als Mao Zedongs. Man dachte damals schon an eine wirtschaftliche Reform.²¹⁵ Mao Zedong hatte damals wegen seiner unvergleichbaren Verdienste bei der Entstehung der Volksrepublik eine große Autorität unter dem chinesischen Volk. Er hat während der Revolutionszeit die Doktrin der Kommunistischen Internationale zu Gunsten der chinesischen revolutionären Sachverhalte verlassen. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung bestand aber auf den marxistisch-leninistischen Doktrinen. Er schien tief an den wissenschaftlichen Sozialismus zu glauben, genauso wie das Volk an ihn geglaubt hat. Er versuchte zuerst die nationale produktive Bewegung, den sogenannten „Großen Sprung“ (Dàyuèjìn 1958-60) umzusetzen, was danach zur sozialistischen Erziehungsbewegung führte.²¹⁶ Diese Bewegung verbesserte aber die Wirtschaft nicht, sondern führte sogar zu einer wirtschaftlichen Krise, weil die regelmäßige produktive Ordnung zerstört wurde.²¹⁷ Um diese Krise zu überwinden, sprach er überwiegend innerparteilich von Regulation bzw. Reform. Mao schätzte, dass es innerhalb der Partei eine Revisionismus-Strömung gab. Er hat dies in der Konsequenz auf den Widerstand der chinesischen traditionellen kapitalistischen bzw. feudalistischen Kultur zurückgeführt, deshalb initiierte er die „Kulturrevolution“.²¹⁸ Mao Zedong hat seine Theorie der Weiterentwicklung der Revolution beziehungsweise der permanenten Revolution entwickelt, die besagt, dass der Klassenkampf an erster Stelle steht. Das war eine Fehlentwicklung. In diesen katastrophalen zehn Jahren wurden zahllose Intellektuelle und die Minderheiten des Volkes als „Konterrevolutionäre“ und zwar als „Feinde des Volkes“ verurteilt und ohne rechtliche Grundlage inhaftiert und misshandelt. Dies führte überall in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in der Politik und in der Rechtsordnung zu

²¹⁵ Cheng, Chu-Yuan 1967: The Cultural Revolution and China's Economy, S.149. In: Current History, Bd. 53 (1967), S. 148-154, 176-177.

²¹⁶ Doms, Jürgen/Näth, Marie-Luise 1992: Geschichte der Volksrepublik China. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich: BI-Taschenbuch-Verl., S.53.

²¹⁷ Vgl. <http://www.bpb.de/internationales/asien/china/44259/mythos-mao?p=all> 10.02.2016. Siehe auch in Zhang, Shiyi 2017: Prägnantes Buch der KPCh-Geschichte, Beijing: Rote Fahne Verlag, Kpt.8. (Original in Chinesisch: 张士义 2017: 中国共产党历史简明读本: 1921 – 2016. 北京: 红旗出版社, 第八章).

²¹⁸ Vgl. Zhang, Shiyi 2017: Prägnantes Buch der KPCh-Geschichte, Beijing: Rote Fahne Verlag, Kpt.9. (Original in Chinesisch: 张士义 2017: 中国共产党历史简明读本: 1921 – 2016. 北京: 红旗出版社, 第九章).

Chaos.²¹⁹ Mao Zedong beherrschte die Strategie der Revolution, nämlich die Mehrheit zu mobilisieren und damit die Minderheit niederzuschlagen. Auch bei der Kulturrevolution nutzte er dieses Prinzip, die Mehrheit des Volkes stellte den ungebildeten Boden dar, während das gebildete Dach eine Minderheit war, die von der Mehrheit gestürzt wurde. Die Kulturrevolution hat zehn Jahre lang gedauert, da Mao Zedong die Ideen der Kulturrevolution an die chinesische Gesellschaft angepasst hat: Er konnte immer noch auf eine umfangreiche Unterstützung des Volks als Machtressource zurückgreifen, wobei er sich des Mechanismus des Personenkults bediente.

Der Wandel der KPCh nach der Mao-Ära

Die Kulturrevolution, die ein Fehler war, hat unglücklicherweise zehn Jahre lang gedauert und wurde erst durch das Ableben von Mao Zedong beendet. Ab diesem Zeitpunkt verlor der Personenkult um Mao Zedong allmählich an Bedeutung. Die kommunistische Partei Chinas hat zugegeben, dass die Kulturrevolution ein Fehler war, sie kam auf den Boden der Tatsachen zurück und befasste sich wieder mit dem Sachverhalt der sozialen Widersprüche.²²⁰ Als Deng Xiaoping an die Macht kam, wurde der Hauptwiderspruch Chinas, der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und geistigen Ansprüchen des Volkes und der niedrigen sozialen Produktivkraft, behandelt. Daraufhin wurden „Die Reform und die Öffnung nach außen“ als alternative Ideen angenommen. Seitdem gingen die Leitideen der KPCh in eine neue Phase über, und zwar in einen Sozialismus mit chinesischen Eigenheiten. Die KPCh korrigierte die Fehler der Kulturrevolution und sagte sich vom Personenkult um Mao Zedong los. Diese Fehler wurden durch zwei Ebenen von Ideen, nämlich der „Kulturrevolution“ und der „Produktiven Bewegung“, abgeschafft. Im 3. Plenum des 11. Parteitags wurde verabschiedet, dass die KPCh den Schwerpunkt ihrer Aufgaben auf die gesellschaftliche Modernisierung richten wird. Deng Xiaoping war, was Marxismus-Leninismus und Maoismus betrifft, sehr belesen. Auf diesem

²¹⁹ Vgl. KPCh Zentralforschungsbüro für Parteigeschichte 2010: *Prägnante Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas*. Beijing: KPCh-Parteigeschichte Verlag. Kpt.7.1. (Original in Chinesisch: 中共中央党史研究室 2010: 中国共产党简史. 北京: 中共党史出版社. 第七章, 第一节).

²²⁰ Vgl. offizielle Geschichte der KPCh: http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-10/17/content_2099887.htm 10.02.2016.

Plenum hat er seine neuen Ideen verkündet, nämlich dass man die neuen Ideen von den alten Doktrinen befreien, sich an die Wirklichkeit halten und nach vorne sehen solle.²²¹

Diese neuen Ideen wurden im chinesischen Sprachraum als Deng-Xiaoping-Theorien bezeichnet. Es ist festzustellen, dass Dengs Theorien und der Maoismus dieselbe Abstammung haben, nämlich den Marxismus-Leninismus und die chinesische Wirklichkeit. Insbesondere während der Revolutionszeit war Mao Zedong unabhängig von der Doktrin, wie es später auch Deng Xiaoping war. Mao verharrte jedoch nach der Entstehung der Volksrepublik in seinem sozialistischen Romantizismus und seinen revolutionären Ansichten. Deng Xiaoping brachte die KPCh und das chinesische Volk wieder auf den Boden der Tatsachen zurück. Der Unterschied zwischen Mao Zedong und Deng Xiaoping besteht außerdem darin, dass ersterer es bevorzugte, sein Ziel in Form von Bewegung zu verwirklichen, und letzterer seine Ziele durch eine Institutionenreform erreichen wollte. Deng Xiaopings Theorien galten seither als neue Grundlage für das offizielle theoretische System. Diese wurden in das Parteistatut aufgenommen und von jedem Amtsnachfolger ergänzt. Ein Beispiel dafür ist das „Dreifache Vertreten“, welches gleichfalls in dem Parteistatut²²² geschrieben steht. Mit dem Richtungswechsel der Kommunistischen Partei Chinas wurde die unerlässliche Frage aufgeworfen, wo der politische Standpunkt der KPCh verortet werden soll, wenn sie keine revolutionäre Partei mehr ist. Um diese Frage zu beantworten, entwickelte man das „Dreifache Vertreten“, was beinhaltet, dass die KPCh der Vorreiter der Arbeiterklasse sowie des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation sei und dabei folgende Ziele verträte:

- die Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte in China,²²³
- das Voranschreiten der fortschrittlichen Kultur Chinas²²⁴ und
- die Vertretung der grundlegenden Interessen der Mehrheit des chinesischen Volkes.²²⁵

²²¹ Vgl. offizielle Geschichte der KPCh: http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-10/17/content_2099887_1.htm 10.02.2016.

²²² Das Parteistatut ist vergleichbar mit dem Parteiprogramm, es hat aber im chinesischen Sprachraum einen höheren Status.

²²³ Chinesisch: 中国共产党要始终代表中国先进生产力的发展要求.

²²⁴ Chinesisch: 中国共产党要始终代表中国先进文化的前进方向.

²²⁵ Chinesisch: 中国共产党要始终代表中国最广大人民的根本利益.

Diese Entwicklung definierte die KPCh als Quasi-Volkspartei²²⁶, was eigentlich schon kurz nach der Revolution hätte festgelegt werden müssen. Die SPD hatte sich schon in den 50er Jahren entschieden, durch Reform eine Volkspartei zu werden.²²⁷ Sie hat ihren ideologischen Ballast, also die marxistischen Leitideen, abgeworfen, um sich dem deutschen demokratischen System anzupassen. Die KPCh hat sich nicht so ernsthaft mit den Herausforderungen des politischen Systems befasst wie die SPD. Sie war und ist vom Marxismus-Leninismus sowie vom Maoismus pfadabhängig. Im Laufe der Zeit veränderte sich die Gesellschaft weiter. Die neue praktische sozialistische Theorie der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung stand vor einer neuen Herausforderung, nämlich dem unsystematischen und nicht nachhaltigen Wachstum. Ungleichheit, Umweltverschmutzung, Korruption, Ungerechtigkeit usw. waren Nebenwirkungen der Reform und Öffnung.²²⁸ Marxismus-Leninismus oder Maoismus konnten keine befriedigende Lösung dafür bieten. Die KPCh hat daher ihre Ansichten weiter gelockert, nämlich dahingehend, nicht mehr bloß auf der Gesamtsumme des ökonomischen Wachstums zu beharren, sondern auch die wissenschaftliche Betrachtung der Entwicklung einzubeziehen. So profitierte sie wiederum von der chinesischen traditionellen Kultur und den Erfahrungen der ganzen Welt, die nun ebenfalls betrachtet wurden. Insbesondere die Idee der Korruptionsbekämpfung seit Xi Jinping hat sehr tiefe chinesische traditionelle Wurzeln. Die Ideen der Korruptionsbekämpfung und Überwachung sind auf die Zhou-Dynastie zurückzuführen. Yù shǐ dàfū²²⁹ hat einst als einer der drei obersten Ministerposten der Han-Dynastie und in der Tang-Dynastie zur Yù shǐ tái²³⁰ geführt, einer unabhängigen Institution, die professionell für Überwachung und Korruptionsbekämpfung zuständig war.

Man kann erkennen, dass der Sozialismus mit chinesischen Eigenheiten im Wesentlichen eine Ideenkombination aus Marxismus-Leninismus, Maoismus und traditionellen chinesischen

²²⁶ Die KPCh erklärt zwar, dass sie die Interessen des ganzen chinesischen Volks vertritt, sie hat aber den Marxismus und Leninismus nicht verlassen.

²²⁷ Vgl. Godesberger Programm der SPD.

²²⁸ Vgl. Arbeitsbericht des 18. Parteitags der KPCh, 中共十八大报告 http://www.xj.xinhuanet.com/2012-11/19/c_113722546.htm 10.02.2016.

²²⁹ Chinesisch: 御史大夫.

²³⁰ Chinesisch: 御史台 Vgl. Táng liù diǎn (《唐六典》). Das ist ein sehr wichtiger Verwaltungscode der Tang-Dynastie.

Ideen ist.

3.2.2. Evolutionsmuster der KPCh

3.2.2.1 Generationswechsel

Vor Mao Zedong standen mehrere Persönlichkeiten nacheinander an der KPCh-Spitze. Dazu zählen Chen Duxiu, Wang Ming und Bo Gu. Wang Ming und Bo Gu beharrten auf den von der Kommunistischen Internationale übertragenen Memen (zentrale Städte zu erobern), was zur schweren militärischen Niederlage der KPCh führte. Wang Ming hatte in Moskau studiert und sprach sehr fließendes Russisch. Wang Ming und sein Anhänger Bo Gu wurden nacheinander im Namen der Kommunistischen Internationale als Verantwortliche der KPCh ernannt. In Vergleich dazu hat Mao Zedong freilich eine unterschiedliche persönliche biografische Prägung. In seinem Mempool bestehen nicht nur die Meme des Marxismus-Leninismus und der sowjetischen revolutionären Erfahrungen, sondern auch die Meme der chinesischen Tradition, insbesondere jene der klassischen Kriegskunst. Mit dieser memetischen Rekombination von Mao Zedong evolvierten sich die Leitideen der KPCh auf einem neuen Weg, nämlich „Das Land umgibt die Stadt“. An der Stelle waren diese Leitideen innerparteilich kompatibel und haben sie auch an die derzeitige Nische angepasst: Innerparteilich sah man Maos Strategie praktischer und aussichtsreicher als jene sowjetischen Doktrinen. Die alten Meme, nämlich „zentrale Städte zu erobern“, führte die KPCh zur enormen Krise, während Maos Mem „Strategische Umsiedlung“ die KPCh trotz riesiger Krise doch überleben ließ. So wurde Maos Autorität allmählich ausgezeichnet. Für die meisten KPCh-Mitglieder, die die militärische Niederlage erlebt haben, waren Maos praktische Ideen, in welchen auch traditionelle chinesische Ideen gemischt wurden, akzeptabler als jene fremden Ideen. Außerdem scheint es, dass Maos neue Ideen in dieser Zeit gar nicht so weit vom Marxismus-Leninismus abweichen: Maos Ideen beinhalten – gleich wie jene Schwerpunkte des Marxismus-Leninismus – die proletarische Revolution, die Abschaffung der Klassenherrschaft, die Etablierung der sozialistischen Republik mit einer Diktatur des Proletariats, der Planwirtschaft und dem

Übergang zum Kommunismus. Mao veränderte in dieser Zeit anscheinend nur die konkrete Revolutionsstrategie gemäß den Erfahrungen aus der damaligen militärischen Niederlage. Außerdem schließt Maos persönliche biografische Prägung auch jenen Romantizismus altchinesischer Literaten ein. Sein revolutionärer Romantizismus motivierte normale Menschen, sich der Revolution anzuschließen und sie zu unterstützen.

Mao Zedong (1893-1976) ist in einer wohlhabenden Bauerfamilie geboren. Sein Bildungshintergrund beinhaltet sehr tief die traditionellen chinesischen Lehren, obwohl er sich in seinen späteren Bildungsjahren auch mit der westlichen Kultur – dazu zählen der Marxismus und Leninismus – befasste. Mao wird in seiner Kindheit zuerst von den traditionellen chinesischen Lehren geprägt. Von seinem 8. bis zum 13. Lebensjahr ging er zu einer *Sīshú*²³¹, in der er vor allem die traditionelle chinesische Kultur kennenlernte.²³² Während dieser Zeit wurde Mao vom Romantizismus zu jenen alten chinesischen Literaten geprägt. Auf der anderen Seite bewegte er sich wegen seines Romantizismus schon in Reform- und Revolutionsbewegungen, als er noch ein Student war. Nachdem ihm seine Bestrebungen und Ideen zu einer gewaltlosen Reform wegen der blutigen Unterdrückung zunehmend nur eine Illusion zu sein schien, wandte er sich dem Marxismus-Leninismus zu und bestand sodann auf dem Weg der Revolution.²³³ Seine radikalen und romantischen revolutionären Meme wurden auf diese Art und Weise festgelegt.

In den 1960er und 70er Jahren veranlasste er mit seinem revolutionären Romantizismus die Kulturrevolution, in der er auch von ihm beherrschte Ideen der altchinesischen Kampfkunst und des Kaisertums ausnutzte.²³⁴ Er initiierte mehrere politische Bewegungen und radikale politische Niederschlagungen gegen Persönlichkeiten, die von ihm bzw. dem sozialistischen Weg abwichen, wie es auf ähnliche Art und Weise bereits von der Entstehung der Volksrepublik bis zur Kulturrevolution praktiziert wurde. So wurden etwa wie in der Revolutionszeit die

²³¹ *Sīshú* (chinesisch: 私塾) ist eine chinesische traditionelle Art von Bildungsorganisation, in der chinesische klassische Literatur, Ideen und Sitten gelehrt werden. *Sīshú* musste man in der Kaiserzeit besuchen, wenn man die kaiserliche Beamtenprüfung bestehen wollte.

²³² Jin, Chongji 2004: Biographie Mao Zedongs. (1893 - 1949 aus der Heimat). Beijing: Zentrale Literatur Verl., Kap. 1. (Original in Chinesisch: 金冲及. 一、出乡关. 毛泽东传(1893-1949). 北京: 中央文献出版社. 2004).

²³³ Ebd.

²³⁴ Allgemein vgl. Liu, Xiutie 2002: Die Sammlung der geschickten Kommentare zu den alten chinesischen Fürsten von Mao Zedong. Xinjiang: Xingjiang Volksverlag. (Original in Chinesisch: 刘修铁 2002: 毛泽东妙评帝王将相鉴赏).

Massen militant gemacht und mobilisiert. Sein Romantizismus und seine unvergleichbare Autorität trennten ihn dabei jedoch von der gesellschaftlichen Realität. Anstatt das damalige rückständige Produktions- und Bildungsniveau Chinas anzupassen, bestand er doch auf der erzwungenen und radikalen Verstaatlichung und dies sogar bei der Landwirtschaft. Folglich schrieb er innerparteilichen Feinden und der rückständigen traditionellen chinesischen Kultur die Verantwortung für die Wirtschaftskrise von 1959 bis 1961 zu. Diese falsche Einschätzung ist ohne Zweifel auf seine romantizistische Prägung zurückzuführen.

Maos Nachfolger Deng Xiaoping (1904-1997) hatte freilich einen anderen Charakter als er. Deng ging nur ca. ein Jahr in *Sīshú*, als er 5 Jahre alt war. Ein Jahr später saß er schon in einer modernen Grundschule, die gemäß dem westlichen Muster aufgebaut wurde. In ihr bestand freilich weniger traditionelle Prägung (insbesondere in jenem romantischen Sinn) und mehr moderne (auch westliche) Prägung, als Mao sie auf seinem Bildungsweg erlebte. Deng hat 1920 an einem ausländischen Work-Studienprogramm teilgenommen. Sodann lebte er fünf Jahre in Frankreich, um dort zu arbeiten und zu lernen/studieren. Damals lernte er Li Dazhao und Zhou Enlai²³⁵, welche zu den Gründungsmitgliedern der KPCh zählen, kennen und ist in die KPCh (den europäischen Zweig) eingetreten.²³⁶ Er hat in mehreren Manufakturen als Schlosser (Lehrling) gearbeitet. In dieser Zeit wurde er nicht nur von kommunistischen Ideen geprägt, sondern auch von den Erfahrungen der ausgebeuteten Arbeiter (Proletariat) in einem Industrieland. Im Vergleich dazu beschäftigte Mao sich zwischen dem 13. und 16. Lebensjahr mit der landwirtschaftlichen Arbeit, da er die Gesellschaftslage auf dem Land erlebt hat. Daher bürdet Mao seine revolutionären Meme auf die politische Bewegung auf dem Land. Und Deng Xiaoping bürdet seine sozialistische wirtschaftliche Vorstellung (bzw. Meme) auf Basis der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Praxis. So führte er China auf den Weg der Reform und Öffnung, nämlich den Weg des Sozialismus mit chinesischen Eigenheiten. Die Reform begann mit der wirtschaftlichen Reform, durch die eine private Produktionsweise erlaubt wurde, insofern sie die Produktivität erhöhen kann. Deng war überzeugt davon, dass Elend kein Sozialismus sei.²³⁷ An der Stelle hatte Mao offensichtlich eine andere Meinung: Die

²³⁵ People News Redaktion 1997: Der großartige Mann Deng Xiaoping. Hong Kong: Minpo Press Ltd, S. 14. (Original in Chinesisch: 明报出版社编辑部. 一代伟人邓小平. 香港: 明报出版社有限公司. 1997年).

²³⁶ Stewart, Whitney 2001: Deng Xiaoping: leader in a changing China. Twenty-First Century Books, S.30.

²³⁷ Deng Xiaopings Rede am 26.04.1987:

Produktivität konnte sich deswegen nicht erhöhen, weil die sozialistischen Ideen die Chinesen noch nicht radikal geprägt hätten und die traditionellen chinesischen, feudalistischen und in seinen Augen giftigen Ideen noch nicht beseitigt worden seien. Diese memetische Variation wurde wegen des Generationswechsels zum Stehen gebracht.

3.2.2.2 Institutionelles Lernen durch Nischenanpassung

Die KPCh evolviert sich in ihrer Geschichte außer durch den Generationswechsel an vielen Stellen auch in Form von Nischenanpassung. So kann die Einführung des Marxismus-Leninismus in China am Anfang des 19. Jh. schon als eine Anpassung an die chinesische Gesellschaft verstanden werden. Das liegt daran, dass vor der Einführung des Marxismus-Leninismus schon die Versuche der konstitutionellen Reform und der bürgerlichen Revolution gescheitert waren. Die von der chinesischen Gesellschaft nachgefragten Dienstleistungen – etwa Massenverelendung wegen der Ausbeutung durch die chinesische feudalistische Macht und die westlichen imperialistischen Mächte zu beseitigen – wurden noch nicht durch eine vorhandene Idee realisiert. Der Marxismus-Leninismus als ein alternatives Ideenangebot wurde deswegen von der chinesischen Gesellschaft akzeptiert und konnte sich rasch ausbreiten. Mit jenen kompletten Ideen und Mustern der Kommunistischen Internationale ließ sich die KPCh ins Leben rufen. Allerdings haben die von der Kommunistischen Internationale angebotenen Meme nicht in die chinesische Nische gepasst: China war damals noch nicht genügend industrialisiert, infolgedessen war die Arbeiterbewegung wegen der sehr schwachen Arbeiterklasse in der Stadt nur schwer kampffähig. Eine proletarische Revolution durch „Eroberung zentraler Städte“ konnte vor den militärstarken Kriegsherren gar nicht gelingen. Hingegen hat sich die Variation „Das Land umgibt die Stadt“ an die damalige Nische angepasst: Der größte Teil der damaligen chinesischen Bevölkerung lebte auf dem Land und sie beschäftigten sich mit der Landwirtschaft. Das GMD-Regime konzentrierte sich allerdings in der Stadt und integrierte in erster Linie Eliten in der Stadt. Wegen des Antijapanischen Krieges hatte das GMD-Regime mit Gewalt Soldaten und Getreide vom Land eingezogen. Das

verursachte einen großen Hass der Bauern gegenüber dem GMD-Regime. Als GMDs Gegner war die KPCh deswegen willkommen. Die von der KPCh geführte Rote Armee siedelte auf dem Landesgebiet Nordchinas. Sie beuteten die Bauer nicht aus, sondern sie halfen den Bauern bei landwirtschaftlicher Produktion und sozialer Kommunikation. Die KPCh organisierte sich mit sehr strenger Disziplin und Geschlossenheit, was von den Bauern anerkannt wurde. Die KPCh schloss sich mit den Bauern zusammen, um legitim von ihnen die Ressourcen (vor allem Soldaten und Getreide) zu bekommen. Jedoch befand sich die von der GMD direkt verfügbare Armee hauptsächlich in Südchina und konnte nur schwer angegriffen werden. Auf der anderen Seite beanspruchte der Antijapanische Krieg mittlerweile die Konzentration des durch die Kriegsniederlage verbitterten GMD-Regimes. Die KPCh bot dem GMD-Regime eine Einheitsfront gegen die Japaner an. Trotz aller GMD-innerparteilichen Kontroverse ließ sich die KPCh zeitweise vom GMD-Regime anerkennen. Die KPCh konnte aus diesen Gründen überleben und sich rasch entwickeln. Es ist doch festzustellen, dass sich die KPCh bzw. ihre Leitidee in dieser Zeitspanne durch das Muster der Nischenanpassung evolvierte.

Nach der Entstehung der Volksrepublik China geriet die KPCh nach kurzer Zeit wieder in eine Krise. In der Friedenzeit stellte die Planwirtschaft und Verstaatlichung keinen Anreiz mehr dar, die Produktionsleidenschaft des chinesischen Volks zu erhöhen. Die von Mao initiierte Produktionsbewegung „Großer Sprung nach vorn“ scheiterte und verursachte eine Wirtschaftskrise und Hungersnöte²³⁸ im großen Rahmen. Mao ging davon aus, dass die chinesische Gesellschaft von der traditionellen Kultur sowie der kapitalistischen Ideologie vergiftet würde, so dass sie sich nicht an den fortschrittlichen Sozialismus anpassen könnte.²³⁹ Mit dieser Zuschreibung als Grundlage traf Mao eine ambitionierte Entscheidung, nämlich die Kulturrevolution. An dieser Stelle beharrte er darauf, die Nische zu kultivieren, statt sie anzupassen. Die „Reformer“ wie Liu Shaoqi und Deng Xiaoping, welche von der Anpassung an die Nische sprachen, wurden in der Kulturrevolution niedergeschlagen. In den ersten drei Jahren der Kulturrevolution wurden die Machthaber fast aller Organisationen durch die von Mao unterstützten Revolten entmachteter. Die chinesische Gesellschaft ist folglich in ein Chaos

²³⁸ Doms, Jürgen/Näth, Marie-Luise 1992: Geschichte der Volksrepublik China. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich: BI-Taschenbuch-Verl., S.46.

²³⁹ Liu, Xiao 2000: Ideologie und die Kulturrevolution. Taipeh: Hongye Kultur Verlag, S.171. (Original in Chinesisch: 劉曉 2000: 意識形態與文化大革命. 臺北市: 紅葉文化, 171 頁).

geraten. Um die Nische wieder anzupassen, bildete die KPCh alternative administrative Institutionen (Revolutionskomitees) in so gut wie jeder Organisation und unterdrückte zu weit gegangene Revolten. Das ist eine institutionelle Evolution durch institutionelles Lernen (durch Nischenanpassung). Aus der Sicht des Evolutorischen Institutionalismus hat die KPCh in dieser Zeitphase ihre Nischen effizient kultiviert und konnte so die Funktion der Integration des Volks immer besser erfüllen und über immer mehr Ressourcen des Volks verfügen. Die GMD hingegen konnte diese Funktion immer schlechter erfüllen und immer schwieriger über jene Ressourcen verfügen. Zusammengefasst hat die KPCh ihre Nische in diesem Stadium gut angepasst, demzufolge haben die Meme der KPCh überlebt, sich effizient repliziert beziehungsweise tradiert und aufrechterhalten.

Mao konnte die Kulturrevolution, die eigentlich eine Fehlentwicklung war, deswegen initiieren und aufrechterhalten, weil er eine sehr hohe Glaubwürdigkeit unter dem Volk genoss, da die KPCh dem chinesischen Volk ihn mit Absicht seit langem als „Retter“ der Nation propagiert hatte. Der Personenkult von Mao hat die chinesische Gesellschaft dominiert. Aus der Sicht des Evolutorischen Institutionalismus gilt diese Massenglaubwürdigkeit (bzw. Personenkult) als Ressource der KPCh bzw. von Mao selbst, mit deren Hilfe sie die Massen zur Kulturrevolution mobilisieren konnte. Außerdem genoss Mao auch innerhalb der KPCh wegen seiner unvergleichbaren Verdienste in der Revolution die höchste Autorität, mit der er unangefochten die Machtposition der Partei besetzte. Dies gilt als ein innerparteilicher Übersteuerungsmechanismus. Nach Maos Ableben waren diese relevante Ressource und dieser innerparteiliche Übersteuerungsmechanismus nicht mehr vorhanden. So wurde die Kulturrevolution sofort beendet. Was übrig blieb, war der aus der Kulturrevolution resultierende wirtschaftliche Rückstand. „Elend ist kein Sozialismus“, die von Deng Xiaoping formulierte Rede hat rasch ihren Anklang gefunden. Das Wirtschaftswachstum wurde seitdem vornehmlich als von der Nische (der chinesischen Gesellschaft) nachgefragte Dienstleistung wahrgenommen. Um diese Wirtschaftsfunktion zu erfüllen, wagte die von Deng geführte KPCh weitreichendere Versuche von Reform und Eröffnung. Diese Variation hat sich zweifellos an die Nische angepasst: Angemessene Privatisierung hat die Aktivität und Initiativen der Produktion erhöht. Die Eröffnung nach außen brachte chinesischen Unternehmen Technik und Investitionen. Mit

denen führte die KPCh China auf den Weg zum Reichtum. Die Evolution von der Kulturrevolution zur Reform und Öffnung gehört auch zum Muster der Nischenanpassung und des institutionellen Lernens.

Bei der Reform und Öffnung handelte es sich in den ersten Jahren nur um die reine Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaftsreform forderte dennoch die vorhandenen politischen Leitideen und die Ideologie heraus. Wie ließ sich die Marktwirtschaft mit dem Marxismus-Leninismus in Übereinstimmung bringen bzw. darin integrieren? Welche Rolle soll die KPCh nun spielen? Was für eine Identität hat die KPCh? Mit diesen Fragen hat man gezweifelt, ob China vom Sozialismus zum Kapitalismus übergehen kann. Um nicht nur die KPCh, sondern sogar die chinesische Gesellschaft in dieser Krise zu restabilisieren, bekannte sich die KPCh unter Jiang Zemin's Führung dazu, dass sie der Pionier sowohl der Arbeiterklasse als auch des chinesischen Volks ist; dass sie die Erfordernisse der Entwicklung einer fortschrittlichen Produktivität Chinas, die Richtung der Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur Chinas und die grundlegenden Interessen der überwältigenden Mehrheit des chinesischen Volks ewig vertreten soll („Dreifaches Vertreten“). Die KPCh versteht die wichtigen Ideen des „Dreifachen Vertretens“ als Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, des Maoismus und der Deng-Xiaoping-Theorien. Sie spiegelten die neuen Anforderungen der Entwicklung und Veränderung der heutigen Welt und Chinas an die Arbeit der Partei und des Staates wider. Aus Sicht des Evolutorischen Institutionalismus gehört diese Evolution ebenfalls zum Muster der Nischenanpassung und des institutionellen Lernens.

Im Rahmen der Drei-Repräsentative-Ideen ließ sich die chinesische Wirtschaft rasch weiterentwickeln. Außer der ideologischen Herausforderung sind allmählich auch praktische Entwicklungsprobleme in China aufgetaucht. Dazu zählen die Korruption, die Ungerechtigkeit, die Umweltverschmutzung, der Abstand zwischen Reichen und Armen und die nicht nachhaltige Entwicklung. Um diesen Nischenwandel anzupassen, entwarf die KPCh unter Hu Jintao's Führung neue Ideen: „Wissenschaftliche Anschauung der Entwicklung“. Diese neue Ideenentwicklung gehört auch zum Evolutionsmuster der Nischenanpassung. Bei Hu's Nachfolger Xi Jinping werden jene Ideen seiner Vorgänger weiterentwickelt. Weil das „Wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ in den vergangenen Jahren auf Grund des

Widerstandes von korrumpierten Machthabern nur schwer ihre Leistung bringen konnte, wurden die Korruptionsbekämpfungsideen aus der chinesischen Tradition – nicht nur als politische Bewegung wie das in der Kulturrevolution der Fall war, sondern als eine permanente Institution festgelegt– wieder in die KPCh-Leitideen integriert. Selbstverständlich gehörte diese Ideenentwicklung auch zum Evolutionsmuster des institutionellen Lernens durch Nischenanpassung.

3.2.2.3 Sonderweg der KPCh

Die Logik der sozialistischen Theorienentwicklung in China besteht darin, dass die Letzteren auf der Basis der Früheren entwickelt wurden, indem ungeeignete Bestandteile ausgeblendet und passende Ideen, die entweder aus fremden Ideenfamilien oder aus eigener Tradition stammen, in die Theorie eingebracht werden.²⁴⁰ Wenn man die Frage stellt, wie und warum die von verschiedenen Quellen stammenden Ideen zustande kommen können, sollte man die Pfadabhängigkeit der Institutionen betrachten. Aus der Sicht des Evolutorischen Institutionalismus versteht man unter der Pfadabhängigkeit:

„...auch ganz zufällig aufgebaute Strukturen können sich memetisch und funktionell bewähren. Sie werden dann memetisch und funktionell weiter bebürdet und legen damit fest, welche Veränderungen an den ‚oberen‘ bzw. ‚äußeren‘ Strukturen einer Institution schadlos möglich sind. Die weitere Entwicklung ist dann teleonom abhängig vom an einer bestimmten Stelle zufällig eingeschlagenen Entwicklungspfad.“²⁴¹

Die KPCh hatte von Anfang an den Marxismus-Leninismus zur Basis ihrer Legitimität und Zielsetzung erklärt. Dabei geht es grundsätzlich um zwei Themen, nämlich um Revolution und Entwicklung. Die Revolution durch das Proletariat und die Diktatur des Volks (Proletariats) machten die KPCh pfadabhängig und legten damit fest, ein liberaldemokratisches parlamentarisches System und die Verstaatlichung des Militärs nicht durchzuführen,

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ Siehe in den Foliensatz des Seminars „Einführung in den Evolutorischen Institutionalismus“ von Prof. Werner J. Patzelt. <http://slideplayer.org/slide/634909/>, Abruf am 10.02.2016.

Pressefreiheit nicht wirklich zu gewähren, weil diese nicht harmlos für die beiden grundlegenden Meme sind. Insofern ist die KPCh noch eine ideologische autokratische Partei. Andererseits werden die Ideen zur Entwicklung der chinesischen Eigenheiten zugelassen, wenn sie dem Marxismus-Leninismus und der Diktatur des Volkes²⁴² nicht widersprechen: „Das Land umgibt die Stadt“ (Mao Zedong), „Die Reform und Öffnung nach außen“ (Deng Xiaoping), das Drei-Repräsentative-Ideen (Jiang Zemin), die wissenschaftliche Entwicklungstheorie (Hu Jintao) und die Korruptionsbekämpfung (Xi Jinping) sind in diesem Fall für die offizielle Seite kein Widerspruch dazu. Einerseits reformiert sich die KPCh, indem sie die von der Nische gestellten Aufgaben sieht und zu erfüllen versucht, andererseits kultiviert sie die Nische weitgehend durch ihre ideologische Kontrolle. Daneben spielt der Generationswechsel, bei dem veränderte persönliche biographische Prägungen der Parteiführer mit ihrer Gültigkeit die Parteileitideen prägten, auch eine unerlässliche Rolle bei vielen Evolutionsprozessen.

²⁴² Die Diktatur des Volkes ist eine chinesische Form der Diktatur des Proletariats.

3.3 Genese der SPD und die Evolutionsmuster

3.3.1 Genese der Ideen der SPD

Arbeiterbewegung und Revolution

In der ersten Hälfte des 19. Jh. hat die industrielle Revolution in Deutschland begonnen. Die Arbeiterklasse entstand, als das Handwerk zu einer Industrieproduktion, die auf Lohnarbeit basierte, überging. Sie war jedoch zunächst nicht organisiert und hatte keine politische Macht. Die Handwerker, Landarbeiter und Kleinbauern wurden politisch unterdrückt und materiell ausgebeutet. Viele von ihnen wurden ihrer angestammten Existenzgrundlage beraubt, da sie gar nicht mit den billigeren Industrieprodukten konkurrieren konnten. Daraus resultierte die Protestbewegung der Handwerksgesellen gegen die Industrialisierung, die als frühsozialistisches Engagement galt. Die Menschen hofften, in den Städten Arbeit und Nahrungsmittel zu finden, aber die meisten zogen in ein neues Elend. Ihr Versuch, sich in die moderne Industrie zu integrieren, brachte ihnen kein Glück. Die (Industrie-)Arbeiter und ihre Familien lebten in engen Wohnslums. Sie arbeiteten täglich 12 und mehr Stunden und der Sonntag war nicht frei. Außerdem wurden ihnen kein Gesundheitsschutz und keine humanen Arbeitsbedingungen angeboten. Arbeitsunfälle und frühe Invalidität waren an der Tagesordnung. Sie hatten überhaupt keine sozialen Absicherungen bei Krankheit oder im Alter. Es war nicht selten, dass sogar Kinder zehn und mehr Stunden am Tag arbeiteten. Frauen erhielten weit weniger Lohn als die Männer. Auf der anderen Seite konnten die Besitzer von Produktionsmitteln im Rahmen der Industrialisierung rasch Reichtum erzielen. Der Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer ließ sich nicht auflösen. Die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen war unüberbrückbar. Vor diesem Hintergrund entstand die moderne Arbeiterbewegung. Arbeitervereine und Arbeiterverbrüderungen wurden organisiert und zielten auf die Emanzipation der Arbeiter in Bezug auf Koalitionsfreiheit und Arbeitsnachweis, Gesundheitseinrichtungen und Krankenunterstützungskassen, Konsum- und Produktionsgenossenschaften, gesetzlichen Arbeiterschutz und Mitbestimmung bei Arbeitszeit und Löhnen. 1848 brach in Deutschland die vom Bürgertum durchgeführte Revolution aus und strebte nationale Einheit und demokratische Freiheit mit Parlament und Verfassung an, was

starke soziale Elemente beinhaltete.²⁴³ Dabei standen Handwerksgesellen und Arbeiter in vorderster Front, wurden aber bald wieder unterdrückt. Die Fürsten eroberten die Macht zurück. Die an die Frankfurter Paulskirche gerichteten Hoffnungen und Ziele der Arbeiterbewegung blieben erfolglos. Die Arbeitervereine wurden nach und nach verboten und alle politischen Zusammenschlüsse verhindert.²⁴⁴

Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

Es dauerte mehrere Jahre, ehe sich die deutschen Arbeiter von den Niederlagen der erfolglosen Revolution erholten. Erst 1863 begann die Etablierung einer kontinuierlichen, organisierten Arbeiterbewegung aufgrund kurzfristiger Auflockerungen in der preußischen Politik.²⁴⁵ Fragmentierte Arbeiter dachten daran, sich zu organisieren und örtliche Arbeiterorganisationen verbündeten sich, um die Macht der Arbeiterklasse zu akkumulieren, zu konzentrieren und zu verstärken. Die erste Arbeiterpartei in Deutschland, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV), wurde u.a. von Ferdinand Lassalle am 23. Mai 1863 in Leipzig gegründet. Dies gilt offiziell als die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie.²⁴⁶ Der ADAV wurde an diesem Tag in Leipzig, wo schon 15 Jahre zuvor die „Arbeiterverbrüderung“ ihren Sitz hatte, von den zusammengekommenen Delegierten aus elf Städten gegründet.²⁴⁷ Lassalle und seine Anhänger (Lassalleaner) wollten einerseits die demokratischen Ideen der 1848 gescheiterten Revolution fortführen, andererseits wollten sie aber auch den Forderungen der Arbeiter politisch Gehör verschaffen. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ – so lautet das Motto auf dem Traditionsbanner der SPD, das den wichtigen Schritt dazu symbolisierte, dass eine selbständige politische Arbeiterbewegung organisiert wurde. In den 1860er und 1870er Jahren flossen nicht wenige jener alten Zunftstrukturen, die die Handwerksgesellen über Jahrhunderte prägten, in die moderne Arbeiterbewegung ein, wie etwa die Unterstützungskassen bei Krankheit, Invalidität und im Todesfall. Die

²⁴³ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.27.

²⁴⁴ Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.30.

²⁴⁵ Vgl. Ebd., S.31.

²⁴⁶ http://www.150-jahre-spd.de/meilensteine/85948/1863_gruendung_des_adav.html 12.07.17.

²⁴⁷ Ebd.

Organisationskompetenz der Handwerksgelesen sowie ihre traditionsgesättigten Symbole, Rituale, Fahnen und Lieder wirkten auch innerhalb der neuen Arbeiterbewegung. Das Gründungsjahr der Sozialdemokratie lässt sich nur schwierig verbindlich festlegen, da sie im Strom der Arbeiterbewegung entstand und ihre Vorläufer zahlreiche Arbeiterorganisationen, Arbeiterbildungs- und Arbeiterlesevereine waren.²⁴⁸ Ihr Anfang erscheint vielmehr in Form einer Arbeiterbewegung, die viele Ideen von den über Jahrhunderte akkumulierten Traditionen der Handwerksgelesen erbte.²⁴⁹ Jedoch symbolisiert die Gründung des ADAV das Auftreten als eine eigenständige und festgefügte Arbeiterpartei²⁵⁰, ohne mit dem Bürgertum zusammenzuwirken.²⁵¹ Mit den folgenden Worten würdigte Karl Marx das Wirken Ferdinand Lassalles: „Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle – und dies bleibt sein unsterblicher Verdienst – die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland.“²⁵² Ohne Zweifel gilt Lassalle als eine der wichtigsten Persönlichkeiten in der SPD-Geschichte. Er wurde bei der Gründung 1863 zum Präsidenten des ADAV gewählt. Mit seinem charismatischen Charakter, seiner Begabung zur Agitation sowie seiner langjährigen Erfahrung als Anwalt verfügte er über eine unvergleichbare Autorität und eine führende Position innerhalb des ADAV. Obwohl er nur gut ein Jahr an der Spitze seiner Partei stand – er starb am 31. August 1864 nach einem Duell um eine Frau –, lebten seine Ideen und sein Einfluss in der ADAV weiter, wie es in der von Jakob Audorf verfassten „Arbeiter-Marseillaise“ klang: „Der Bahn, der kühnen folgen wir, Die uns geführt Lassalle!“ Lassalles Nachfolger Johann Baptist von Schweitzer führte die Partei auf Lassalles Bahn mit den „[...]programmatischen Schlagworten allgemeines, gleiches Wahlrecht, Produktivassoziationen, Ausbeutung und Klassenkampf [...]“²⁵³ weiter. Der ADAV und die Lassalleaner haben allerdings nicht die Leitideen der Arbeiterbewegung monopolisiert. Innerhalb der Arbeiterklasse hatten sie auch Konkurrenten. Angesichts des Umfangs der

²⁴⁸ SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: Sozialdemokratie in Deutschland – Bilddokumentation zur Geschichte der SPD. Braunschweig-druck GmbH, S.17.

²⁴⁹ Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.7f.

²⁵⁰ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.33.

²⁵¹ Vgl. Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.31ff.

²⁵² Karl Marx in einem Schreiben an Jean Baptist von Schweitzer, 13.10.1868. In: Die Neue Zeit, XV. Jg. 1, Nr.1, S.8. (zitiert nach Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.31.)

²⁵³ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.33.

Arbeitergenossenschaft und hinsichtlich der Rolle des Staates gab es Kontroversen. Hermann Schulze-Delitzsch propagierte beispielsweise Selbsthilfemaßnahmen in Form von Konsumgenossenschaften, Kranken- und Invaliden-, Spar- und Hilfskassen und lehnte Staatshilfe ab, während sich Lassalle für die Gründung von Produktionsgenossenschaften, Trennung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und „fördernde und entwickelnde“ Wirkung vom Staat aussprach. Marx schätzte jedoch die Rolle des Staates anders als Lassalle ein. Er betrachtete den Staat vor allem als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, während Lassalle in ihm die positive Organisationsform der Gesellschaft sieht.²⁵⁴

*Trotz der gegensätzlichen Staatsauffassungen lassen sich die unterschiedlichen Konzeptionen nicht so einfach auf den Nenner bringen: „... der den nationalen Staat bejahende sozialdemokratische Reformismus Lassalles und der internationale, revolutionäre Sozialismus von Marx und Engels.“*²⁵⁵

Jedoch stimmten sie in ihrer Ansicht über das kapitalistische System, die Rolle der Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung überein. Marx bezeichnete nicht zufällig Lassalles „Arbeiterprogramm“ als Plagiat seiner eigenen Gedanken²⁵⁶, da Lassalle damals auch persönlichen Kontakt mit ihm gehabt hatte.²⁵⁷ Von Marx und Engels wurde kritisiert, dass Lassalle an eine „Assoziation mit Staatsmitteln“ dachte, was aber nur für ihn als ein praktischer Ansatz zur Änderung des Wirtschaftsgefüges galt. Für ihn war es auch denkbar, dass die Lösung der sozialen Frage die Abschaffung des „Grund- und Kapitaleigentums“ voraussetzt. Er dachte auch an eine Revolution, mit der die sozialistischen Ziele, nämlich allgemeines Wahlrecht und Produktionsgenossenschaften, gefordert werden. Heinrich Potthoff hat zu diesem Punkt kommentiert: „Der für die Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts so charakteristische Dualismus zwischen radikaler Ideologie und reformerischer Praxis war so schon in Lassalles

²⁵⁴ Ebd., S.34.

²⁵⁵ Ebd., S.34f.

²⁵⁶ Schreiben an Friedrich Engels, 28.1.1863, Marx/Engels, Gesamtausgabe. Hrsg. Im Auftrage des Marx-Engels-Instituts, Frankfurt a.M.-Berlin-Moskau 1927-1935, 3. Abt., Bd. 3, S.125f. (Zitiert nach Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.35.)

²⁵⁷ Friederici, Hans Jürgen 1985: Ferdinand Lassalle – eine politische Biographie, Berlin: Dietz, 1985, S.31-36.

Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein mit angelegt.“²⁵⁸

Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei von Eisenachern

Nach dem Tod Lassalles wurde am 28. September 1864 die „Internationale Arbeiter-Assoziation“ in London gegründet, in welcher Marx seine Bühne fand. 1869 erschien der erste Band des „Kapitals“, in dem er seine Lehre vom Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft im kapitalistischen System und die Mehrwerttheorie äußerte. Wilhelm Liebknecht (1826-1900) war einer der überzeugten Anhänger von dessen Lehren. Nach dem Scheitern der Revolution war er während seiner Exilzeit in London auch mit Marx befreundet. 1862 kehrte er nach Deutschland zurück. In Leipzig lernte er August Bebel (1840-1913) kennen. Aufgrund des Scheiterns des bürgerlichen Radikalismus legte eine von Bebel geleitete Mehrheit fest, dass die Emanzipation „der arbeitenden Klassen“ durch diese selbst erkämpft werden müsse und beschloss ihren „Anschluss an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation“.²⁵⁹ Vom 7. - 9. August 1869 wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) in Eisenach gegründet, welche als ein Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation galt. August Bebel und Wilhelm Liebknecht als Gründungsväter der SDAP werden zusammen mit ihren Anhängern als „Eisenacher“ bezeichnet. Sie förderten in ihrem Programm die Abschaffung der Klassenherrschaft und die „Errichtung des freien Volksstaates“, was auf eine revolutionäre Zielsetzung deutete. Andere Forderungen des Programms waren eine gesetzlich geregelte Höchst Arbeitszeit, Einschränkung der Frauenarbeit und Verbot der Kinderarbeit, allgemeine Schulpflicht, Abschaffung aller Presse-, Vereins- und Koalitions Gesetze, Unabhängigkeit der Gerichte und Ersetzung der indirekten Steuern durch eine progressive Einkommens- und Erbschaftsteuer, Volksentscheid und das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht.²⁶⁰ Obwohl viele Forderungen ihres Programms denen des ADAV ähneln, geht es im Endeffekt darum, die

²⁵⁸ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.35.

²⁵⁹ Abgedruckt u.a. in Hermann Weber, Das Prinzip Links Eine Dokumentation. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847-1973, Hannover 1973, S.29. Zitiert nach Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.40.

²⁶⁰ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.40 und S.46f.

Klassenherrschaft abzuschaffen und einen freien Volksstaat zu errichten. In der Partei spielten jedoch die aktuellen Probleme eine wichtigere Rolle als theoretische Ansätze, wie Potthoff beschreibt:

Obwohl sich die Eisenacher ausdrücklich als „Zweig der Internationalen Arbeiter-Assoziation“ bezeichneten, waren für viele ihrer Anhänger Begriffe wie Sozialismus und Kommunismus „böhmische Dörfer“. Selbst führende Männer kannten, wie Kautsky im Rückblick bemerkte, bis Ende der siebziger Jahre die Lehren von Marx und Engels nur sehr oberflächlich.²⁶¹

Der Gegensatz zwischen den beiden Arbeiterparteien bestand in der Praxis in der unterschiedlichen Einstellung über die nationale Frage, bei der die Eisenacher eine Reichseinigung von oben durch preußische Machtpolitik als Zwangseinheit ohne Freiheit ablehnten. Sie vertraten einen föderalistisch-großdeutschen Kurs in der Tradition der Radikaldemokratie, während die Lassalleaner bei ihrem Kampf gegen das Bürgertum die Unterstützung von Bismarck suchten. Die Lassalleaner setzten auf die preußische Karte.

Einigung in Gotha

Die Reichsgründung enttäuschte die beiden Parteien mit ihren obengenannten Hoffnungen. Die von den Eisenachern gewünschte großdeutsch-demokratische Einigung war nun unmöglich. Auch die von den Lassalleanern erwarteten sozialen Zugeständnisse des Staates auf der kleindeutsch-preußischen Landkarte waren nicht mehr realisierbar. Aus diesem Grund kühlten sich die teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien ab. Ebenso mussten beide die nach der Reichsgründung einsetzende staatliche Unterdrückungspolitik erwidern. Dies begünstigte die Verständigung und Aussöhnung zwischen den beiden. Außerdem führte die Wirtschaftskrise von 1873 dazu, dass die beiden Parteien ihre Aufmerksamkeit auf die Nöte der Arbeiterschaft, Streikkämpfe, Wohnungsmisere und Gewerkschaftsfragen richteten. „So waren es gerade einfache Mitglieder, die auf einen

²⁶¹ Ebd., S.41.

Zusammenschluss drängten.“²⁶² Im Rahmen des Gothaer Einigungsparteitages 1875 schließen sich die zwei Parteien zur *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* zusammen. Das Gothaer Programm wurde von Marx vernichtend kritisiert, weil Bebel und Liebknecht mit diesem Programm den Lassalleanern Zugeständnisse machten, anstatt auf der marxistischen Grundlage zu bestehen.²⁶³ An dem von den Lassalleanern formulierten „ehernen“ Lohngesetz kritisierte Marx, dass es auf dem Kapitalismus basiert. Es ging nicht mehr um die Abschaffung des kapitalistischen Systems, sondern um dessen Akzeptanz. Die Kritikpunkte von Marx schlossen auch das engstirnige Verständnis der Arbeiterklasse ein, gegenüber der Arbeiterklasse seien „alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse“. Allerdings bezogen der Solidaritätsgedanke und das Klassenbewusstsein gerade aus dieser Isolierung und Verfemung der anderen Gesellschaftsschichten ihre Kraft. Bebel wich an der Stelle von den Theorien seiner Freunde Marx und Engels ab, weil sie als Parteipolitiker den damaligen politischen Sachverhalt, insbesondere die praktischen Nöte der Arbeiter, berücksichtigen mussten. Um die Arbeiterbewegung, ihre Kampfkraft und ihre Anhänger zu motivieren und zu begeistern, konzentrierte sich dieses Programm vielmehr um die die Arbeiter bewegenden Anliegen, und zwar die Überwindung der praktischen Nöte. Dazu zählen die gesetzliche Arbeitszeitbegrenzung und die Erhöhung der Löhne, die Arbeitsschutzbestimmungen und das Verbot der Kinderarbeit, das unbeschränkte Koalitionsrecht und die Vereins- und Versammlungsfreiheit.²⁶⁴

Verbot und Sozialistengesetz

Der Aufstand der Pariser Kommune 1871 reizte einerseits die Arbeiterbewegung in Deutschland, andererseits verursachte er die Revolutionsfurcht des deutschen Adels und Bürgertums.

Von der Bühne des Reichstages bezeugte Bebel der niedergeworfenen Kommune seine Hochachtung und rief den Abgeordneten zu, sie sei nur ein Vorpostengefecht und „dass,

²⁶² Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.42.

²⁶³ Ebd.

²⁶⁴ Ebd.

*ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang!‘ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats wird“.*²⁶⁵

Obwohl die Sozialdemokratie aufgrund des Einflusses der Pariser Kommune eine revolutionäre Tradition gewann, stellte sie dennoch den revolutionären Umsturz der Gesellschaftsordnung als eine Umwandlung ohne das Mittel der Gewalt dar. 1877, zwei Jahre nach der Einigung, stieg die Quote der Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl auf 9,1 Prozent der Wähler, während die gesamte Quote der ADAC und SDAP 1871 nur 3,2 Prozent betrug. Ihren raschen Aufstieg bei der Bundestagswahl fürchtete Bismarck. Mit zwei Attentaten auf Kaiser Wilhelm, mit denen die Sozialdemokraten nichts zu tun hatten, und mit Förderung von Bismarck ließ sich das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (Sozialistengesetz) 1878 verabschieden. Das Gesetz verbot alle Organisationen, „welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“ sowie Vereine, „in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten“. Alle Versammlungen und Presseerzeugnisse, „in denen sozialdemokratische ... Bestrebungen zu Tage treten“ wurden auch verboten. Ausweisungen aus den betreffenden Orten und Bezirken, Geld- und Gefängnisstrafen wurden ebenso von diesem Gesetz genehmigt. Als Konsequenz wurden bis November 1878 153 Verbände und 175 Zeitungen und Zeitschriften verboten sowie 67 Sozialdemokraten allein aus Berlin ausgewiesen. In den 12 Jahren des Sozialistengesetzes wurden insgesamt zwischen 800 und 900 „Verdächtige“ mit nahezu 1500 Familienangehörigen aus ihrer Heimat verwiesen.²⁶⁶ Lediglich die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Reichstagswahlen und an einzelnen Landtagswahlen war noch gestattet. Wegen der

²⁶⁵ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. Bonn: Dietz, S.46.

²⁶⁶ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Halle a, S. vom 12. bis 18. Oktober 1890, Berlin 1890 (Neudruck 1978), S. 32f. zitiert nach Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.48f.

Unterdrückungspolitik brach das Wahlergebnis der Sozialdemokratie kurzfristig ein. Nach einigen Jahren wuchsen ihre Wählerstimmen, trotz aller Schwierigkeiten, wieder. Im Jahr 1890 verdreifachten sich die Wählerstimmen in Bezug auf das Wahlergebnis vor der Verabschiedung des Sozialistengesetzes sogar.²⁶⁷ Als Folge der Unterdrückungspolitik war zu beobachten, dass die unterdrückten Arbeiter erstens mit Erbitterung und Verbitterung die Lehre von Marx – z. B. Staat als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse; Sieg des Proletariats als Naturnotwendigkeit – für richtig hielten und zu schätzen begannen, was als eine Radikalisierung der revolutionären Theorie erschien. Andererseits wurden sie von der Bahn des revolutionären Ansatzes zur Bahn des Parlamentarismus getrieben. Die Doppelstrategie aus Zuckerbrot und Peitsche des Reichs förderte objektiv die Idee der Reform innerhalb der Sozialdemokratie. „Gerade das Sozialistengesetz, das die Partei verbot, die Beteiligung an Wahlen und die Parlamentstätigkeit aber zuließ, begünstigte die Ausprägung einer reformerischen Praxis.“²⁶⁸ Regional wurden jedoch verschiedene Arbeitersportvereine beziehungsweise Naturfreundegruppen als Tarnorganisationen an Stelle der verbotenen Partei- oder Gewerkschaftsgruppen gebildet, in denen die politische Arbeit, wenngleich mit hohem Risiko behaftet, fortgesetzt wurde.

Vom Erfurter Programm bis zur Parteispaltung im 1. Weltkrieg

Trotz Verfolgung und Unterdrückung hat die deutsche Sozialdemokratie während der zwölfjährigen Verbotszeit stetig Zulauf erhalten. Ihr Wahlanteil wuchs von 6,1 Prozent im Jahr 1881 auf 19,7 Prozent im Jahr 1890, womit sie die anderen Parteien hinter sich ließ. 1890 wurde das Sozialistengesetz aufgehoben. In diesem Zeitraum trat Bismarck von seinem Kanzleramt zurück. Danach stand die SPD stärker da als je zuvor. Seit der Verabschiedung des Gothaer Programms waren bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes schon fünfzehn Jahre vergangen. Nun brauchte die Partei ein neues Programm, um aktuelle wirtschaftliche und soziale Fragen zu lösen. 1891 wurde das Erfurter Programm verabschiedet. Das Erfurter Programm hat zwei wesentlich voneinander entfernte Teile, zum einen den theoretischen und zum anderen den

²⁶⁷ Vgl. Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.49-50.

²⁶⁸ Ebd., S.53.

praktisch-politischen. Diese Doppelpoligkeit wurde als „Widersprüchlichkeit“ nachgewiesen. In diesem Programm wurde der Marxismus erstmals offiziell als theoretische Grundlage festgelegt. Ihr erster und grundsätzlicher Teil wurde deutlich nach der marxistischen Theorie – sie stützt sich sogar wörtlich auf das „Kapital“ – formuliert. Darin wurde der Abgrund zwischen den Kapitalisten und den Proletariern sowie dessen Ursache im Lichte des Marxismus und das internationale Bewusstsein der Arbeiterklasse dargestellt und die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst als ihr Kampfziel beschrieben. Jedoch hat das Programm nicht klargestellt, wie die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst zustande kommen können, bevor es seine Forderungsschwerpunkte aufwarf.²⁶⁹ Im zweiten Teil des Programms wurden allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, die Volksbestimmung, Religionsrecht, Frauenrecht, freie Meinungsäußerung und soziale Wohlfahrt hinsichtlich der Abschaffung von Steuern, Unentgeltlichkeit des Unterrichts etc. als Forderungspunkte vorgesehen.²⁷⁰ In diesem Programm wurde sich nicht mit dem Verhältnis zwischen revolutionärer Zielsetzung und reformerischer Praxis auseinandergesetzt, was aber im Nachgang zur Parteispaltung führte. Nach der Unterdrückungspolitik durch das Sozialistengesetz kam dennoch theoretischer Streit innerhalb der Partei auf. Bei der Debatte ging es hauptsächlich darum, wie die sozialistische Endvision erreicht werden kann, nämlich ob man eine demokratische Reformarbeit auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung durchführen sollte oder ob man einen revolutionären Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung durchführen sollte. Sie fanden beide im Erfurter Programm ihren Platz. Aufgrund der Unklarheit und Doppelpoligkeit des Programms ließen sich die „Revolutionäre“ und die „Reformer“ in derselben Partei integrieren. Mit der Solidarität der Arbeiterschaft wurde die SPD die größte Fraktion im Reichstag. Mit der marxistischen Theorie verschärfte die SPD das Klassenbewusstsein und die Identität der Arbeiterschaft, sodass sie die Arbeiterbewegung und -organisationen mit Geschlossenheit fortführen und zugleich ihre dominierende Position im Reichstag mit ausreichenden Wählerstimmen aufrechterhalten konnte. Die radikalen Marxisten hatten keinen Grund, die durch die

²⁶⁹ Ebd., S.56.

²⁷⁰ Vgl. Erfurter Programme der SPD: <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>. Aufnahme am 06.07.2018.

demokratische Reformarbeit realisierten Forderungen zu verneinen, sondern verstanden sie als „Vorbereitung“ für eine zukünftige Revolution, solange die Revolutionschance noch nicht reif war. Die Reformisten brauchten jedoch die Unterstützung (vor allem die Wählerstimmen) der Radikalen, um die Reform durch den Reichstag zu realisieren.

Trotz des Erfurter Programms wurde die Routine-Debatte weitergeführt. Der Revisionismusstreit und die Massenstreikdebatte hatten zwar ihre offiziellen Urteile, jedoch war die Kontroverse noch nicht beendet. Ein offensiver Massenstreik wurde in der Regel abgelehnt. Allerdings ist der Vorbehalt eines defensiven Massenstreikes erlaubt. Obwohl die von Eduard Bernstein vertretene Reform-Idee im Dresdner Parteitag 1903 offiziell als Revisionismus verurteilt wurde, entwickelte sich dennoch die Reformpraxis durch die SPD weiter. Im Laufe der Debatten sammelte sich eine „Linke“ um Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Karl Liebknecht. Ludwig Frank und auch die Ideen Bernsteins vertraten das Konzept und die Vorstellung einer Reform. Hingegen blieb das breite Spektrum der Parteimitte und die praktische Reformarbeit mit dem Festhalten an einer populärmarxistischen Theorie verbunden. Sie verstanden „unter sozialer Revolution einen wirtschaftlich-politischen Umgestaltungsprozess, der sich ohne ihr direktes Zutun vollziehen würde.“²⁷¹

Die Niederlagen des 1. Weltkriegs und die Weimarer Republik

In der SPD wurde der 1. Weltkrieg vornehmlich vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der Industrialisierung und des Kapitalismus sowie der Entstehung des Imperialismus Anfang des 20. Jahrhunderts hinsichtlich ihrer Tendenz, Krieg „Ja“ oder „nein“, thematisiert. Bei der parlamentarischen Entscheidung über den Kriegskredit spitzte sich der Gegensatz zwischen der radikalen Linken und den demokratischen Parlamentariern zu, was zur Fraktions- und Parteispaltung führte. Am 6./7. April 1917 wurde die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland“ (USPD) ins Leben gerufen. In der USPD befanden sich nicht nur die radikalen Linken, sondern auch Vertreter der linken Parteimitte sowie pazifistisch eingestellte Revisionisten wie Bernstein und Eisner. Viele unter den hungernden,

²⁷¹ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.73.

verbitterten und kriegsmüden Massen setzten ihre Hoffnung auf die USPD, während die Mehrheit-SPD (MSPD) wegen der Parteispaltung ihren Einfluss unter den Arbeitern verlor. Jedoch verfügte sie noch über die Mehrheit der Parteiapparate und -presse, sodass sie trotz allen Ärgers noch immer die Traditionspartei darstellte, von der man nicht einfach zu einer neuen Partei überlief, während die USPD Zensur- und andere Repressionsmaßnahmen traf. Die radikale revolutionäre Linke schloss sich der um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gebildeten „Gruppe Internationale“ an. Sie wurde Ende 1918 zur Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Die restlichen USPD-Mitglieder schlossen sich wieder der Mutterpartei (MSPD) an.

Die Kriegsniederlage und die Novemberrevolution führten das Kaiserreich zum Zusammenbruch. Prinz Max von Baden übergab das Amt des Parteivorsitzenden der MSPD an Friedrich Ebert. Mittlerweile galt die SPD als vorläufige Regierungspartei Deutschlands. In dieser Übergangszeit zur einheitlichen Staatlichkeit begegneten der SPD zahlreiche Probleme: Trotz der Übernahme des Reichsapparates durch die SPD verbreitete sich auf Grund der Novemberrevolution Unruhe in den Regionen. Die KPD sprach nun immer mehr von Revolution und versuchte die Arbeiterklasse zu Streiks/Aufständen zu mobilisieren. Ebert wollte jedoch keinen blutigen, bolschewistischen, gewaltsamen Umsturz des vorhandenen Staates wie in Russland. Ein Räteresystem, wie die „Diktatur des Proletariats“, lehnten er und seine Anhänger deswegen ab. Stattdessen wollte er das sozialistische Ziel unter dem Rahmen eines demokratischen Verfassungsstaates und zwar „auf dem alten Fundament“ realisieren. Um die von ihnen gewünschte Republik durch Volksversammlungen ins Leben zu rufen und zu sichern, wirkte Ebert sogar mit dem Freikorps zusammen, wobei sie auch Aufstände der Arbeiter unterdrückten. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar 1919 von Freikorpsoldaten ermordet.²⁷² Auf diese Weise stand die SPD auf der Gegenseite der Arbeiterschaft, Gewerkschaft und der KPD und machte somit den Konservativeren des ehemaligen Reichs und dem Bürgertum Zugeständnisse. Außerdem musste die SPD in dieser Zeit auch für den Waffenstillstand des Krieges sorgen.

Trotz aller Schwierigkeiten wurde 1919 die Deutsche Republik in Weimar gegründet.

²⁷² Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.52.

Friedrich Ebert wurde am 11. Februar 1919 mit 277 von 379 Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt. Das Parlament berief Philipp Scheidemann zum Ministerpräsidenten. In der Weimarer Republik verfügte die MSPD über Macht. Ihre Programmforderungen ließen sich wiederfinden. Jedoch konnte sie ihr vorgesehene Programm in der Realität wegen des Widerstandes der Rechten nur schwer durchführen. Viel schlimmer war, dass Vertreter aus der MSPD den Versailler-Vertrag unterschrieben, was zum weiteren Elend der ganzen Nation aufgrund der enormen Kriegsschädigungen führte. Überdies wurde der SPD von den nationalistischen Konservativen und Patrioten der Vorwurf des Verrats gemacht. Die Gründung der Weimarer Republik brachte gar keine grundsätzliche Änderung der deutschen Gesellschaft, wie sie im ersten Teil des Erfurter Programms – Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst sowie jede Art von Ausbeutung – illustriert wurde. Die kapitalistische Ordnung wurde nicht tiefgreifend verändert. Die verhassten obrigkeitstaatlichen Eliten wurden auch nicht entschlossen ausgetauscht, obwohl die SPD sich um konkrete Reformarbeit für das allgemeine Wahlrecht, den achtstündigen Normalarbeitstag, Arbeitsschutzbestimmungen, Verordnungen über Tarifverträge, Koalitionsrechte und Erwerbslosenfürsorge bemühte,²⁷³ vieles davon galt aber wegen der schlechten wirtschaftlichen Konstellation nach dem Krieg nicht in der Praxis. Die Arbeiterklasse war von den politischen Unfähigkeiten der SPD²⁷⁴ enttäuscht. „Das trieb Teile der unteren Schichten in die Radikalität, trieb sie letzten Endes zu den Kommunisten.“²⁷⁵ Die SPD versuchte zunehmend den Initiator und Verteidiger der Verfassung und demokratischen Ordnung der Republik zu spielen²⁷⁶ und verlor dadurch aber allmählich ihr Klassenfundament. Auf ihrem Parteitag in Görlitz (1921) erklärte sich die SPD als Volkspartei und demokratische Staatspartei. Die Angestellten spielten innerhalb der sozialdemokratischen Wählerschaft sogar eine wichtigere Rolle als die Arbeiter. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 teilten sich die Stimmen in 24 Prozent aus der ersten Gruppe und 22 Prozent aus der zweiten Gruppe. In diesem Jahr kamen die SPD und KPD auf einen gleich großen Wähleranteil in der Arbeiterschaft. „Die Partei der Arbeiterklasse war die SPD gegen Ende der Weimarer

²⁷³ SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: Sozialdemokratie in Deutschland – Bilddokumentation zur Geschichte der SPD. Braunschweig-druck GmbH, S.51.

²⁷⁴ Vgl. Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.57ff.

²⁷⁵ Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.52.

²⁷⁶ SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: Sozialdemokratie in Deutschland – Bilddokumentation zur Geschichte der SPD. Braunschweig-druck GmbH, S.56.

Republik schon längst nicht mehr.²⁷⁷ Allerdings konnte die SPD in so einer kurzen Zeit nur schwierig Milieugrenzen abbauen, Ängste nehmen und Vorurteile überwinden, um Zustimmung zu ihrem Selbstverständnis als Volkspartei zu bekommen.²⁷⁸ Dieser politische Leitfaden führte jedoch dazu, dass viele ihrer Wählerstimmen zu ihrem starken linken Konkurrenten KPD sowie den nationalistischen Parteien des rechten Flügels flossen. Darüber hinaus führte der Leitfaden dazu, dass der Aufstieg des Nationalismus wegen der fehlenden Konfrontation und des fehlenden Ansatzes der Arbeiterbewegung nicht aufgehalten werden konnte. Nach dem Tod des Gründungsvaters der Weimarer Republik, Friedrich Ebert, verlor die SPD weiter an Macht. Aus der neuen Wirtschaftskrise resultierten viele mit der Obrigkeit Unzufriedene, welche sich mit ihren Hoffnungen an die Kommunisten und Nationalisten wandten. Seit Ende der zwanziger Jahre tauchte ein erbitterter und hasserfüllter Streit zwischen der SPD und KPD auf, da die KPD die SPD als „Noskisten“²⁷⁹, „Opportunisten“, „Marionetten der Bourgeoisie“ oder „Bonzen“, später als „Sozialfaschisten“ bezeichnete und die SPD die KPD als Gefahr für die Demokratie und Verfassung benannte. Auf der anderen Seite kamen die Nationalisten an die Macht. Der ehemalige Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg wurde nach Friedrich Ebert als zweiter Reichspräsident gewählt, da die SPD nicht genügend Wählerstimmen bekam, um ihren Kandidaten einzusetzen. Die SPD konnte ihre Politik im Rahmen der großen Koalition auch nur schwierig durchführen. Die Große Koalition unter Hermann Müller, und zwar die letzte verfassungsmäßige Regierung, war auseinandergebrochen, da ein Kompromiss nicht erreichbar war. Dann berief Hindenburg eine neue Regierung, die nicht mehr auf der Bahn der Verfassung und der demokratischen Ordnung lief, sondern mit Sondervollmachten von der Rechten dominiert wurde. Die Merkmale des neuen Kabinetts waren klar: „1. Antiparlamentarisch, ohne die üblichen Koalitionsverhandlungen, 2. ‚antimarxistisch‘, um den sozialdemokratischen Einfluss auszuschalten.“²⁸⁰ Davon profitierten die Nationalsozialisten viel. „Sie schnellten von 12 auf 107 Mandate.“²⁸¹ In dieser Zeitspanne

²⁷⁷ Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.70.

²⁷⁸ Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.70.

²⁷⁹ Das Freikorps hat 1919 unter Gustav Noskes (SPD) Befehl den Spartakusaufstand in Berlin unterdrückt und die Führer(In) der KPD Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet. In der Übergangszeit war er Volksbeauftragter für Heer und Marine.

²⁸⁰ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.127-130.

²⁸¹ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl.

ernannte Hindenburg nacheinander Heinrich Brüning sowie Franz von Papen als Kanzler, die zu den Konservativen gehörten. Am 30. Januar 1933 gab der Ex-Feldmarschall der Regierung unter Adolf Hitler eine Parole mit auf dem Weg: „Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott“.²⁸² Hitler führte dann den Staat mithilfe seiner faschistischen, kriminellen und antiparlamentarischen Maßnahmen in die nationalsozialistische Diktatur. Er ließ das „Ermächtigungsgesetz“ durch Zwang verabschieden, um sich zu „legitimieren“. Das bedeutete für die SPD, dass das parlamentarische Mittel zur Bekämpfung der Nazis scheiterte und dass es auch zu spät war, außerparlamentarische Mittel anzuwenden.

Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus

Nachdem die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Reich am 22. Juni 1933 vom Innenminister Frick verboten wurde, konnte die SPD mit dem Ende jeglicher Form legaler Parteiarbeit in Deutschland nur auf dem Weg in den Untergrund oder ins Exil überleben.²⁸³ Die Sozialdemokratie wurde nun durch die neuen Machthaber total verfolgt. Obwohl Widerstandsgruppen im Untergrund sofort gebildet wurden, wurde der größte Teil von ihnen von der Gestapo bis Mitte der dreißiger Jahre zerschlagen. Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen, Gewerkschafter und Bürgerliche standen im Kampf gegen Hitler zusammen. Die SPD zog in ihren Exil-Sitz in Prag um. Im „Prager Manifest“ der SOPADE (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) wurde die revolutionäre Komponente des Kampfes gegen Hitler beschworen. Dort versöhnten sich alle Strömungen, die vorher unterschiedliche Routine über den Sozialismus festhielten und wirkten vor allem mit revolutionärem Charakter gegen die Nazis zusammen. Die Nazis führten in Deutschland eine grausame Terrorherrschaft gegen Minderheiten und ihre Gegner. Diese wurden ermordet, in Konzentrationslager geschickt, misshandelt oder zum Exil gezwungen. Gemäß einer Gestapo-Statistik vom 10. April 1939 betrug die Anzahl der politischen Häftlinge genau 302562. „Man darf ohne Zweifel annehmen, dass bis zum Jahre 1939 die meisten dieser politischen Gefangenen der Arbeiterbewegung

– Bonn: Dietz, S.131.

²⁸² Zitiert nach Theodor Duesterberg, *Der Stahlhelm und Hitler*, Wolfenbüttel-Hannover 1949, S. 41.

²⁸³ SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: *Sozialdemokratie in Deutschland – Bilddokumentation zur Geschichte der SPD*. Braunschweig-druck GmbH, S.66.

angehörten.“²⁸⁴ Im Untergrund war eine Minderheit der Sozialdemokraten in Tarnorganisationen und illegal weitergeführten Partei- oder Reichsbannerstrukturen aktiv.²⁸⁵

Nachkriegszeit und Wiederaufbau der SPD

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die Exil-Demokraten nach Deutschland zurück. Sie fingen sofort in Verbindung mit den nicht von der Nazi-Diktatur vernichteten alten Mitgliedern damit an, die Parteiorganisation wiederaufzubauen. Die Demokraten, die die Nazi-Unterdrückung erlebt hatten, beharrten nicht mehr auf den ideologischen Fragen, sondern sie konzentrierten sich auf die Praxis. Der Wiederaufbau der zentralen und lokalen Parteiorganisation sowie der Wiederaufbau der Nachkriegsstaatsordnung waren die Aufgaben. Die Parteiorganisationen wuchsen rasch. Die Mitgliederzahl in den Westzonen stieg 1946 auf 700 000. Über 8000 demokratische Ortsvereine sind aufgebaut worden. In Vergleich mit 1931 ist diese Zahl um fast 3000 gewachsen.²⁸⁶ Der neue Parteiführer Kurt Schumacher prägte die SPD allerdings in anderer Weise als seine Weimarer Vorgänger. Er lehnte es ab, mit der KPD gemeinsam in Wahllisten zu stehen, weil er glaubte, dass die KPD direkt von der Sowjetischen Union (Kommunistischen Internationale) kontrolliert werde und insbesondere von dem Stalinismus beeinflusst werde, so dass ihr politische Freiheit und Unabhängigkeit fehlten. Er lehnte dennoch nicht grundsätzlich ab, mit den deutschen Kommunisten zusammenzuarbeiten, insbesondere zum Thema der deutschen Wiedervereinigung und der Arbeiterbewegung.²⁸⁷ Schumachers Ideen haben mehrere Ursprünge. Dazu zählen der Marxismus, gemäß dessen Theorien und Gedankengut Schumacher häufig seine Deutung gesellschaftlicher Phänomene, seine Gesellschaftskritik und seine Konzeption über den Standort seiner Partei im historischen Prozess formuliert, und Lassalles Staatsbejahung samt freiheitlicher Demokratie und seine persönliche Erfahrung: der Erste und Zweite Weltkrieg, die zusammengebrochene Weimarer

²⁸⁴ SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: Sozialdemokratie in Deutschland – Bilddokumentation zur Geschichte der SPD. Braunschweig-druck GmbH, S.69.

²⁸⁵ Vgl. Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.149.

²⁸⁶ Ebd., S.177.

²⁸⁷ Vgl. Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.177f.

Republik und die Zertrümmerung des Deutschen Reichs unter Hitler.²⁸⁸ Obwohl Schumacher auch als militant kritisiert wird, wird „seine einzigartige Position in der Organisation fast von niemandem ernsthaft bestritten.“²⁸⁹ Durch die Kraft seiner Persönlichkeit und sein großes Ansehen werden Schumachers Opponenten zurückgedrängt. Auf diese Weise wird die SPD dominierend von Schumachers Ideen geprägt.²⁹⁰ Jedoch erhält Schumacher mit seinen begeisternden öffentlichen Reden zwar Applaus, dennoch erzielt seine Partei keinen Erfolg gegenüber ihren Konkurrenten CDU/CSU mit deren Unterstützern. Die Ursachen liegen darin:

1. Aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit fürchteten sich die Wähler vor der Sozialisierung und Nationalbewusstsein, welche Schumacher damals predigte und befürwortete.
2. Die Westbesatzungsmächte unterstützten die Unionspartei, während sie die SPD hemmten.
3. Die von der Unionspartei aufgeworfene Überlebensstrategie mit Schwerpunkt der Produktionseffizienz war attraktiver für die hungernden Wähler in den Ruinen, als die von der SPD in Aussicht gestellte Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit. Auf Basis des Erfolgs der Währungsreform und der Erhard'schen Wirtschaftspolitik gewann die Unionspartei immer mehr Wähler, während es bei der SPD, welche die Erhard'sche Politik verneinte, zur kontinuierlichen Wahniederlage kam. Trotz der Wahniederlage beharrte Schumacher auf seinen Leitideen über Sozialisierung und Wiedervereinigung, statt den neuen Entwicklungsfaden und die geänderte Verwaltungsstruktur anzunehmen. Er entschied, seine Partei zur „konstruktiven Opposition“ zu führen.²⁹¹ Als die größte Oppositionspartei förderte die SPD trotz ihrer Abwesenheit in der Regierung das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Parlamentarismus und setzte auch ihre Sozialpolitik teilweise um.

Reform und Godesberger Programm

Mit der Oppositionspolitik waren nicht alle Sozialdemokraten zufrieden. Allerdings ließen sich innerparteiliche Meinungen für eine Reform wegen Schumachers Autorität nur selten

²⁸⁸ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.183.

²⁸⁹ Ebd., S.185.

²⁹⁰ Vgl. Ebd.

²⁹¹ Ebd., S.189-194.

äußern.²⁹² Inzwischen trat ein Mitgliederverlust in Erscheinung.²⁹³ Nach dem Tod Schumachers wurde Erich Ollenhauer mit seiner Treue ohne Zweifel zu dem neuen Parteivorsitzenden gewählt. Er wollte Schumachers Kurs zwar weiterführen, spielte allerdings viel mehr eine Rolle als wichtiger Versöhner im innerparteilichen Konflikt. Ihm als ehemaligen Funktionär der Arbeiterjugend fehlte jener Charakter Schumachers, wie etwa die persönliche Ausstrahlung, Radikalität, Agitationsfähigkeit und offensive Rhetorik.²⁹⁴ Aus diesem Grund hielt er die Parteiorganisation zwar aufrecht und ließ die Mitgliederzahl wachsen, konnte aber in Wahlkampagnen die Wähler nicht motivieren und begeistern. Kontinuierliche Wahlniederlagen erschütterten die SPD. Immer mehr Stimmen für eine Reform wurden geäußert. Heftige Debatten wurden darüber hinaus innerhalb der Partei geführt.²⁹⁵ Bei der Unruhe innerhalb der Partei seit 1953 ging es um die Bewältigung der Parteivergangenheit. Die Notwendigkeit, ideologischen „Ballast abzuwerfen“, wurde zum Ausdruck gebracht.²⁹⁶ Zu dem Ballast „gehörten die Parteisymbole und -gepflogenheiten: die rote Fahne, die Anrede ‚Genosse‘, das parteiübliche Duzen; über diese Äußerlichkeiten hinaus aber auch der Gesamtkomplex der bewusstseinsprägenden Rolle des Marxismus“.²⁹⁷ Allerdings betrachteten die alten Mitglieder diesen „Ballast“ gerade als hochwertig. Für sie galt all dies als der Geist und Stolz der Arbeiterbewegung, die Identität der Sozialdemokratie und die mit vielen Emotionen und Leidenschaft verbundene Tradition, teilweise sogar als Lebensstil.²⁹⁸ Aber für die Wähler, denen die Arbeiterbewegung keine Heimat war, waren diese fremd und nicht attraktiv. In den 1950er Jahren wurde die politische und wirtschaftliche Grundordnung (West-)Deutschlands unter dem Einfluss der Westbesatzungsmächte gestaltet und stabilisiert.²⁹⁹ Der Kalte Krieg und die Atomkrise wurde in diesem Stadium politisch thematisiert.³⁰⁰ Eine

²⁹² Ebd., 185.

²⁹³ Niedermayer, Oskar, Parteimitglieder in Deutschland, 2017. (<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT17-NEU.pdf>.) 22,10,2018.

²⁹⁴ Vgl. Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.127-131.

²⁹⁵ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.208.

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ Vgl. Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.135-137.

²⁹⁹ Vgl. Brauns, Hans Jochen/Jaeggi, Urs/Kisker, Klaus Peter/Zerdick, Axel/Zimmermann, Burkhard 1976: SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S.25-31.

³⁰⁰ SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: Sozialdemokratie in Deutschland – Bilddokumentation zur Geschichte der SPD. Braunschweig-druck GmbH, S.84f.

Deutsche Wiedervereinigung hatte in dieser Zeit keine Aussicht. Der Stimmenanteil der CDU/CSU in der Bundestagswahl wuchs seit 1949 heftig, während der der SPD nur relativ langsam, aber beständig wuchs. Die CDU/CSU schaffte im Jahr 1957 sogar die absolute Mehrheit (50.2%). Diese neue Gesellschaftsentwicklung hat Karl Marx vor Jahrzehnten nicht vorausgesehen. Die Ideen und Hoffnungen sowohl von Marx als auch von Schumacher wurden herausgefordert. All dies drängte die SPD auf den Weg der Reform zu gehen. Die Reformbefürwortenden wie Willy Brandt und Herbert Wehner wurden immer mehr auf die wichtigsten Positionen der Parteiorganisation gewählt und die Parteikonservative wie zum Beispiel der Pressechef der SPD, Fritz Heine, wurden zur Seite gedrängt.³⁰¹ Herbert Wehner, der eine sehr starke Ausstrahlung zeigte, trat allmählich als der echte (Fraktions-)Führer der SPD in Erscheinung, während Ollenhauer noch bis zu seinem Tod Parteivorsitzender blieb. Die Partei nominierte Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten, der fernsehpopulär und charismatisch war, obgleich er aber auch als zu „amerikafreundlich“ galt und „zu sehr für eine Große Koalition mit den verhassten Bürgerlichen“ stehe. Außer der Änderung von Persönlichkeiten erarbeitete sich die Partei ein neues Grundsatzzprogramm über mehrere Jahre. Das Godesberger Programm ließ sich dann 1959 trotz Kontroverse fast mit Konsens verabschieden. In diesem Programm werden die Kirchen anerkannt und wird der Marxismus als ihre Leitideen verlassen. Die SPD öffnete sich für die Ideologie von verschiedenen Denkrichtungen und Religionen sowie entschied, die Außenpolitik und die Soziale Marktwirtschaft anzupassen.³⁰² Sie hat auf eine zentrale Forderung – die Verstaatlichung der Produktionsmittel – verzichtet.³⁰³ Nach der Verabschiedung des Godesberger Programms zog die SPD ihre Konkurrentin Unionspartei 1961 von der „absoluter Mehrheit“ herunter. 1966 kam die SPD in die Große Koalition mit der CDU/CSU. 1969 wurde sie mit Hilfe einer Koalition mit der FDP zur Regierungspartei. Willy Brandt wurde Bundeskanzler. In der Bundestagswahl 1972 überholte die SPD zum ersten Mal ihre starke Konkurrentin Unionspartei. In dieser Zeit bewies die SPD im Bundestag und in der Bundesregierung ihre starke Position, wie nie vor der Reform. In den nächsten drei Jahrzehnten

³⁰¹ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. -8, aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.209ff.

³⁰² Vgl. Godesberger Programm:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf.
21.07.17.

³⁰³ Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.145-148.

spielte die SPD eine genauso wichtige Rolle wie die Unionspartei in der politischen Praxis der Bundesrepublik Deutschlands.

Agenda-Politik und Parteispaltung

„In der Mediengesellschaft kam es nicht mehr auf Organisations-, sondern auf Kommunikationstalent an [...]“³⁰⁴ Als der neue Führer der SPD aus der „Enkelgeneration“ hat Oskar Lafontaine diese neue Regel gelernt und ausgenutzt. Mit der Strategie der Modernisierung wurde er populär unter den Mittelschichten und jungen Leuten. Unglücklicherweise brachte die deutsche Vereinigung 1990 seiner Attraktivität keinen Gewinn, da diese ihm keinen Bonus brachte, wie bei seiner Konkurrentin, der Unionspartei. Bei der Bundestagswahl 1990 erzielte die SPD mit Lafontaine als Spitzenkandidat nur 33,5 Prozent der Stimmen, das schlechteste Ergebnis seit 1957. Bei der Bundestagswahl 1994 war die SPD aufgrund des Zurücktreten ihres Kanzlerkandidaten Engholm trotz der neuen drei Kandidaten Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder immer noch erfolglos. „Erschwerend kam hinzu, dass sich die Gesellschaft nicht – wie es noch in den sechziger Jahren schien – arbeitnehmerisch homogenisiert, sondern pluralisiert und ausdifferenziert hatte.“³⁰⁵ Seit den 1980er Jahren schloss die SPD ein zu breites Spektrum von Haltungen und Einstellungen in der eigenen Wählerschaft ein, was einerseits die SPD attraktiv für verschiedene Sozialgruppen machte, aber andererseits mehr Potenzial für innerparteiliche Konflikte bot. In der Bundestagswahl 1998 ging die SPD allerdings aufgrund ihrer Zweiführer-Strategie (durch Lafontaine und Schröder) allmählich auf einen Spaltungsweg. Bis 1998 stieg die Arbeitslosenzahl. In der Wahlkampagne sprach sich Lafontaine für die Sozialpolitik aus und gleichzeitig zielte Schröder hauptsächlich auf die Unzufriedenheit der Wähler gegenüber den vergangenen Jahren unter Helmut Kohl, damit die SPD sowohl neue Wähler aus der politischen Mitte, als auch traditionelle SPD-Wähler gewinnt.³⁰⁶ Konsequenterweise erzielte die SPD 40,9 Prozent der Wählerstimmen – während die Unionspartei 35,1 Prozent erhielt – und übernahm sechzehn

³⁰⁴ Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Rowohlt Taschenbuch Verl., S.208.

³⁰⁵ Ebd., S225.

³⁰⁶ <http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62559/bundestagswahlen-1949-2009> 22.07.2017.

Jahre nach Schmidt gemeinsam mit B90/Grüne wieder die Regierung.³⁰⁷ Das Rot-Grün-Kabinett konnte jedoch die Wirtschaftsstagnation in den folgenden Jahren nicht wesentlich verbessern. Anders als zuvor in ihrer langen Geschichte wirkte die SPD weniger links und stärker regierungsamtlich. Schröder förderte den Sozialabbau und trotz allem Widerstand die Reform „Agenda 2010“, was von der linken Tradition der SPD in all ihrer Vergangenheit abwich. Mitglieder um Lafontaine traten aus der SPD aus und gründeten den Verein *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* (WASG) sowie vereinigten sich 2007 mit der *Linkspartei.PDS* zur neuen Partei Die Linke. Die SPD unter Gerhard Schröder führte dennoch ihre Agenda-Politik mit ihrer (Groß-)Koalitionspartnerin die Unionspartei weiter durch.

3.3.2 Wandel der SPD nach Evolutionsmustern

Im letzten Kapitel wurde die gesamte SPD-Geschichte mit ihren allerwichtigsten Wendepunkten beschrieben. Wenn nicht zu kurz oder zu grob, ließen sich fruchtbare empirische Materialien am Beispiel der SPD anschaulich und narrativ vorstellen. In den folgenden Kapiteln wird dieses Material nach Evolutionsmustern durch EI-Kategorien analysiert, damit man erkennen kann, wie die Wandlungen der SPD im Licht des Evolutorischen Institutionalismus aussehen und zwar wie der Evolutorische Institutionalismus die Geschichte der SPD beschreibt und erklärt.

3.3.2.1 Generationswechsel

Der Generationswechsel spielt eine unentbehrliche Rolle in der Institutionenevolution. Insbesondere der Generationswechsel der Parteiführung kann auf ihre Partei einen auffälligen Einfluss haben. Die SPD-Geschichte lässt sich an vielen Stellen durch dieses Verlaufsmuster beschreiben und erklären.

Seitdem Karl Marx das „Manifest der Kommunistischen Partei“ veröffentlicht hatte, ist die deutsche Arbeiterbewegung zunächst aufgestiegen und die Arbeiterorganisationen haben sich

³⁰⁷ Ebd.

rasch entwickelt. Der Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Ferdinand Lassalle betrachtete sich als Nachfolger von Marx, da er einmal persönlichen Kontakt mit ihm hatte. Dessen Ideen der Arbeiterbewegung wurden teilweise von Karl Marx beeinflusst. Er hat seine Ideen allerdings nicht völlig übernommen, sondern seine eigene biographische Prägung beibehalten, bei der es sich viel um den „Utopischen Sozialismus“ handelt, weil er bei seinem Studium stark von Hegel beeinflusst wurde.³⁰⁸ Das weicht aber stark vom Marxismus ab. Anstatt die Klassenherrschaft, die kapitalistischen produktiven Verhältnisse und die Ausbeutung abzuschaffen, interessierte sich Lassalle viel mehr dafür, zum einen die Interessen der Arbeiterschaft zu fördern, was obendrein auf die genossenschaftliche Verbrüderung der Gesellen zurückzuführen ist, und zum anderen das allgemeine Wahlrecht innerhalb Preußens zu fördern, was etwa der Hegelschen positiven Staatsvorstellung entspricht. Dieses Mem von Lassalle wurde zwar von Marx hart kritisiert, trotzdem hat es überlebt. An dieser Stelle unterschieden sich die Lassalleaner von den Eisenachern. Die Retention seines Mem stellt die Folge seiner Fitness unter internen und externen Selektionsbedingungen dar. Von innen lässt sich dieses Mem günstig reproduzieren, da Lassalle sich durch starke charismatische Ausstrahlung und Agitationsbegabung auszeichnet. Daraus konnte er viele Anhänger an sich anziehen. Dieses Mem bestätigt außerdem von innen die Tradition der ehemaligen Gesellenbewegung, so dass es leicht von den in der Arbeiterbewegung Anwesenden akzeptiert wurde; andererseits hat sich diese memetische Struktur an die damalige Nische angepasst.

Einer der Gründe des Zusammenschlusses von ADAV und SDAP liegt auch in dem Generationswechsel. Der ehemalige Präsident des ADAV Schweizer, welcher seit langem eher mit dem SDAP konkurrierte als zusammenwirkte, ist aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. Die Einigung der zwei Parteien kommt im Wesentlichen nicht dadurch zustand, dass jeder der beiden sich völlig aufgab und der anderen Partei beitrug, sondern dass sie einander entgegenkamen und sich vereinigten. Sowohl das Gothaer Programm als auch das Erfurter Programm haben sich als Rekombination von Memen der beiden Parteien erwiesen. Sie konnten jedoch nicht langfristig miteinander kompatibel sein. Karl Marx hat in der „Kritik des Gothaer Programms“ dessen innere Paradoxie sehr scharf verurteilt. Die interne Instabilität

³⁰⁸ Friederici, Hans Jürgen 1985: Ferdinand Lassalle – eine politische Biographie, Berlin: Dietz, 1985, S.16-25.

sowie Inkompatibilität von Memen aus den beiden ehemaligen Parteien führte dazu, dass der linke Flügel der SPD sich um den 1. Weltkrieg abgespalten hat. Auf Seite der SDAP, und zwar der Eisenacher, waren August Bebel und Wilhelm Liebknecht Anhänger des Marxismus gewesen, die trotzdem auch mit eigenen biographischen Prägungen wirkten, obwohl sie den Marxismus zum großen Teil geerbt hatten. Daher konnten sie den harten Kern des Marxismus nicht erfassen, bei dem es um die internationale Assoziation und proletarische Revolution ging, womit sie den Lassalleanern bei der Parteivereinigung mit „übergroßem“ Kompromiss entgegengekommen sind. In Folge dessen wurde das Gothaer Programm verabschiedet, obwohl es an vielen Stellen von den marxistischen Ideen abgewichen war, ihnen sogar widersprach. Auf Grund dessen hat Marx besonders in der „Kritik des Gothaer Programms“ erklärt, dass er mit dem Programm nichts zu tun hatte.³⁰⁹ Auf Basis der vorherigen Analyse lässt sich feststellen, dass die Konstruktion des ADAV, die Zusammenschließung der beiden Parteien mit dem Gothaer Programm, zumindest aus unzuverlässigen memetischen Reproduktionen bei einem Generationswechsel resultieren. Lassalle tradiert Marxsche Meme weder komplett noch ausschließlich, sondern er kombiniert sie mit seiner eigenen biografischen Prägung, zumindest mit Hegelscher Utopischer Staatsvorstellung und der Gesellentradition.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes tauchen vornehmlich die Meme der Reform auf. Der Revisionismus wurde zwar innerhalb der Partei offiziell verurteilt, jedoch ließ sich die Reformarbeit in der Praxis durchführen. Im Erfurter Programm kann man schon eine memetische Rekombination von Reform und Umsturz sehen. Diese memetische Variation ergibt sich freilich aus einer unzuverlässigen memetischen Reproduktion (des Marxismus). Die Reformisten verstanden unter der proletarischen Revolution etwas wesentlich anderes, als was Karl Marx vor Jahrzehnten gemeint hat. Das neue Verständnis über die Revolution – etwa eine Revolution ohne gewaltsamen Umsturz – entsteht wegen der veränderten biographischen Prägung der Mitglieder, was sich nach dem Tod von Karl Marx insbesondere während der Verbotszeit herausgebildet. Dieses neue revolutionäre Verständnis hat die SPD-Mehrheit in der nachfolgenden Zeit geprägt. Die praktizierten Leitideen der demokratischen Reform wurden wegen des 1. Weltkriegs und der Ausrufung der Weimarer Republik offiziell mit

³⁰⁹ <https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/kritik-gothaer-programm.pdf>. 22.07.2017.

Geltungsansprüchen festgelegt. Das verursachte die Parteisplaltung, bei der die Linksflügel, die an der radikal marxistischen revolutionären Lehre festhielten, aus ihrer Mutterpartei austraten. Reform oder Umsturz? Diese zwei im Erfurter Programm integrierten Meme waren wegen des Sozialwandels (Nischenwandels) nicht mehr kompatibel.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die wiederaufgebaute SPD unter Kurt Schumacher auch etwas – sogar wesentlich – anders geprägt. Kurt Schumacher war selbst durch die Erfahrung beider Weltkriege, der erfolglosen Weimarer Republik sowie den Kampf gegen die Nazis geprägt. Man darf sich vorstellen, dass nicht nur Kurt Schumacher persönlich, sondern seine ganze Generation, dadurch geprägt wurde. Die Sozialdemokraten in Schumachers Ära lassen sich als militant und radikal charakterisieren, ebenso wie Schumacher selbst. Trotz Bundestagswahl Niederlagen in der Bundesrepublik bestehen sie auf ihrer Sozialisierungspolitik, statt sich an die von der Unionspartei mit Hilfe der Westbesatzungsmächte konstruierte soziale Marktwirtschafts- und außenpolitische Ordnung anzupassen. Sie bestimmten ihre Partei zur „konstruktiven Opposition“. Das hätten ihre Weimarer Vorgänger nie gemacht. Innerhalb der SPD gab es doch auch Schumachers Opponenten, obwohl sie wegen Schumachers Autorität selten ihre Reformideen aussprechen konnten. Ihre Meme bleiben damals nur noch als Memotyp, lassen sich aber nach Schumachers Tod allmählich aussprechen. Obwohl Schumachers Nachfolger, der „treue“ Erich Ollenhauer, Schumachers politischen Leitfaden ohne Abweichung weiterführen wollte, hat er jedoch vor den kontinuierlichen Wahl Niederlagen und immer heftigerem innerparteilichen Konflikt die Richtung angepasst und die Parteireform mit zustande gebracht. Wäre Ollenhauer wie Schumacher mit jenem radikalen Sinn und Agitationsfähigkeit geprägt, ließe sich die Parteireform in der damaligen Zeit kaum realisieren.

Nach der Reform kommen immer mehr junge Mitglieder zur Macht. Für viele junge Mitglieder war die Arbeiterbewegung keine Heimat. Sie hatten ohne Zweifel andere biografische Prägungen als die alte Generation, da sie meistens in der Nachkriegszeit aufgewachsen sind. Marxismus und Arbeiterbewegung sind für sie fremd und abstrakt, während von Anfang an das durch die Unionspartei und die Besatzungsmächte konstruierte System für sie normal ist. Sie genossen den wirtschaftlichen Aufstieg. In ihrer biographischen Prägung gibt es mehr jenen modernen Sinn. Die „Enkel“ führen ihre Partei mit ihrer veränderten persönlichen

biografischen Prägung endlich zu der ideologischen Mitte. Sie verlassen sogar an mancher Stelle ihre basale linke Tradition, wie bei Reform der „Agenda 2010“.

Zusammenfassung

Nach der Abschaffung des Sozialistengesetzes trat der Revisionismus in den Vordergrund, bei dem Bernstein als Vertreter wirkte. Weitere Reformisten nach ihm waren z. B. Befürworter für den 1. Weltkrieg, Kurt Schumacher, der nach dem 2. Weltkrieg eine klare Grenze zur KPD gezogen hat und sich für die „konstruktive Opposition“ entschieden hat, die Reformer wie Willy Brandt, die nach dem Tod Schumachers das Godesberger Programm formulierten und Gerhard Schröder, der nach der Wahl zum Bundeskanzler die Agenda 2010 förderte. Alle diese Persönlichkeiten bewiesen, dass der Marxismus als Mem auf Grund der unzuverlässigen Reproduktion bei einem Generationswechsel in Form von Mutation und Rekombination mit fremden Memen Variationen generiert hat. Die überlebten Variationen haben sich erneuert und weitere Variationen generiert, bis die SPD den Marxismus als ihre Leitidee verließ und sogar Schröders Agenda-Politik auf einem anderen Weg als der sozialistischen linken Tradition gegangen ist. Zu betrachten ist, dass nicht alle institutionellen Nachfolger die neue Variante annahmen und die alte Variante verließen, und dass nicht jede der obengenannten Variationen sich beibehalten ließ und als Phänotyp umgesetzt werden konnte. Beispielsweise wurde der Revisionismus von Bernstein seiner Zeit verurteilt. Ein anderes nennenswertes Beispiel ist das Verhalten des linken Flügels der SPD vor und während des 1. Weltkrieges, dieser hatte im Gegensatz zu den Kriegsbefürwortern innerhalb der SPD den Kriegskredit (im 1. Weltkrieg) abgelehnt, indem er sich von der Mutterpartei abspaltete und die USPD sowie später die KPD gründete. Während einer Übergangszeit nach dem 1. Weltkrieg konnten die Reformisten und die Revolutionäre nicht mehr mit einander übereinstimmen, in Folge dessen wurde die KPD gegründet. Aber die Räte-Herrschaften konnten nicht überleben. Dahingegen wurden die Meme u.a. von Friedrich Ebert über die Weimarer Republik in eine praktizierte Form umgesetzt. Nach dem 2. Weltkrieg existierte die KPD, die auf Grund ihrer Beziehung zu der Kommunistischen Internationale von Schumachers SPD abgegrenzt wurde, unabhängig von der SPD bis sie vom Verfassungsgericht verboten wurde. Die Kritiker an der „Konstruktiven Opposition“ wurden zu Reformern nach dem Tod Schumachers. Lafontaine, der Schröders Agenda-Politik nicht

akzeptierte, versammelte alte Genossen um sich und hat die Linke mitgegründet. Daraus kann man erkennen, dass sich manche Varianten in einer parallelen Retention befinden konnten, weil sie sich jeweils an die Nische angepasst haben und nicht in die evolutionäre Sackgasse geraten sind.

3.3.2.2 Institutionelle Krise und ihre Restabilisierung durch Nischenanpassung und institutionelles Lernen

Es gibt ziemlich viele Beispiele der institutionellen Krise und ihrer Restabilisierung in der SPD-Geschichte. Die Vereinigung von ADAV und SDAP soll der Restabilisierung der in die Krise geratenen Institution zugeschrieben werden, wobei deren Hintergrund zu den institutionellen Krisen gehört. In diesem Fall besteht die Krise darin, dass die beiden Parteien wegen der Reichsgründung mit einer starken Unterdrückung und Reaktion des Reichs konfrontiert waren, wonach es nicht mehr möglich war, jeweils mit eigener Kraft ihre Ziele zu erreichen: Der ADAV ging ursprünglich davon aus, gegen das Bürgertum zu wirken, auf Grund dessen sie sich nicht fürchteten, in der Bismarckschen Vorherrschaft mitzuwirken, um die genossenschaftlichen Interessen der preußischen Arbeiterschaft und das allgemeine Wahlrecht zu fördern. Diese Leitidee ist vor der Reichsgründung an die Nische angepasst, weil er auf ausreichende Ressourcen (Unterstützung) aus der Arbeiterschaft zurückgreifen konnte. Allerdings reichten diese Ressourcen nicht mehr aus, um für ein allgemeines Wahlrecht und die genossenschaftlichen Interessen zu ringen; auf der anderen Seite kämpften die Eisenacher eher durch Revolution mit der internationalen Arbeiterassoziation und mit dem mitwirkenden Bürgertum gegen die Monarchie, um die Klassenherrschaft, das kapitalistische Produktionsverhältnis und endlich die Klassengesellschaften der ganzen Welt abzuschaffen. Nach der Reichsgründung schien der Umsturz des autokratischen Systems durch eine Revolution des Proletariats nicht mehr möglich zu sein. Anders formuliert, verfügt sie nicht über ausreichende revolutionäre Ressourcen angesichts des starken Reichs, um die revolutionäre Funktion zu erfüllen. So ist sie ebenfalls in die Krise geraten. Die Anpassungslücken an die Nische führten die beiden Parteien zu Existenzproblemen. Wenn man

ihre Nische analysiert, kann man erkennen, dass die beiden Parteien dieselben Ressourcen, nämlich die Ressourcen der Arbeiterschaft, benötigten. In diesem Sinne waren sie gegenseitig Ressourcenkonkurrenten. Die beiden Parteien konnten nur deswegen vor der Reichsgründung gleichzeitig existieren, weil sie jeweils trotz verschiedener Leitideen ihre benötigten Ressourcen ausreichend von der Arbeiterschaft bekommen konnten, und gleichzeitig sie die von der Arbeiterschaft nachgefragten Funktionen erfüllen konnten, und zwar ihre politischen Meinungen und Interessen zu vertreten, integrieren und artikulieren. Die beiden konnten schon durch die Arbeiterbewegung und -organisation gewisser Massen die Interessen der Arbeiter – wie etwa Arbeitsversicherung und festgelegte Arbeitszeit etc. – fördern. Außerdem waren sie mit einem anderen Nischenakteur konfrontiert, nämlich der monarchischen Herrschaft. Obgleich sie mit dieser zusammenwirken oder ihr entgegenwirken wollten, schien die damalige Lage für beide Parteien ausbalanciert zu sein. Der ausbalancierte Nischenzustand wurde dennoch nach der Reichsgründung unterbrochen. Der Nischenwandel wegen der Reichsgründung ließ die beiden Parteien in eine Krise geraten, in der die memetische sowie die funktionelle Konfiguration von beiden Parteien herausgefordert wurde, weil das starke Reich mit seiner zunehmenden Gewalt eine strengere Unterdrückungspolitik als das frühere Preußen durchgeführt hat. Ihre Ziele waren nicht mehr erreichbar, unabhängig davon, ob sie eigentlich mit dem Reich kooperieren oder es zerstören wollten. Das Defizit ihrer Funktionserfüllung hat die Anpassungslücke aufgewiesen. Um sich zu restabilisieren und verstärken und um sich an die neue Nische anzupassen, wurde eine neue Bebürdungsstruktur gebildet: Durch das Gothaer Programm haben sich die zwei Parteien auf Basis gegenseitiger Zugeständnisse vereinigt. Einerseits hatte die Einigung eine beträchtliche Auswirkung auf die Arbeiterbewegung, andererseits verursachte sie eine starke Reaktion der Nische (und zwar des Reichs), weil sie die Reichsstabilität bedroht hätte. Infolge dessen wurde das *Sozialistengesetz* verabschiedet, mit welchem alle Tätigkeiten der Partei verboten wurden, bis auf die Beteiligung am Reichstag im Namen von Personen. Dies bedeutet, dass das Deutsche Reich aufgehört hat, der Partei Ressourcen anzubieten und dass es sie daran hinderte, Ressourcen von anderen Nischenakteuren zu erwerben.

Um sich dieser Nischenwandlung anzupassen, evolvierte die Partei sich wieder. Die

Arbeiterschaft ist wegen des Parteiverbots zu der wichtigsten und unersetzbaren Ressource der Partei geworden. Um eine weitere Unterdrückung durch den Reichsapparat zu vermeiden, ging die Partei in den Untergrund. Sie existierte in Tarnorganisationen weiter, bis das Sozialistengesetz aufgehoben wurde. Diese Nischenwandlung unterbrach außerdem die Funktionskette, bei der die Partei mit öffentlichen Wahlkampagnen durch die Wahlen Abgeordnete in den Reichstag bringt und dort ihre Politik vertritt. Diese pathologische Wandlung forderte von der Partei ein neues funktionelles Gebürden. So wandte sie sich während der Zeit im Untergrund an die Zivilgesellschaft in Form von Tarnorganisationen wie Sportvereine oder Umweltschutzvereine etc. Somit wurden ihre Netzwerke aufrechterhalten und sogar weiter entwickelt. In dieser Zeitspanne hat die Solidarität der Sozialisten wegen der Parteienvereinigung eine starke Anpassungsfähigkeit gezeigt.³¹⁰ Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes konnte die SPD wieder im Reichstag als Fraktion sitzen und die Leitdifferenz innerhalb der Partei über die Diskussion zwischen Revolution oder Reform ließ sich darüber hinaus zum Ausdruck bringen. Um die Solidarität der Partei zu sichern und ihre Ressourcen zu stabilisieren, wurde das Erfurter Programm verabschiedet, in dem sie einerseits den Marxismus als Leitidee bestätigten, andererseits ihre politischen Bestrebungen durch die demokratische Teilnahme an dem Reichstag festlegten. In diesem Programm hat sich eine memetische Rekombination der Revolutionäre und Reformer widerspiegelt. Diese funktionelle Gebürdungsstruktur schien kurzfristig kompatibel zu sein. Allerdings war seine memetische Gebürdungsstruktur offenbar nicht kompatibel. Das bedeutet, dass sich die zwei Strömungen nicht lange zusammenbinden konnten. Die spätere Abspaltung der SPD vor dem 1. Weltkrieg kündigte dies an. Ein anderes Beispiel ist, dass das Reich nach dem 1. Weltkrieg der MSPD die Macht übergab. Diese Umweltumwandlung verursachte eine institutionelle Wandlung der SPD. Die SPD ist von einer parlamentarischen Partei zu einer Übergangsregierungspartei geworden. Dies führte dazu, dass sie die bolschewikische, radikale und blutige Revolution nicht mehr anstrebte, sondern sich für ein Entgegenkommen mit den alten Systemträgern entschied, weil die Reformisten dieser Zeit schon auf einer positiven und

³¹⁰ Demuth, Christian 2007: Institutionen und ihre Stabilität. In: Patzelt Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und Exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit, S.460-469.

starken Position standen. Die Revolutionäre hätten in dieser Zeit auch Chance eine Revolution anzuzünden und das alte System völlig abzuschaffen. Diese Nischenwandlung spritzt den Gegensatz zwischen den beiden Flügeln innerhalb der SPD zu. Die Parteispaltung gilt hier als Restabilisierung des jeweiligen Flügels.

Außerdem verlor die SPD während der Weimarer Republik einen großen Teil der Unterstützung der Arbeiterschaft, weil sie sich von der KPD abgrenzte und einseitig die Weimarer Verfassung aufrechtzuerhalten versuchte. Aufgrund dieser pathologischen Wandlung konnte sie nicht mehr ausreichende außenparlamentarische Ressourcen bekommen, um die Nazis zu bekämpfen und sich vor denen zu bewahren, als die Nazis die demokratische Verfassung zerstörten und die SPD verboten und grausam unterdrückten. Die SPD ist ein weiteres Mal in die Krise geraten, was noch viel schlimmer war, als das was sie vorher erlebt hatte, und ging wieder in den Untergrund. Durch das institutionelle Lernen evolvierte sich die SPD wieder als eine revolutionäre Partei, sie hatte nur zeitweise die Verfassungsordnung aufzugeben und versuchte, mit verschiedenen sozialistischen Gruppen inklusive der KPD eine revolutionäre Anti-Nazi-Einheitsfront zu bilden.

Gleichfalls ist die SPD in der BRD nach dem 2. Weltkrieg wegen des Umweltwandels wieder in eine Krise geraten. Nach dem Zusammenbruch des 3. Reichs entstand die BRD. Einerseits konnte die SPD, im Gegensatz zu ihrer starken Konkurrentin CDU/CSU samt ihrer Unterstützer, in den Wahlen nicht gewinnen und im Bundestag keinen Koalitionspartner finden, andererseits musste sie auf Grund der ideologischen Ressourcen ihre klassische Identität aufrechterhalten und konnte infolgedessen allerdings keine umfangreichen Wählergruppen anziehen, insbesondere jene, die nicht zu der Arbeiterklasse gehörten. Das heißt, dass sie im Rahmen der neuen politischen Ordnung der BRD und zwar in der neuen Nische ihre Wahlfunktion nicht gut erfüllen konnte und somit die offiziellen Machtressourcen des Staats nicht erlangen konnte. Auf dieser Weise ist die SPD als eine parlamentarische Partei in eine echte Krise geraten. Sie hat sich sodann dafür entschieden, sich zur „konstruktiven Opposition“ zu wandeln und die sozialistische Politik auch durch außerparlamentarische Maßnahmen zu fördern, um sich zu restabilisieren und legitimieren. Während der Bundesregierung Schröder ist die SPD wieder in die Krise geraten. Nach der 4-jährigen

Amtszeit des Schröder-Kabinetts I bemerkte man, dass die (Pro-)Sozialpolitik die deutsche Wirtschaft nicht hat verbessern können – die Arbeitslosigkeit blieb immer noch hoch. Als Regierungspartei hat die SPD die von ihrer Nische nachgefragte Dienstleistung Wirtschaftswachstum nicht erfüllen können, infolgedessen wurde sie mit einem Wählerverlust konfrontiert. Um ihre Wählerressourcen zu sichern, hat sich Schröder u.a. für eine pragmatische Politik, und zwar für die Agenda 2010, entschieden, womit er aber weit von der SPD- bzw. der sozialistischen Tradition abgewichen ist. Die Expression dieser Meme führte zur Spaltung der SPD.

Zusammenfassung

Zu betrachten ist, dass die Parteienspaltung in Liberaldemokratien doch eine (Re-)Stabilisierungsmaßnahme ist. Die Parteienspaltung ist die Folge davon, dass innere Leitdifferenzen und ihre Widersprüche sich unter der Nischenbedingung nicht mehr tolerieren lassen, während das Zusammenwirken der beiden für sie nicht notwendig ist. Wenn man auf die Hauptfunktionen der Partei, und zwar die Integration und Artikulation, zurückblickt, kann man feststellen, dass eine politische Partei einen klaren politischen Standpunkt haben muss, damit sie sich identifizieren und legitimieren kann und ihre Anhänger, Unterstützer bzw. Wähler festhalten kann und sich stabilisieren kann. Das setzt eine Unterscheidung bzw. Abgrenzung von anderen Parteien voraus, obwohl ihre Meme im Lauf der Evolution sich kohärent bzw. allmählich variieren. Die Leitdifferenzen konkurrieren manchmal um die gleichen Ressourcen. Um ihre Ideen zum Phänotyp zu machen, werden Träger der Leitdifferenz aus ihrem Muttersystem austreten, solange sie ihrerseits über ausreichende Ressourcen, mit denen sie ihre Funktionen erfüllen können, in einem alternativen System verfügen werden. Bei folgenden Ereignissen war dies der Fall: Die USPD spaltete sich wegen ihrer revolutionären bzw. kommunistischen Leitdifferenz von der MSPD ab. Die KPD wurde gegründet und wirkte stark gegen die SPD, welche sogar mit den Nazis im Reichstag zusammenwirkten. Wegen der Agenda 2010 und der Bildung der großen Koalition mit der CDU/CSU unterschieden sich die SPD-Linke aus der sozialistischen Tradition von der SPD, welche die Agenda-Politik machte, indem sie aus der Mutterpartei austraten und mit der alten PDS die Linke begründeten.

3.3.2.3 Verdichtung institutioneller Wandlungsprozesse

Die Verdichtung institutioneller Wandlungsprozesse ergibt sich auf den ‚oberen‘ oder ‚äußeren‘ Schichten einer Institution, sobald die mit ihnen memetisch oder funktionell bebürdeten Trägerstrukturen aufgrund pathologischer Wandlungsprozesse wegbrechen und an unerwartet vielen Stellen auch ganz unerwartete Wandlungsprozesse auslösen. Zeitlich wird das als ‚Beschleunigung von Geschichte‘ erfahren. Zum Beispiel hat die SPD im Jahr 1959 das „Godesberger Programm“ verabschiedet und zahlreiche Reformen durchgeführt. Der Marxismus gilt seitdem nicht mehr als die Leitidee der SPD. Sondern sie ist nun offen für verschiedene Ideologien und Religionen. Sie bekennt sich nicht mehr als eine Klassenpartei, sondern als eine Volkspartei. Das heißt, dass die die Parteiorganisation und -politik tragende tiefere memetische Struktur weggebrochen ist. Sodann sind rasche Wandlungen der Parteiorganisation und politische Manöver geschehen: eine neue Generation von Funktionären, die charismatisch waren, wurden an die Parteispitze gesetzt, wie zum Beispiel Willy Brandt und Gerhard Schröder. Nach der Reform erlangte die SPD mehr Wählerstimmen und wurde auch für Koalitionspartner interessant, wie zum Beispiel die FDP und die Grünen. Bereits bei der ersten Wahl nach der Reform konnte die CDU/CSU ihre absolute Mehrheit (über 50%) nicht mehr aufrechterhalten. Bei der zweiten Wahl nach der Reform hat die SPD sie überholt und ist die größte Partei im Bundestag geworden sowie hat zum ersten Mal in der BRD-Geschichte das Kanzleramt erlangt. Angesichts ihrer Geschichte der „konstruktiven Opposition“ war dies eine Verdichtung ihrer Wandlungsprozesse.

Außerdem gibt es ein anderes Beispiel: Nach der Verabschiedung des Sozialistengesetzes wurden die Parteiorganisation sowie auf sie bezogene Gewerkschaften und Presse verboten. Funktionäre wurden verhaftet oder zum Exil gezwungen. Dadurch brachen tiefere funktionelle Strukturen weg. Dies führte dazu, dass die auf ihnen gebürdeten Meme und Funktionen sich rasch zu wandeln hatten. Die auf dem Fundament der Gothaer Vereinigung und der Pariser Kommune aufgeheizte deutsche Arbeiterbewegung hat somit rasch ihren Tiefpunkt gefunden. Weil die Parteiorganisation und ihre Presse verboten wurden, konnte sie die revolutionäre Funktion nicht mehr erfüllen. Deswegen beschäftigte sie sich in Form von Sportvereinen oder Umweltschutzvereinen etc. mit der Entwicklung ihrer Netzwerke.

Zusammenfassung

Die obengenannten drei Evolutionsmuster konnten überwiegend den Geschichtsverlauf der SPD – zumindest ihrer wichtigen Wendepunkte – explanieren. Allerdings gilt das dritte Muster als Ergänzung der ersten zwei. Im Kern konnten das Muster des Generationswechsels und des institutionellen Lernens angesichts Nischenwandels bereits die Wandlungsprozesse der SPD sowohl auf der Makroebene als auch auf der Mikroebene erklären. In der analytischen Arbeit scheint der Evolutorische Institutionalismus so fruchtbar zu sein, dass man mit von ihm angebotenen Kategorien umfangreichste und komplizierte institutionelle Wandlungen wie am Beispiel der SPD-Geschichte leicht begreifen und durch Evolutionsmuster tiefer verstehen kann.

3.4 Nähere Prüfungen der theoretischen Aussagen

3.4.1 Weiterführung des alten Kurses Schumachers vor dem Godesberger Programm

Bei näherer Betrachtung der Geschichte der SPD stellt sich die Frage, warum die Leitidee der SPD trotz der Wahlniederlagen der Jahre von 1949 bis 1959 circa 10 Jahre nahezu unverändert blieb: Vor dem Godesberger Programm, das erst im Jahr 1959 verkündigt wurde, bekannte sich die SPD als marxistische Arbeiterpartei und konstruktive Opposition. Für eine Partei im demokratischen System ist es wahrscheinlich, dass die Wählerstimme bzw. die Wähler die wichtigste und direkteste Ressource darstellen. Laut *These 2* sollten die Leitideen der SPD geändert werden, als sie von der Nischenherausforderung, d.h. der Wahlniederlage, betroffen waren. Es ist aber nachvollziehbar, dass sich Schumacher trotz der Wahlniederlage im Jahr 1949 für die „konstruktive Opposition“ entschied, weil der Abstand der Wahlergebnisse zwischen der SPD und der CDU/CSU noch klein war. Im Gegensatz dazu zeigte die Bundestagswahl von 1953 schon eine größere Distanz. Die SPD erzielte bei dieser Wahl ein schlechteres Ergebnis als im Jahr 1949, während die Unionspartei einen Aufschwung verzeichnen konnte. Das zeigt schon, dass es der SPD zur damaligen Zeit an der notwendigen Ressource der Wählerschaft mangelte. Als Kurt Schumacher noch lebte, wagten es nur wenige Leute, sich in der Öffentlichkeit zu einer Reform zu äußern. In der Ära Erich Ollenhauers (Schumachers Nachfolger) wurde hingegen allmählich der Ruf nach einer Reform lauter. Trotzdem wurde sie über mehrere Jahre hinausgezögert. Die Wirklichkeit sieht viel komplizierter aus, als sie von *These 2* dargestellt wird. Ist der Evolutorische Institutionalismus falsch oder funktioniert die Wirklichkeit anders? Um selbige Frage zu beantworten, ist es sinnvoll, diesen Fall explizit zu analysieren.

Zur ersten Frage: Hat die SPD von 1949 bis in die Zeit vor dem Godesberger Programm ihre Leitideen tatsächlich unverändert gelassen oder nicht? Um diese empirische Frage zu beantworten, muss man die Geschichte detaillierter betrachten. Susanne Miller hat in die „Kleine Geschichte der SPD“ geschrieben:

- Um die Unruhe, von der die Partei seit 1953 erfasst wurde, mit einem Schlagwort zu charakterisieren, könnte man sagen, es ging damals um die Bewältigung der Parteivergangenheit. Von Carlo Schmid stammte das Wort von der Notwendigkeit, ideologischen „Ballast abzuwerfen“, das alsbald aufgegriffen und heftig diskutiert wurde.

- Die 1954 beschlossene Präambel zum Dortmunder Aktionsprogramm von 1952 ließ bereits wichtige Grundzüge des Godesberger Programms von 1959 erkennen; so die weltanschauliche Offenheit in der Begründung des Sozialismus und das Selbstverständnis der SPD, aus einer Arbeiterpartei „zur Partei des Volkes“ geworden zu sein.

- Auf dem Berliner Parteitag (1954), der einen gewissen Abschluss der Diskussion von 1953 brachte, wurde die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung eines Grundsatzprogramms beschlossen.³¹¹

All diese geschichtliche Evidenz zeigt, dass die SPD tatsächlich ihre Nischenherausforderung wahrgenommen hat und an die Reform ihrer Leitideen dachte. Diese Wahrnehmung und Anforderung an eine Reform bestätigen die *These 2* schon in einem gewissen Maß. *These 2* lautet: Die Leitideen einer Partei sollen geändert werden, falls die Partei ihre notwendigen Ressourcen nicht ausreichend erhalten kann, um zu überleben. Bei Betrachtung der Geschichte der SPD vor dem Godesberger Programm lässt sich feststellen, dass die Reform der Leitideen nicht erst bei der Verkündung des Godesberger Programms passierte, sondern schon viel früher. Zumindest ist die in der Realität befolgte Leitidee bezüglich der Parteiorganisation zuerst zustande gekommen.

Franz Walter und Peter Lösche formulierten in „Die SPD“: „Im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien der damaligen Zeit ist die SPD allerdings eine zentralisierte und disziplinierte Organisation gewesen.“³¹² Jedoch änderte sich dieser organisatorische Charakter

³¹¹ Potthof, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. Bonn: Dietz, S. 208f.

³¹² Lösche, Peter/Walter, Franz 1992: Die SPD. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S.176.

allmählich durch den Generationswechsel in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. „Die Gruppe der Neuerer hat sich seit 1953 erheblich erweitert, und sie war innerhalb der Partei zu einem Machtfaktor geworden.“³¹³ Die früheren Rebellen aus der Sozialistischen Arbeiterjugend der Weimarer Republik waren in der Parteihierarchie aufgestiegen.³¹⁴ Beispielsweise sind aus Gustav Heinemann und Johannes Rau (früher auch Rebellen) Bundespräsidenten hervorgegangen. Der damalige Pressechef der SPD, Fritz Heine, der als die Inkarnation des starrsinnigen, verknöcherten Funktionärs galt, flog 1958 aus dem Parteivorstand. Der Stuttgarter Organisationsparteitag 1958 spielte eine nicht weniger wichtige Rolle als der außerordentliche Parteitag in Godesberg, bei dem die SPD-Spitze neu geprägt wurde.

Im Stuttgarter Parteitag wurde das alte „Büro“ abgeschafft. Ollenhauer wurde zwar wieder als Parteivorsitzender gewählt, es wurden ihm allerdings mit Knoeringer und Wehner zwei Stellvertreter beigegeben, die die Reform förderten.³¹⁵ Durch die Veränderung der in der Wirklichkeit befolgten Leitidee der Parteiorganisation ließ sich die SPD-Spitze verändern.

Weiterhin gab es vor dem Godesberger Parteitag auch eine Wandlung der Leitideen auf ideologischer Ebene. Zum Beispiel wurde bereits 1898 im Wahlauftritt der SPD-Reichstagsfraktion zur Reichstagswahl von der „arbeitenden Klasse“ gesprochen, um mehr Wählerschichten anzuziehen.³¹⁶ In der Weimarer Republik sowie in der Zeit Schumachers wurden derartige Anpassungen immer wieder dargelegt. Dies erschütterte ihre Identität von einer Klassenpartei zwar nicht, aber es zeigte eine gewisse Tendenz zur Volkspartei an. Das Dortmunder Aktionsprogramm der SPD führte einen Schritt weiter, da sich die SPD als Partei des Volkes bekannte. In diesem Programm wurden schon einige Prinzipien des später formulierten Godesberger Programms genannt, wie zum Beispiel „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“. Damit verlassen sie jedoch ihre ideologische Basis noch

³¹³ Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S.139.

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. Bonn: Dietz, S.209.

³¹⁶ Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 15. Jg., Nr. 84 (10.4.1898), S. 1. (Die Abschnittsnummerierung ist im Original nicht vorhanden).

nicht.³¹⁷ Peter von Oertzen hat in seinem Vortrag „Die ‚wahre Geschichte‘ der SPD – Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms“ die folgende These formuliert:

Bis zum Ende der 50er Jahre wurde die SPD durch bestimmte soziale und organisatorische Strukturen geprägt, denen bestimmte ideologische Formen entsprachen; diese Strukturen und diese ideologischen Formen verdunkelten den wahren Charakter der SPD als einer demokratisch-sozialen Volkspartei und lähmten dadurch die Wirksamkeit der diesem Charakter entsprechenden praktischen Reformpolitik!³¹⁸

Die alten ideologischen Formen hatten die Reformpolitik verhindert. Jedoch haben/hat die Reform(en) selbige allmählich überwunden. Wie lässt sich dieses Phänomen beziehungsweise dieser Prozess durch den Evolutorischen Institutionalismus erklären? Ob die alten ideologischen Formen als intervenierende oder unabhängige Variable gelten sollen, wird im nächsten Textabschnitt behandelt. Es lässt sich an dieser Stelle jedoch schon feststellen, dass sich die Leitideen der SPD nach der Wahlniederlage änderten.

Vor der empirischen Untersuchung wurde(n) als unabhängige Variable der SPD bei *These 2* (Nischenanpassung) nur die Wählerstimme(n) aufgezeigt, da diese theoretisch die wichtigste Ressource einer Partei in der Demokratie darstellen sollte(n). Das passt jedoch nicht völlig auf die SPD, da ihre Identität aufgrund ihrer komplizierten Vergangenheit nicht einfach der einer parlamentarisch demokratischen Partei entspricht. Dabei ist zu beachten, dass die SPD außerhalb des Parlamentes entstanden ist. Ihre Ursprünge waren die Arbeiterbewegung und der Marxismus. Diese Basis gilt nicht nur als Selbstverständlichkeit unter den Parteimitgliedern, insbesondere bei denen, die der Arbeiterbewegung angehören beziehungsweise die Weltkriege erlebt haben, sondern auch als Legitimität-, Integration- und Artikulationsfahne. Die Ideologie ist besonders wichtig für die ideologische Partei. Die damalige SPD hatte zweifellos einen solchen Charakter. Im Licht des EI ist die Wählerstimme für die ideologische Partei nicht am wichtigsten, sondern die Ideologie selbst und der die Ideologie tragende Apparat sowie das tragende Milieu. Bei der SPD spielten die beiden Seiten vergleichbare Rollen. Sie wirken nicht

³¹⁷ Ebd., S. 486-489.

³¹⁸ Oertzen, Peter Von 1996: Die „wahre Geschichte“ der SPD – Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms. Pankower Vorträge Heft 4. Berlin, S.15.

immer gegeneinander, sondern gelegentlich miteinander. Dieses „Miteinander“ lässt sich hauptsächlich vor der Weimarer Republik vorfinden. Die Arbeiterbewegung der zweiten Hälfte der 19. Jahrhunderts förderte das Wahlergebnis der SPD im Reichstag, indem sie um allgemeine Wahlrechte kämpfte. Die marxistische Ideologie spielte insbesondere nach dem Erfurter Programm eine unentbehrliche Rolle bei der Integration und Solidarität der gesamten SPD sowie der Arbeiterklasse, was damals zum Wähleraufschwung führte. Die Ideologie war außerhalb des Parlamentes besonders von Bedeutung, beispielsweise in der Verbotszeit. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die marxistische Ideologie eine symbolische, (aber) meist latente Funktion trägt. Sie gilt als das Symbol des wissenschaftlichen Sozialismus, die einzige Wahrheit, Sicherung des Erfolgs, die Gerechtigkeit, die Loyalität, das Ideal und allen anderen Eigenschaften, die mit einer Religion vergleichbar sind. Dazu gehören noch der Kampfgesang, die Rote Fahne und die Anrede „Genosse“. Diese Ideologie galt noch bis zum Ende der 50er Jahre des 20. Jh. als eine wichtige Ressource der SPD.

Parallel ist die SPD eine demokratische Partei, die im Parlament aktiv ist und sich für Wählerstimmen interessiert. Die Demokraten haben lange geglaubt, dass sie ihr sozialistisches Ideal durch freie Wahlen im Rahmen des demokratischen Systems – früher der Weimarer Republik, später der Bundesrepublik – verwirklichen könnten, weil immer mehr „arbeitende Menschen“ sie unterstützen wollten. Dieser Leitfaden war in Ordnung, solange die Ideologie ihre Wahlergebnisse förderte. Bei der Betrachtung der Bundestagswahlen von 1949 bis 1957 lässt sich feststellen, dass die „Ideologie“ nicht ausreichend die Wahlergebnisse fördern konnte.³¹⁹ Das Ergebnis der Bundestagswahl von 1953 fiel bei der SPD sogar schlechter aus als das von 1949. 1957 stieg das Ergebnis wieder auf 31,8%, während die CDU/CSU als ihr stärkster Gegner in diesem Wahljahr mit 50,2% die absolute Mehrheit erreichte.³²⁰ Demzufolge betrachteten die Reformer die Ideologie nicht mehr als förderlich für die Wahl, sondern als Ballast. Es war sehr schwierig, sich für die Reform zu entscheiden, da in deren Rahmen die alte Ressource Ideologie größtenteils verändert werden musste. Das hätte zur Parteienspaltung oder sogar dem Verlust alter Wähler führen können. Jedoch zwangen die kontinuierlichen Wahlniederlagen die Mitglieder zum Zweifel an der alten memetischen

³¹⁹ <http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62559/bundestagswahlen-1949-2009> 22.07.2017.

³²⁰ Ebd.

Bebürdungsstruktur, was gleichfalls der Integrations- und Artikulationsfunktion schadete. Die SPD geriet in ein Dilemma. Wie lässt sich ohne die marxistische Ideologie trotzdem die Integrations- und Artikulationsfunktion der SPD erfüllen? Die Beantwortung dieser Frage ist nicht einfach. Aus diesem Grund wurden über mehrere Jahre hinweg umfangreiche Diskussionen und Debatten geführt. Die Parteispitze wollte eigentlich beim Status-Quo bleiben, weil die Entscheidung zu schwierig war. Manche sprachen von einer 30% Schwelle. Jedoch hat der rasche Wandel der Umwelt die SPD-Spitze zur Reform gezwungen. Der Evolutionsprozess innerhalb der Partei sah so aus: Die Willensbildung fand parallel zur Personal(aus)wahl statt, wodurch immer mehr Reformer an die Macht kamen. Dieser demokratische Prozess gewährleistete zum Teil die Integrationsfunktion. Folglich lässt sich feststellen, dass die Mehrheit der Parteimitglieder für die Reform war, da sie mehr Reformer an wichtigen Stelle wählten. Gleichzeitig wurde Ollenhauer, der die Parteitradition als relevant ansah, wieder als Parteivorsitzender gewählt. Auf diese Weise wurden wichtige symbolische Funktionen erfüllt. So konnte die Partei einerseits die Integrationsfunktion trotz der Reform erfüllen. Andererseits erfüllte das Godesberger Grundsatzprogramm, welches mit 324 zu 16 Stimmen verabschiedet wurde, systematisch und offiziell die Artikulationsfunktion. In den Jahren nach der Reform stieg sowohl das Wahlergebnis als auch die Mitgliederzahl bei der SPD beständig an, da durch die Reform die Integrationsfunktion verbessert wurde.

Zusammengefasst lässt sich anhand der durchgeführten Analyse die Ideologie als neue Variable der Ressourcen erkennen. Zu dieser Erkenntnis könnte nicht gelangt werden, wenn die Ideologie bei der Analyse nicht zur Nische, sondern zur Institution zugeschrieben oder sie als zu abstrakt empfunden worden wäre. In diesem Fall ist die Ideologie ambivalent, da sie je nach Kontext sowohl als Institution als auch als Nische betrachtet werden kann. Bei den Leitideen gehört sie zur Nische. Die mehrjährige Verzögerung bis zur Verkündung des Godesberger Programms lässt sich als ein Prozess betrachten, in dem jene beiden Ressourcen in Konkurrenz zueinander standen. Die eindeutige Wahrnehmung des Defizits wichtiger Ressourcen ergibt sich aus dem raschen Aufschwung ihrer Wettbewerberin, der CDU/CSU. Die Reform der Leitidee(n) der SPD wurde Schritt für Schritt realisiert. Durch das institutionelle Lernen, bei dem neue Ressourcen (z. B. Wähler aus anderen

Gesellschaftsschichten sowie andere ideologische Familien) identifiziert wurden, schlossen sich ihre Anpassungslücken.

Nach dem durchgeführten „Process-tracing“ lässt sich festhalten, dass die Ideologie als unabhängige – zumindest (aber) als intervenierende – Variable des Ideenwandels gilt. Dies verursacht eine Diskussion über die Zuschreibung von Ideologie. Welche Position besetzt die Ideologie in einer Partei? Soll sie als Umwelt einer Partei betrachtet werden oder als Bestandteil? Ist es notwendig, diese Frage zu beantworten? Die Antwort lautet nein, wenn man die Ursachen der Ideenwandelung nicht mit denjenigen Theorien, die auf der System-Theorie basieren, erklären will. Im umgekehrten Fall lautet die Antwort ja. An dieser Stelle kann eine solche Auseinandersetzung mit der von Eigen- und Fremdkapital verglichen werden. Dieses Buchungsprinzip gilt ohnehin nicht bei der Differenzierung zwischen System und Umwelt, weil letztere sich nicht für Soll oder Haben interessieren, sondern für Struktur und Funktion. Der Marxismus lässt sich mit verschiedenen Argumenten zur Umwelt oder zur Institution zuschreiben. Der Marxismus kann der Umwelt der SPD zugeschrieben werden, da der Marxismus bzw. dessen Inhalte (erstens) ursprünglich von Karl Marx und Friedrich Engels stammten, welche von der SPD unabhängig waren. Demzufolge gehören die marxistischen Ideen nicht zur eigenen Erfindung der SPD. Zweitens gilt der Marxismus nicht nur bei der SPD als Leitidee, sondern auch bei anderen marxistischen Parteien wie der KPD, KPCh, SED u.a. Drittens kann sich der Marxismus als „theoretisches Kapital“ immer wieder nachentwickeln, wie es auch die SPD getan hat. In dieser Hinsicht gilt die Ideologie des Marxismus durchaus als Nische beziehungsweise Ressource der SPD, insbesondere wenn man die SPD-Frühgeschichte sieht, in der der Marxismus erst nach dem Erfurter Programm als offizielle Leitidee galt. Folglich lässt sich bestätigen, dass der Marxismus als Bestandteil der SPD galt, nachdem er als offizielle Leitideen der Partei einbezogen wurde. Im Lichte des Evolutorischen Institutionalismus (EI) gehören die Leitideen zur institutionellen Architektur beziehungsweise (zur) memetischen Bebürdungsstruktur.³²¹ Wenn die Ideologie als Bestandteil der Partei gesehen wird, muss der EI-analytische Vorgang anders gestaltet werden: Die Leitidee des

³²¹ Vgl. Demuth, Christian 2007: Institutionen und ihre endogenen Systembedingungen, S. 424ff, in Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Insitutionalität und Geschichtlichkeit, Würzburg: ERGON Verlag, S.415-448.

Marxismus besetzt die fundamentale Schicht der memetischen Bebürdungsstruktur der SPD und gilt als Ausgangspunkt von anderen Memen, was laut des Evolutorischen Institutionalismus bedeutet, dass die niedrige Schicht der Meme die höhere Schicht der Meme trägt (d. h. die höhere begründet). Deswegen lassen sich die oberen Schichten leichter ändern, während sich die niedrigen schwieriger verändern lassen, da die Änderung der oberen keinen wesentlich Einfluss auf die unteren nimmt, wohingegen eine Abänderung der unteren – oft wichtigeren (Schichten)– höchstwahrscheinlich zu starken Veränderungen der oberen (Schichten) führt. Die Änderung der fundamentalen Leitideen könnte zum Zusammenbruch der Institution führen. Am Fall der SPD könnte die Reform der fundamentalen Leitideen, d.h. den Marxismus zu verlassen, zum Zusammenbruch oder zur Spaltung der Partei führen. Deswegen ging es bei der Parteireform nicht bloß um die Reform der Leitideen, sondern viel mehr um das, was sich auf den oberen Schichten der memetischen Bebürdungsstruktur befindet. Deshalb brauchte die SPD ein sorgfältig und systematisch konstruiertes Grundsatzprogramm, dessen Herausarbeitung Zeit in Anspruch nahm. Das könnte auch erklären, warum das Godesberger Programm – die offizielle Leitideenreform – erst im Jahr 1959 zu Stande kam, obwohl es die Absicht einer Reform bereits ein paar Jahre vorher gab. Nun entsteht der Anspruch an eine andere analytische Möglichkeit des Evolutorischen Institutionalismus über die Nischenanpassung, da nun wieder einzig die Wähler bzw. Wählerstimmen als wichtigste Ressource bzw. unabhängige Variable im Fokus stehen. Ggf. liegt die Spannung zwischen Tradition und Reform nicht mehr an der Auseinandersetzung zwei verschiedener Ressourcen, sondern an der Kompatibilität zwischen den jeweiligen funktionellen Konfigurationen: eine soll die Parteiorganisation bzw. -anhänger stabilisieren, die andere soll mehr Wähler anziehen. Ggf. waren diese zwei Komponenten noch kompatibel, als die SPD ausreichend Wählerstimmen bekam. In dem Fall, dass die notwendige Ressource der Wählerstimme(n) in unzureichendem Maß erlangt wird, entsteht ein innerer Konflikt, weil die Reformer das Defizit der Wahlfunktion auf die die Stabilitätsfunktion erfüllende Komponente (Ideologie und Tradition) zurückführen. Der innere Konflikt erschüttert wiederum die Stabilität der Parteiorganisation. Ein derartiger Konflikt ließ die SPD in die Krise (sowohl äußere als auch innere) geraten. Vor der Wahlniederlage im Jahr 1957, insbesondere 1953, wurde noch daran geglaubt, dass die

Ideologie und Tradition sowohl ihre instrumentelle Funktion (Wahl) als auch ihre symbolische Funktion (Identität, Legitimität etc.) erfüllen könnte. Nach der Wahlniederlage blieb ihr nur eine gewisse symbolische Funktion. Die Wahlfunktion erwies sich als gelähmt. Eine neue Konfiguration der Leitideen, statt auf dem Marxismus weiter zu beharren, erhielt dadurch Geltungsansprüche, um wieder die Wahlfunktion zu erfüllen. Nach dieser analytischen Möglichkeit lässt sich feststellen, dass sich die Reform der Leitidee der SPD beim Godesberger Programm nicht auf Ressourcen konkurrierender Prozesse, sondern auf die Krise wegen des Defizites der notwendigen Ressourcen (Wählerstimmen) und ihre Restabilisierung durch institutionelles Lernen bezog. Diese beiden analytischen Möglichkeiten können im Rahmen des Evolutorischen Institutionalismus Anwendung finden. Die Unterscheidung besteht darin, wie man die Ideologie zuschreibt. Bei der Ambivalenz der Zuschreibung der Ideologie muss eine Entscheidung getroffen werden, da sie der weitergehenden Analyse zugrunde liegt. Die beiden Aspekte vertreten zwei verschiedene Schwerpunkte, stellen aber die gleiche Wahrheit dar. Der erste betont die Auseinandersetzung der Ressourcen in Zusammenhang mit den Funktionen, während der letzte den Konflikt zwischen den Konfigurationen der institutionellen Architektur in Zusammenhang mit den Ressourcen betont. Der erste geht von den ideologischen und demokratischen Aspekten der Partei aus, wohingegen der letzte hauptsächlich die demokratischen Aspekte der Partei betont. Jedoch befinden sich beide auf der Makroebene. Wie verläuft die Evolution auf der Mikroebene? Die Beantwortung dieser Frage ist besonders wichtig, da die Überwindung des „ideologischen Ballasts“ noch nicht ausführlich behandelt wurde.

3.4.2 Die Akzeptanz der Reform und des Godesberger Programms durch Ollenhauer

Bei der Entscheidung zur Reform spielten auch die Akteure eine sehr wichtige Rolle. Im nächsten Abschnitt wird der Generationswechsel (unabhängige Variable) und dessen Wirkung auf die Reform näher betrachtet.

Laut des Evolutorischen Institutionalismus: Der Wandel der Leitidee am Fall der Reform und des Godesberger Programms soll nicht nur auf die Nischenherausforderung, sondern auch

auf die Änderung der biographischen Prägung bei dem Generationswechsel der Parteispitze zurückzuführen sein. Im Verlauf der Analyse der Nischenanpassung wurde immer mehr Gewissheit darüber erlangt, dass die politischen Akteure, insbesondere die Parteispitze, beim Leitidee-Wandel der SPD gleichfalls eine sehr wichtige Rolle gespielt haben. Bei der Untersuchung der SPD-Spitze zur damaligen Zeit wird selbstverständlich auch der damalige Parteivorsitzende Erich Ollenhauer betrachtet. Die Historiker sehen Erich Ollenhauer einerseits als den wichtigen Versöhner zwischen den alten Parteimitgliedern und den Reformern, andererseits als zuverlässigen Nachfolger Schumachers. Es stellt sich jedoch die Frage, wie es zur Änderung kam, wenn Ollenhauer doch zuverlässig von der Leitidee geprägt wurde? Gab es bei Ollenhauer wesentliche Änderungen persönlicher biografischer Prägungen im Vergleich zu Kurt Schumacher? Die Antwort lautet ja. Dabei geht es nicht nur darum, ob Ollenhauer zuverlässig von den alten Leitideen geprägt wurde, sondern auch darum, ob Ollenhauer Schumachers Verhaltensweise nach wie vor zuverlässig reproduzierte. Bei den Leitideen Schumachers lässt sich dies mit ja beantworten, wohingegen die Antwort bei der Reproduktion von dessen Verhaltensweise nein lautet. In diesem Kapitel werden die Änderungen zwischen den beiden Generationen der SPD-Vorsitzenden sowie deren Auswirkungen auf die Leitidee-Wandlung präzise diskutiert.

Schumacher hat in der Zeit der Weimarer Republik nicht in der SPD-Spitze fungiert und somit nicht den ursprünglichen Marxismus vertreten. Es lässt sich feststellen, dass die Meme des Marxismus bei diesem Generationswechsel sich variierten. Schumacher gehörte zusammen mit Carlo Mierendorff und Theodor Haubach zur kleinen Gruppe der um 1895 geborenen sozialdemokratischen Akademiker.³²² Sie wurden durch die Fronterlebnisse im Ersten Weltkrieg geprägt. Demzufolge fügen sich ihre eigenen biographischen Prägungen in ihren persönlichen Mempool, was jedoch vom damaligen Parteihauptstrom abwich. „Die Generation Schumachers argumentierte nicht ökonomisch-deterministisch, sondern war aktivistisch, militant – und zutiefst autoritär.“ So schreibt der Historiker Franz Walter in seinem Werk „Die SPD: Biographie einer Partei“. Franz Walter vergleicht ihn mit Lassalle, besonders bei seiner Betonung des Nationalbewusstseins, das vom marxistischen internationalen Bewusstsein

³²² Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S.122.

abwich.³²³ Sein Charakter ähnelte Lassalle: Er war ein Intellektueller, begabter Schreiber und fesselnder Redner.³²⁴ Schumachers Ausstrahlung und seine leidenschaftlichen politischen Meinungen faszinierten viele. Ebensoviele schreckte er jedoch durch seine aggressive Rhetorik und sein oft autoritäres Auftreten ab. Er ist auf diese Art und Weise der Parteivater geworden. Seine persönlichen Meinungen prägten die damalige SPD. So spielte dieser Generationswechsel bei der institutionellen Wandlung durchaus eine wichtige Rolle. Es kann allerdings nicht davon gesprochen werden, dass sich die Parteimehrheit Schumacher aus Angst vor ihm beugte, oder dass Schumacher von der ganzen Tradition der SPD abwich. Im Gegenteil muss anerkannt werden, dass die SPD schon seit dem 19. Jahrhundert ihre eigenen Prägungen aufgrund der deutschen spezifischen Erfahrungen hat. Peter Grafe hat in seinem Buch „Tradition und Konfusion – SPD“ erörtert, dass die Radikalisierung der revolutionären Position einerseits und pragmatisches Regierungshandeln andererseits in der Partei von Anfang an mitwirkten und sich immer wieder damit auseinandergesetzt wurde.³²⁵ Die aktivistischen, militanten und autoritären Prägungen wirkten nicht nur auf Schumacher, sondern fast auf die ganze Generation der Mitglieder, die die Weltkriege – zumindest einen davon – und insbesondere die Zeit des Nationalsozialismus erlebten. Für sie gelten Nationalbewusstsein, Solidarität und radikaler Kampf als Selbstverständlichkeit. Außerdem kann man bei dieser Generation eine memetische Rekombination erkennen. Das Nationalbewusstsein ist auf die Lassalleaner zurückzuführen. Infolgedessen – als eine wichtige Ursache – lehnte Schumacher nach der Entstehung der BRD eine Zusammenarbeit mit der KPD und der Kommunistischen Internationale(KI) ab und bemühte sich um eine Vereinigungspolitik Deutschlands. Eine andere Ursache dafür liegt darin, dass Schumacher, ebenso wie Friedlich Ebert, die bolschewistische, blutige Revolution nach dem Ersten Weltkrieg nicht sehen wollte.³²⁶ In diesem Zusammenhang hielt die SPD bereits seit der Weimarer Republik *de facto* an der sozialdemokratischen Tradition fest, was sie klar von den Kommunisten unterschied. Dabei ist zu betrachten, dass die Überzeugung, die von Karl Marx vorgesehene Sozialisierungspolitik durch eine demokratische, parlamentarische Republik endlich erreichen zu können, von

³²³ Ebd.

³²⁴ Ebd.

³²⁵ Grafe, Peter 1991: Tradition & Konfusion – SPD, Frankfurt am Main: Eichborn, S. 23f.

³²⁶ Vgl. Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. Bonn: Dietz, S, S.178.

Schumacher und seinen Anhängern noch geglaubt wurde, so dass sie trotz der Wahlniederlage darauf beharrten. Anstatt eine Partei-Reform in Betracht zu ziehen, haben sie sich für die „konstruktive Opposition“ entschieden. Die innerparteiliche Opposition erkühnte sich sehr selten in dieser Zeit, dagegen zu sprechen, obwohl sie schon im Kopf an die Reform dachten.³²⁷

Ollenhauer ist nach dem Tod Schumachers sein Nachfolger als Parteivorsitzender geworden. Ollenhauer wollte zwar Schumachers Kurs ohne Abweichung weiterführen, doch die Reform war nicht aufzuhalten. Hätte Schumacher statt Ollenhauer noch den Parteivorsitz innehabt, wäre es nicht zur Reform, sondern wahrscheinlich zu einer Abspaltung gekommen. Ollenhauer zeigte einen ganz anderen Charakter als Schumacher und hatte seine eigene biographische Prägung. Im Gegensatz zu Schumacher fehlte ihm „jeder Sinn für radikale Strömungen, politische Emotionalität, utopische Sehnsüchte“. Er war nie als Führer, sondern als ausgezeichneter Funktionär bekannt. Deswegen betrachtete er mehr die Meinungen der anderen, die Funktionen der Institution und die Fitness der Parteiorganisation. Ollenhauer wollte lieber die innerparteilichen Konflikte lösen, als einseitig auf Schumachers Kurs zu verharren. Des Weiteren war seine Ausstrahlung nicht so stark wie die von Schumacher, um die radikale Idee trotz innerparteilicher Empörung aufrechtzuerhalten. Die Machtpositionen änderten sich bei diesem Generationswechsel nach und nach. Obwohl Ollenhauer bis zu seinem Tod Parteivorsitzender blieb, galt Herbert Wehner als der Führer, da er jenen Charakter zeigte, den Ollenhauer nicht besaß.³²⁸ Er trieb die Reform kräftig voran. Die Leitdifferenz innerhalb der Partei stieg damals, da einerseits die alte Generation der Partei, die entweder selbst die Arbeiterbewegung erlebte oder von deren Geschichte ideologisiert wurde, die SPD-Vergangenheit und ihre traditionelle Ideologie hochschätzte; andererseits viele Mitglieder der neuen Generation, für die die Arbeiterbewegung nie eine Heimat war, eher den Wahlkurs betrachteten.³²⁹ Die Partei-Organisation gilt für die alte Generation nicht nur als eine politische Partei, sondern viel mehr als eine Lebensgemeinschaft. Jedoch gilt sie für die neue Generation

³²⁷ Vgl. Lösche, Peter/Walter, Franz 1992: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S.110. und vgl. Staudte-Lauber, Annalena 1993: Stichwort SPD. München: Heyne, S.21.

³²⁸ Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S.146.

³²⁹ Ebd., S.133.

als eine richtige politische Partei, mittels derer man politische Meinungen artikuliert, integriert und Macht erlangt.

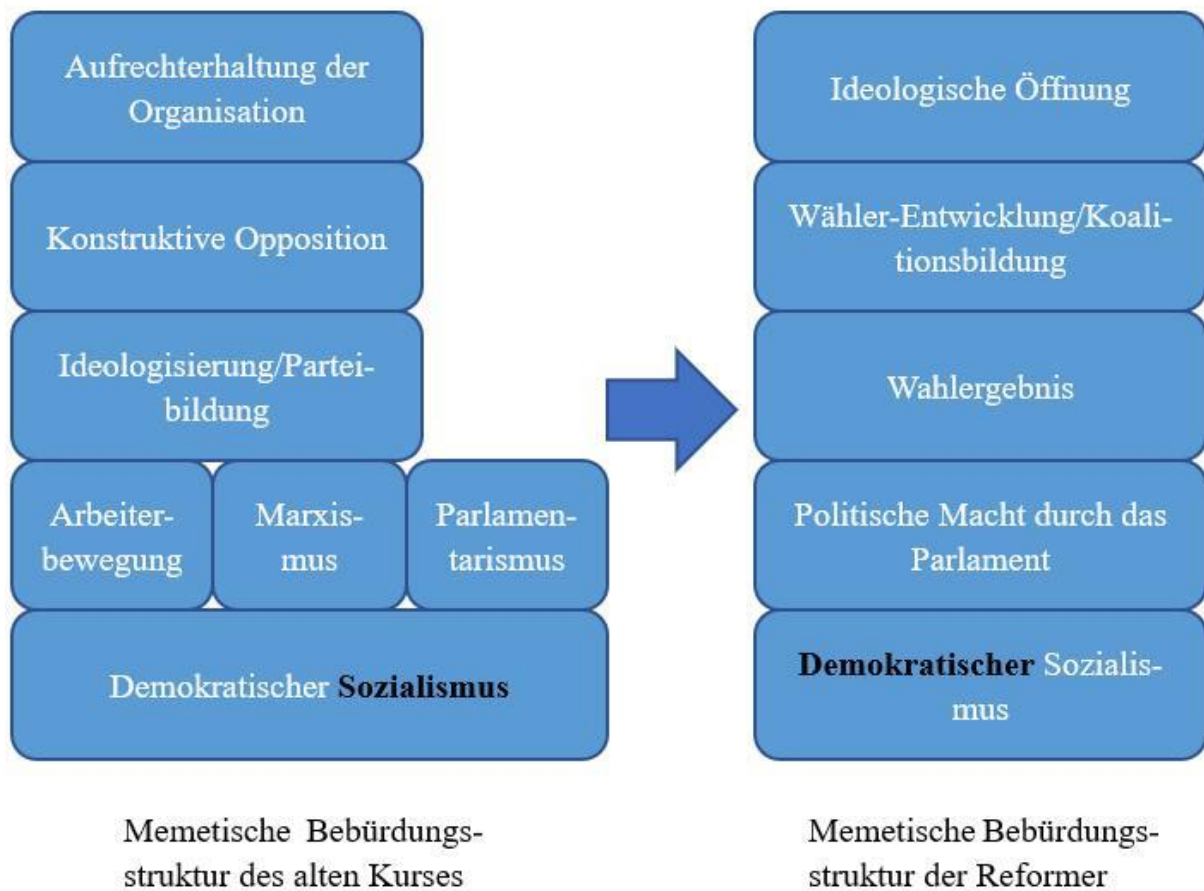


Abbildung 1

Abbildung 1 zeigt einen groben Umriss der memetischen Bebürdungsstruktur der zwei Generationen. Die Wirklichkeit ist viel komplizierter. Im Verlauf der Sozialisation der Partei gab es verschiedene memetische Rekombinationen bei verschiedenen Individuen. Bei Schumacher wurden beispielsweise die folgenden Meme rekombiniert: das Nationalbewusstsein – ähnlich wie bei Lassalle sowie bei der MSPD im Ersten Weltkrieg – jenseits des Internationalismus, die „Reform auf dem Boden“ – wie die MSPD in der Weimarer Republik – jenseits des Bolschewismus und die Ideen der Sozialisierung sowie Planwirtschaft des Marxismus, die linksradikale politische Einstellung in klarer Abgrenzung zu den konservativen Parteien, ähnlich wie die USPD. Diese sind alle keine Erfindungen von Schumacher selbst, also keine memetischen Mutationen, sondern Rekombinationen voneinander. Bei Schumacher integrieren sich die Zielsetzung des Marxismus, die

Weiterführung des Revisionismus/Reformismus seit den 90er Jahren des 19. Jh.s und die Vorstellung der Parteiidentität als eine Arbeiterpartei oder Klassenpartei. Die neue Generation, einschließlich Ollenhauer, reproduzierte einen Großteil der Meme von Schumacher, musste jedoch den Radikalismus verlassen und den Reformismus annehmen, um der neuen Krise aufgrund des Nischenwandels begegnen zu können.

Schumachers Politik betrachtete sozusagen bloß die traditionelle memetische Bebürdungsstruktur der Partei, die ideal geprägt war, und auf der bestanden wurde, obwohl die Funktionslogik dieses Musters in der BRD nicht mehr angemessen war. Trotz des Mitgliederverlustes³³⁰ und kontinuierlicher Wahlniederlagen wollten Schumacher und seine Anhänger diese aber dennoch nicht ändern. Warum die Machtposition Schumachers trotzdem nicht erschüttert wurde, ist auf seine unvergleichbare Autorität und seine persönliche Ausstrahlung zurückzuführen. Ollenhauer, der vielmehr als Funktionär geprägt wurde, betrachtete hingegen mehr die funktionelle Bebürdungsstruktur der Partei. Er wollte deswegen, dass die Parteiorganisation gut funktionierte. Er galt als der wichtigste Versöhner zwischen den memetischen Leitdifferenzen Idealismus und Pragmatismus, Traditionalismus und Reformismus sowie Loyalität und Rebellion bis die alte memetische Bebürdungsstruktur durch die neue Bebürdungsstruktur ersetzt wurde.

Zusammenfassend spielte der Generationswechsel bei der Reform und dem Godesberger Programm eine wichtige Rolle. Die manifesten Meme Schumachers wurden zwar durch Ollenhauer zuverlässig geprägt, aber die latenten, persönlichen sowie charakterzentrierten Meme Schumachers, die er nicht zum Ausdruck brachte, wurden von Ollenhauer nicht zuverlässig reproduziert, beziehungsweise nur als Memotyp und nicht als Phänotyp wieder zur Geltung gebracht. In anderen Worten hat sich die persönliche biographische Prägung der SPD-Spitze bei dem Generationswechsel wesentlich geändert. Die Veränderung der persönlichen biografischen Prägung der Parteispitze beeinflusste also tatsächlich die Reform der Leitideen. Obwohl deren Wirkung auf die Initiative der Reform selbst etwas passiv und indirekt erschien, war sie dennoch für die Konsequenz der Reform relevant. Die Historiker haben zwar die Ursachen der Generationswechsel durch *Process Tracing* und den Vergleich von

³³⁰ Ebd., S.122.

Persönlichkeiten impliziert, jedoch haben sie die Ursprünge, die Variationen und den endogenen Zusammenhang von institutionellen Bauplänen weder expliziert noch modelliert. Das EI-Konzept hat in der Analyse der institutionellen Evolution aufgrund des Generationswechsels wesentliche Vorteile. Erstens werden die Änderungen der kulturellen Muster explizierter erkannt, weil die memetischen Beburdungsstrukturen analysiert werden können. Zweitens werden die Änderungsmechanismen der kulturellen Muster präziser zur Kenntnis genommen, da die Leitdifferenz, Mutation, Rekombination sowie Reproduktion von Memen analysiert werden kann und sich dadurch die Logik der Pfadabhängigkeit der Partei – zumindest auf der Akteur-Ebene – sowie ihre Dekonstruktion systematischer begreifen lassen. Drittens wird eine anschaulichere theoretische Brücke zwischen der Mikro- und Makroebene, d.h. zwischen Akteur und Institution, durch die Analyse der Generationswechsel im Licht des Evolutorischen Institutionalismus aufgebaut.

3.4.3 Die Aufrechterhaltung der Kulturrevolution

Warum konnte sich die Kulturrevolution ca. 10 Jahre aufrechterhalten, obwohl sie der chinesischen Gesellschaft Chaos brachte?

Laut der *These 2* sollte der Kurs der Kulturrevolution und des Klassenkampfes³³¹ geändert werden, als die chinesische Gesellschaft im Chaos versank. Trotzdem hat die Kulturrevolution 10 Jahre andauert. Bei globaler Betrachtung dieser Geschichte, lässt sich keine Ordnung in Executive, Legislative, Judikative sowie in Bildung, Medien und in vielen Familien vorfinden. Stattdessen gab es willkürliche Verurteilungen, Straßenkämpfe und sogar militärische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen, die überhaupt keine Feinde sein sollten.³³² In einer solchen Situation lässt sich nur schwer daran glauben, dass die KPCh trotzdem die für sie notwendige Ressource der **Gehorsamkeit** in ausreichendem Maße erlangen konnte. Das hat scheinbar auch schon *These 2* widerlegt. Jedoch reicht diese einfache Analyse nicht aus, um den EI zu falsifizieren. Stattdessen muss die Geschichte präzise

³³¹ Vgl. Lawrance, Alan 2004: China since 1919: revolution and reform; a sourcebook, London; New York: Routledge, S.185ff.

³³² Vgl. Ebd., S.184.

analysiert werden. Damit besteht auch die Möglichkeit, mehr geschichtliche Details zu entdecken, die den EI-Kategorien zugeschrieben werden könnten. Diese Aufgabe ist ohne Zweifel eine Herausforderung. Der Grund dafür liegt darin, dass es schwierig ist, vollständige Daten über den gesamten Zeitraum der zehnjährigen Kulturrevolution zu finden. Anhand fragmentierter lokaler sowie zentraler offizieller Protokolle ist es jedoch möglich, sich ein Gesamtbild zu verschaffen.

Die große proletarische Kulturrevolution Chinas dauerte ca. zehn Jahre, weswegen sie heutzutage oft als „Zehnjährige Unruhen“³³³ oder „Zehnjährige Katastrophe“³³⁴ bezeichnet wird. Diese katastrophale politische Kampagne stellt eine Fehlentwicklung der Kommunistischen Partei Chinas und der jungen Volksrepublik dar. Ob Mao Zedong durch die Kulturrevolution den Sozialismus bewahren oder nur seine persönliche Macht aufrechterhalten wollte, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Diese Arbeit zielt allerdings auch nicht darauf ab, die Motive von Mao zur Initiierung der Kulturrevolution zu erkennen, sondern zu analysieren, warum sie zehn Jahre andauerte. Mao hatte bei der radikalen Revolte nicht nur auf der zentralen Ebene Gegner, sondern auch auf der lokalen Ebene, die meistens Eliten waren.³³⁵ Trotzdem kam die Kulturrevolution zu Stande.

Bei der vorhergehenden Analyse der Nische wurde festgestellt, dass die notwendige Ressource für die Autokratie Gehorsamkeit ist. Bei Betrachtung der Geschichte der Kulturrevolution findet sich jedoch „Ungehorsamkeit“ in größerem Umfang. In erster Linie standen der Staatspräsident Liu Shaoqi und der Vize-Premier Deng Xiaoping den außer Kontrolle geratenen lokalen Ausschreitungen entgegen. Sie wollten und konnten aber einerseits den Willen Maos nicht grundsätzlich widerlegen, wollten allerdings andererseits die junge Volksrepublik nicht im Chaos sehen. Aus diesem Grund haben die beiden besondere, staatlich organisierte Arbeitsgruppen in die Regionalebene ausgesandt, um die Empörungen zu beruhigen. Viele extreme Aufständische wurden unterdrückt, die meistens Studenten waren.

³³³ Chinesisch: „Shí nián dòngluàn“ 十年动乱“.

³³⁴ Meisner, Maurice 1977: *Mao's China and After – A History of the People's Republic*. New York: The Free Press; London: Collier Macmillan Publishers, S.309f.

³³⁵ Vgl. Zhang, Shiyi 2017: *Prägnantes Buch der KPCh-Geschichte*, Beijing: Rote Fahne Verlag. Kpt.9.1. (Original in Chinesisch: 张士义 2017: *中国共产党历史简明读本: 1921–2016*. 北京: 红旗出版社, 第九章, 第一节).

Diese Unterdrückungsmaßnahmen waren gemäßigt, aber sowohl für die gesellschaftliche Stabilität als auch für die Ordnung und Weiterführung der Kulturrevolution notwendig, verursachten aber trotzdem Maos Unzufriedenheit.³³⁶ Anhand der bisherigen Aussagen lässt sich die „Gehorsamkeit“ gegenüber der KPCh anzweifeln. Jedoch ist die Realität viel komplexer. Mithilfe von „process tracing“ wird erkannt: Es ging gar nicht um die Gehorsamkeit, sondern um das Missverständnis von Maos Willen. Sie hatten gar nicht gemerkt, dass sie selbst Maos Ziel waren. Liu Shaoqi und Deng Xiaoping sowie zahlreiche Führungsgruppen wurden wegen ihrer Beruhigungspolitik als Konterrevolutionäre verurteilt. Die Kulturrevolution eskalierte. Bei der Kulturrevolution handelt es sich nicht mehr um eine Revolution der Kultur, sondern um eine politische Revolution, welche ursprünglich als Revolution der Kultur mit der Kritik in den Literaten- und Künstlerkreisen begann.³³⁷ Die Rotgardisten³³⁸ erlaubten sich, die ursprünglichen „Systemorgane“ mit Ausnahme des Militärs zu stürzen, die ursprünglichen Machthaber niederschlugen und selbst die Macht zu ergreifen, während die Kulturrevolution anfangs nur auf die wissenschaftliche Autorität in den Universitäten und Schulen zielte. In den ersten drei Jahren der Kulturrevolution war die Lage überwiegend so, dass die Rebellen mit Unterstützung Maos die damaligen Machthaber³³⁹ in fast allen Organisationen (bis auf die Armee) niedergeschlugen oder bei Seite stellten.³⁴⁰

Warum ließ sich die chinesische Kulturrevolution initiieren? Diese Frage lässt sich nicht einfach beantworten. Diese Dissertation hat scheinbar nichts mit dieser Frage zu tun, beschäftigt sich aber dennoch damit, da sich die zehn Jahre andauernde Kulturrevolution nur anhand des Verständnisses ihres Ausbruchs erklären lässt. Über die echten Motive, mit der Mao die Kulturrevolution initiierte, gibt es in der Geschichtswissenschaft sowie in der Öffentlichkeit noch heftige Kontroversen,³⁴¹ obwohl die Propaganda von Mao Zedong das Ziel der

³³⁶ Vgl. Lawrance, Alan 2004: China since 1919: revolution and reform; a sourcebook, London; New York: Routledge, S.184.

³³⁷ Vgl. Wang, Yongkui 2014: Ausdifferenzierung der zwei Begriffe über die Nennung der „Kulturrevolution“. In: Forschung der KPCh-Geschichte, 2014, Heft.12, S.122-125. (Original in Chinesisch: 王永魁 2014: 关于“文化大革命”称谓的两个重要概念辨析. 中共党史研究.2014年12期, 122-125页).

³³⁸ Chinesisch: Hóng wèi bīng “红卫兵“.

³³⁹ Chinesisch: Dāng quán pài “当权派“.

³⁴⁰ Kuo, Kuang-ting 1996: Die Chinesische Bürokratie in der Zeit der Kulturrevolution (1966-1976). Berlin: Köster, S.76-85.

³⁴¹ Vgl. Liu, Xiao 2000: Ideologie und die Kulturrevolution. Taipeh: Hongye Kultur Verlag, S.166ff. (Original in Chinesisch: 劉曉 2000: 意識形態與文化大革命. 臺北市: 紅葉文化, 166頁-168頁).

Kulturrevolution so darstellt, die Restauration der Bourgeoisie zu vermeiden.³⁴² Aus der Rational Choice Perspektive gehen viele Wissenschaftler davon aus, dass Mao Zedong die Kulturrevolution initiierte, weil er die politischen Feinde in der Zentrale der KPCh, wie zum Beispiel Peng Dehuai, Liu Shaoqi etc. beseitigen wollte.³⁴³ Diese Erklärung ist jedoch zweifelhaft. Mao Zedong hätte einfachere Wege gehabt, um einige wenige politische Feinde in der Zentrale der KPCh zu beseitigen. Beispielsweise hätte er dieses Ziel mittels innerparteilicher Richtungskonflikte erreichen können, anstatt eine nationale Kulturrevolution zu initiieren. Er hatte vorher schon mehrmals auf diese Weise – durch Kritik und Verurteilung ihrer ideologischen bzw. strategischen Fehlern und der daraus folgenden Aberkennung ihrer Macht – erfolgreich sein Ziel erreicht, wie zum Beispiel um Wang Ming und Bo Gu in den 1930ern sowie Peng Dehuai im Jahr 1959 zu entmachten. Außerdem konnte er sogar Attentate durchführen lassen. Diese beiden Maßnahmen wären ohne Zweifel viel einfacher und effizienter, wenn Mao Zedong nur einige wenige Feinde hätte beseitigen wollen. Beispielsweise starb Liu Shaoqi 1969 an den Folgen von Misshandlung. Gleichzeitig erreichte Mao Zedong den Höhepunkt seiner politischen Macht sowie seines Personenkults unter dem chinesischen Volk. Dieses Ziel wurde erreicht, aber warum dauerte die Kulturrevolution danach noch acht Jahre an? Einige Historiker gehen hinsichtlich dessen davon aus, dass Maos politische Feinde nicht nur einige wenige in der KPCh-Zentrale waren, sondern aus der ganzen Generation beruflicher Bürokraten des administrativen Systems bestanden, welche angeblich als „die auf dem kapitalistischen Weg laufenden Machtinhaber“ genannt wurden.³⁴⁴ Mao Zedongs Feinde bestanden quasi aus der ganzen Schicht, die die gesellschaftliche Macht besaß, bzw. der Klasse, die sich nach der Entstehung der Volksrepublik aufgrund des Aufbaus des sozialistischen Staates, d.h. sowohl auf der Zentral- als auch Regionalebene, entwickelte.³⁴⁵ Die Geschichte der ersten drei Jahre der Kulturrevolution unterstützt diese Behauptung. In diesen drei Jahren stellte sich die Lage so dar, dass Studenten sowie Mitschüler von Mao Zedong zu Aufständen

³⁴² Vgl. Zhong, Shi 2016: richtig Umgehen mit der Geschichte der Kulturrevolution und Bestehen auf dem Weg des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten. In: Geschichtsforschung der KPCh, 2016, Heft 5, S.5-8. (Original in Chinesisch: 钟实 2016: 正确对待“文化大革命”历史坚定不移走中国特色社会主义道路. 中共党史研究 2016(5), 5-8 页).

³⁴³ Vgl. Kuo, Kuang-ting 1996: Die Chinesische Bürokratie in der Zeit der Kulturrevolution (1966-1976). Berlin: Köster, S.67.

³⁴⁴ Vgl. Ebd.

³⁴⁵ Vgl. Ebd., S.64.

mobilisiert wurden, wodurch fast das ganze Bildungs- und administrative System zerstört, die ursprünglichen Machtinhaber der Systeme im einfachsten Fall entmachteten oder aber im schwersten Fall totgeschlagen wurden. Statt der originalen administrativen Organisation hatte das Revolutionskomitee die Macht in der Hand. Eine andere extreme Strömung, die sich aus der Meinung der Gesellschaft zusammensetzt, geht davon aus, dass Mao Zedong die Kulturrevolution initiierte, weil er einerseits tatsächlich, wie auch von ihm vorgegeben, für die Interessen des Volkes sorgen und damit den proletarischen Staat vor der kapitalistischen Restauration bewahren wollte. Andererseits wollte er dadurch die alte, rückständige, traditionelle Kultur ausmerzen und gleichzeitig eine neue, fortschrittliche, sozialistische beziehungsweise kommunistische Kultur etablieren. Diese Meinung ist romantisch aber auch zweifelhaft, da sich in der Geschichte feststellen lässt, dass fast alle politischen Persönlichkeiten in der KPCh-Zentrale, deren Verdienste mit Mao Zedong vergleichbar waren – die meisten waren alte revolutionäre Kollegen (Kriegskameraden) Mao Zedongs –oder seine Autorität bedrohten, in der Kulturrevolution beseitigt wurden.³⁴⁶ Derartige Beseitigungen fanden nicht erst in der Kulturrevolution statt, sondern schon vor der Kulturrevolution. Peng Dehuai und seine Unterstützer bekamen von Mao Zedong den Titel „Anti-Partei-Clique“³⁴⁷, weil Peng Dehuai einen privaten Brief an Mao geschrieben hatte, in dem er ihm Ratschläge über die Korrektur des „Großen Sprungs nach vorn“ gab. Dieser Brief wies Mao zwar auf seine Fehler hin, war aber eigentlich ein persönlicher Brief.³⁴⁸ Mao teilte den Brief unter mehreren Kadern, wovon viele Pengs Meinung waren. Selbige wurden ebenfalls als „Anti-Partei-Clique“ verurteilt und entmachteten. Es wird geglaubt, dass Mao Zedong sie beseitigen wollte, weil sie seine Autorität bedrohten. An dieser Stelle kann nicht verneint werden, dass Mao durch die Kulturrevolution seine politischen Feinde beseitigen wollte. Umstritten ist jedoch, ob Mao seine politischen Feinde mithilfe ideologischer Waffen beseitigen wollte oder ob Mao mittels der Beseitigung der politischen Feinde (des Volks) die sozialistische bzw. kommunistische

³⁴⁶ <http://www.shz100.com/article-1-722-1.html>, 03.01.2018.

³⁴⁷ Domos, Jürgen/Näth, Marie-Luise 1992: Geschichte der Volksrepublik China. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich: BI-Taschenbuch-Verl., S.47.

³⁴⁸ Vgl. Guo, Dehong/Li, Lingyu/Liu, Jianhui (Hrsg.) 2005: Kommentare zu den wichtigen Ereignissen in der KPCh-Geschichte. Beijing: zentrale Parteischule Verl. (Original in Chinesisch: 郭德宏, 李玲玉, 柳建辉 [主编] 2005: 中共党史重大事件述评. 中共中央党校出版社.)
<http://www.hybsl.cn/xuezhewenji/guodehong/2009-01-16/12060.html>, 03.01.2018.

Ideologie bewahren³⁴⁹ wollte. Die Antwort wusste nur Mao selbst oder wahrscheinlich noch nicht einmal er selbst. Festzuhalten ist, dass die „Feinde“ der Partei keine echten Feinde waren, sondern dass sie nur unterschiedliche Meinungen als Mao hatten. Egal ob sie Maos persönliche Feinde oder Feinde der proletarischen Ideologie waren, kann man sie in jedem Fall als Maos Feinde sehen und es lässt sich auch immer feststellen, dass er seine Feinde mittels ideologischer Waffen beseitigt hat. Bei näherer Betrachtung der Verteilung von „Peng Dehuai – Anti – Partei – Gruppe“ in der Lushan-Konferenz lässt sich intuitiv erkennen, dass die Kulturrevolution fast nach demselben Muster geschehen ist und dass die letztere eine Expansion von der vorherigen ist. Der Auslöser bzw. das auslösende Ereignis der Kulturrevolution ist darauf zurückzuführen, dass im Januar 1962 eine Arbeitskonferenz in der KPCh-Zentrale – mit 7000 Anwesenden³⁵⁰ – stattfand, die Kader aus verschiedenen administrativen Schichten des ganzen Staates umfasste. Mao stellte in der Konferenz fest, dass die Kader überwiegend von den Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre – dem Großen Sprung nach vorn und der dreijährigen Hungersnot – sprachen, was Maos Autorität in Frage stellte. Des Weiteren sprachen sie auch von pragmatischen Maßnahmen, mit denen die Landwirtschaft gefördert werden sollte, was jedoch in den Augen Maos eine kapitalistische Restauration darstellte. Die Konferenz verneinte sozusagen Maos „Drei Rote Fahnen“³⁵¹. Die Machthaber standen überwiegend auf der Gegenseite von Mao Zedong. Aus diesem Grund fand Mao Zedong, dass die ganze Generation beruflicher Bürokraten seine Feinde waren. Dementsprechend konnte er seine Feinde nicht mehr durch innerparteiliche ideologische Kritik beseitigen, sondern nur mithilfe einer Kulturrevolution in der ganzen Nation. Das Wesen der Kulturrevolution in der ganzen Volksrepublik ist geprägt durch die Beseitigung der Feinde – die ganze Generation beruflicher

³⁴⁹ Vgl. Lawrance, Alan 2004: China since 1919: revolution and reform; a sourcebook, London; New York: Routledge, S.185.

³⁵⁰ Chinesisch: Qīqiān rén huìyì, „七千人会议“. Vgl. Domos, Jürgen/Näth, Marie-Luise 1992: Geschichte der Volksrepublik China. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich: BI-Taschenbuch-Verl., S.50.

³⁵¹ Die „Drei Rote Fahnen“ (auch als Drei Rote Banner) bezeichnet drei ideologische Slogans, die die KPCh – vor allem Mao – in den 1950er Jahren zum Ansporn für den sozialistischen Aufbau ausformulierte. Sie besteht aus „Generallinie für sozialistische Konstruktion“ (总路线 Zōnglùxiàn), „Großer Sprung nach Vorn“ (大跃进 Dà yuèjìn) und „Volkskommune“ (人民公社 Rénmín gōngshè). Vgl. Woo, X. L.; Two Republics in China: How Imperial China Became the PRC; Algora Publishing, New York, NY; (2014), S.155; Domos, Jürgen/Näth, Marie-Luise 1992: Geschichte der Volksrepublik China. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich: BI-Taschenbuch-Verl., S.28-35.

Bürokraten – mittels ideologischer Waffen. Die Breite und Tiefe der Kampagne ist einzigartig und unvergleichbar in der menschlichen Geschichte.

Ein weiterer Teil der Frage, warum die Kulturrevolution zu Stande kommen konnte, besteht darin, warum das Volk aufgerufen werden konnte, diese gravierenden Veränderungen zu unterstützen? Laut den Historikern besteht die Antwort aus zwei Dimensionen. Die erste Dimension wird durch die Studenten vertreten, wohingegen der zweiten die normalen Bürger angehören. Die Studenten waren die ersten Akteure – sowie gleichzeitig die Hauptmacht der Revolte³⁵² – der Demonstrationen. Sie reagierten als Erste auf Mao Zedongs Aufruf zur Kulturrevolution. Die Studenten ließen sich leicht mobilisieren, da sie und ihre Kommilitonen/Mitschüler einen sehr militanten ideologischen Hintergrund besaßen. Die meisten von ihnen wurden nach der Entstehung der Volksrepublik geboren und lange Zeit durch die revolutionäre Vergangenheit (Geschichte) geprägt, obwohl sie die revolutionäre Epoche gar nicht miterlebten. Deshalb besaßen sie tief in ihren Herzen einen revolutionären Impuls und hätten infolgedessen gerne die Chance, sich der Revolution anzuschließen³⁵³. Ein zweiter Grund, warum sie sich leicht mobilisieren ließen, bestand darin, dass die Studenten noch nicht in die Gesellschaft integriert wurden. Sie mussten selten ihre Familien finanzieren und sich um sie kümmern. Sie waren naiv und reinherzig. Ein dritter Grund, weshalb sie sich leicht mobilisieren ließen, bestand darin, dass sie vorher von den Lehrern „regiert“ wurden und ihnen somit die Kulturrevolution die Möglichkeit bot, sich von den anstrengenden Studien und Prüfungen zu befreien.³⁵⁴ Infolge der Niederschlagung der Lehrer mussten die Studenten nicht mehr zum Unterricht gehen, was sie sehr gern sahen.³⁵⁵ Der vierte Grund war der, dass viele junge Studenten aufgrund ihres revolutionären Bildungshintergrundes in den Personenkult von Mao Zedong gerieten und Loyalität ihm gegenüber entwickelten.³⁵⁶ Viele normale Bürger

³⁵² Chinesisch: Zàofǎn“造反”.

³⁵³ Vgl. Li, Haiwen 2013: Persönlichkeiten und Ereignisse bei den Wenden in der Geschichte der KPCh, Beijing: China Youth Press. Kpt. 18. (Original in Chinesisch: 李海文 2013: 中共历史拐点中的人物与事件, 北京: 中国青年出版社, 2013, 第十八章).

³⁵⁴ Vgl. Deljugin, Lev P. (ca.) 1967: The 'cultural revolution' in China. Moscow: Novosti Press Agency Publ., S.28. und Vgl. Li, Haiwen 2013: Persönlichkeiten und Ereignisse bei den Wenden in der Geschichte der KPCh, Beijing: China Youth Press. Kpt. 18. (Original in Chinesisch: 李海文 2013: 中共历史拐点中的人物与事件, 北京: 中国青年出版社, 2013, 第十八章).

³⁵⁵ Vgl. Lawrance, Alan 2004: China since 1919: revolution and reform; a sourcebook, London; New York: Routledge, S.184.

³⁵⁶ Vgl. Deljugin, Lev P. (ca.) 1967: The 'cultural revolution' in China. Moscow: Novosti Press Agency Publ., S.28.

sahen deswegen die Kulturrevolution sowie die (damit einhergehende) Niederschlagung der Machtinhaber mit Wohlwollen, da sie in den vergangenen Jahren (seit Entstehung der Volksrepublik) aufgrund der Institution oder Politik benachteiligt wurden. Sie fühlten sich als Opfer der korrupten Bürokraten. Sie wollten die Chance (Kulturrevolution) ausnutzen, um Vergeltung zu üben.³⁵⁷ An diesem Punkt wäre es eine Manifestation der sozialen Widersprüche gewesen, insbesondere wegen der dreijährigen Hungersnot; außerdem gab es auch Personen, die die Kulturrevolution ausnutzten, um ihre eigenen Interessen zu realisieren.³⁵⁸

Bislang wurden schon viele Geschichtstheorien dargestellt. Dennoch zielt diese Dissertation nicht darauf ab, die Geschichte weiter auszuführen, sondern an ihrer empirischen Basis die Erklärungskraft des EI zu prüfen. „Gehorsamkeit“ als notwendige Ressource der Partei in der Autokratie spiegelt sich auch im Lauf der Kulturrevolution sehr stark wider. In Folge der Erkennung der Geschichte vor und nach der Kulturrevolution lässt sich feststellen, dass diese Revolution nicht aufgrund von Ungehorsamkeit zustande kam, sondern wegen der Gehorsamkeit. Bei der Gehorsamkeit geht es darum, dass die Untertanen dem Willen des Führers folgen. Die Unruhen der Kulturrevolution sind geradezu das, was Mao Zedong als Führer wollte. Die von den „Rebellen“³⁵⁹ durchgeführte Demonstration sowie die Revolte³⁶⁰ und Eroberung der Macht von der lokalen bis zur zentralen Ebene stellte die Gehorsamkeit dar. Eine derartige „Gehorsamkeit“ bestand nicht nur bei den „Empörern“, sondern auch bei den meisten Chinesen. Dementsprechend existierte kaum noch eine Personengruppe oder Person, die in der Öffentlichkeit gegen die Kulturrevolution sprach. Sogar die konservativen Gruppen³⁶¹, die das originale Parteikomitee³⁶² unterstützten, sprachen sich für die Kulturrevolution aus und erklärten sich als „Empörer“ sowie loyal zu Mao Zedong und der KPCh. Sogar die gestürzten Machtinhaber waren treu gegenüber Mao Zedong. Einige Kader beantragten sogar selbst, der eigenen Macht enthoben zu werden.³⁶³ Ein Teil der Machinhaber

³⁵⁷ Vgl. Vortrag von Prof. Qin Hui (<https://www.youtube.com/watch?v=JZlWX4F12OQ&t=1304s>, Abruf am 26.07.2018).

³⁵⁸ Vgl. Ebd.

³⁵⁹ Chinesisch: Zàofǎn pài “造反派”.

³⁶⁰ Chinesisch: Zàofǎn. “造反”.

³⁶¹ Die Konservative waren meistens selbst Machthaber. Sie wollten die normalen Institutionen und die Machthaber vor der Revolte schützen.

³⁶² Chinesisch: Dǎngwěi 党委.

³⁶³ MacFarquhar, Roderick/Schoenhals, Michael 2006: Mao's last revolution. Cambridge, Mass. [u.a.]: Belknap

wurde selbst zu „Empörern“. Die „Gehorsamkeit“ bestand auch darin, dass die Volksbefreiungsarmee (VBA) nach dem Befehl der KPCh-Zentrale bzw. Mao Zedongs agierte. Während der Kulturrevolution war die Armee so gut wie intakt, obwohl sie gewissen Einflüssen der Revolution unterlag. Dieser Einfluss war jedoch ganz anders als der beim Bildungs- und administrativen System. Bei der Armee geht es um erzwungene Beteiligung, während es beim Bildungs- und administrativen System um Umsturz geht. Der Einsatz der Armee führte nicht zu einer militärischen Verwirrung oder Meuterei. Bei der Beteiligung der Armee handelte es sich um die Ausübung von Mao Zedongs Anweisung der „Drei Unterstützen Zwei Militärischen“³⁶⁴. Dieser Sachverhalt bedeutete, dass die Armee gemäß Mao Zedongs Anweisungen die Empörer einseitig bei der Eroberung der Macht unterstützte. Sie nahmen jedoch nicht direkt an der Kulturrevolution teil, sondern waren Unterstützer bzw. militärische Sicherung für die Empörer. Die Armee war in der Regel nicht das Objekt der Revolte. Nach der „vollständigen Eroberung der Macht“³⁶⁵ brach das administrative System des Staates fast zusammen. Die Armee war jedoch noch fähig, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Aus diesem Grund waren viele örtliche und industrielle Unternehmen unter Militärkontrolle. Die Armee versandte ihre Vertreter, die meistens Hauptmitglieder des Revolutionskomitees³⁶⁶ waren, in die Einheiten, um deren Funktionserfüllung, wie zum Beispiel der Bildung und Produktion, zu gewährleisten. Zusammenfassend ist die Volksrepublik trotz des heftigen Konflikts zwischen Empörern und Machthabern sowie zwischen verschiedenen Empörern nicht in einen Bürgerkrieg geraten. Weiterhin sind die in verschiedenen Organisationen angesetzten militärischen Mächte nicht zu Kriegsherren geworden, da sie gegenüber Mao Zedong und zur KPCh-Zentrale gehorsam und treu waren. An diesem Punkt lässt sich feststellen, dass Mao Zedong bzw. Mao Zedongs KPCh trotz des Chaos noch über ausreichende, für ihre Existenz notwendige Ressourcen verfügte.

Press of Harvard Univ. Press, S.170ff.

³⁶⁴ 三支两军, „Drei Unterstützen“ heißt: Die Armee unterstützt den linken Flügel des Volkes, die Industrie und Landwirtschaft; „Zwei Militärischen“ heißt: wichtige Organisationen werden militärisch verwaltet und militärisches Training wird in den Hochschulen und Mitteschulen durchgeführt.

³⁶⁵ Chinesisch: Quánmiàn duóquán 全面夺权.

³⁶⁶ Nachdem der alte administrative Apparat durch Revolte beseitigt worden war, übernahm das neu etablierte Revolutionskomitee die Macht.

Wie wirkt sich „Gehorsamkeit“ insgesamt aus? Diktatur und Gehorsamkeit sind voneinander abhängig. Das chinesische Volk war in den vergangenen ca. zweitausend Jahren von der kaiserlichen Gesellschaft geprägt. Die gesellschaftliche Ordnung baute sich auf der konfuzianischen Basis auf. Die konfuzianische Ethik regelte die chinesische Gesellschaft in der Art, dass ausschließlich der Kaiser die höchste Autorität und Macht besaß, während die Untertanen ihm gehorchen sollten, es sei denn, dass der Kaiser ein Tyrann ist. Diese Regel von Gehorsamkeit wirkte in der gesamten chinesischen Gesellschaft hindurch und galt nicht nur zwischen Kaiser und Untertan, sondern auch zwischen Eltern und Kindern, Beamten³⁶⁷ und Bürgern, Ehemann und Ehefrau, Lehrern und Schülern etc. Wer als Untergeordneter die Regeln brach, wurde als Hochverräter³⁶⁸ verurteilt. Trotz Widerwillen sollte dem Willen der Übergeordneten Folge geleistet werden. Dieses Mem hat die Chinesen tausende Jahre geprägt.³⁶⁹ Dieses Mem existierte jedoch nicht allein, sondern war vom Mem der Legitimität gegenüber der persönlichen übergeordneten persönlichen Position abhängig. Die konfuzianische Ethik ordnete neben der Gehorsamkeit der Untertanen auch die Liebe zu den Übergeordneten an. Laut Mengzi³⁷⁰ darf das Volk die grausamen Tyrannen umstürzen. Im „Mengzi“ wurde geschrieben:

„Das Volk ist teuer, der Staat steht an zweiter Stelle, der König ist leicht. Aus diesem Grund wird derjenige der Sohn des Himmels, der das Volk gewinnt; derjenige wird König, der den Sohn des Himmels gewinnt; derjenige wird Minister, der den König gewinnt. Gefährdet der König den Staat, soll er ersetzt werden. Gefährdet der Staat trotz reichlicher Abgaben das Volk, soll er ersetzt werden.“³⁷¹

³⁶⁷ Chinesisch: Guān 官.

³⁶⁸ Vgl. Ban, Gu 79 A.D.: durchgängige Auslegung des Konfuzianismus durch die Baihu-Konferenz. (Original in Chinesisch: 班固 79 A.D.: 《白虎通义》). (<http://www.guoxue123.com/zhibu/0301/01bhby/index.htm> 05.12.2017), 《白虎通义》 Báihǔ tōng yì, ist eine alte chinesische Literatur über die konfuzianische Ethik.

³⁶⁹ Fei, Hsiao-Tung 1946: Peasantry and Gentry: An Interpretation of Chinese Social Structure and Its Changes, S.4f. In: American Journal of Sociology, Vol.52, No.1 (Jul., 1946), S. 1-17.

³⁷⁰ Mengzi oder Menzius (chinesisch: 孟子) war der bedeutendste Nachfolger des Konfuzius.

³⁷¹ Meng, Ke ca.372 B.C.-289 B.C.: Menzius. Kpt.14. (Original in Chinesisch: 孟轲: 《孟子·尽心章句下》 ca. 372 B.C.-289 B.C.). (https://so.gushiwen.org/guwen/book_11.aspx 12.05.2017).

Eine derartige „Rebellion“ heißt „für die Himmel das Tao durchführen“³⁷². Diese Regel ist in der Realität zwar schwer zu realisieren, trotzdem galt es bei Dynastie-Wechseln in der chinesischen Geschichte immer wieder. Verschiedene Religionen spielten als ideologische Basis neben den Kriegsherren eine wichtige Rolle bei der Integration und Organisation der Aufstände. Wer die ideologische Orthodoxie des Volks beherrschte, konnte die größte politische Legitimität sowie die höchste politische Macht erreichen. In der alten chinesischen Geschichte lässt sich erkennen, dass die Herrschaften, die auf einer anderen religiösen Basis entstanden, alle kurzlebig oder nur in kleinen Regionen vorkamen, während die auf der konfuzianischen Basis entstandenen Dynastien relativ lang regierten. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass das chinesische Volk und die chinesische Gesellschaft generell schon seit der Han-Dynastie durch den Konfuzianismus geprägt wurden. Die Kaiser besaßen insbesondere während der stabilen Stadien ihrer Regentschaft die höchste instrumentale und zumindest symbolische Macht. Die durch den Konfuzianismus geprägte Gesellschaft brauchte einen barmherzigen Kaiser, vor allem aber einen Kaiser, der die höchste Autorität ausübte und die konfuzianische Gesellschaft stabilisierte. „Der Staat kann nicht einen Tag ohne Kaiser sein.“³⁷³ Das heißt, dass die Untertanen dem Kaiser und nicht anderen gehorchen mussten, wenn es Widersprüche gab. Gehorsamkeit und Autorität repräsentieren die zwei Komponenten des diktatorischen Systems. Dieses kulturelle Muster bzw. Mem galt über tausende Jahre in China. Anhand obenstehender Argumentation lässt sich feststellen, dass die Gehorsamkeit und die Autorität voneinander abhängig sind. Aus der Perspektive des Evolutorischen Institutionalismus war Gehorsamkeit die notwendige bzw. wichtigste Ressource für die Partei in der Autokratie. Daher lässt sich feststellen, dass die Gehorsamkeit zumindest in der chinesischen Geschichte großteils von der Autorität gegenüber dem, der als Herrscher an der Macht war, abhängig war. Folglich gilt die Autorität als eine der wichtigsten Ressourcen. Weiterhin lässt sich feststellen, wer die ideologische Orthodoxie beherrscht, beherrscht gleichzeitig die Autorität und die Gehorsamkeit als wichtigste Ressourcen. Diese Stelle besetzte

³⁷² Chinesisches altes Idiom: Tì tiān xíngdào 替天行道.

³⁷³ Chinesisch: Guó bù kě yī rì wú jūn 国不可一日无君. Vgl. Zhang, Daoling 34 -156: Xianger-Anmerkungen über Laoze. (Original in Chinesisch: 张道陵 34 A.D.-156 A.D.: 《老子想尔注》). (<http://www.guoxue123.com/zhibu/0101/0300/306.htm> 06.12.2017).

Mao Zedong wegen seiner unvergleichbaren Dienste in der Revolution und bei der Entstehung der Volksrepublik. Er besaß nach der Entstehung der Volksrepublik bis zu seinem Tod ausschließlich die höchste Autorität der Volksrepublik. Das Volk wusste gar nicht, ob die proletarische Volksrepublik tatsächlich von der kapitalistischen Restauration bedroht wurde. Trotzdem glaubten sie der Propaganda von Mao Zedong, da er die höchste Autorität und Glaubwürdigkeit im Volk besaß. Er stand auf der Spitze der konfuzianischen ethischen Leiter. Es ist Hochverrat, sich gegen den Kaiser zu stellen. Beim Verständnis dieser Regel wird klar, warum u.a. Peng Dehuai u.a als Teil der Anti-Partei-Clique verurteilt werden konnte. Aufgrund der Unterdrückung seiner Gegner in der KPCh-Zentrale ist Maos Autorität untastbar geworden. Dieses Muster ähnelt dem von anderen Kaisern in der Dynastie-Geschichte. Es durfte keine andere Meinung als die von Mao in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht werden. Die Gegner der Kulturrevolution konnten nur schweigen oder passiv die Konfrontation suchen. Jedoch bestehen Zweifel darüber, ob die Gehorsamkeit als notwendige Ressourcen ausreichte, obwohl es in passive Konfrontation tretende Gegner gab und die regionalen KPCh-Organisationen fast zusammengebrochen waren. Nun muss die KPCh als eine Institution wiedererkannt werden. Die KPCh zeigte in dieser Zeit insgesamt einen turbulenten-Charakter. Es stellt sich die Frage, warum sie dennoch als Führungspartei betrachtet wurde? Dieser Punkt stellt eine Herausforderung für die Analyse mit Systemtheorien dar, weil das System nicht mehr dasselbe System war. In diesem Sinne war die KPCh nicht mehr dieselbe Partei, wie sie vor der Kulturrevolution war, sondern eine KPCh unter Mao Zedong bzw. eine Mao Zedong zentrierte KPCh. Die alte KPCh wurde entsprechend Maos Willen durch die Kulturrevolution entmachtet und fast zerstört. Durch diese Behauptung kann die Retention bzw. Anpassungsfähigkeit der neuen KPCh an die chinesische Gesellschaft geklärt werden. Warum lässt sich überhaupt eine neue KPCh konzipieren? Die Argumentation dafür ist folgende. Von der Struktur her lässt sich schon feststellen, dass die alten Parteiorganisationen insbesondere auf der lokalen Ebene entmachtet wurden und dass fast alle Parteifunktionäre nicht mehr als selbige Funktionäre, sondern als „auf dem kapitalistischen Weg laufende Machthaber“ betrachtet wurden. Auf der zentralen Ebene wurden viele alte Funktionäre entmachtet und durch Anhänger Mao Zedongs ersetzt. Die „neue“ KPCh hat eine ganz andere Leitidee als die ursprüngliche KPCh. Die alte

Leitidee der KPCh bestand aus dem Staatsaufbau, während die neue den Klassenkampf beinhaltete. Dementsprechend wurde die (neue) KPCh, die Mao Zedong folgte, mit einer neuen Leitidee versehen. Diese Argumentation wird höchstwahrscheinlich nicht nur von den KPCh-Linken, sondern auch von Systemtheoretikern kritisiert. Erstens wurden nicht alle Parteimitglieder im Lauf der Kulturrevolution entmachteter. Viele KPCh-Mitglieder sind dank der Kulturrevolution auf eine höhere Position innerhalb der KPCh aufgestiegen, obwohl sie wahrscheinlich vor der Kulturrevolution nicht an den wichtigsten Stellen positioniert wurden. Zweitens wurde nicht die ganze Partei-Struktur zerstört oder durch neue Strukturen ersetzt. Obwohl die regionalen Parteikomitees sowie das zentrale Parteisekretariat zur Seite geschoben wurden, konnte das zentrale Politbüro der KPCh seine Macht aufrechterhalten und sogar radikalieren. Drittens war die Leitidee hinsichtlich des Klassenkampfes gar nicht neu, sondern sogar älter als die des „Staatsaufbaus“. Vor der Entstehung der Volksrepublik war der Klassenkampf die offizielle Leitidee der KPCh, was der KPCh zum Sieg in der Revolution verhalf. Die Leitidee der Kulturrevolution war folglich nur eine Rückkehr zur alten Leitidee. Infolgedessen darf die Änderung der Parteistruktur nicht als eine Ersetzung der alten durch eine neue, sondern als eine Rückkehr betrachtet werden. Die entmachteten alten Persönlichkeiten gehörten zu den Rebellen, obwohl viele davon Kriegskameraden Maos in der Revolutionszeit waren. Die Schwierigkeit der Analyse ist allerdings auf die chinesische Vorstellung der KPCh zurückzuführen. Die chinesische Vorstellung der KPCh ist völlig anders als die Vorstellung einer politischen Partei in westlichen Demokratien. In der Volksrepublik gibt es bis heute zwei Typen von politischen Parteien, erstens „Die Partei“ (KPCh)³⁷⁴ und zweitens die „demokratischen Parteien und Fraktionen“³⁷⁵. Weiterhin ist die chinesische Vorstellung des politischen Systems eine Dreiteilung der Herrschaft in die Partei, den Staat und die Regierung. Die Partei vertritt die Regierung und den Staat. Die Partei-Zentrale vertritt die Partei und das Politbüro der Partei vertritt die Partei-Zentrale. Demzufolge könnte man das Politbüro der KPCh als Existenzgrundlage der Partei sehen. Es lässt sich jedoch feststellen, dass Mao Zedong die alleinige Vertretung der Partei übernahm. Dies repräsentiert sowohl den Grund, warum die

³⁷⁴ Chinesisch: Dǎng 党, das Zeichen bedeutet eigentlich „Partei“, bezeichnet im Kontext der Volksrepublik China die KPCh.

³⁷⁵ Chinesisch: Mínmǔ dǎngpài 民主党派.

KPCh noch immer existiert, als auch die Basis dafür, dass die KPCh als Institution immer noch die notwendige Ressource der „Gehorsamkeit“ erhalten konnte, obwohl sich die Partei in einem chaotischen und fragmentierten Zustand befand.

Zusammengefasst konnte die Kulturrevolution ca. zehn Jahre aufrechterhalten werden, da die KPCh (unter Mao Zedong) aufgrund des Personenkults zu Mao Zedong trotz gesellschaftlicher Unruhen ihre lebenswichtigen Ressourcen in ausreichendem Maß erhalten konnte. Bei der Nischenanalyse lässt sich feststellen, dass die politische Realität der Kulturrevolution eine gesellschaftliche Unruhe unter der Führung von Mao Zedong dargestellt und folglich seinem Willen entsprochen hat. Hinsichtlich der Kulturrevolution wäre der Gedanke an einen Nischenkollaps möglich gewesen, bei dem der Erhalt der notwendigen Ressourcen der KPCh in ausreichendem Maß nicht mehr gesichert werden könnte. In der Tat war die Kulturrevolution jedoch eine beabsichtigte Nischenkultivierung durch die Institution der KPCh(-Zentrale) unter der Führung von Mao Zedong. Durch die präzise historische Prüfung lässt sich die empirische Frage, ob *These 2* bei der Beschreibung und Erklärung der Wandlung am Fall der Aufrechterhaltung der Kulturrevolution verifiziert werden kann, beantworten. Die Antwort ist nein. Durch den obenstehenden Test ist feststellbar, dass der Evolutorischen Institutionalismus bei der Beschreibung und Erklärung der zehnjährigen Aufrechterhaltung der Kulturrevolution durch die KPCh sehr exakt und tief anwendbar ist. Im Licht des Evolutorischen Institutionalismus wurde nicht nur die Funktions-Ressourcen-Beziehung anhand der Nischenanalyse auf der Makro-Ebene dargestellt, sondern auch deren Wirkung auf die Wandlung bzw. Stabilität der KPCh erklärt, wodurch sich der Vorteil der Systemtheorie widerspiegelt. Des Weiteren wurden die wichtigen politischen Akteure bzw. Positionen sowie ihr Verhalten und ihre Machtverhältnisse, also institutionelle Mechanismen (auch auf der Mikro-Ebene), analysiert, wodurch sich der Vorteil des Behaviorismus widerspiegelt. Die Analyse der institutionellen Mechanismen wurde ohne Probleme durchgeführt, während die Nischenanalyse jedoch von gewissen Schwierigkeiten betroffen war. Bei der Nischenanalyse besteht der Zwang, eine „neue“ KPCh (unter Mao Zedong) zu konzipieren. Die Schwierigkeit dabei liegt darin, dass der Name „KPCh“ unverändert blieb, während sich ihr Wesen gegenüber dem Ursprünglichen wesentlich veränderte. Mittels dieser Konzeption wird die politische

Realität der KPCh so beschrieben, dass die originale KPCh (insbesondere auf der regionalen Ebene) wegen ihrer Unfähigkeit zur Anpassung schon zerfiel und somit *These 2* verifiziert werden kann. Auf der anderen Seite war die „neue“ KPCh (unter Mao Zedong) aufgrund ihrer ausreichenden Ressourcenausstattung anpassungsfähig, sodass sich die Leitidee der Kulturrevolution zehn Jahre aufrechterhalten konnte. Jedoch wird diese Unterscheidung angezweifelt, da erstens die Persönlichkeiten der KPCh nicht völlig, sondern nur zum Teil ausgetauscht wurden; da zweitens der Memplex der KPCh trotz der Variation der Kulturrevolution nicht gänzlich anders als der originale – die fundamentalen Meme waren identisch – war; da es drittens gar nicht zur offiziellen Parteispaltung kam, sondern trotzdem Einheit herrschte; da es viertens keine klare Grenze zwischen den „zwei“ KPChs gab. Bei Nichtakzeptanz der „zwei KPCh“ Konzepte, muss eine viel kompliziertere Binnenanalyse durchgeführt werden. Hierbei müssen die institutionellen Mechanismen in und zwischen jeder Organisationsebene analysiert werden. Zu den Ebenen gehören das Politbüro, die Parteiorganisation im Volkskongress, in der Regierung, in der Armee, in den staatlichen Organisationen, wie Schulen und Krankenhäusern und sogar in den Unternehmen. Dabei gibt es auch eine Konfrontation mit Schwierigkeiten, da die Parteimitglieder oft vielseitige Rollen begleiteten und komplizierte Interessen hatten. Diese analytische Variante wäre folglich sehr ineffizient. Im Gegensatz dazu ist das „zwei KPCh“-Konzept nachvollziehbar, weil Mao Zedong selbst schon eine zweite „Partei“ propagiert hatte, die „Zǒu zīběn zhǔyì dàolù de dàng quǎn pài“³⁷⁶ hieß, aber wahrscheinlich nur eine Illusion von Mao war, welche aber trotzdem in der Wirklichkeit geltend gemacht wurde. Auf diese Weise ist das „zwei KPCh“-Konzept doch akzeptierbar.

³⁷⁶ Chinesisch: 走资本主义道路的当权派. Das heißt etwa: auf dem kapitalistischen Weg gehende machthabende Fraktion. Siehe in Kuo, Kuang-ting 1996: Die Chinesische Bürokratie in der Zeit der Kulturrevolution (1966-1976). Berlin: Köster, S.9. und siehe <http://www.people.com.cn/GB/shizheng/252/5301/5302/20010612/487072.html>, Abruf am 04.01.2018.

3.4.4 Weiterführung des „Rotbootes“ durch Xi Jinping

Xi Jinping hat zwar die Revolutionszeit nicht miterlebt, ist aber in der Zeit der Kulturrevolution aufgewachsen. Die Leitidee der Kulturrevolution war „Klassenkampf als Hauptaufgabe“ und „Weiterrevolution“³⁷⁷. Diese Zeitphase war geprägt von ideologischen Auseinandersetzungen mittels Wörtern und Waffen³⁷⁸. Dieser gesellschaftliche Hintergrund stellt einen revolutionären Charakter dar. Des Weiteren wurde die ganze chinesische Gesellschaft durch linke beziehungsweise extrem linke Ideen beherrscht. Die Propaganda über die revolutionären Gedanken und Manöver prägte die Generation Xi Jinpings. Sein Vater Xi Zhongxun war einer der wichtigsten revolutionären Veteranen³⁷⁹, der seinen Sohn sowohl mit Worten als auch durch sein persönliches Vorbild belehrte. Obwohl Xi Zhongxun während der Kulturrevolution mit ungerechtfertigter Kritik und Maßregelung konfrontiert wurde, benachteiligte dies Xi Jinping weder bei seiner Hochschulaufnahme noch bei seiner politischen Karriere. Hinsichtlich der Worte Xi Jinpings lässt sich feststellen, dass er zwar die Kulturrevolution verneint, aber trotzdem das etablierte sozialistische System bejaht und an dieses glaubt. Er glaubt sogar, dass dieses System ohne Alternative funktionieren würde, da es die unentbehrliche gesellschaftliche Ideologie bzw. Leitidee trug.³⁸⁰ Nach Xis Meinung sind die Verdienste der KPCh größer als ihre Fehler. Xi erbt die Leitidee grundsätzlich seit der dritten Plenarsitzung des elften KPCh-Parteitag. Er übernahm Deng Xiaopings Meme „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“. Anhand der Rede von Xi Jinpings auf der Gedenkfeier zum 110. Jahrestag von Deng Xiaopings Geburt lässt sich erkennen, dass Xi Jinping Deng Xiaopings Ideen sehr hoch einschätzte und ihn persönlich sehr hoch achtete. Xi Jinpings Redeart und -weise ähnelte sehr der von Deng Xiaopings. Die beiden gehören zum pragmatischen Typ. Xi Jinping konnte die Theorie des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten sozusagen sehr zuverlässig erben, weil er in der Familie einer der wichtigsten revolutionären Veteranen geboren wurde, obwohl er

³⁷⁷ Vgl. Lawrance, Alan 2004: China since 1919: revolution and reform; a sourcebook, London; New York: Routledge, S.183.

³⁷⁸ Chinesisch: Wén gōng wǔ dòu 文攻武斗.

³⁷⁹ Chinesisch: Géming yuánlǎo 革命元老.

³⁸⁰ Vgl. English translation © 2016 Taylor & Francis Group, LLC, from the Chinese text: “Xi jin ping: yao shi hong se jiang shan yong yuan bu bian se.” Translated by Ted Wang. Extracted from CCTV Net, July 12, 2013, <http://news.sina.com.cn/c/2013-07-12/193327653764.shtml>. 24.10.2018.

selbst die „neue demokratische Revolution“³⁸¹ nicht miterlebte. Xi Jinping wuchs genau unter solchen gesellschaftlichen Bedingungen auf: Die linke bzw. linksextreme Ideologie beherrschte nach der Entstehung der Volksrepublik die chinesische Gesellschaft der jungen Volksrepublik dadurch, dass der revolutionäre Geist propagiert wurde, die Bewegung der sozialistischen Umgestaltung (inkl. Kontra-Rechts-Bewegung), die sozialistische Erziehungsbewegung und die Kulturrevolution initiiert wurden. Sein Vater wurde während der Kulturrevolution zu unrecht verurteilt, was Xi Jinping jedoch nicht bei der Aufnahme seines Studiums sowie der Beamtenlaufbahn benachteiligte. Im Gegenteil profitierte er sogar von diesem System. Überdies wurde er im Rahmen der Institution der Kulturrevolution von der Tsinghua Universität, die als eine der berühmtesten Universitäten Chinas gilt, aufgenommen. Xi wurde unter anderem deswegen von der KPCh befürwortet und in der Folgezeit zum Generalsekretär der KPCh und zum Staatspräsident der Volksrepublik Chinas ernannt. Weiterhin sprach dafür, dass er einerseits die Leitideen des KPCh-Systems zuverlässig erbt, wobei er sich loyal gegenüber der Partei erwies; andererseits erlangte er auf Basis des Systems und der Leitideen politische Verdienste. Xi erbt nicht bloß ein bestimmtes Mem der KPCh, sondern eine ganze Kategorie von Memen, insbesondere die Theorie-Serie des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten, die sich seit der „Reform und Öffnung“ des Staates entwickelte. Dazu gehören die Deng Xiaoping-Theorie, das „Dreifache Vertreten“ von Jiang Zemin und das wissenschaftliche Entwicklungskonzept (von Hu Jintao).³⁸² Diese Theorien entwickelten sich nacheinander und konstruierten den theoretischen Rahmen des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten. Diese fortschreitende Entwicklung der Leitideen ließ sich in China in den letzten drei Jahrzehnten beobachten. Eine derartige Entwicklung stellt das alte chinesische Idiom „*Tuī chén chū xīn*“³⁸³ dar. Dementsprechend gilt der Marxismus als die epistemische Grundlage und die Handlung leitende Basis. In der memetischen Bebürdungsstruktur der KPCh stellt er die Basis, also zum Beispiel den Ausgangspunkt der KPCh dar. Der dialektische und

³⁸¹ Chinesisch: Xīn mínzhǔ zhǔyì géming 新民主主义革命.

³⁸² Vgl. Wang, Xinyan 2018: Forschungsbericht der philosophischen Basis der Idee des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten Xi Jinpings. In: Wuhan Universitätsjournal, 71. Jg., 2018, Heft 2, S.5-11. (Original in Chinesisch: 汪信砚 2018: 习近平新时代中国特色社会主义思想的哲学基础研究述评. 武汉大学学报, 2018年2期, 5-11页).

³⁸³ Chinesisches Idiom: Tuīchénchūxīn 推陈出新 bedeutet ungefähr: Neues aus Altem entstehen lassen.

historische Materialismus gelten als fundamentale Prinzipien, mit dem die KPCh die Welt wahrnimmt und behandelt. Der dialektische Materialismus ist sehr praktisch und basiert grundsätzlich auf der Wirklichkeit bzw. dem Sachverhalt. Das bedeutet, dass der Marxismus und die auf ihm basierenden Theorien (Theorie-Familien) sich gemäß dem Ort, der Zeit und der Umwelt anpassen müssen. Das ist eine der wichtigsten Eigenschaften dieses epimemetischen Systems.³⁸⁴ Die KPCh vollzieht dieses Prinzip nach wie vor. Die Geschichte der KPCh repräsentiert einige sehr interessante Erscheinungen: Die KPCh war erfolgreich, wenn die Parteispitze die Kerneigenschaften des Marxismus und Leninismus praktisch anwendet; hingegen führte es zu negativen Konsequenzen, wenn von den Kerneigenschaften abgewichen wurde. Beispielsweise wurde die KPCh in ihrer frühen Zeit von der kommunistischen Internationalen gemäß der originalen marxistischen Theorie und der sowjetischen Erfahrung geführt. Sie ließ die KPCh eine Arbeiterbewegung initiieren und die zentralen Städte militärisch erobern, was fast zur Vernichtung der KPCh führte. Die KPCh brachte sich in Lebensgefahr, weil sie den Marxismus und Leninismus sowie die sowjetischen Erfahrungen ohne Berücksichtigung der damaligen chinesischen Praxis geltend machte. Im Gegensatz dazu wollte Mao Zedong u.a. die Doktrin nicht hartnäckig verfolgen, sondern die Revolution gemäß der damaligen chinesischen Umweltbedingungen, zuerst auf dem Land entwickeln, da China zu dieser Zeit noch nicht industrialisiert war und über achtzig Prozent der Chinesen auf dem Land lebten.³⁸⁵ In Deutschland war es hingegen so, dass Anfang des 20. Jahrhunderts schon mehr als die Hälfte der Bevölkerung aufgrund der raschen Industrialisierung in Städten lebte.³⁸⁶ Folglich herrschten in Deutschland, wo der Marxismus und die Arbeiterbewegung entstand, völlig andere Gegebenheiten als in China zu dieser Zeit. Die damalige chinesische Arbeiterklasse war sehr schwach und besaß keine ausreichende Kraft für eine Revolution. Mao Zedong entwickelte an dieser Stelle, angesichts der Anpassungsmängel des Marxismus und Leninismus an die chinesische Nische, seine eigene Revolutionstheorie auf Basis von Marxismus und Leninismus, weswegen die Revolution

³⁸⁴ Vgl. Offizielle Nachricht “积极推进马克思主义学习型政党” .

(<http://cpc.people.com.cn/GB/64093/64094/10369730.html> 27.07.2018).

³⁸⁵ Vgl. Anhang 5.3.

³⁸⁶ Potthoff, Heinrich 1974: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. Verlag Neue Gesellschaft GmbH, S.49.

erfolgreich wurde. Ein anderes Beispiel war das der Entwicklung der Volksrepublik China. Nachdem die neue demokratische Revolution siegte, hielt Mao Zedong u.a. an der marxistischen Doktrin – dem wissenschaftlichen Sozialismus – fest und entfaltete den Idealismus so weit, dass er in diesem Fall von der chinesischen Praxis abwich. Infolgedessen kamen katastrophale Fehlentwicklungen, wie der „Große Sprung nach Vorn“ und die Kulturrevolution zustande. Hingegen hatten sich Deng Xiaoping und andere pragmatische KPCh-Leiter, die in der Praxis der chinesischen Gesellschaft verwurzelt waren, für die Reform und Öffnung entschieden, sodass China auf die Überholspur des Wirtschaftswachstums fahren und reich werden konnte. Die Reform und Öffnung verwirklichte zwar einerseits einen wirtschaftlichen Aufstieg der chinesischen Gesellschaft, verursachte jedoch andererseits eine ideologische Paradoxie: die sozialistische Marktwirtschaft forderte den Marxismus und Leninismus tatsächlich heraus. Das kommunistische Ideal und die historische Mission der KPCh ließen sich nur schwierig rechtfertigen. Das bedeutet, dass eine Inkompatibilität zwischen den Memen des Marxismus und Memen der Marktwirtschaft bestand. Infolgedessen begründete Jiang Zemin u.a. das „Dreifache Vertreten“, sodass die KPCh in der Zeit der Reform und Öffnung ihren Standpunkt bzw. ihre Identität wiederfinden konnte. Diese Theorie scheint sich allerdings etwas selbst zu widerlegen. Sie zeigte einen ähnlichen Charakter wie das Erfurter Programm der SPD. Die SPD hatte vor der Reform (Godesberger Programm) einerseits den Marxismus – den sie akzeptierte – und andererseits die (bürgerliche) parlamentarische Partizipation als Leitidee. Die KPCh akzeptierte einerseits die Marktwirtschaft, bestand andererseits aber auf den Marxismus als Leitidee; im Parteistatut ist vorgeschrieben, dass die KPCh auf der einen Seite der Pionier der Arbeiterklasse (versteht sich als eine Klassenpartei) und auf der anderen Seite der Pionier des chinesischen Volkes (als Volkspartei) ist.³⁸⁷ Diese beiden Bekenntnisse sind auf irgendeine Art widersprüchlich. Interessanterweise war es bei der SPD vor der Reform genauso. Dies kann jedoch theoretisch in einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft passieren, da in derartigen Staaten alle Bürger zur Arbeiterklasse gehören, der Staat alle Eigentümer besitzt und es keine andere Klasse bzw. Klassen mehr gibt. Diese Situation ist in der jetzigen Marktwirtschaft Chinas nicht der Fall.

³⁸⁷ Der Leninismus hat die Idee der Pioniere geschaffen.

Trotzdem scheinen solche Bestimmungen bzw. offizielle Bekenntnisse notwendig zu sein, sodass einerseits die Richtigkeit der KPCh-Vergangenheit gewährleistet werden kann und andererseits ihre repräsentative Fähigkeit nicht durch das Klassen-Attribut eingeschränkt wird. Das ist ein Kompromiss bzw. Mittelweg. Nachfolgend schuf Hu Jintao u.a. das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ und Xi Jinping schuf den „chinesischen Traum“. Die neuen Theorien bzw. Leitideen wurden auf Basis der Theorie des „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ etabliert. Dabei ist zu beachten, dass die „Reform und Öffnung“ den historischen Wendepunkt repräsentiert, da sie zum ersten Mal eine Beziehung zwischen dem Sozialismus, Marxismus und den chinesischen traditionellen Memen herstellte. Im Licht des Evolutorischen Institutionalismus hat sich die Rekombination der Meme des Marxismus und der chinesischen Tradition legitimiert. Das gilt auch als Korrektur der Fehler der Kulturrevolution. Die „Reform und Öffnung“ sind bahnbrechende Initiativen und eröffneten eine neue Epoche Chinas. Seitdem bestimmte der Gedanke des „Dreifachen Vertretens“ den Standpunkt sowie die aktuelle Mission bzw. Richtung der KPCh; das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ bot sich als Methode bzw. Prinzip für die Verwirklichung des sozialistischen Ideals an. Die Ideen der älteren Generationen bildeten Schritt für Schritt das gesamte Theorie-System heraus. Der Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten wurde zwar offiziell und theoretisch erst seit der dritten Plenarsitzung der KPCh (1979) verkündet. Jedoch ist es schon in den 1930er Jahren vorgekommen, dass Mao Zedong den Marxismus an die chinesische Gesellschaft anpassen ließ. Aufgrund dessen ist der Maoismus zustande gekommen. Chinesische, traditionelle Meme lassen sich in den Reden der KPCh-Führung sehr häufig wiederfinden. Beispielsweise erwähnte Mao Zedong die folgenden Meme: „die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen“³⁸⁸, „der dumme alte Mann versetzt den Berg“³⁸⁹, „Langwieriger Krieg“³⁹⁰, „Einkreisung der Stadt durch das Land“³⁹¹, die offensichtlich nicht aus dem Marxismus stammten, sondern aus der traditionellen chinesischen

³⁸⁸ Chinesisch: Qiānggǎn zǐ lǐmiàn chū zhèngquán „枪杆子 里面出政权“. Vgl. Pantsov, Alexander V./Levine, Steven I./Bischoff, Michael [Übersetzer/In] 2013/14: Mao: Die Biographie. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH, S.262.

³⁸⁹ Chinesisch: Yúgōngyíshān „愚公移山“.

³⁹⁰ Chinesisch: Chǐjiǔ zhàn, huǎnbīngzhìjì „持久战, 缓兵之计“.

³⁹¹ Chinesisch: „农村包围城市“ 这一战略原则起源于中国古代兵书中的避实击虚.

Kultur. Die sehr bekannte, von Deng Xiaoping geäußerte, „Katze-Theorie“ ist ein chinesisches Sprichwort³⁹². Derartige Ausdrücke, die traditionelle chinesische Elemente beinhalteten, wurden auch häufig von Hu Jintao und Wen Jiabao geäußert. Bei Xi Jinping kam es sogar noch öfters vor: z.B. „(Wir müssen) gleichzeitig Fliege und Tiger schlagen“³⁹³, „bei Korruptionsbekämpfung muss man den Entschluss haben, wie ein starker Mann nicht fürchtet, die eigenen Arme wegzubrechen“³⁹⁴; „Pflirsich und Pflaume sprechen nicht, aber ein Pfad wird unter deren Bäumen gestaltet“³⁹⁵; „Man soll (über Theorien) von der Vergangenheit nachdenken, im Nachhinein testen, Alltäglichkeit zu Rat ziehen, dann Entscheidungen treffen“³⁹⁶; „Wer zehntausend Kilometer gehen will, wird nicht halbwegs aufhören“³⁹⁷. Xi Jinping zitierte in seinen öffentlichen Gesprächen von 2012 bis 2013 ca. fünfzig Mal aus chinesischen klassischen Werken.³⁹⁸ Er erörterte: „Welche Ideologie ein Staat verfolgen soll, ist davon abhängig, ob diese die in jenem Staat zu lösenden historischen Probleme lösen kann.“³⁹⁹ oder „Man soll darauf bestehen, fremde Gedanken für China anzuwenden und auch Gedanken aus dem Altertum auf die heutige Zeit anzuwenden.“⁴⁰⁰ Diese Zitate spiegelten Xi Jinpings Pragmatismus wider. Beim Vergleich der Meinungsäußerungen der KPCh-Leiter vor und nach der Reform und Öffnung lässt sich leicht erkennen, dass sich die zuvor getätigten Äußerungen hauptsächlich auf die Klassenteilung konzentrierten, womit die KPCh ihr Klassen-Attribut sowie ihre herrschaftlichen Eigenschaften darstellten. Hingegen konzentrierten sich die danach getätigten Äußerungen hauptsächlich auf den Staatsaufbau,

³⁹² Chinesisch: „黄猫黑猫逮住耗子的就是好猫“. Egal gelb oder schwarz, wer Ratte fangen kann, ist gute Katze.

³⁹³ Chinesisch: „老虎苍蝇一起打“. Mit dieser Metapher deutete Xi Jinping, dass nicht nur die große Korruption, sondern auch die kleine bekämpft werden sollen.

³⁹⁴ Chinesisch: „反腐要有壮士断腕的决心“. Mit dieser Metapher deutet Xi Jinping an, dass man bei der Korruptionsbekämpfung mutig sein muss, eigene korrupte Interessen und Anhänger zu verlassen.

³⁹⁵ Chinesisch: „桃李不言下自成蹊“. Das ist eine chinesische traditionelle Metapher, die andeutet, dass man trotzdem respektiert werden wird, wenn man Güte und Gerechtigkeit behält, obwohl man für sich gar nicht mit Worten wirbt.

³⁹⁶ Chinesisch: „度之往事，验之来事，参之平素，可则决之“. Vgl. Wang, Yi 400 B.C.-320 B.C.: *Gui gu zi – zur Entscheidung*. (Original in Chinesisch: 王诩 400 B.C.-320 B.C.: 《鬼谷子·决篇·第十一》). (<http://www.guoxue123.com/zhibu/0201/0000/022.htm> 12.05.2017).

³⁹⁷ 志行万里者，不中道而辍足. Vgl. Chen, Shou 280 A.D.-290 A.D.: *Chroniken der Drei Reiche: Wu-Buch: Biographie von Lu Xun*. (Original in Chinesisch: 陈寿: 280 A.D.-290 A.D. 《三国志·吴书·陆逊传》). (https://so.gushiwen.org/guwen/bookv_4900.aspx 12.05.2017).

³⁹⁸ <http://theory.people.com.cn/n/2013/0531/c40531-21691945.html>. 21.04.2017.

³⁹⁹ Xi Jinping: *The Road Is the Life of the Party*. English translation © 2016 Taylor & Francis Group, LLC, from the Chinese text: “Xi jin ping: dao lu shi dang de sheng ming.” Translated by Ted Wang.

⁴⁰⁰ Chinesisch: 要坚持洋为中用，古为今用.

womit die KPCh viel mehr den Charakter einer Volkspartei darstellte. Jedoch lehnt es die KPCh heutzutage immer noch ab, sich als Volkspartei zu definieren. Die KPCh charakterisiert sich weder als Volks- noch Klassenpartei, sondern als marxistische Partei, sodass sie sowohl ihre historische Richtigkeit als auch ihre aktuelle repräsentative Fähigkeit rechtfertigen kann.

Die KPCh hat in ihrer Geschichte die marxistischen Theorien immer wieder hinterfragt und weiterentwickelt. Diejenigen Theorien, die nicht zur chinesischen Gesellschaft passten, wurden nicht weiter verfolgt; die der chinesischen Gesellschaft nützlich waren, wurden aufrechterhalten. Mao Zedong hat eine Auswahl marxistischer Theorien angenommen und entwickelt, wodurch er den Maoismus herausgebildete. Mao Zedong hat statt der Verwendung der originalen marxistischen Theorie der proletarischen Revolution die Theorie der neuen demokratischen Revolution erfunden.⁴⁰¹ Auf dieser Basis sprach Mao Zedong von der Diktatur des Volkes statt der Diktatur des Proletariats. Diese Aussage von ihm spiegelt wider, dass die KPCh seit der Revolutionszeit schon den Charakter einer Volkspartei darstellte, wie auch in einem roten Lied gesungen wird:

*„ohne KPCh keine neues China,
KPCh mit Mühe für die Nation,
KPCh ganzherzlich China rettet,
sie zeigt dem Volk den Weg zur Befreiung,
sie führt China zum Licht... „⁴⁰²*

In der revolutionären Praxis waren die Pächter auf dem Land die von der KPCh mobilisierte militärische Hauptmacht. In Folge dessen verfolgte die KPCh die extreme Politik, Grundbesitzer niederzuschlagen und das Land zu teilen, um die Interessen der Prachtbauer zu

⁴⁰¹ Laut des Marxismus und Leninismus soll das Proletariat und zwar die Arbeiterklasse als die Hauptmacht der Revolution sowie als das Subjekt der Diktatur auftreten. Allerdings gilt die Arbeiterklasse in der neuen demokratischen Revolution nicht als die Hauptmacht der Revolution, sondern als Führung und Pionier. Die Ackerbauern auf dem Land galten doch als die Hauptmacht, weil es in China gar keinen Industrialisierungshintergrund und keine große Arbeiterklasse gab. Die meisten Chinesen waren Ackerbauern auf dem Land, die meistens nur wenig bzw. keinen eigenen Boden besaßen, sondern Prachtbauern waren, was sehr anders als in Europa oder in Russland war.

⁴⁰² Chinesisch: „没有共产党就没有新中国，共产党她辛劳为民族，共产党她一心救中国，她指给了人民解放的道路，她领导中国走向光明...“.

realisieren. Dementgegen strebten die Lassalleaner in der SPD-Geschichte danach, die genossenschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu realisieren. Karl Marx war auch selbst der Überzeugung, dass die kommunistische Revolution erst in den fortschrittlichen industriellen Ländern geschehen sollte. Angesichts dessen entwarf Mao Zedong die Theorie der „neuen demokratischen Revolution“ und „Einkreisung der Städte durch das Land“, um die Anpassungslücke zum Marxismus zu schließen. Des Weiteren entspricht die Umwelt der Volksrepublik ebenfalls nicht den im Marxismus vorgeschriebenen Umweltbedingungen. Obwohl in den ersten Jahrzehnten eine industrielle Umgestaltung des Landes durchgeführt wurde, änderte das trotzdem im Grunde genommen nichts an der Tatsache, dass die meisten Chinesen immer noch auf dem Land arbeiteten und bis zur Reform und Öffnung 1979 noch ca. 80% der Bevölkerung auf dem Land lebten, wie es in den vorherigen Generationen auch schon der Fall war. Die produktive Form der Volkskommune konnte die Landwirtschaft nicht mobilisieren. Hinsichtlich der „Fitnessmängel“ des öffentlichen Eigentums in dieser Zeit kamen memetische Variationen vor: Zum einen wollte die Linksextreme, die Mao Zedong vertrat, mittels Erziehungsbewegung und Kulturrevolution die Umwelt umgestalten, wohingegen die Realisten, die Deng Xiaoping und Liu Shaoqi vertraten, angemessenes, selbstständiges landwirtschaftliches Arbeiten erlauben wollten. Die Geschichte zeigt den Beweis, dass sich die von Deng Xiaoping vertretenen Meme an die chinesische Nische angepasst haben, während die von Mao Zedong vertretenen Meme aufgrund seines Todes ihre Anpassungsfähigkeit plötzlich verloren und in die evolutorische Sackgasse liefen. Deng Xiaoping warf am Ende der 1970er die neue Leitidee „auf dem wirtschaftlichen Aufbau zu zentrieren“ auf⁴⁰³. Diese passte sich an den damaligen wirtschaftlichen Rückstand der Chinesen an. Das bedeutete, dass sich die Leitidee an die damalige Nische anpasste und die KPCh somit ihre notwendige Ressource der „Gehorsamkeit“ erhalten konnte. Die Durchführung dieser Leitidee führte zu einem raschen wirtschaftlichen Wachstum. Auf der anderen Seite verursachte die Wachstumspolitik zugleich Umweltschäden, eine Diskrepanz zwischen arm und reich, Korruption, Nachhaltigkeitsprobleme der Entwicklung und den moralischen Untergang der Gesellschaft. Konkret bedeutet das, dass sich die Leitidee der Zentrierung des

⁴⁰³ Chinesisch: Yī jīngjì jiànshè wéi zhōngxīn 以经济建设为中心.

Wirtschaftswachstums für einen bestimmten Zeitraum an ihre Nische anpasste, sie aber dennoch neue Probleme verursachte, indem sie die Umwelt veränderte und sich mit neuen Nischenherausforderungen konfrontiert sah. Um die Anpassungslücken an die neue Nische zu schließen, entwarfen Hu Jintao⁴⁰⁴ und Wen Jiabao⁴⁰⁵ die Ideen der „harmonischen Gesellschaft“ und das „Wissenschaftliche Entwicklungskonzept“. Diese schienen sehr gut zu passen, da sie anscheinend die neuen Probleme lösen konnten. In der Realität haben sie jedoch Mängel gezeigt, da sie innerparteiliche Widersprüche in Form von innerer Inkompatibilität verursachten. Der Grund dafür liegt darin, dass die neuen Ideen den innerparteilichen Interessengruppen schaden sollten. Auf diese Weise konnte die KPCh und insbesondere die KPCh-Spitze ihre notwendige Ressource „Gehorsamkeit“ nur schwierig erhalten. Um die Gehorsamkeit wieder zu erlangen, warf Xi Jinping u.a. die Idee der Korruptionsbekämpfung auf, sodass die Parteiorganisation und ihre Umwelt wieder kultiviert werden konnten. Die Idee der „Zentrierung des wirtschaftlichen Aufbaus“ wurde allmählich ausgeblendet. Die Wirtschaftspolitik bestand nicht mehr darauf, öffentliche Investitionen zu vergrößern, sondern betonte die industrielle Aktualisierung. Dies hat die in Jiang Zemin's Zeit vollgezogenen Meme „zuerst Effizienz, dann Gerechtigkeit“ zum Großteil geändert. Die oben genannten institutionellen Wandlungen zählen alle zum institutionellen Lernen. Die Modifikationen sind Renovierungen der Institution zur Anpassung an ihre Nische. Jedoch sind diese Wandlungen nur noch oberflächlich in der ganzen memetischen Bebürdungsstruktur. Im Vergleich dazu war die von Deng Xiaoping vorgebrachte „Reform und Öffnung“ eine tiefere memetische Wandlung. Dennoch zeigten alle Wandlungen die gleiche Eigenschaft, indem sie die Grundmeme des marxistischen dialektischen Materialismus und des historischen Materialismus als philosophische Grundlage nicht verneinten. Des Weiteren wurden die Grundideale, wie der kommunistische Glauben, die sozialistische organisatorische Form des Staates – Zusammenarbeit durch mehrere Parteien unter der Führung der Kommunistischen Partei (Einparteien-Autokratie) - und der demokratische Zentralismus nicht verlassen. Diese Grundmeme wurden zweifellos nicht nur von den Parteiführern vor, sondern auch von denen nach der „Reform und Öffnung“ zuverlässig vererbt. Neben diesen Grundmemen haben sie die

⁴⁰⁴ Hu Jintao war der Parteisekretär der KPCh und Staatspräsident nach Jiang Zemin vor Xi Jinping.

⁴⁰⁵ Wen Jiabao war Staatspremier in der Amtszeit Hu Jintaos.

oberflächlichen Meme wegen der Änderung der Nischenbedingungen teilweise modifiziert. Die Nachfolger erkannten in der Öffentlichkeit den politischen Rahmen ihres Vorgängers an und übernahmen diesen. Im Anschluss daran wird der Nachfolger die Meme, unter Einbezug des politischen Rahmens von seinem Vorgänger, weiterentwickeln. Derartige Meme sind alle auf den äußersten Schichten der memetischen Bebürdungsstruktur angesiedelt. Alle politische Führer Chinas, außer Deng Xiaoping, haben in Bezug auf ihre Vorgänger keine widersprüchlichen Meme aufgeworfen, sondern selbige weitergeführt und entwickelt. Diese Form des Generationswechsels heißt auf Chinesisch *yī mài xiāng chéng*⁴⁰⁶. Eine solche Tradition ist von dem Mechanismus der Nachfolgerauswahl abhängig. In den westlichen Demokratien wird der Wechsel des Regierungschefs oft vom Wechsel der Regierungspartei begleitet. Das bedeutet, dass sich die Leitidee des Regierungschefs nicht bzw. nur schwierig an seinen Nachfolger übergeben lässt, wenn dieser von einer anderen Partei stammt. Sogar beim innerparteilichen Generationswechsel kann der Nachfolger die Leitideen seines Vorgängers kritisieren, da das demokratische Prinzip - jenseits des demokratischen Zentralismus - innerparteiliche Konflikte ermöglicht. Im Gegensatz dazu wird der Nachfolger des Staatschefs in der Einparteien-Autokratie innerhalb der Regierungspartei – meistens von dem Vorgänger – bestimmt. Unter dieser Bedingung lassen sich die Leitideen der Partei kontinuierlich fortführen. Der Staatschef wählt als Nachfolger eine Person, die seine Leitideen im besten Fall zuverlässig erbt oder zumindest nicht gegen diese ist. Aus diesem Grund wird der Nachfolger hinsichtlich der Leitideen wahrscheinlich mit seinem Vorgänger übereinstimmen. Das stellt die Pfadabhängigkeit beim Generationswechsel der KPCh dar. Dieses epimemetische System bestimmt, welche Meme sich durch nachfolgende Generationen reproduzieren lassen.

Xi Jinping ist nicht in der Revolutionszeit geboren oder aufgewachsen. Es lässt sich dementsprechend leicht feststellen, dass Xi eine andere biografische Prägung als Mao Zedong und Deng Xiaoping hat. Allerdings wurde er von dem Hintergrund der Kulturrevolution (Linksextrem) und seiner Familie (Vater – revolutionärer Veteran), also durch die KPCh-Geschichte und den revolutionären Geist tief beeinflusst. Aufgrund dieser ideologischen Prägung hält Xi Jinping an den Unterschichten der memetischen Bebürdungsstruktur fest. Dazu

⁴⁰⁶ Chinesisches Idiom: 一脉相承, bedeutet etwa „übertragen in der gleichen Strömung“.

gehören der Marxismus und die grundlegende Institution der KPCh. Das bedeutet, dass Xi Jinping wahrscheinlich dem Marxismus, der kommunistischen Staatsform und der neuen demokratischen Revolution treu ist. Den letzten Punkt verfolgt er sogar stärker als Jiang Zemin und Hu Jintao, indem er eine radikalere Anti-Korruptionspolitik als Hu Jintao wagt.

Jedoch lässt sich die Mittelschicht der memetischen Bebürdungsstruktur im Lauf der Zeit entwickeln. Dementsprechend lassen sich die Leitideen der KPCh fortentwickeln. Im Anschluss an die Ablehnung der Kulturrevolution sowie des Leitfadens vom Klassenkampf zeigte die KPCh-Zentrale unter der Führung von Deng Xiaoping mit dem Geist des Pragmatismus eine neue Richtung des Staatsaufbaus auf: Reform und Öffnung, Pragmatismus sowie Mut zum Versuch galten als wichtige Ergänzung der Leitidee der KPCh. Xi Jinping erbt zuverlässig diese neuen Meme von Deng Xiaopings Theorie, von dem „Dreifachen Vertreten“ sowie von dem „Wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“.

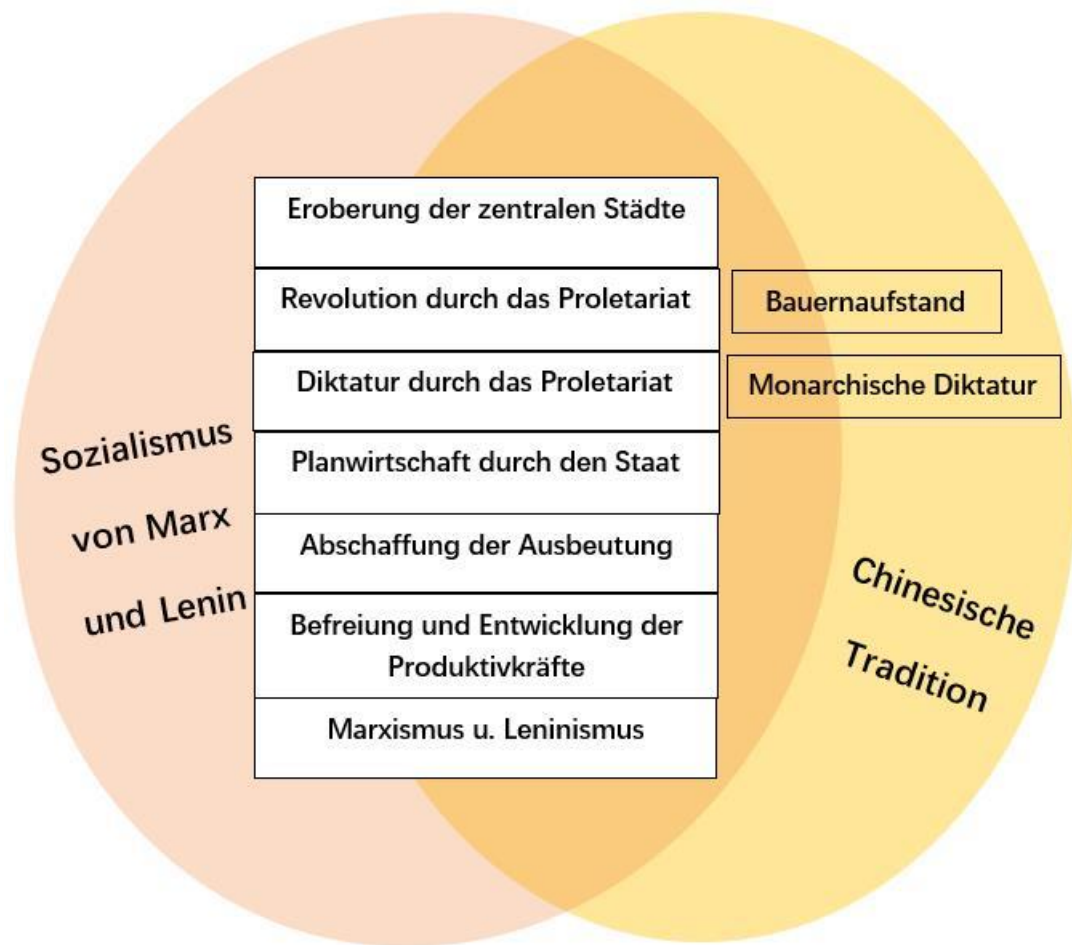


Abbildung 2: Memetische Bebürdungsstruktur KPCh I

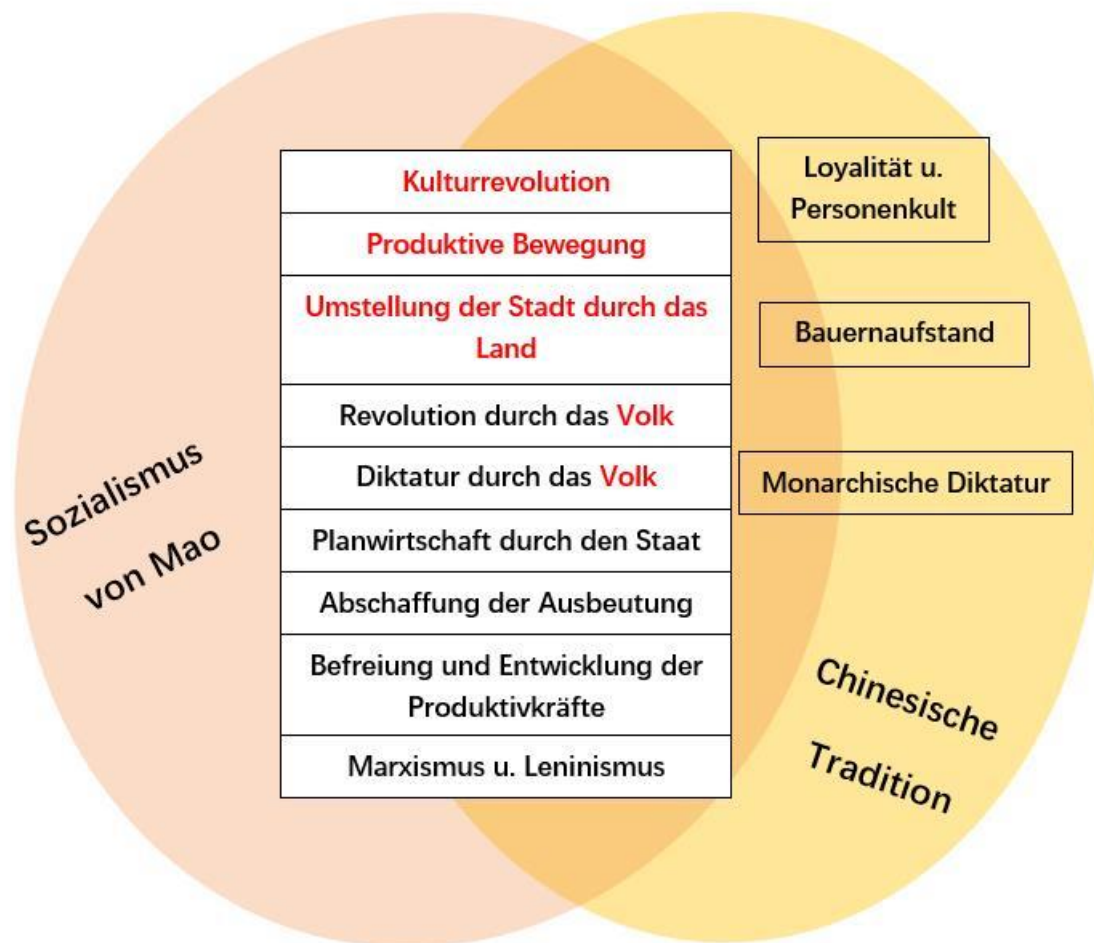


Abbildung 3: Memetische Bebürdungsstruktur KPCh II

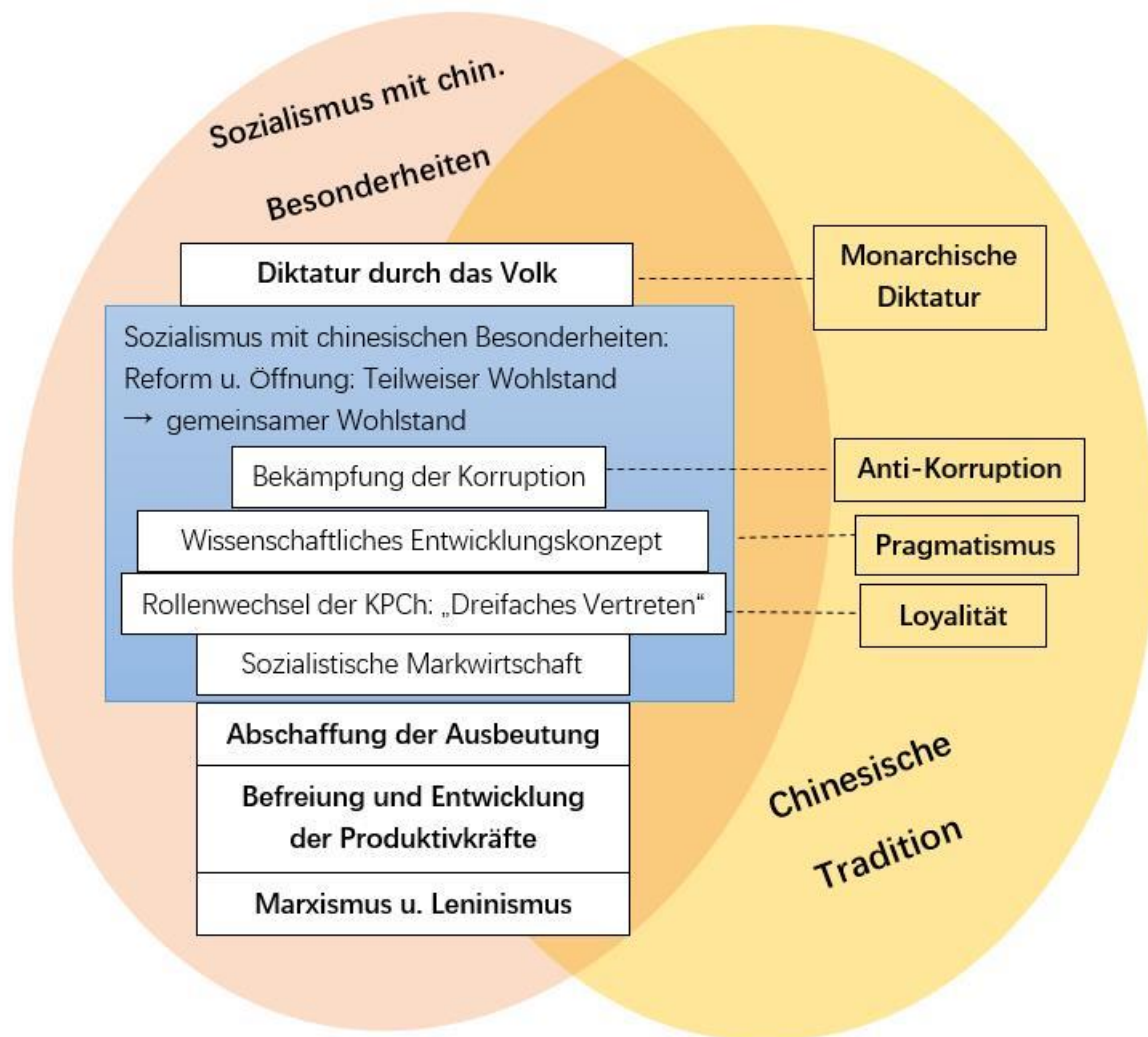


Abbildung 4: Memetische Bebürdungsstruktur KPCh III

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass Xi Jinping (erstens) in einer anderen Zeit als die ältere revolutionäre Generation geboren wurde und aufgewachsen ist, er aber dennoch die Meme der älteren Generation aufgrund der Kulturrevolution und seines Familienhintergrunds zuverlässig erbt. Ein zweiter Punkt ist der, dass Xi Jinping die Meme des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten, die von Deng Xiaoping seit der Reform und Öffnung initiiert wurden, aufnahm. Zu beachten ist, dass er die Meme des Pragmatismus nicht nur geistig tradiert, sondern während seiner Arbeit in der Grundebene praktisch konsolidiert.⁴⁰⁷ Drittens kann ihm attestiert werden, dass er sehr kompetent beim Anschluss der chinesischen traditionellen Meme

⁴⁰⁷ Vgl. Xi Jinping: How I Got into Politics. On Critical Choices in His Political Career. In: Chinese Law and Government, 2016, VOL. 48, NO. 6, 418–424, Routledge Taylor & Francis Group.

ist, da er in der klassischen chinesischen Literatur belesen ist.⁴⁰⁸ Durch die Klarstellung der Beziehung von den jeweiligen memetischen Elementen Xi Jinpings, lässt sich die Wandlung und Stabilität bei dem Generationswechsel zu seiner Person verstehen.

Dennoch sind die Ursachen dafür, dass Xi Jinping den Marxismus und das politische System der „Einparteien-Autokratie“ nicht verlässt, vielfältig. Das oben genannte Argument beschäftigt sich hauptsächlich mit der Analyse der Faktoren des Generationswechsels. Daraus lässt sich die empirische Schlussfolgerung ziehen, dass Xi Jinping die Meme, insbesondere die fundamentalen seines Vorgängers, zuverlässig erbt. Dieser Schluss gilt wiederum als eine ausreichende Bedingung für die Aufrechterhaltung des Marxismus sowie des Systems durch Xi Jinping. Des Weiteren dürfen die Nischenbedingungen als intervenierende Variable nicht ignoriert werden: China hat über 1,3 Milliarden Einwohner. Die Erziehungsebene ist ungleichmäßig. Das Entwicklungsniveau verschiedener Regionen weist große Abstände auf. Wenn China keine „Einparteien-Autokratie“ hätte, könnte der Staat wahrscheinlich nicht die ganze Nation integrieren. Aufgrund des ideologischen Pluralismus könnte es passieren, dass die Staatspolitik weder einen Konsens noch Solidarität erreicht. In der chinesisch kaiserlichen Geschichte kamen viele Kriege und der Kriegsherren-Separatismus wegen der schwachen zentralen Macht zustande, was leicht zu Staatszerfällen führte. Weiterhin existieren in der Nische keine Konkurrenten für die KPCh – es gibt keine Oppositionspartei –, sodass sie ihre notwendige Ressource „Gehorsamkeit“ innerhalb der Nische, in ausreichendem Maß erhalten kann. Wenn die Volksrepublik China die parlamentarische Demokratie eingeführt hätte, wäre China in das größte populistische Chaos der Welt geraten. Dies hat die KPCh von der schlechten Erfahrung mit dem kurzlebigen Parlamentarismus aus den frühen Jahren der Republik China (in den 1910er und 20er Jahren) gelernt. Weiterhin spielen die seit der Kaiserzeit (über zweitausend Jahre) geltende Bürokratie unter dem Kaiser sowie die konfuzianische Ethik immer noch eine wichtige Rolle. Diese gelten auch als Hintergrundvariable der „Einparteien-Autokratie“.

Beim Vergleich der KPCh mit der SPD lässt sich erkennen, dass Ollenhauer vor der Reform der SPD, genauso wie die jeweiligen KPCh-Leiter nach der „Reform und Öffnung“, die roten

⁴⁰⁸ Vgl. Chen, Xixi (Hrsg.) 2014: Die Kraft der Sprache von Xi Jinping, Shanghai: Shanghai Jiao Tong Universität Verlag. (Original in Chinesisch: 陈锡喜: 平易近人-习近平语言的力量, 上海: 上海交通大学出版社, 2014).

Meme weiterführen wollte. Er tradierte Schumachers Meme sehr zuverlässig. Jedoch war er und die SPD mit einer ganz anderen Nische als die KPCh konfrontiert. Das bedeutet, dass die zwei Parteien aufgrund des unterschiedlichen politischen Systems verschiedene notwendige Ressourcen benötigen. In der BRD herrscht das parlamentarische System, sodass die Wählerstimme für die SPD als notwendige Ressource gilt, da sie in diesem Mehrparteiensystem mit anderen Parteien konkurrieren muss. Im Gegensatz gilt für die KPCh in der Autokratie nicht die Wählerstimme, sondern die Gehorsamkeit als notwendige Ressource, da sie mit keiner anderen Parteien konkurrieren muss. Jedoch erzeugt sowohl die Wählerstimme als auch die Gehorsamkeit Legitimität. Die Wählerstimmen und die Gehorsamkeit sind nur unterschiedliche Träger der Legitimität. Der Unterschied zwischen den beiden besteht hauptsächlich darin, dass die Wählerstimme in der parlamentarischen Demokratie direkt bestimmt, ob eine Partei die Machtposition erreichen kann, wobei sie im Demokratischen System die Legitimität einer Partei hauptsächlich darstellt. Hingegen bestimmt die Gehorsamkeit bei der Regierungspartei in der Autokratie nicht direkt, ob eine Partei die Macht ergreifen kann, da es keine alternative Partei gibt. Infolgedessen war Ollenhauer gezwungen, den Marxismus zu verlassen, damit die SPD nicht in die evolutorische Sackgasse geriet, wohingegen Xi Jinping noch in der Lage war, den Marxismus und das kommunistische System aufrechtzuerhalten.

Aus der oben durchgeführten Analyse lässt sich empirisch feststellen, dass *These 1* am Fall von Xi Jinping nicht falsifiziert werden kann. Die Analyse der memetischen Bebürdungsstruktur der KPC (im Wandel) hat klar ergeben, welche Meme sich durch den Generationswechsel (immer wieder) zuverlässig überliefern lassen und welche variieren. Die Untersuchung der biographischen Prägung von Xi Jinping sowie die Analyse seiner Familie, seines Berufshintergrunds, seines Wissenshintergrunds, der Art und Weise seiner Rede sowie seiner Vorgänger bzw. Vorbilder ist schon ein behavioristisches Verfahren. Dadurch kann festgestellt werden, dass der Evolutorische Institutionalismus in diesem Fall den Behaviorismus integriert, wobei der Historische Institutionalismus mit seinem paradigmatischen Defizit konfrontiert wird. Bei dem Generationswechsel zu Xi Jinping bestätigte die politische Wirklichkeit der KPCh außerdem die Theorie der memetischen Bebürdungsstruktur, dass sich die fundamentalen Meme bzw. tiefere Meme in der memetischen Bebürdungsstruktur (der

Marxismus und Leninismus: sozialistisches autokratisches politisches System) schwieriger als die oberen bzw. oberflächlichen ändern lassen. Diese Schemen der memetischen Bebürdungsstruktur der KPCh stellten die wichtigsten Wandlungen der Partei sehr anschaulich, systematisch und einfach dar, wobei sie außerdem die Bebürdungslogik der jeweiligen Meme/Leitideen der KPCh sehr klar abgebildet haben. Mit deren Hilfe lassen sich die Änderbarkeit sowie Pfadabhängigkeit der jeweiligen Meme/Leitideen – hier auch mit der Analyse des epimemetischen System, nämlich etwa des Mechanismus des Generationswechsels der KPCh – sich erklären. Dies zeigt dennoch den Charakter des historischen Institutionalismus, bei dem der Behaviorismus seine paradigmatische Lücke vorfindet.

4. Anwendbarkeit des EI in der Parteienforschung

4.1 Anwendbarkeit des EI bei den Fallstudien

Im Rahmen dieser Dissertation wurde der Evolutorische Institutionalismus anhand folgender Vorgehensweise getestet:

Durch deduktives Arbeiten wurden – nach einer kurzen Vorstellung – die wichtigsten analytischen Kategorien des Evolutorischen Institutionalismus mit Hilfe der Parteientypologien in Bezug zu politischen Parteien entfaltet. Anschließend wurden die Hauptaussagen des Evolutorischen Institutionalismus, genauer gesagt die *These 1* und *These 2*, Schritt für Schritt ableitend formuliert, damit die erste Forschungsfrage „Wie und warum wandeln sich politische Parteien im Licht des Evolutorischen Institutionalismus?“ angemessen beantwortet werden konnte. Das Ergebnis lautet: „Geänderte biografische Prägungen wichtiger (neuer) Parteimitglieder (vor allem der Parteispitze und der Funktionäre) beim Generationswechsel führen zum Wandel der Leitidee(n) A der Partei in Form einer fehlerhaften Replikation des Musters A oder in Form einer Rekombination von Muster A und eigenen Prägungen (*These 1*).“ und „Wenn Ressource R, die für das Überleben einer Partei notwendig ist, auf Grund des gesellschaftlichen Wandels (Sozialwandels?) – d.h. einer Veränderung von Funktionsanforderungen der Gesellschaft an die Partei (Funktion F wird zur Funktion F') oder einer Änderung der Kapazität von Ressource R in der Gesellschaft selbst – nicht mehr ausreichend zur Verfügung steht, dann muss die Partei (um zu überleben) den neuen Nischenbedingungen ihre Leitideen dahingehend anpassen, dass ihr Ressource R weiterhin ausreichend erhalten bleibt (*These 2*).“ Um die zweite Forschungsfrage zu beantworten, wurden die abhängige Variable sowie die unabhängigen Variablen der Thesen weiterhin durch die Operationalisierung einerseits gemäß der Thesen, andererseits anhand der klassischen Parteiensoziologien und -typologien bestimmt. In der Folge sind vier konkrete Fälle aus der Geschichte der SPD und der KPCh ausgewählt worden, bei denen die Thesen nicht zuzutreffen zu scheinen.

Danach wurden die Thesen jeweils nacheinander bezogen auf die SPD und die KPCh

geprüft, indem die Geschichte einerseits chronologisch und andererseits an den Variablen orientierend entfaltet wurde. Resultierend aus der Analyse der Geschichte ließen sich die Variablen in den jeweiligen Fällen auswerten und jene historischen Ereignisse durch Muster interpretieren. Dann erfolgte dementsprechend der Vergleich dieser Muster mit den Thesen. In den jeweiligen Fällen wurden der Ansatz des Evolutorischen Institutionalismus mit dem Behaviorismus und dem Historischen Institutionalismus verglichen und bewertet. Im Verlauf dessen sind die SPD und die KPCh verglichen worden, was zu interessanten Schlussfolgerungen führte. Obwohl diese nicht direkt auf die Hauptforschungsfragen dieser Dissertation eingehen, wiesen diese Schlussfolgerungen trotzdem auf die Anwendungsmöglichkeiten des Evolutorischen Institutionalismus bei vergleichenden Institutionenforschungen hin. Die Vergleichbarkeit der jeweiligen Fälle bestätigte, dass der Evolutorische Institutionalismus als eine einheitliche Theorie gilt, mit welcher man mittels einheitlicher analytischer Kategorien den Wandel unterschiedlicher Parteien (aus verschiedenen politischen Systemen) beschreiben und erklären kann. Dadurch ließ sich die interne Konsistenz des geprüften Paradigmas (des Evolutorischen Institutionalismus) manifestieren. Bei der allgemeinen Analyse der Geschichte der SPD und der KPCh bezog man umfangreiche geschichtliche Zäsuren und Persönlichkeiten mit ein, bei denen sehr verschiedene Phänomene auftraten. Dabei ließen diese sich ohne Schwierigkeiten durch einige EI-Muster ausmachen, was damit in der Konsequenz die Reichweite (umfangreichste Phänomene beschreiben und erklären zu können) sowie die Sparsamkeit (mit möglichst wenigen neuen Begriffen) des Evolutorischen Institutionalismus bestätigt. Daraufhin wurden vier konkretere Fälle, die die bereits formulierte *These 1* oder die *These 2* anscheinend widerlegen können, präzise und tiefer untersucht.

Bei der Betrachtung dieser Fälle ergaben sich die Fragen, *warum sich die Inkraftsetzung des Godesberger Programms ca. zehn Jahre verzögert hat, obwohl die SPD schon seit Ende des 2. Weltkriegs kontinuierlich Wahlniederlagen erlitten hatte; warum Erich Ollenhauer schließlich der Parteireform der SPD zustimmte, obwohl er damals als der zuverlässige Nachfolger Kurt Schumachers galt und am Anfang seines Partei-Vorsitzes den politischen Leitfaden Schumachers ohne Abweichung weiterführen wollte; warum die Kulturrevolution*

durch die KPCh in einem Zeitraum von zehn Jahren durchgeführt werden konnte, obwohl diese der chinesischen Gesellschaft Chaos gebracht hat; warum Xi Jinping anstrebte, das chinesische kommunistische System aufrechtzuerhalten, obwohl er die kommunistische Revolution aus der Zeit vor der Entstehung der Volksrepublik China nicht erlebt hatte.

In diesen vier Fällen wurden die jeweils abhängigen und unabhängigen Variablen der *These 1* und der *These 2* präzise geprüft. Grundsätzlich haben diese Fälle die beiden EI-Thesen sowie deren Genauigkeit und Tiefe bestätigt, obwohl analytische Ambivalenzen an einigen Stellen auftraten. Damit lässt sich bestätigen, dass der Evolutorische Institutionalismus bei der Beschreibung und Erklärung des Wandels politischer Parteien gilt. Somit hat er gleichzeitig seine theoretischen Vorteile und Nachteile aufgezeigt.

4.2 Hauptbefunde und Mehrwert des EI-Ansatzes bei der Parteienanalyse

Im Rahmen dieser Dissertation sind folgende Hauptbefunde herausgearbeitet worden:

- Bei der theoretischen Ableitung konnten die vom Evolutorischen Institutionalismus angebotenen analytischen Kategorien und Aussagen ohne Schwierigkeiten durch Deduktion bezogen auf politische Parteien konkretisiert werden. Es ist erwiesen, dass die Kategorien und Aussagen des Evolutorischen Institutionalismus genau definiert und formuliert wurden.
- Zudem lassen sich die Kategorien sehr leicht mit den vorhandenen Klassikern der Parteienforschung verbinden/ergänzen und auch integrieren. In die abgeleiteten Aussagen/Thesen des Evolutorischen Institutionalismus über die Parteiwandlung bzw. -stabilität, die als ein guter Brückenschlag zwischen verschiedenen Parteientheorien gelten, können umfangreiche Parteientheorien integrieren werden.
- Während der Nischenanalysen ließ sich eine analytische Ambivalenz (Freiheitsgrad?) erkennen. Einige Elemente konnten sowohl dem System als auch der Umwelt zugeschrieben (zugeordnet) werden.⁴⁰⁹ Beim Ausarbeiten der Fallstudien zeigte sich am

⁴⁰⁹ Allerdings könnten alle von der Systemtheorie ausgehenden Theorien ein solches Dilemma nur schwer

Beispiel der Verzögerung der SPD-Reform, insbesondere in der Zeitspanne vor der Einführung des Godesberger Programms, dass sich die Ideologie sowohl der Institution (Leitidee) einer Partei als auch der Nische (informationelle Ressourcen) zuschreiben lässt.

- Die unterschiedlichen Zuschreibungen führten zu unterschiedlichen Möglichkeiten für Beschreibungen und Erklärungen der Parteevolution. Im Fall der „Aufrechterhaltung der Kulturrevolution“ wurde auch auf eine solche Situation getroffen. Der analytische Vorgang wird sehr unterschiedlich sein, wenn man die KPCh unter Maos Führung während der Kulturrevolution immer noch als dieselbe Institution betrachtet oder als eine zweite. Hätte es einen starken Charakter des epistemischen Relativismus gezeigt? Oder es hat eigentlich bloß mehr epistemische Verfahren ermöglicht, damit man mit verschiedenen Wissensinteressen, verschieden Standorten und verschiedenem Publikum den Fokus und die Perspektive relativieren darf. Allerdings scheint diese paradigmatische Frage nicht besonders entscheidend für den Theorietest zu sein: Am Fallbeispiel der Verzögerung der SPD-Reform vor dem Godesberger Programm wurde die Theorie mit zwei verschiedenen Möglichkeiten der Zuschreibung getestet. Diese konnte interessanterweise durch die beiden unterschiedlichen Beschreibungsmuster des EI dargestellt und durch unterschiedliche Erklärungsmuster des EI erklärt werden. Sie explanieren bloß auf verschiedener Weise mit verschiedenen Schwerpunkten dieselbe Wahrheit.
- Die zwei Fallbeispiele des Generationswechsels waren zwar kompliziert, haben trotzdem sehr sauber die *These 1* bestätigt. Man überzeugt sich, dass Ollenhauer sehr treu ist und sehr zuverlässig von den Ideen seines Vorgängers geprägt ist. Dabei besteht die Gefahr zu ignorieren, dass Ollenhauer den persönlichen Charakter bzw. die Verhaltensweise von Schumacher nicht reproduzieren konnte, was aber durch das Konzept „Meme“ (insbesondere der nicht zum Ausdruck gebrachten Meme) sehr klar explaniert wird. Außerdem wurde die Wandlung der Leitideen bei dem Generationswechsel zu Ollenhauer durch die Analyse der memetischen Bebürdungsstruktur sehr systematisch beschrieben. Am Fall Xi Jinpings wurden die Wandlungen und die Stabilität der Leitidee bei dem Generationswechsel zu Xi Jinping durch die Analyse der memetischen

Bebürdungsstruktur sehr exakt beschrieben, was den Vorteil des Historischen Institutionalismus erwiesen hat. Die memetischen Variationen und Retentionen wurden an beiden Fällen durch Analyse von persönlichen biographischen Prägungen sowie der Pfadabhängigkeit und des epimemetischen Systems erklärt, was den Vorteil des Historischen Institutionalismus und Behaviorismus integriert hat.

Die während der näheren Prüfung der Thesen vorgekommene analytische Ambivalenz hat gerade gezeigt, dass Abstraktionen der Wirklichkeit oft zwangsläufig problematisch sind, da die sprachlichen Kategorien bzw. Begriffe inkohärent sind und demzufolge nur einen Teil der „Sache in sich“ mit bestimmten Perspektiven/Präferenzen und mit beschränkten epistemischen Maßnahmen begreifen können. Genauer gesagt, ist das menschliche Erkennen immer von Denkfiguren abhängig. Die Kategorien bzw. Begriffe lassen sich in erster Linie durch den Kern (Inhalt) und die Grenzen definieren. Auch der Evolutorische Institutionalismus als ein sozialwissenschaftliches Paradigma kann diese menschliche epistemische Beschränkung nicht überschreiten, so dass manche EI-Kategorien, insbesondere auf der Makroebene, in der Dissertation die analytische Einheitlichkeit nicht immer sichern können. Das wäre allerdings ein paradigmatischer Vorteil für diejenigen, die wissenschaftliche Selektivität und Sensibilität gut beherrschen, weil sie wissenschaftlichen Mehrwert erzeugen können, solange sie mit dem Freiheitsgrad umgehen können. Es wäre ein Nachteil, wenn man unbedingt ausschließlich eine einzige analytische Möglichkeit erlaubt, dass ein grenzüberschreitender Gegenstand entweder dieser oder jener Kategorie zugeschrieben werden müsste. Dahingegen stellt dieser analytische Freiheitsgrad gerade den wissenschaftlichen Mehrwert des Evolutorischen Institutionalismus dar, da die Kategorien als Werkzeug des Erkennens nicht Selbstzweck sind und ihre Entfaltung nicht von dem zu analysierenden Gegenstand eingeschränkt ist. Der analytische Freiheitsgrad ermöglicht das Erkennen verschiedener Bedeutungen bzw. Existenzformen des eigenen Gegenstandes in einer institutionellen Einsicht. Dies zeigt eine gute Anpassungsfähigkeit des Evolutorischen Institutionalismus bei der Anwendung mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Die Schlussfolgerungen dieser Dissertation müssen bescheiden sein, da sie mindestens fünferlei Leistungen voraussetzen.

- Erstens sollen die vor den Fallstudien durchgeführten theoretischen Entfaltungen bzw. Ableitungen des Evolutorischen Institutionalismus inklusive derer Operationalisierung in der Parteienforschung keine logischen Fehler haben. Infolgedessen können dann die ausformulierten, zu testenden Thesen den Evolutorischen Institutionalismus vertreten;
- Zweitens sollen die ausgewählten vier konkreten Fälle einerseits die Wandlungen bzw. Stabilitätszustände der SPD und der KPCh repräsentieren können und andererseits alle möglichen Fälle, die die Theorie falsifizieren zu können scheinen, repräsentieren können.
- Drittens sind die zur Analyse vorgenommenen geschichtlichen Ereignisse als Daten wahr;
- Viertens sollen die Analysen bzw. Zuschreibungen der Wirklichkeit zu den Variablen (Kategorien) nicht zu weit hergeholt sein;
- Fünftens sollen die sprachlichen Missverständnisse und die Ausdrucksfehler des Verfassers aufgrund seines fremdsprachlichen Hintergrunds nicht zu groß sein.

4.3 Beschränktheit des Theorietestes

Diese Dissertation hat sich innerhalb eines Theorietestes eingeschränkt. Das repräsentative Prinzip bei der Fallauswahl der Dissertation hat aufgrund des Arbeitsumfangs zwangsläufig noch unperfekte Stellen. Die SPD und die KPCh als Vertreter politischer Parteien sind zwar überwiegend repräsentationsfähig, können aber nicht alle Parteien in verschiedenen ideologischen Familien vertreten, insbesondere die Rechtsextreme bzw. den Rechtspopulismus. Die Leistung und die Mühe der vorliegenden Dissertation besteht nicht darin, eine neue verallgemeinerbare Theorie durch empirische Induktion (aus der Erfahrung der SPD und KPCh) synthetisch zu generieren, sondern sie besteht darin, eine vorhandene Theorie abzuleiten und darüber hinaus deren Gültigkeit/Anwendbarkeit empirisch (in der Erfahrung der SPD und KPCh) zu testen. Deshalb sind die von dieser Dissertation durchgeführten Fallstudien nicht für eine „Grounded Theory“ zielführend. Die Repräsentationsfähigkeit der beiden ausgewählten Parteien kann nicht überschätzt werden, da ihre Auswahl vielmehr vom Gedanken des Theorietests abhängig ist. Das heißt, dass man die Entwicklung der anderen Parteien in den beiden Typen politischer Systeme nicht einseitig durch Deduktion/Gleichsetzung mit den

Erfahrungen der beiden ausgewählten Parteien – die in dieser Dissertation dargestellt wurden – begreifen darf, obwohl durch den Theorietest anhand der ausgewählten Fälle überzeugend dargestellt wird, dass der Evolutorische Institutionalismus in der Parteienforschung anwendbar ist und bei der Beschreibung sowie der Erklärung des Parteienwandels stimmt. Außerdem können die geprüften Thesen nicht den gesamten Inhalt der Theorie des Evolutorischen Institutionalismus umfassen, da es sehr schwierig ist, alle Kategorien des Evolutorischen Institutionalismus in den zwei abgeleiteten Thesen(-Sätzen) abzubilden. Deshalb konnten nicht alle wissenschaftlichen Beiträge des Evolutorischen Institutionalismus im Rahmen dieser Dissertation völlig reflektiert werden. Deswegen lade ich herzlich ein, die anderen nicht in der Dissertation einbezogenen EI-Kategorien (ggf. auch mit anderen Fällen) zu testen und zu vervollkommen.

4.4 Weiterer Forschungsbedarf am EI und am Parteienwandel

Diese Arbeit kann nicht den endgültig abschließenden Beitrag zum Wandel der politischen Parteien oder zur Frage der Evolution von Institutionen darstellen. Vielmehr konnte auf mindestens zwei wichtigen Feldern weiterer Forschungsbedarf identifiziert werden:

- Noch viel Forschungsbedarf bleibt bei weiteren empirischen Anwendungen und dem Test der theoretischen Aussagen des Evolutorischen Institutionalismus, da sich eine sehr abstrakt formulierte Theorie nicht lediglich durch einige einzelne Fälle verifizieren lässt. Um die empirische Wahrheit des Evolutorischen Institutionalismus (als eine „all catch“-Theorie) und seine allgemeine Zweckmäßigkeit als institutionenanalytisches Hilfswerkzeug zu erweisen, bedarf es noch vieler weiterer empirischer Tests. Durch diese Dissertation lässt sich plausibilisieren, dass der Evolutorische Institutionalismus bei der Parteienforschung anwendbar ist und „vorläufig nicht falsifiziert“ wurde. Es ist allerdings zu erwarten, dass die relevanten theoretischen Aussagen des Evolutorischen Institutionalismus auch bei der Analyse von Nichtregierungsorganisationen, internationalen Organisationen, Interessengruppen, Familien sowie Netzwerken eingesetzt und empirisch geprüft werden.

- Im Rahmen dieser Dissertation orientiert sich die Fallauswahl vor allem an jenen typischen Vorstellungen der beiden unterschiedlichen politischen Systeme und an dem Einfluss der Parteien in den jeweiligen Systemen. Aus diesem Grund konnten nicht alle Typen von Parteien sowie ihre Evolution in gleichem Maße und in gleicher Tiefe dargestellt werden. Daher ist es besonders sinnvoll, den Wandel verschiedener Typen von Parteien – die ein breites ideologisches Spektrum darstellen – (vergleichend) zu erforschen. Weitere interessante Fragen könnten beispielsweise sein: „Wie führten die marxistischen Parteien in der Nachkriegszeit Reformen durch?“, „Wie entwickelten sich neue politische Parteien in postmoderner Zeit?“ oder „Wie und warum entwickeln sich rechtspopulistische Parteien?“

5. Anhang

5.1 Chronologie der Geschichte der SPD

1848	Entstehung von Arbeitervereinen in zahlreichen deutschen Städten (April); Gründung der „Arbeiter-Verbrüderung“ in Berlin unter Stephan Born (23.8. – 3.9.)
1854	Auflösung aller Arbeitervereinigungen durch den Bundestag des Deutschen Bundes (Juli)
1863	Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV); Wahl Ferdinand Lassalles zum Präsidenten (23.5.)
1864	Tod Ferdinand Lassalles (31.8.)
1869	Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) in Eisenach
1875	Zusammenschluss des ADAV und der SDAP zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP) in Gotha; „Gothaer Programm“ (22. – 27.5.)
1876	Verbot der SAP in Preußen (30.3.)
1878	Inkrafttreten des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (21.10.)
1890	Der Reichstag lehnt die Verlängerung des Sozialistengesetzes ab (25.1.); SAP erstmals stärkste Partei bei den Reichstagswahlen (20.2.); Außerkrafttreten des Sozialistengesetzes (30.9.); Namensänderung der SAP in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) (Oktober)
1891	„Erfurter Programm“ der SPD (21.10.)
1892	Wahl August Bebels zu einem der drei Vorsitzenden der SPD; Bebel behielt das Amt – neben Paul Singer und Hugo Haase bis zu seinem Tod
1912	SPD erstmals stärkste Fraktion im Reichstag (12.1.)
1913	Tod August Bebels (13.8.)
1914	Die SPD-Reichstagsfraktion stimmt den Kriegskrediten zu (4.8.)
1916	„Gruppe Internationale“ (Spartakusgruppe) um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (1.1.); Spaltung der SPD-Reichstagsfraktion über Frage der Zustimmung zu den Kriegskrediten; Bildung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (24.3.)
1917	Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD) in Gotha (6. – 8.4)
1918	Regierung des Prinzen Max von Baden mit Beteiligung der SPD (4.10.); Ausrufung der freien deutschen Republik durch Philipp Scheidemann (SPD)
1919	Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (15.1.); Wahl Otto Wels' zum Parteivorsitzenden (neben Hermann Müller); Friedrich Ebert wird Reichspräsident (11.2.); Regierung Philipp Scheidemann aus SPD, DDP („Deutsche Demokratische Partei“) und Zentrum (13.2.); Rücktritt der Regierung

	Scheidemann (20.6.); Regierung Gustav Bauer (SPD) aus SPD, Zentrum und später DDP (21.6.)
1920	Regierung Hermann Müller (SPD) aus SPD, DDP und Zentrum (27.3.); Wahlniederlage der SPD und Ende der Koalition (6.6.); Spaltung der USPD nach Eintritt in die Kommunistische Internationale (12. – 17.10.); Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD (4. – 7.12.)
1921	„Görlitzer Programm“ der SPD (18. - 24.9.)
1922	Zusammenschluss der Rest-USPD mit der MSPD (24.9.)
1925	Tod Friedrich Eberts (28.2.); „Heidelberger Programm“ der SPD (13. – 18.9.)
1928	Regierung Hermann Müller (SPD) aus SPD, DDP, Zentrum und DVP („Deutsche Volkspartei“) (28.6.)
1929	KPD definiert die Sozialdemokratie als Hauptfeind (Juni)
1930	Bruch der Regierungskoalition unter Hermann Müller (27.3.); Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD (14.9.)
1931	Abspaltung des linken SPD-Flügels, Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP) (4.10.); Gründung der „Eisernen Front“ aus SPD, Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Arbeitersportverbänden zur Abwehr des Nationalismus
1932	SPD unterstützt Wahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten (13.3.)
1933	Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die SPD-Reichstagsfraktion (23.3.); Verbot der SPD und beginnende Verhaftungswelle gegen Sozialdemokraten (22.6.)
1934	Prager Manifest der SOPADE (der Exil-SPD) (28.1.)
1939	Tod des SOPADE-Vorsitzenden Otto Wels im Pariser Exil (16.9.)
1941	Gründung der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ in London (19.3.)
1945	Beschluss der Wiedergründung der SPD in Hannover durch Kurt Schumacher (19.4.); Gründung eines „Gemeinsamen Aktionsausschusses“ aus KPD und SPD in Berlin (19.6.)
1946	Zusammenschluss von KPD und SPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) in der sowjetischen Zone (20. – 21.4.); Kurt Schumacher SPD-Vorsitzender (11.5.)
1947	Beschluss der SPD-Fraktion, im Frankfurter Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in die Opposition zu gehen (Mai)
1949	Verabschiedung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat mit den Stimmen der SPD (8.5.); Kurt Schumacher Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
...	
1952	Tod Kurt Schumachers (20.8.); „Dortmunder Aktionsprogramm“ der SPD (24. – 28.9.); Erich Ollenhauer SPD-Vorsitzender (27.9.) und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (7.10.)
1957	Selbstauflösung der „Gesamtdeutschen Volkspartei“, ein Teil der Mitglieder tritt zur SPD über (19.5.)
1958	SPD-Parteitag in Stuttgart beschließt Änderung des Organisationsstatuts der

	SPD: An die Stelle des „Büros“ tritt ein vom Parteivorstand gewähltes Präsidium. Ollenhauer bleibt Vorsitzender, Waldemar von Knoeringen und Herbert Wehner werden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Willy Brandt wird Mitglied des Vorstands. (18. – 23.5.)
1959	Ein außerordentlicher Parteitag der SPD in Bad Godesberg verabschiedet das „Godesberger Programm“ der SPD (13. – 15.11.)
1960	Bundestagsrede Herbert Wehners: Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik von Bundesregierung und Opposition auf der Grundlage bestehender Verträge (30.6.); Willy Brandt SPD-Kanzlerkandidat (21. – 25.11.)
1963	Tod Erich Ollenhauers (14.12.)
1964	Willy Brandt SPD-Vorsitzender und -Kanzlerkandidat (15./16.2.)
1965	Regierung aus CDU und SPD in Niedersachsen (12.5.)
1966	Bundesregierung der Großen Koalition aus CDU und SPD (1.12.)
1967	Tod Fritz Erlers (22.2.); Helmut Schmidt Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (14.3.)
1969	Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten mit den Stimmen der FDP (5.3.); Start der „Sozialdemokratischen Wählerinitiative“ (24.3.); sozialliberale Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt (21.10.); Herbert Wehner Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (22.10.)
1970	Deutsch-Sowjetischer Vertrag über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit (12.8.); Deutsch-Polnischer Vertrag über Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen; Kniefall Willy Brandts am Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos (7.12.)
1971	Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt (10.12.)
1972	Scheitern eines Misstrauensantrags der CDU/CSU gegen Bundeskanzler Brandt (27.4.); SPD erstmals stärkste Fraktion im Bundestag (19.11.); Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR über die Normalisierung der gegenseitigen Beziehung (21.12.)
1974	Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler im Zuge der Guillaume-Affäre (6.5.); Helmut Schmidt Bundeskanzler (16.5.)
1981	Friedensdemonstration in Born mit rund 300 000 Teilnehmern (10.10.)
1982	SPD- und FDP-Bundestagsfraktion stellen sich bei einer Vertrauensabstimmung geschlossen hinter Bundeskanzler Schmidt (5.2.); Ende der sozialliberalen Koalition nach Austritt der FDP-Minister aus der Regierung (17.9.); Helmut Kohl Bundeskanzler durch ein konstruktives Misstrauensvotum (1.10.)
1983	Hans-Jochen Vogel SPD-Kanzlerkandidat (21.1.); Hans-Jochen Vogel Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (8.3.)
1985	Oskar Lafontaine Ministerpräsident im Saarland (9.4.); Koalitionsregierung unter Holger Börner aus SPD und Grünen in Hessen (12.12.); Johannes Rau SPD-Kanzlerkandidat (15.12.)
1986	Reaktorunfall in Tschernobyl (26.4.); SPD-Parteitag beschließt stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie (25. – 29.8.)
1987	Ende der rotgrünen Koalition in Hessen (9.2.); Rücktritt Willy Brandts als SPD-

	Vorsitzender (23.3.); Hans-Jochen Vogel SPD-Vorsitzender (14.6.); SPD und SED erarbeiten das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (August)
1988	Björn Engholm Ministerpräsident in Schleswig-Holstein (31.5.); Beschluss einer Frauenquote auf dem SPD-Parteitag in Münster/Westfalen (30.8. – 2.9.)
1989	SPD präsentiert Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms (10.3.); geheime Gründung der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ (SDP) in Schwante bei Berlin (7.10.); Rücktritt Erich Honeckers von allen Ämtern, Egon Krenz neuer Generalsekretär der SED (18.10.); Rücktritt des Politbüros und des Zentralkomitees der SED (3.12.); SED gibt sich den Namenszusatz „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) (Dezember); Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramm der SPD
1990	Umbenennung der SDP in SPD (12. – 14.1.); Tod Herbert Wehners (19.1.); Grundsatzprogramm der Ost-SPD, Willy Brandt Ehrenvorsitzender, Ibrahim Böhme Vorsitzender (22. – 25.2.)
1991	Rudolf Scharping Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz (21.5.); Björn Engholm SPD-Vorsitzender (29.5.); Hans-Ulrich Klose Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (12.11.)
1992	Tod Willy Brandts
1993	Rücktritt Björn Engholms als SPD-Vorsitzender, Kanzlerkandidat und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (3.5.); Rudolf Scharping nach einem Mitgliederreferendum SPD-Vorsitzender (25.6.)
1994	Minderheitsregierung unter Reinhard Höppner (SPD) aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt, toleriert durch die PDS („Magdeburger Modell“) (21.7.); Rudolf Scharping Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
1995	Oskar Lafontaine SPD-Vorsitzender nach Kampfkandidatur gegen Rudolf Scharping (16.11.)
1998	Gerhard Schröder SPD-Kanzlerkandidat (2.3.); Peter Struck Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (20.10.); Gerhard Schröder Bundeskanzler (27.10.); Koalitionsregierung unter Harald Ringstorff (SPD) aus SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern (3.11.)
1999	Rücktritt Oskar Lafontaines als SPD-Vorsitzender und Bundesfinanzminister
2001	Die Bundestagsfraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sprechen Bundeskanzler Schröder in einer Vertrauensabstimmung bei vier Gegenstimmen das Vertrauen aus (16.11.)
2002	Wiederwahl Gerhard Schröders zum Bundeskanzler (22.10.)
2003	In einer Regierungserklärung stellt Bundeskanzler Schröder das Reformprojekt „Agenda 2010“ vor (14.3.)
2004	Franz Müntefering Vorsitzender der SPD (21.3.); hohe Verluste der SPD bei der Europawahl (13.6.); Gründung des Vereins <i>Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit</i> (WASG) (3.7.)
2005	Konstitution der WASG als Partei (22.1.); Niederlage der SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (22.5.); Umbenennung der PDS in <i>Die</i>

	<i>Linkspartei.PDS</i> (17.7.); Bundespräsident Horst Köhler löst den 15. Deutschen Bundestag auf und setzt Neuwahlen für den 18. September 2005 an (21.7.); Franz Müntefering kündigt an, beim SPD-Parteitag Mitte November 2005 nicht erneut für den Parteivorsitz zu kandidieren (31.10.); Bundesregierung der Großen Koalition aus CDU und SPD (11.11.); Matthias Platzeck Vorsitzender der SPD (15.11.); Peter Struck Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (21.11.); Angela Merkel Bundeskanzlerin (22.11.); Gerhard Schröder legt sein Bundestagsmandat nieder (23.11.)
2006	Tod Johannes Raus (27.1.); Rücktritt Matthias Platzecks als SPD-Vorsitzender (10.4.); Wahl Kurt Becks zum Bundesvorsitzenden der SPD (14.5.)
2007	Vereinigung der WASG mit der <i>Linkspartei.PDS</i> zur neuen Partei <i>Die Linke</i> , Wahl Lothar Biskys und Oskar Lafontaines zu deren Vorsitzenden (16.6.); Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms der SPD (28.10.); Rücktritt Franz Münteferings von seinen Ämtern als Bundesminister für Arbeit und Soziales und als Vizekanzler (13.11.); Frank-Walter Steinmeier Vizekanzler (21.11.)
2008	Verlust für die SPD bei der Landtagswahl in Niedersachsen (27.1.); Zugewinne dagegen bei der Landtagswahl in Hessen (27.1.) und bei der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft (24.2.); Rücktritt Kurt Becks als SPD-Vorsitzender, Frank-Walter Steinmeier kommissarischer Parteivorsitzender und SPD-Kanzlerkandidat (7.9.); Wahl Franz Münteferings zum Bundesvorsitzenden der SPD (18.10.)
...	...

Quelle: Walter, Franz 2009: Die SPD – Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S.292-297; Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD: 1848-2002, 8. Aktualisierte und erw. Aufl. – Bonn: Dietz, S.417-442.

5.2 Chronologie der Geschichte der KPCh

1920	Entstehung des Forschungsvereins des Marxismus in Uni Peking durch <i>Li Dazhao</i> (Marz); Entstehung des Forschungsvereins des Marxismus in Shanghai durch <i>Chen Duxiu</i> (Mai); Anfang des Austauschs u. der Kommunikation lokaler Forschungsvereine mit Intellektuellen im Ausland. Einführung des Marxismus in China. <i>Grigori Naumowitsch Woitinski</i> (Vertreter von KI) traf sich mit u.a. <i>Li Dazhao</i> und <i>Chen Duxiu</i> und half bei der Gründung der KPCh (April); Entstehung vorläufiger Organisation(en) der KPCh durch <i>Chen Duxiu</i> in Shanghai (August); Entstehung vorläufiger Organisation(en) der KPCh durch <i>Li Dazhao</i> in Beijing (Oktober);
1920-1927	Entstehung vorläufiger Organisationen der KPCh in verschiedenen Regionen
1927	Tagung des provisorischen zentralen Politbüros der KPCh in Shanghai; Verabschiedung der Strategie des „Stadtzentrierten bewaffneten Aufstandes im ganzen Land“ (9.-10.11.)
1928	Aufhören der Strategie des „Stadtzentrierten bewaffneten Aufstandes im ganzen Land“ aufgrund beträchtlicher Verluste in der Praxis (April); Verabschiedung der von Mao Zedong vorgeschlagenen Strategie der „Errichtung separatistischer Regimes mit Waffengewalt der Arbeiter und Bauern“ durch die lokale Parteiorganisation der Hunan- und Jiangxi-Provinz (5.10.)
1929	Ankündigung der KPCh-Zentrale über die Strategie „Zuerst die Rote Armee auf dem Land, dann die Herrschaft in der Stadt“; Bestätigung der Strategie Mao Zedongs über die Rote Armee durch die KPCh-Zentrale (28.9.)
1930	Ausdruck der Ideen durch Mao Zedong: „Kleine Funken können große Prärie verbrennen“, „Wechsel des Arbeitsschwerpunktes von der Stadt zum Land“, „Das Land umgibt die Stadt“ und „Eroberung der Herrschaft durch Waffengewalt“ (Januar); Verabschiedung des Plans der Eroberung der zentralen Städte der ganzen Nation (kurz nach 11.6.); Aufhören dieser Strategie aufgrund des Verlustes in verschiedenen Regionen (September)
1934	2. Versammlung des chinesischen Sowjets (22.1. – 1.2.); Wahl Mao Zedongs zum Vorsitzenden des zentralen Exekutivkomitees der chinesischen sowjetischen Republik (3.2.); Anfang des sog. Langen Marschs der Roten Armee aufgrund der gravierenden militärischen Niederlagen bei der Verteidigung vor dem Angriff des chinesischen Sowjets in Ruijin durch GMT-Regime (Oktober)
1935	Erweiterte Sitzung des KPCh-Politbüros in Zunyi: Kritik an der falschen militärischen Strategie Wang Mings und Bo Gus; Wahl Mao Zedongs zum Mitglied des ständigen Ausschusses der KPCh; Auftreten Mao Zedongs als die Führung der KPCh-Zentrale und der Roten Armee (15. – 17.1.)
1936	Xi’An-Zwischenfall (12.12.): Fundament der Anti-Japan-Einheitsfront und des Waffenstillstandes zwischen KMT und KPCh
1937	Erscheinung des „Manifest der Kooperation von der KMT und der KPCh“ durch die offizielle Presse der KMT-Zentrale (22.9.); Anerkennung der legalen Position

	der KPCh durch die KMT in Chiang Kai-sheks Rede (23.9.)
1938	Wachstum der Parteimitglieder von 40 000 (am Anfang des Anti-Japan-Kriegs) auf 500 000 (Ende 1938); 6. Plenum des 6. Parteitags in Yan'an: Betonung der unabhängigen Führung des Volkes über den Anti-Japan-Krieg, Konsolidierung der Führungsposition Mao Zedongs in der KPCh-Zentrale sowie Vorschlag einer Anpassung des Marxismus an die chinesische Gesellschaft (29.9. – 6.11.)
1940	Rede Mao Zedongs „Politik und Kultur des neuen Demokratismus“: erste Interpretation der Theorie des „neuen Demokratismus“ (Januar)
1943	Auflösung der Kommunistischen Internationale (10.6.)
1944	7. Plenum des 6. Parteitags in Yan'an: Wahl von <i>Mao Zedong</i> (Vorsitz), <i>Zhu De</i> , <i>Liu Shaoqi</i> , <i>Ren Bishi</i> und <i>Zhou Enlai</i> zum Präsidium des Zentralkomitees
-1945	Kontinuierliche Offensive der von der KPCh geführten Volksarmee; beständige Entwicklung der von der KPCh kontrollierten Anti-Japan-Kraft und des Stützpunktgebietes; 1. Plenum des 7. Parteitags: Wahl Mao Zedongs zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der KPCh, Vorsitzenden des Politbüros und des zentralen Sekretariats (19.6.); Wahl Mao Zedongs zum Vorsitzenden des zentralen militärischen Komitees (August); * Bis Ende des Anti-Japan-Kriegs: Wachstum der Parteimitglieder auf ca. 1,2 Mio., der Volksarmee (der KPCh) auf ca. 1,32 Mio. (Soldaten), der Milizionäre auf ca. 2,6 Mio., der Besatzungszone (BSZ) auf knapp 1 Mio. km ² und der Bevölkerung in KPCh-BSZ auf ca. 100 Mio.; Kriegsbeute von der Japanischen Truppe: ca. 694 000 Gewehre, ca. 1800 Kanonen
1948	Wachstum der Volksbefreiungsarmee (unter KPCh) auf 3,1 Mio.; Reduzierung der GMT-Armee auf 2,9 Mio.; Militärische Wende des Bürgerkriegs (November)
1949	Tagung der 1. <i>Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes</i> in Beiping (21. – 30.9.): Verabschiedung des „Gemeinsamen Programms“ als provisorische Verfassung; Umbenennung Beipings zu Beijing als Hauptstadt; Wahl Mao Zedongs zum Vorsitzenden der Volksregierung (u.a. Liu Shaoqi als stellvertretende Vorsitzender); Offizielle Gründung der Volksregierung der Volksrepublik China (1.10)
1950	Entscheidung der KPCh-Zentrale für Eintritt in den Koreakrieg nach der Einladung der Partei der Arbeit Koreas (Joseon-rodong-dang) (Oktober); Einmarschieren der Freiwilligenarmee des chinesischen Volkes in Korea (<i>Peng Dehuai</i> als der Kommandeur)
1954	Tagung des 1. Volkskongresses (15.9. – 28.9.): Verabschiedung der ersten Verfassung der Volksrepublik Chinas; Wahl <i>Mao Zedongs</i> zum Vorsitzenden der Volksrepublik China, Wahl <i>Zhu Des</i> zum Vizevorsitzenden, Wahl <i>Liu Shaoqis</i> zum Chef des beständigen Komitee des Volkskongresses, Wahl <i>Zhou Enlais</i> zum Premier
1956	Tagung des 8. Parteitags der KPCh: Verkündung des „Hauptwiderspruch“ zwischen dem Bedarf einer schnellen Wirtschafts-/Kulturentwicklung und dem gegenwärtigen Entwicklungsniveau; Entscheidung für eine schnelle Umgestaltung von einem Agrarland zu einem Industrieland (15. – 27. 9)

1958	2. Plenum des 8. Parteitags: Verabschiedung des Leitfadens des „Großen Sprungs“ (5. – 23.5.); Tagung der KPCh in Beidaihe: staatliche Festlegung einer Reihe unrealistischer industrieller und landwirtschaftlicher Normative, z.B. eine Verdopplung der Stahlproduktion in Vergleich zum vergangenen Jahr (17. – 30.8.); Erweiterte Sitzung des Politbüros der KPCh-Zentrale in Wu Chang: Diskussion über eine Verringerung der übertriebenen Normative und über Berichtigten der Prahlereien des ganzen Landes (21. – 27.11.); 6. Plenum des 8. Parteitags in Wu Chang: Betonung des Unterschieds zwischen dem Kommunismus und dem Sozialismus, Festlegung einer Weiterentwicklung der Warenproduktion und des -austauschs, Zustimmung des Austritts Mao Zedongs als Kandidat der nächsten Wahl des Staatsvorsitzenden (28.11. – 10.12.)
1959	2. Volkskongress: Wahl <i>Liu Shaoqis</i> zum Staatsvorsitzenden (18. – 28.4.); erweiterte Sitzung des Politbüros in Lushan (2.7. – 1.8.): Diskussion über die Fehler des „Großen Sprung nach Vorn“ (erste Phase), Kritik an u.a. <i>Peng Dehuai</i> nach Mao Zedongs Initiative; 8. Plenum des 8. Parteitags in Lushan (2. – 16.8.): Verabschiedung des „Leitfadens über die Verteidigung der Partei und über die Bekämpfung des Rechtsopportunismus“, Verurteilung u.a. <i>Peng Dehuais</i> ; Weiterführung des „Großen Sprungs“ (nachher); Verkündigung des militärischen Komitees der KPCh-Zentrale (26.9.): Wahl <i>Mao Zedongs</i> zum Vorsitzenden des militärischen Komitees, tägliche Arbeit durch <i>Lin Biao</i>
1959-1961	Wirtschaftliche Krise auf Grund des Fehlers des „Großen Sprung nach Vorn“ und der „Bekämpfung des (ideologischen) Rechts“
1962	Versammlung der Arbeitskonferenz durch die KPCh-Zentrale (11.1. – 7.2.): 7118 Teilnehmer aus der Zentrale und der Regionen (sog. Konferenz der Siebentausend), Zusammenfassung der Erfahrung des „Großen Sprung nach Vorn“, Kritik und Selbstkritik, Betonung einer Korrektur der Wirtschaftspolitik; erweiterte Sitzung des Politbüros der KPCh-Zentrale (sog. Westkammer-Konferenz) geleitet durch <i>Liu Shaoqi</i> (21. – 23.2.); Arbeitssitzung der KPCh-Zentrale geleitet durch <i>Liu Shaoqi</i> (7. – 11.5.): Analyse der Wirtschaftskrise und Entscheidung für kräftige Korrektur
1963	Arbeitssitzung der KPCh-Zentrale in Beijing (11. – 28. 2.): Entscheidung für Klassenkampf als Zentralaufgabe, Initiative der sozialistischen Erziehungsbewegung auf dem Land (sog. „Vier Beseitigen-Kampagne“) und der Kampagne gegen Korruption, Bürokratie, Spekulation, Verschwendung und Antizentralismus (sog. „Fünf-Anti-Kampagne“); Arbeitssitzung der KPCh-Zentrale in Beijing (15.12 – 14.1. des folgenden Jahres): Verkündigung des Schwerpunktes der sozialistischen Erziehungsbewegung (Bekämpfung des kapitalistischen Roaders)
1966	Entwurf der Bekanntmachung der „516“ durch <i>Mao Zedong</i> (4. – 26.5.); 11. Plenum des 8. Parteitags (1. – 12.8.): Entscheidung für die proletarische Kulturrevolution, Reorganisieren des zentralen Führungsapparates; Gründung der zentralen Gruppe der Kulturrevolution als die praktische Leitung (anstatt des Politbüros und des zentralen Sekretariats) (28.5.); dreimal Begrüßung der (insgesamt ca. 11 Mio) Rotgardisten durch <i>Mao Zedong</i>

1966-1976	Kulturrevolution
1966-1969	Komplette Unterbrechung der Aufnahme der Hochschulen
Ab 1970	Hochschulaufnahme gemäß der Empfehlung des Volks, der Genehmigung der Leitung sowie der Überprüfung durch die Hochschule
1967	<p>Eroberung der Macht der Partei und der Regierung durch die Rebellen in Shanghai (6.1.); Eroberung der Macht auf der regionalen Ebene des ganzen Landes (nachher);</p> <p>Lähmung der Parteiorganisation und des Regierungsapparats auf verschiedenen Ebenen;</p> <p>Entstehung revolutionärer Komitees aus der Armee, dem Kader und der Masse;</p> <p>Treff der KPCh-Zentrale organisiert durch <i>Zhou Enlai</i> (11. u. 16.2.): Kritik (von <i>Tan Zhenlin, Chen Yi, Ye Jianyin, Li Fuchun, Li Xiannian, Xu Xiangqian, Nie Rongzhen etc.</i>) an den falschen Leitlinien der Kulturrevolution (sog. „Gegenströmung des Februars“);</p> <p>Entscheidung des zentralen Militärkomitees (19.3.): 1) Unterstützung der Linken, der Landwirtschaft und der Industrie durch die Armee, 2) Verwaltung und Training durch die Armee (sog. „san zhi liang jun“);</p> <p>Erfolgreicher Explosionstest der ersten H-Bombe Chinas (17.6.);</p> <p>Organisationsleben in jenen Parteiorganisationen, in denen revolutionäre Komitees entstehen, wieder erlaubt durch die KPCh-Zentrale und das zentrale Komitee der Kulturrevolution (27.10)</p>
1968	<p>Existenz revolutionärer Komitees in allen Provinzen, Städten und autonomen Gebieten im Festland-Chinas (5.9.);</p> <p>Wende der Kulturrevolution zur Phase der „Bekämpfung, Kritik und Korrektur“;</p> <p>12. Plenum des 8. Parteitags (13. – 31.10): Verabschiedung des Berichtes und des Urteils über <i>Liu Shaoqi</i>;</p> <p>Anweisung Mao Zedongs: „Es ist sehr notwendig, dass die gebildeten jungen Menschen auf das Land gehen und von den armen Bauern wieder erzogen werden“ (22.12.); über 16 Mio. gebildete jungen Menschen auf das Land (1966-1979)</p>
1969	<p>9. Parteitag der KPCh (1. – 24.4.): Zustimmung der Theorie der „kontinuierlichen Revolution“ – Legitimierung der Kulturrevolution;</p> <p>1. Plenum des 9. Parteitags (28.4.): Wahl <i>Mao Zedongs</i> zum Vorsitzenden des zentralen Komitees der KPCh, Wahl <i>Lin Biaos</i> zu dessen Stellvertretenden, Verabschiedung der Mitglieder des zentralen Militärkomitees (Vorsitz: Mao Zedong);</p> <p>Tod <i>Liu Shaoqis</i> in Henan (12.11.1969)</p>
1970	Bekanntmachung der KPCh-Zentrale (28.10.): Wiederherstellung regionaler Parteikomitees
1971	Rebellen <i>Lin Biaos</i> , Flugunfall über Öndörchaan in der Mongolei (13.9.)
1973	<p>Entscheidung des Politbüros der KPCh-Zentrale (29.3.): die Leitung des Staatsrats durch <i>Deng Xiaoping</i> (als Vizepremier);</p> <p>Beteiligung <i>Deng Xiaopings</i> an der Führungsarbeit der KPCh-Zentrale und des zentralen Militärkomitees (Ende des Jahres);</p>

	10. Parteitag (24. – 28.8.): Weiterführung des Fehlers seit dem 9. Parteitag, Wahl <i>Mao Zedongs</i> zum Vorsitzenden des zentralen Komitees der KPCh (30.8.)
1975	Wahl Deng Xiaopings zum Vizevorsitzenden des zentralen Militärkomitees und zum Generalstabchef der Befreiungsarmee (5.1.) 2. Plenum des 10. Parteitags (8. – 10. 1.): Wahl Deng Xiaopings zum Vizevorsitzenden des zentralen Komitees der KPCh; 1. Plenum des 4. Volkskongresses (13. – 17.1.): Wiederbetonung des Ziels der „Vierfach Modernisierung“, Wahl <i>Zhu Des</i> zum Chef des beständigen Komitees des Volkskongresses, Wahl <i>Zhou Enlais</i> zum Premier des Staatsrats, Wahl Deng Xiaopings zum Vizepremier; Regulation des ganzen Landes durch <i>Deng Xiaoping</i> mit Unterstützung <i>Zhou Enlais</i> (Februar); Sitzung der KPCh-Zentrale (24.11.): Kritik an der Rechtsströmung – Anfang der Kampagne „Bekämpfung der Rechtsströmung“ des ganzen Staates, Unterbrechung der Regulationsarbeit <i>Deng Xiaopings</i>
1976	Tod <i>Zhou Enlais</i> (8.1.) Öffentliche Kritik an <i>Deng Xiaoping</i> (März); Politbüro der KPCh-Zentrale nach Vorschlag <i>Mao Zedongs</i> : Ernennung <i>Hua Guofengs</i> zum ersten Vizevorsitzenden der KPCh-Zentrale und zum Premier des Staatsrats; Entziehung <i>Deng Xiaopings</i> von allen Ämtern (7.4.) Tod <i>Zhu Des</i> (6.7.) Tod <i>Mao Zedongs</i> (9.9); Niederschlagen der Viererbande durch das Politbüro der KPCh-Zentrale (6.10.); Ende der Kulturrevolution
1977	3. Plenum des 10. Parteitags (16. – 21.7): 1) Anerkennung der Ämter <i>Hua Guofengs</i> als Vorsitzender der KPCh-Zentrale und des zentralen Militärkomitees; 2) Wiederberufung <i>Deng Xiaopings</i> zum Vizevorsitzenden der KPCh-Zentrale, Vizepremier des Staatsrats und Vizevorsitzenden des zentralen Militärkomitees; Wiederherstellung der Hochschulaufnahmeprüfung (12.10)
1978	Nationale Konferenz der Wissenschaft (8. – 31.3.): Eröffnungsrede <i>Deng Xiaopings</i> – Betonung „Wissenschaft und Technologie sind Produktivität“; Arbeitssitzung der KPCh-Zentrale (10.11. – 15.12.): Diskussion über den Wechsel des Arbeitsschwerpunktes auf den Aufbau der sozialistischen Modernisierung; Rede <i>Deng Xiaopings</i> „Emanzipation des Geistes, Wahrheitssuche aus den Tatsachen und Zukunftsorientierung mit Solidarität“ (13.12.); 3. Plenum des 11. Parteitags (18. -22.12.): Entscheidung für „Reform und Öffnung“, Schwerpunkt des wirtschaftlichen Aufbaus, Gründung der Zentralkommission für Disziplinkontrolle
1979	Theorie-Diskussion-Meeting (18.1. – 3.4.); Rede <i>Deng Xiaopings</i> : „Halte den sozialistischen Weg, die Diktatur des Proletariats, die Führung der KPCh, den Marxismus-Leninismus und Maoismus fest“, „Anpassung (der Theorien) an Chinas Praxis“, „Chinesischer Weg der Modernisierung (30.3.);

	Ausdruck <i>Deng Xiaopings</i> „Chinesische vierfache Modernisierung“; Deng Xiaoping: „Marktwirtschaft ist dem Sozialismus erlaubt“ (26.11.)
1981	6. Plenum des 11. Parteitags (27. – 29.6.): absolute Verneinung der Kulturrevolution, Anerkennung der Bedeutung des Maoismus, Abtreten <i>Hua Guofengs</i> als Vorsitzender des zentralen Komitees der KPCh und Vorsitzender der zentralen Militärkommission, Wahl <i>Hu Yaobangs</i> zum Vorsitzenden des zentralen Komitees, Wahl <i>Zhao Ziyangs</i> und <i>Hua Guofengs</i> zu dessen Vizevorsitzenden, Wahl <i>Deng Xiaopings</i> zum Vorsitzenden der zentralen Militärkommission
1982	12. Parteitag der KPCh (1. – 11.9.): Ausdruck <i>Deng Xiaopings</i> in der Öffnungsrede „Auf unserem eigenen Weg laufen, den Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten aufbauen“
1984	Inspektion der drei Sonderwirtschaftszonen (Shenzhen, Zhuhai, Xiamen) durch <i>Deng Xiaoping</i> (22.1. - 17.2.): Bestätigung der Öffnungspolitik; 3. Plenum des 12. Parteitags (20.10.): Verabschiedung des „Beschlusses über die Reform des Wirtschaftssystems“
1987	13. Parteitag (25.10. – 1.11.): Parteimitglieder bisher über 46 Mio., Bericht <i>Zhao Ziyangs</i> „Gehen nach vorn entlang dem Weg des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“
1989	4. Plenum des 13. Parteitags (Juni.): Wahl <i>Jiang Zemins</i> zum Generalsekretär der KPCh-Zentrale
1992	Parteimitglieder ca. 51 Mio.; 14. Parteitag (12. – 18.10): Beschluss für Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung, Aufbau des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft, Bestätigung der Theorie des „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ <i>Deng Xiaopings</i> als Leitidee der KPCh; Wiederwahl <i>Jiang Zemins</i> zum Generalsekretär der KPCh-Zentrale (19.10.)
2000	Inspektion der Guangdong Provinz durch <i>Jiang Zemin</i> (20. – 25.2.); Erstmals Ausdruck des „Dreifachen Vertreten“ durch <i>Jiang Zemin</i> auf der Arbeitssitzung der „Entwicklung der Parteiorganisation von Jiangsu, Zhejiang und Shanghai“ (14.5.)
2002	1. Plenum des 16. Parteitags (November): Wahl <i>Hu Jintaos</i> zum Generalsekretär der KPCh-Zentrale
2003	3. Plenum des 16. Parteitags (11. – 14.10.): Verabschiedung des „Beschlusses über das Vervollkommen des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft“, Interpretation des wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts: „menschen orientiert“, „systematisch“, „harmonisch“ und „nachhaltig“
2007	Rede <i>Hu Jintaos</i> in der zentralen Parteischule: Betonung des Wegs des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten, der Emanzipation des Geistes, der „Reform u. Öffnung“, des wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts und der Förderung der sozialen Harmonie, der umfangreichen Erreichung des Wohlstands
2012	1. Plenum des 18. Parteitags: Wahl <i>Xi Jinpings</i> zum Generalsekretär der KPCh-Zentrale (15.11.)
2013	Rede <i>Xi Jinpings</i> über die Korruptionsbekämpfung auf dem 2. Plenum des 18.

	Parteitag vor der Zentralkommission für Disziplinkontrolle: „(Wir müssen) gleichzeitig Fliege und Tiger schlagen“, Betonung der „Beständigkeit“ und „Langfristigkeit“ der Korruptionsbekämpfung
2017	1. Plenum des 19. Parteitags: Wiederwahl Xi Jinpings zum Generalsekretär der KPCh-Zentrale (Oktober)

Eigene Darstellung

Quellen:

<http://dangshi.people.com.cn/GB/234123/16184258.html>. 21.05.2018.

http://www.xinhuanet.com/politics/leaders/2017-10/25/c_1121856289.htm. 21.05.2018.

<http://www.chinanews.com/tp/hd2011/2012/11-15/148416.shtml>. 21.05.2018.

http://www.chinadaily.com.cn/hqcj/fxpl/2013-01-23/content_8104217.html. 21.05.2018.

5.3 Die chinesische Bevölkerung*

Jahrgang	Gesamtzahl der Bevölkerung (Jahresende) in Mio.	Geschlecht				Gebiet			
		Mann		Frau		Stadt		Land	
		Anwohnerzahl in Mio.	Verhältnis (%)	Anwohnerzahl in Mio.	Verhältnis (%)	Anwohnerzahl in Mio.	Verhältnis (%)	Anwohnerzahl in Mio.	Verhältnis (%)
1949	541,67	281,45	51.96	260,22	48.04	57,65	10.64	484,02	89.36
1950	551,96	286,69	51.94	265,27	48.06	61,69	11.18	490,27	88.82
1951	563,00	292,31	51.92	270,69	48.08	66,32	11.78	496,68	88.22
1955	614,65	318,09	51.75	296,56	48.25	82,85	13.48	531,80	86.52
1960	662,07	342,83	51.78	319,24	48.22	130,73	19.75	531,34	80.25
1965	725,38	371,28	51.18	354,10	48.82	130,45	17.98	594,93	82.02
1970	829,92	426,86	51.43	403,06	48.57	144,24	17.38	685,68	82.62
1971	852,29	438,19	51.41	414,10	48.59	147,11	17.26	705,18	82.74
1972	871,77	448,13	51.40	423,64	48.60	149,35	17.13	722,42	82.87
1973	892,11	458,76	51.42	433,35	48.58	153,45	17.20	738,66	82.80
1974	908,59	467,27	51.43	441,32	48.57	155,95	17.16	752,64	82.84
1975	924,20	475,64	51.47	448,56	48.53	160,30	17.34	763,90	82.66
1976	937,17	482,57	51.49	454,60	48.51	163,41	17.44	773,76	82.56
1977	949,74	489,08	51.50	460,66	48.50	166,69	17.55	783,05	82.45
1978	962,59	495,67	51.49	466,92	48.51	172,45	17.92	790,14	82.08
1979	975,42	501,92	51.46	473,50	48.54	184,95	18.96	790,47	81.04
1980	987,05	507,85	51.45	479,20	48.55	191,40	19.39	795,65	80.61
1981	1000,72	515,19	51.48	485,53	48.52	201,71	20.16	799,01	79.84
1982	1016,54	523,52	51.50	493,02	48.50	214,80	21.13	801,74	78.87
1983	1030,08	531,52	51.60	498,56	48.40	222,74	21.62	807,34	78.38
1984	1043,57	538,48	51.60	505,09	48.40	240,17	23.01	803,40	76.99
1985	1058,51	547,25	51.70	511,26	48.30	250,94	23.71	807,57	76.29
1986	1075,07	555,81	51.70	519,26	48.30	263,66	24.52	811,41	75.48
1987	1093,00	562,90	51.50	530,10	48.50	276,74	25.32	816,26	74.68

1988	1110,26	572,01	51.52	538,25	48.48	286,61	25.81	823,65	74.19
1989	1127,04	580,99	51.55	546,05	48.45	295,40	26.21	831,64	73.79
1990	1143,33	589,04	51.52	554,29	48.48	301,95	26.41	841,38	73.59
1991	1158,23	594,66	51.34	563,57	48.66	312,03	26.94	846,20	73.06
1992	1171,71	598,11	51.05	573,60	48.95	321,75	27.46	849,96	72.54
1993	1185,17	604,72	51.02	580,45	48.98	331,73	27.99	853,44	72.01
1994	1198,50	612,46	51.10	586,04	48.90	341,69	28.51	856,81	71.49
1995	1211,21	618,08	51.03	593,13	48.97	351,74	29.04	859,47	70.96
1996	1223,89	622,00	50.82	601,89	49.18	373,04	30.48	850,85	69.52
1997	1236,26	631,31	51.07	604,95	48.93	394,49	31.91	841,77	68.09
1998	1247,61	639,40	51.25	608,21	48.75	416,08	33.35	831,53	66.65
1999	1257,86	646,92	51.43	610,94	48.57	437,48	34.78	820,38	65.22
2000	1267,43	654,37	51.63	613,06	48.37	459,06	36.22	808,37	63.78
2001	1276,27	656,72	51.46	619,55	48.54	480,64	37.66	795,63	62.34
2002	1284,53	661,15	51.47	623,38	48.53	502,12	39.09	782,41	60.91
2003	1292,27	665,56	51.50	626,71	48.50	523,76	40.53	768,51	59.47
2004	1299,88	669,76	51.52	630,12	48.48	542,83	41.76	757,05	58.24
2005	1307,56	673,75	51.53	633,81	48.47	562,12	42.99	745,44	57.01
2006	1314,48	677,28	51.52	637,20	48.48	582,88	44.34	731,60	55.66
2007	1321,29	680,48	51.50	640,81	48.50	606,33	45.89	714,96	54.11
2008	1328,02	683,57	51.47	644,45	48.53	624,03	46.99	703,99	53.01
2009	1334,50	686,47	51.44	648,03	48.56	645,12	48.34	689,38	51.66
2010	1340,91	687,48	51.27	653,43	48.73	669,78	49.95	671,13	50.05
2011	1347,35	690,68	51.26	656,67	48.74	690,79	51.27	656,56	48.73
2012	1354,04	693,95	51.25	660,09	48.75	711,82	52.57	642,22	47.43
2013	1360,72	697,28	51.24	663,44	48.76	731,11	53.73	629,61	46.27
2014	1367,82	700,79	51.23	607,03	48.77	749,16	54.77	618,66	45.23
2015	1374,62	704,14	51.22	670,48	48.78	771,16	56.10	603,46	43.90
2016	1382,71	708,15	51.21	674,56	48.79	792,98	57.35	589,73	42.65

Die Angaben vor 1981 wurden durch die Statistik der amtlich angemeldeten Familienzahl kalkuliert.

Quelle: https://baike.baidu.com/item/%E4%B8%AD%E5%9B%BD%E4%BA%BA%E5%8F%A3#2_2
18.04.2018.

*Vgl. Die Tabelle in: Fischer, Doris/Müller-Hofstede, Christoph (Hrsg.) 2014: Länderbericht China, Bohn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Literaturverzeichnis⁴¹⁰

- Alt, James E./Alesina, Alberto 1996: Political Economy: An Overview. In: Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), A New Handbook of Political Science. Oxford, S.645-674.
- Andreas/Canée, Georg de 1983: Systemtheoretische Weltbilder. Zur Gesellschaftstheorie bei Parsons und Luhmann. Berlin.
- Archiv des öffentlichen Rechts, 79 Jg. (1954), H. 3.
- August, Friedrich Frhr. V.d. Heydte/Sacherl, Karl 1955: Soziologie der deutschen Parteien, München: Isar Verlag.
- Backes, Uwe 2013: Vier Grundtypen der Autokratie und Legitimierungsstrategie, S.159. In: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.) 2013: Autokratien im Vergleich, S.157-175.
- Bakkes, Uwe/Jesse, Eckhard 1990: Parteiendemokratie, Informationen zur politischen Bildung 207, Neudruck, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1990.
- Ban, Gu 79 A.D.: durchgängige Auslegung des Konfuzianismus durch die Baihu-Konferenz. (Original in Chinesisch: 班固 79 A.D: 《白虎通义》).
(<http://www.guoxue123.com/zhibu/0301/01bhty/index.htm> 05.12.2017).
- Bergsträsser, Ludwig 1965: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 11. Aufl., München: Olzog.
- Beyme, Klaus v. 1984: Parteien in westlichen Demokratien, 2. Aufl. München: Piper.
- Beyme, Klaus v. 2000: Parteien im Wandel. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Blackmore, Susan 2000: Die Macht der Meme. Heidelberg.
- Boyd, Robert/Richerson, Peter J., 2005: the origin and evolution of cultures. Oxford.
- Brauns, Hans Jochen/Jaeggi, Urs/Kisker, Klaus Peter/Zerdick, Axel/Zimmermann, Burkhard 1976: SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Broom, Donald M., 2003: The evolution of morality and religion. Cambridge.
- Brückner, Jutta 1977: Staatswissenschaften, Kameralistik und Naturrecht. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen -Wissenschaft im Deutschland des Späten 17. Und 18. Jahrhunderts. München.
- Bühl, Walter L. (Hrsg.) 1975: Funktion und Struktur. Soziologie vor der Geschichte. München.

⁴¹⁰ Die Angaben der chinesischen Literatur wurden ins Deutsche übersetzt und die originalen chinesischen Titel wurden im Klammern beigefügt.

- Bund, Dorothee 1984: Die ökonomische Theorie der Verfassung. J.M. Buchanans Modell des Verfassungsvertrags und evolutionstheoretische Kritik. Baden-Baden.
- Burke, Edmund 1886: Thoughts on the Cause the Present Discontents (1770). In: The Works of the Rt. Hon. Edmund Burke. Bohn Edition. London 1886, I. Bd.
- Chang, Jung/Halliday, Jon 2005: Mao. Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes. Aus dem Englischen von Ursel Schäfer, Heike Schlatterer, Werner Roller. 3. Auflage. München: Karl Blessing Verlag.
- Chen, Shou 280 A.D.-290 A.D.: Chroniken der Drei Reiche: Wu-Buch: Biographie von Lu Xun. (Original in Chinesisch: 陈寿: 280 A.D.-290 A.D 《三国志·吴书·陆逊传》). (https://so.gushiwen.org/guwen/bookv_4900.aspx 12.05.2017).
- Chen, Xixi (Hrsg.) 2014: Die Kraft der Sprache von Xi Jinping, Shanghai: Shanghai Jiao Tong Universität Verlag. (Original in Chinesisch: 陈锡喜: 平易近人-习近平语言的力量, 上海: 上海交通大学出版社, 2014).
- Cheng, Chu-Yuan 1967: The Cultural Revolution and China's Economy. In: Current History, Bd. 53 (1967), S. 148-154, 176-177.
- Daalder, Hans/Mair Peter (Hrsg.) 1983: Western European Party Systems. Continuity and Change, London: Sage.
- Daecke, Sigurd Martein/Schnakenberg, Jürgen (Hrsg.) 2000: Gottesglaube – ein Selektionsvorteil? Religion in der Evolution. Natur- und Geisteswissenschaftler im Gespräch. Gütersloh.
- De Waal, Frans, 2000: Der gute Affe: der Ursprung von Recht und Unrecht bei Menschen und anderen Tieren. München.
- Deljusin, Lev P. (ca.) 1967: The 'cultural revolution' in China. Moscow: Novosti Press Agency Publ.
- Demuth, Christian 2007: Institutionelles Lernen. Der Deutsche Bundestag als Beispiel. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), S.641-687
- Demuth, Christian 2007: Institutionen und ihre endogenen Systembedingungen, in Patzelt, Werner J. 2007 (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Insitutionalität und Geschichtlichkeit, Würzburg: ERGON Verlag, S.415-448.
- Demuth, Christian 2007: Institutionen und ihre Stabilität. In: Patzelt Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und Exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit, S.460-469.

- Detjen, Joachim 1988: Neopluralismus und Naturrecht. Zur politischen Philosophie der Pluralismustheorie. Paderborn.
- Diamond, Larry/Gunther, Richard (ed.) 2001: Political Parties and Democracy. The Johns Hopkins University Press and the National Endowment for Democracy 2001.
- Diekmann, Andreas/Voss, Thomas (Hrsg.), 2004: Rational-choice-Theorie in den Sozialwissenschaften. Anwendungen und Probleme. München.
- Dittberner, Jürgen 1972: Neuere deutschsprachige Parteienliteratur. In: Politische Vierteljahresschrift, 13. Jg., H. 1.
- Domos, Jürgen/Näth, Marie-Luise 1992: Geschichte der Volksrepublik China. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich: BI-Taschenbuch-Verl.
- Doris/Müller-Hofstede, Christoph (Hrsg.) 2014: Länderbericht China, Bohn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Duverger, Maurice 1959: Die politischen Parteien, hrsg. u. übersetzt v. Siegfried Landshut, Tübingen: Mohr.
- Dyke, Charles 1988: The Evolutionary Dynamics of Complex Systems: A Study in Biosocial Complexity. New York.
- Edeling, Thomas/Jann, Werner (Hrsg.) 1999: Institutionenökonomie und neuer Institutionalismus: Überlegungen zur Organisationstheorie. Opladen.
- Epstein, Leon D. 2000: Political Parties in Western Democracies. 4. Ed. New Brunswick, New Jersey: Transaction.
- Fäßler, Peter E. 2007: Die Genese global agierender Unternehmen in evolutionstheoretischer Perspektive. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.689-706.
- Fei, Hsiao-Tung 1946: Peasantry and Gentry: An Interpretation of Chinese Social Structure and Its Changes, S.4f. In: American Journal of Sociology, Vol.52, No.1 (Jul., 1946), S. 1-17.
- Fischer, Barnett, A. Doak 1967: Cadres, Bureaucracy, and Political Power in Communist China, Columbia University Press.
- Franke, Wolfgang (Hrsg.) 1973: China: Gesellschaft, Politik, Staat, Wirtschaft. Düsseldorf: Verrlagsgruppe Bertelsmann GmbH/Bertelsmann Universitätsverlag.
- Friederici, Hans Jürgen 1985: Ferdinand Lassalle – eine politische Biographie, Berlin: Dietz, 1985.
- Geiger, Gebhard 1990: Evolutionary Instability: Logical and Material Aspects of a Unified

- Theory of Biosocial Evolution. Berlin/Heidelberg.
- Gerring, John 2004: What is a Case Study and what is it Good for? In: American Political Science Review, Vol. 98, No.2, 2004, S.341-354.
- Geser, Hans 1983: Strukturformen und Funktionsleistungen sozialer Systeme. Ein soziologisches Paradigma. Opladen; siehe auch Staubmann, Helmut/Wenzel, Harald (Hrsg.), 2000: Talcoot Parsons. Zur Aktualität eines Theorieprogramms. Wiesbaden.
- Giddens, Anthony 1988: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt.
- Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) 1996: A New Handbook of Political Science. Oxford.
- Grafe, Peter 1991: Tradition & Konfusion – SPD, Frankfurt am Main: Eichborn.
- Gräfrath, Bernd 1997: Evolutionäre Ethik? Philosophische Programme, Probleme und Perspektiven der Soziobiologie. Berlin.
- Guo, Dehong/Li, Lingyu/Liu, Jianhui (Hrsg.) 2005: Kommentare zu den wichtigen Ereignissen in der KPCh-Geschichte. Beijing: zentrale Parteischule Verl. (Original in Chinesisch: 郭德宏, 李玲玉, 柳建辉 [主编] 2005: 中共党史重大事件述评. 中共中央党校出版社). (<http://www.hybsl.cn/xuezhewenji/guodehong/2009-01-16/12060.html>, 03.01.2018.)
- Häffner, Gerd, 2005: Philosophische Anthropologie. Stuttgart.
- Hall, Peter/Taylor, Rosemary 1996: Political Science and the three new institutionalisms. Köln.
- Hartmann, Jürgen (1979): Parteienforschung, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Erträge der Forschung, Bd. 126).
- Haungs, Peter 1977: Über politische Parteien in westlichen Demokratien. Bemerkungen zur neueren Literatur. In: ders. (Hrsg.), Res Publica. Studien zum Verfassungswesen. Dolf Sternberger zum 70. Geburtstag, München: Frink.
- Heer, Sebastian 2012: Die Evolution des Deutschen Bundestages. Stabilität als verfassungshistorische Verpflichtung. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Parlamente und ihre Evolution: Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos, S.111-159.
- Heilmann, Sebastian 2004: Das politische System der Volksrepublik China, 2., aktualisierte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Held, Michael 1982: Sozialdemokratie und Keynesianismus: von der Weltwirtschaftskrise bis zum Godesberger Programm. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag.
- Herrmann-Pillath, Carsten/Lackner, Michael (Hrsg.) 1998: Länderbericht China,

Bundeszentrale für politische Bildung.

- Hohmann, Johannes-Berthold/ Hurwitz, Harold/Kuckhahn, Götz 1986: Continuity and change in the recruitment of SPD members in a Berlin district between 1945 and 1973. In: Historical Social Research: Quantum-Information, H. 39 / 1986; S.3-35.
- Hume, David 1882: Of Parties in General. In: The Philosophical Works, 4 Vol., Vol.3: Essays, Moral, Political, and Literary, herausgegeben von Thomas Hill Green und Thomas Hodge Grose, London 1882, Neudruck Aalen 1964.
- Immerfall, Stefan 1992: Die letzte Dekade westdeutscher Parteienforschung – zur Analogie der Defizite von Parteien und Parteienforschung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 23. Jg., H.1.
- Jäger, Wolfgang (Hrsg.) 1973: Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung, Stuttgart usw.: Kohlhammer.
- Jetzkowitz, Jens/Stark, Carsten (Hrsg.), 2003: Soziologischer Funktionalismus. Zur Methodologie einer Theorietradition. Opladen.
- Jin, Chongji 2004: Biographie Mao Zedongs. Beijing: Zentrale Literatur Verlag. (Original in Chinesisch: 金冲及. 毛泽东传. 北京: 中央文献出版社. 2004).
- Joseph William A. 2010: Politics In China: An Introduction, Oxford: Oxford University Press.
- Kaack, Heino 1971: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaack, Heino/Kaack Ursula (Hrsg.) 1977: Parteien-Jahrbuch 1973/74, Meisenheim: Hain.
- Kaack, Heino/Kaack Ursula (Hrsg.) 1978: Parteien-Jahrbuch 1976, Meisenheim: Hain.
- Kaack, Heino/Roth, Reinhold (Hrsg.) 1979: Parteien-Jahrbuch 1976, Meisenheim: Hain.
- Kaack, Heino/Roth, Reinhold (Hrsg.) 1980: Handbuch des deutschen Parteiensystems. Struktur und Politik in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre, 2 Bde., Opladen: Leske + Budrich 1980.
- Kailitz, Steffen 2009: Varianten der Autokratie im 20. und 21. Jahrhundert. In: Totalitarismus und Demokratie, 6 (2), 209-251.
- Kataoka, Tetsuya 1974: Resistance and Revolution in China: The Communists and the Second United Front. Berkeley u.a.: University of California Press.
- Kirchheimer, Otto 1965: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg. (1965), H. 1, S. 20-41.
- Kläver, Michael, 2002: Verfassungsevolutorik. Bausteine einer evolutorischen Theorie demokratischer Verfassungsentwicklung am Beispiel der grundgesetzlichen

- Verfassungsordnung. In: Lehmann-Waffenschmidt, Marco (Hrsg.), Perspektiven des Wandels. Evolutorische Ökonomik in der Anwendung. Marburg, S.255-293.
- Klein, Thoralf. Geschichte Chinas von 1800 bis zur Gegenwart. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh GmbH 2007.
- Klotzbach, Kurt 1973: Parteien und Gesellschaft. Zu Tendenzen und Problemen der Parteienforschung nach 1945. In: Archiv für Sozialgeschichte, 13. Bd., Bonn-Bad Godesberg: Neue Gesellschaft.
- Kong, Jing 2014: Von 1. bis zum 18. Parteitag, Beijing: Yanshi Verlag. (Original in Chinesisch: 孔静 2014: 从一大到十八大. 北京: 言实出版社. 2014).
- Koslowski, Peter 1989: Evolution und Gesellschaft: eine Auseinandersetzung mit der Soziobiologie, 2., durchges. Aufl., Tübingen.
- KPCh Zentralforschungsbüro für Parteiengeschichte 2010: Prägnante Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas. Beijing: KPCh-Parteigeschichte Verlag. (Original in Chinesisch: 中共中央党史研究室 2010: 中国共产党简史. 北京: 中共党史出版社).
- Krins, Holger/ Ostendorf, Ralf Jürgen/ Konrad Wegmann (Hrsg.) 1999: Studien zum politischen System der Volksrepublik China I, Münster: Lit.
- Krüger, Petra 1991: Die Intelligenz als Trägerin von Demokratisierungen in der VR China, Münster/Hamburg: Lit.
- Kuo, Kuang-ting 1996: Die Chinesische Bürokratie in der Zeit der Kulturrevolution (1966-1976). Berlin: Köster.
- Lange, G. Max 1964: politische Soziologie. Eine Einführung, 2. Aufl., Berlin/Frankfurt a. M.: Vahlen.
- Lapalombara, Joseph/Weiner, Myron (Hrsg.) 1966: Political Parties and Political Development, Princeton: Princeton University Press.
- Lawrance, Alan 2004: China since 1919: revolution and reform; a sourcebook, London; New York: Routledge.
- Leipold, Helmut, 2006: Kulturvergleichende Institutionenökonomik. Studien zur kulturellen, institutionellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart.
- Lempp, Jakob 2007: Ein evolutionstheoretisches Modell zur Analyse institutioneller Reformen. Fallanalyse. Die Reform des Auswärtigen Amtes. in Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.599-639.
- Lempp, Jakob 2009: Die Evolution des Rats der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos.

- Lempp, Jakob 2007: Evolutionäre Institutionentheorie. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.375-413.
- Lempp, Jakob/Patzelt, Werner J. 2007: Allgemeine Evolutionstheorie. Quellen und bisherige Anwendungen. In: Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.97-120.
- Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.) 1968: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag GmbH, S.314-319.
- Lenk, Kurt /Neumann Franz (Hrsg.) 1974: Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuauflage, 2 Bde., Darmstadt /NEUWIED. Luchterhand (1. Aufl.).
- Leung, Edwin Pak-wah (edit) 2002: Political leaders of modern China: a biographical dictionary, Westport CT: Greenwood Press.
- Li, Haiwen 2013: Persönlichkeiten und Ereignisse bei den Wenden in der Geschichte der KPCh, Beijing: China Youth Press. (Original in Chinesisch: 李海文 2013: 中共历史拐点中的人物与事件, 北京: 中国青年出版社, 2013).
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hrsg.) 1967: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, London/New York: Collier-Macmillan/Free Press.
- Liu, Alan P. L. 1986: How China is Ruled, Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice Hall.
- Liu, Xiao 2000: Ideologie und die Kulturrevolution. Taipeh: Hongye Kultur Verlag. (Original in Chinesisch: 劉曉 2000: 意識形態與文化大革命. 臺北市: 紅葉文化).
- Liu, Xiutie 2002: Die Sammlung der geschickten Kommentare zu den alten chinesischen Fürsten von Mao Zedong. Xinjiang: Xingjiang Volksverlag. (Original in Chinesisch: 刘修铁 2002: 毛泽东妙评帝王将相鉴赏).
- Löchel, Horst 1995: Institutionen, Transaktionskosten und wirtschaftliche Entwicklung. Ein Beitrag zur neuen Institutionenökonomik und zur Theorie von Douglass C. North. Berlin.
- Loewenstein, Karl 2000: Verfassungslehre. 4.Auflag. Tübingen: Mohr.
- Lorenz, Konrad 1973: Die Rückseite des Spiegels. Versuch einer Naturgeschichte menschlichen Erkennes. München /Zürich.
- Lösche, Peter/Walter, Franz 1992: Die SPD. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Lüke, Ulrich/Schnakenberg, Jürgen/Souvignier, Georg (Hrsg.) 2004: Darwin und Gott. Das Verhältnis von Evolution und Religion. Darmstadt.
- Lütterfelds, Wilhelm (Hrsg.) 1993: Evolutionäre Ethik zwischen Naturalismus und Idealismus.

- Beiträge zu einer modernen Theorie der Moral. Darmstadt.
- MacDonald, Kevin B. 1988: Sociobiological Perspectives on Human Development. New York/Heidelberg.
- MacFarquhar, Roderick/Schoenhals, Michael 2006: Mao's last revolution. Cambridge, Mass. [u.a.]: Belknap Press of Harvard Univ. Press.
- Mahoney, James 2000: Path Dependence in Historical Sociology. In: Theory and Society, 29. Jg., S.507-548.
- Maier, Hans/Schäfer, Michael (Hrsg.) 1996-2003: Totalitarismus und politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs. Paderborn.
- Mair, Peter/Smith, Godon (Hrsg.) 1990: Understanding Party System Change. The West European Experience, London: Cass.
- Marr, Heinz 1924: Klasse und Partei in der modernen Demokratie. In: Die Massenwelt im Kampf um ihre Form. Zur Soziologie der deutschen Gegenwart. Hamburg 1934, S.313-316.
- Marwedel, Peter 1976: Funktionalismus und Herrschaft. Die Entwicklung eines Theorie-Konzepts von Malinowski zu Luhmann. Köln.
- Meisner, Maurice 1977: Mao's China and After – A History of the People's republic. New York: The Free Press; London: Collier Macmillan Publishers.
- Meng, Ke ca.372 B.C.-289 B.C.: Menzius. (Original in Chinesisch: 孟轲: 《孟子》 ca. 372 B.C.-289 B.C.). (https://so.gushiwen.org/guwen/book_11.aspx 12.05.2017).
- Michels, Robert 1978: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 4. Aufl., Stuttgart: Kröner.
- Mintzel, Alf 1983: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mintzel, Alf 1987: Hauptaufgaben der Parteienforschung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 16. Jg., H. 3.
- Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.) 1992: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 2.Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, Bd. 282).
- Neumann, Sigmund 1956: Führung in der Demokratie. Aus: Toward a Comparative Study of Political Parties. In: Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics, herausgegeben von Sigmund Neumann, Chicago 1956, S. 405-411.
- Neumann, Sigmund 1956: Parteiensysteme und Integrationsstufen. Aus: Toward a Comparative Study of Political Parties. In: Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics, herausgegeben von Sigmund Neumann, Chicago 1956, S.400-405.

- Niclauß, Karlheinz 2011: SPD-Fraktion und Reformpolitik: Wie viel Mitsteuerung war möglich bei der Vorbereitung der Agenda 2010? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 42 (2011), S. 166-185.
- Niedermayer, Oskar, Parteimitglieder in Deutschland, 2017. (<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT17-NEU.pdf>, Abruf am 22.10.2018.)
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) 2010: Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1 A-M, 4., aktualisierte und ergänzte Auflage, München: Beck.
- Oertzen, Peter von 1996: Die „wahre Geschichte“ der SPD – Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms. Pankower Vorträge Heft 4. Berlin.
- Offe, Claus 1996: Political Economy: Sociological Perspectives. In: Goodin Robert E./Kingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), A New Handbook of Political Science. Oxford, 675-690.
- Okruch, Stefan, 2002: Koreferat zu Michael Kläver: Ist Verfassungsevolutorik nur eine Sache von Transaktionskosten der Gewaltenteilung? In: Lehmann-Waffenschmidt, Marco (Hrsg.), Perspektiven des Wandels. Evolutorische Ökonomik in der Anwendung, Marburg, S.295-311.
- Olzog, Günter/Liese, Hans-J. 1985: Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 15. Aufl., München: Olzog.
- Panbianco, Angelo 1982: Political Parties: Organization and Power. Bologna: Società editrice il Mulino.
- Pantsov, Alexander V./Levine, Steven I./Bischoff, Michael [Übersetzer/In] 2013/14: Mao: Die Biographie. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH.
- Parteien, Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, Ausg. Sek. II, 36. Jg. (1985), Nr. 2.
- Parsons, Talcott 1951: The Social System. New York/London.
- Paterson, William 1975: The SPD after Brandt's Fall—Change or Continuity? In: Government and Opposition, 10 (1975), S. 167-188.
- Patzelt, Werner J. 1987: Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags. München.
- Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2007: Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag.

- Patzelt, Werner J. 2007: Evolutionsforschung in der Politikwissenschaft. Eine Bestandsaufnahme. In Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.59-93.
- Patzelt, Werner J. 2007: Kulturwissenschaftliche Evolutionstheorie und Evolutorischer Institutionalismus. In: ders. (Hrsg.), Evolutorischer Institutionalismus – Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: ERGON Verlag, S.121-182.
- Patzelt, Werner J. 2007: Insitutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive. In: ders. (Hrsg.), S.287-376.
- Patzelt, Werner J. 2007: Perspektiven einer evolutionstheoretisch inspirierten Politikwissenschaft. In: ders. (Hrsg.), S.183-235.
- Patzelt, Werner J. 2007: Plädoyer für eine Rehistorisierung der Sozialwissenschaften. In: ders. (Hrsg.), S.237-283.
- Patzelt, Werner J. (Hrsg.) 2012: Parlamente und ihre Evolution: Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos.
- People News Redaktion 1997: Der großartige Mann Deng Xiaoping. Hong Kong: Minpo Press Ltd, S. 14. (Original in Chinesisch: 明报出版社编辑部. 一代伟人邓小平. 香港: 明报出版社有限公司. 1997 年).
- Potthoff, Heinrich 1974: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. Verlag Neue Gesellschaft GmbH.
- P1otthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. Bonn: Dietz.
- Raschke, Joachim (Hrsg.) 1978: Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch, Reinbek: Rowohlt (rororo aktuell, 4269).
- Redl, Rupert 1985: Die Spaltung des Weltbildes. Biologische Grundlagen des Erklärens und Verstehens. Berlin/Hamburg.
- Riedl, Rupert 1979: Biologie der Erkenntnis. Die stammesgeschichtlichen Grundlagen der Vernunft. Berlin/Hamburg.
- Ritter, Gerhard A. (Hrsg.) 1973: Die deutschen Parteien vor 1918, Köln: Kiepenheuer & Witsch (Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 61).
- Rokkan, Stein 1970: Citizens, Elections, Parties: Approaches to the Comparative Study of Political Development, Oslo: Universitetsforlaget.
- Ruckenbauer, Hans-Walter, 2002: Moralität zwischen Evolution und Nomen. Eine Kritik

- biologischer Ansätze in der Ethik. Würzburg.
- Sartori, Giovanni 1976: *Parties and Party Systems: A framework for Analysis*, Bd. 1, Cambridge: Cambridge University Press.
- Schifrin, Alexander 1930: *Parteiapparat und Parteidemokratie*. In: *Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik*, herausgegeben von Rudolf Hilferding, Berlin, 7. Jg., 1930.
- Schlangen, Walter (Hrsg.) 1979: *Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute*, Königstein: Athenäum (Athenäum-Droste-Taschenbücher, Bd. 2717).
- Simon, Thomas 2004: „Gute Polickey“. *Ordnungsleitbilder und Zielvorstellungen politischen Handelns in der Frühen Neuzeit*. Frankfurt.
- Somit, Albert/Falger, Vincent S. E. 1998: *Sociobiology and Politics*. Stamford, Conn.
- SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: *Sozialdemokratie in Deutschland – Bilddokumentation zur Geschichte der SPD*. Braunschweig-druck GmbH.
- Stammen, Theo 1997: *Parteien in Europa. Nationale Parteiensystems – Transnationale Parteienbeziehungen – Konturen eines europäischen Parteiensystems*, München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.
- Stammer, Otto 1955: *Die Demokratisierung der Organisation*. Aus: *Politische Soziologie*. In: *Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde*, herausgegeben von Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, Düsseldorf.
- Staritz, Dietrich (Hrsg.) 1980: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Eine Einführung*, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich (1. Aufl. 1976).
- Staudte-Lauber, Annalena 1993: *Stichwort SPD*. München: Heyne.
- Stöss, Richard 1983/84: *Parteien-Handbuch (Anm. 13)*, 2 Bde, Opladen: Westdeutscher Verlag 1983/84.
- Tempel, Karl G. 1990: *Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Überarb. Aufl., Berlin: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.
- Thies, Christian 2004: *Einführung in die philosophische Anthropologie*. Darmstadt.
- Tormin, Walter 1966: *Geschichte der deutschen Parteien seit 1848*, Stuttgart usw.: Kohlhammer.
- Treue, Wolfgang 1975: *Die deutschen Parteien. Vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M. usw.: Ullstein (Deutsche Geschichte – Ereignisse und Probleme).
- Voland, Eckart 2000: *Grundriß der Soziobiologie*. 2., vollst. Überarb. U. erw. Aufl., Heidelberg.
- Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 15. Jg., Nr. 84 (10.4.1898), S. 1. (Die Abschnittsnummerierung ist im Original nicht

- vorhanden).
- Walsh, Anthony 1995: *Biosociology: An Emerging Paradigm*. Westport, Conn.
- Walter, Franz 2009: *Die SPD – Biographie einer Partei*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Wang, Changjiang 2009: *Grundlage der Parteipolitik*. Beijing: KPCh-Zentral-Parteischule Verlag. (Original in Chinesisch: 王长江 2009: 政党政治原理. 北京: 中共中央党校出版社).
- Wang, Changjiang 2009: *Zur Politischen Partei*. Beijing: Volksverlag. (Original in Chinesisch: 王长江 2009: 政党论. 北京: 人民出版社).
- Wang, Chunyan 2001: Ein historischer Rückblick auf die Kommunistische Partei Chinas im Hinblick auf ihren Umgang mit ethnischen und religiösen Problemen. In: *Universitätsjournal der Zentralen Universität der Nationalitäten*, 28. Jg., 2001, Heft 5, S.6-13. (Original in Chinesisch: 汪春燕 2001: 中国共产党处理民族宗教问题的历史回顾. In: 中央民族大学学报(社会科学版), 2001(5), 6-13 页).
- Wang, Junchang/Chen, Liangzhou 2010: *Vorrücken und Rückzug: Spezialausgabe des militärischen Archivs um 1949*. Taipeh: Archivverwaltung. (Original in Chinesisch: 王俊昌, 陳亮州 2010: 進退存亡: 民國 38 年前後軍事檔案專輯. 台北市: 檔案管理局).
- Wang, Xinyan 2018: Forschungsbericht der philosophischen Basis der Idee des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten Xi Jinpings. In: *Wuhan Universitätsjournal*, 71. Jg., 2018, Heft 2, S.5-11. (Original in Chinesisch: 汪信砚 2018: 习近平新时代中国特色社会主义思想的哲学基础研究述评. 武汉大学学报, 2018 年 2 期, 5-11 页).
- Wang, Yi 400 B.C.-320 B.C.: *Gui gu zi – Zur Entscheidung*. (Original in Chinesisch: 王弼 400 B.C.-320 B.C.: 《鬼谷子·决篇》).
(<http://www.guoxue123.com/zhibu/0201/0000/022.htm> 12.05.2017).
- Wang, Yongkui 2014: Ausdifferenzierung der zwei Begriffe über die Nennung der „Kulturrevolution“. In: *Forschung der KPCh-Geschichte*, 2014, Heft.12, S.122-125. (Original in Chinesisch: 王永魁 2014: 关于“文化大革命”称谓的两个重要概念辨析. 中共党史研究.2014 年 12 期, 122-125 页).
- Ware, Alan 1996: *Political Parties and Party Systems*. Oxford University Press.
- Weatherley, Robert 2006: *Politics in China since 1949: legitimizing authoritarian rule*. London [u.a.]: Routledge.

- Weber, Max 1922: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 1. Auflage, Tübingen 1922.
- Weiler, Rudolf 1996: *Herausforderung Naturrecht: Beiträge zur Erneuerung und Anwendung des Naturrechts in der Ethik*. Graz.
- Weingast, Barry R. 1996: *Political Institutions: Rational Choice Perspectives*. In: Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), *A New Handbook of Political Science*. Oxford, S.167-190.
- Wende, Frank (Hrsg.) 1981: *Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa*, Stuttgart: Kröner.
- Wickler, Wolfgang 1991: *Die Biologie der zehn Gebote. Warum die Natur für uns ein Vorbild ist*. München.
- Wiesendahl, Elmar 1980: *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*, Opladen: Leske +Budrich.
- Wilson, Edward 1975: *Sociobiology*. Cambridge.
- Winter, Hermann 2004: *Moderne Naturwissenschaften und das menschliche Leben*. Frankfurt.
- Woo, X. L.; *Two Republics in China: How Imperial China Became the PRC*; Algora Publishing, New York, NY;(2014).
- Wukeits, Franz M. 1997: *Soziobiologie: die Macht der Gene und die Evolution sozialen Verhaltens*. Heidelberg.
- Zagoria, Donald S. 1984: *China's quiet Revolution*. In: *Foreign Affairs*. Spring, 62. Jg., 1984, Heft 4.
- Zhang, Daoling 34 -156: *Xianger-Anmerkungen über Laotze*. (Original in Chinesisch: 张道陵 34 A.D.-156 A.D.: 《老子想尔注》). (<http://www.guoxue123.com/zhibu/0101/0300/306.htm> 06.12.2017).
- Zhang, Shiyi 2017: *Prägnantes Buch der KPCh-Geschichte*, Beijing: Rote Fahne Verlag. (Original in Chinesisch: 张士义 2017: *中国共产党历史简明读本: 1921–2016*. 北京: 红旗出版社).
- Zhang, Yanxian 2005: *Memoiren von Herrn Chen Cheng: Bürgerkrieg zwischen GMD und KPCh*. Taipeh: Feiyan Druck Verlag. (Original in Chinesisch: 張炎憲 2005: *陳誠先生回憶錄——國共戰爭*, 臺北: 飛燕印刷有限公司).
- Zheng, Yongnian 2009: *Chinese Communist Party as Organizational Emperor*. London: Routledge.
- Zhong, Shi 2016: *richtig Umgehen mit der Geschichte der Kulturrevolution und Bestehen auf dem Weg des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten*. In: *Geschichtsforschung der*

- KPCh, Heft 5/2016, S.5-8. (Original in Chinesisch: 钟实 2016: 正确对待“文化大革命”历史坚定不移走中国特色社会主义道路.中共党史研究 2016(5), 5-8 页).
- Zhou, Jingqing (Hrsg.) 2014: Moderne Parteiengovernance: eine vergleichende Forschung. Beijing: China Sozialwissenschaften Verlag. (Original in Chinesisch: 周敬青 (主编) 2014: 现代政党治理比较研究. 北京: 中国社会科学出版社).
- Zhou, Shuzhen 2011: Politikwissenschaft der politischen Partei. Beijing: Volksverlag. (Original in Chinesisch: 周淑真 2011: 政党政治学. 北京: 人民出版社).
- Ziebur, Gilbert (Hrsg.) 1969: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Wege der Forschung, Bd. CVI).

Quellen aus Dokumenten

GG Art. 4, 5, 20, 21.

Verfassung der Volksrepublik China: Präambel, Art. 1, 3.

Godesberger Programm der SPD.

Erfurter Programm der SPD.

Xi Jinping: How I Got into Politics. On Critical Choices in His Political Career. In: Chinese Law and Government. 2016, VOL. 48, NO. 6, S.418–424, Routledge Taylor & Francis Group.

Tang-sechs-Gesetze-Kodex (738 A.D.). (Original in Chinesisch: 《唐六典》).

Quellen aus dem Internet

Mao, Zedong 1939: Chinesische Revolution und Kommunistische Partei Chinas. (毛泽东

1939: 《中国革命和中国共产党》): <http://www.cctv.com/special/756/1/49705.html>, Abruf am 24.10.2018.

<https://www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke/praeambel-dafuer-steht-die-linke/>, Abruf am 05.05.2017.

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf, Abruf am 05.05.2017.

https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=, Abruf am 1918. 05.05.2017.

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42035/rolle-und-funktionen>, Abruf am 31.01.2018.

<http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62559/bundestagswahlen-1949-2009>, Abruf am 22.07.2017.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700630.pdf>, Abruf am 09.05.2017.

<http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62559/bundestagswahlen-1949-2009>, Abruf am 06.04.2018.

Kleine Geschichte der KPCh (中国共产党简史) :

<http://www.zgds.org.cn/GB/218994/219014/220527/index.html>, Abruf am 12.06.2016.

KMT Home Page: <http://www.kmt.org.tw/p/blog-page.html>, Abruf am 18.04.2018.

offizielle Geschichte der KPCh: http://news.xinhuanet.com/ziliao/2004-10/17/content_2099820_1.htm, Abruf am 10.02.2016.

<http://www.bpb.de/internationales/asien/china/44259/mythos-mao?p=all>, Abruf am 10.02.2016.

Arbeitsbericht des 18. Parteitags der KPCh (中共十八大报告):

http://www.xj.xinhuanet.com/2012-11/19/c_113722546.htm, Abruf am 10.02.2016.

Deng Xiaopings Rede am 26.04.1987:

<http://www.people.com.cn/GB/shizheng/252/5303/5304/20010626/497653.html>, Abruf am

27.07.2017.

<http://www.hybsl.cn/xuezhewenji/guodehong/2009-01-16/12060.html>, Abruf am 03.01.2018.

<https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/kritik-gothaer-programm.pdf>,

Abruf am 22.07.2017.

https://baike.baidu.com/item/%E4%B8%AD%E5%9B%BD%E4%BA%BA%E5%8F%A3#2_2, Abruf am 18.04.2018.

Godesberger Programm:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf, Abruf am 21.07.2017.

http://www.150-jahre-spd.de/meilensteine/85948/1863_gruendung_des_adav.html, Abruf am 12.07.2017.

<http://www.people.com.cn/GB/shizheng/252/5301/5302/20010612/487072.html>, Abruf am 04.01.2018.

<http://theory.people.com.cn/n/2013/0531/c40531-21691945.html>, Abruf am 21.04.2017.

http://www.xinhuanet.com/politics/leaders/2017-10/25/c_1121856289.htm, Abruf am 21.04.2017.

<http://www.chinanews.com/tp/hd2011/2012/11-15/148416.shtml>, Abruf am 21.05.2018.

http://www.chinadaily.com.cn/hqcj/fxpl/2013-01-23/content_8104217.html, Abruf am 21.05.2018.

<https://slideplayer.org/slide/4203418/>, Abruf am 23.07.2018.

<http://dangshi.people.com.cn/GB/234123/16184258.html>, Abruf am 21.05.2018.

<http://news.sina.com.cn/c/2013-07-12/193327653764.shtml>, Abruf am 24.10.2018.

<https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>, Abruf am 06.07.2018.

Vortrag von Prof. Qin Hui: <https://www.youtube.com/watch?v=JZlWX4Fl2OQ&t=1304s>, Abruf am 26.07.2018.